

Red Lines

Magazin für Kritik und Pöbelei in Mecklenburg. Vol.3 // For Free

Online Ausgabe

E-Mail: RedLinesMV@lycos.de

Post: Red Lines Infoheft

Postfach 11 09 65

19009 Schwerin



Frieden gegen Amerika

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Editorial

IRAK: INNENANSICHT EINER DIKTATUR

Thomas Uwer/ Thomas von der Osten-Sacken - Ideologie und Terror	5
Andrea Woeldike - Ideologie und Terror des irakischen Ba'thismus	10
Thomas Uwer/ Thomas von der Osten-Sacken - Zeit für den Wechsel	12
Stefan Ripplinger - Berlin Bagdad und zurück	13

ANTIAMERIKANISMUS

Max Horkheimer - Antiamerikanismus, Antisemitismus und Demagogie	15
Max Horkheimer - Für Amerika	15
Justus Wertmüller/ Clemens Nachtmann - Auf nach Amerika	16
Uli Krug - Antiimperialismus und Antiamerikanismus	20
Sören Pünjer - Das Richtige als Konjunktiv- der Konjunktiv als Richtiges	26

FRIEDENSGETÜMMEL

Andrea Woeldike - Hauptsache Pazifismus	31
Antifa HG Jena - Ich krieg kein Frieden mit Euch	33
AKA Göttingen - Der Krieg hat schon lange begonnen	36
Wolfgang Pohrt - Musik in meinen Ohren	40
Eike Geisel - Die linke Auschwitzlüge	42
ISF Freiburg - Giftgas und Pazifismus	45

DER REST

Matthias Künzel - Jihad und Judenhass (Textsammlung)	49
Antideutsche Kommunisten Berlin - Hilfstruppen der EU	56
ISF Freiburg - Der Kommunismus und Israel	60
Jochen Faun - Stalingrad: Deutsche verdauen eine Schlacht	63
Michael Sadek (Red Lines) - Revolutionärer Kartoffeldruck	66

REDAKTION RED LINES

Mit einem großen Hallo begrüßen wir unsere werte Leserschaft zur Dritten Ausgabe der Red Lines. Ein gutes Jahr ist nun bereits seit unserer letzten Veröffentlichung ins Land gezogen - ein Jahr, in dem das Titelthema der Vol.2 dieses Heftes, Antisemitismus, Antizionismus und als Antwort darauf die Solidarität mit Israel prägend für die linken Diskussionen in der gesamten BRD waren.

Mit großer Freude beobachteten wir eine deutliche Verschiebung im Meinungsbild, eine weitgehende Abgrenzung großer Teile der Antifa-Bewegung von der palästinensischen Terrorgesellschaft und zumindest eine pro forma Solidarisierung mit Israel.

Obwohl uns vieles nicht weit genug geht, uns unverständlich ist, dass etwa die Antifa [X] Recklinghausen oder die Antifa Nordost Berlin (AANO) zum EU Gipfel nach Kopenhagen mobilisierten und dort mit den übelsten Antizionisten Verbrüderung gegen die EU feierten, kann diesen Gruppen zumindest gutgeschrieben werden, dass ihnen die Existenz Israels eine zu verteidigende Tatsache ist.

Auf den folgenden Seiten lehnen wir uns noch mal ordentlich aus dem Fenster, was unser Titelbild in seiner provokativen Schönheit bereits ankündigt. In diesem Heft wollen wir uns schwerpunktmäßig dem Krieg im Irak und den anti-amerikanischen Ressentiments der „edlen Seelen der Friedensbewegung“ (Saddam Hussein) widmen, die ja auch vor unserer Haustür ordentlich um sich schlagen. Vor allem in Schwerin und Rostock scharen sich die Mahnwacher für den Erhalt autochthoner Zustände hinter der deutschen Fahne und erklären Amerika den Frieden.

Einheitsfront gegen Raffgier und Eigen-nutz

Deren Heterogenität ist enorm. Von Gewerkschaftern, Autonomen, Nazis und Globalisierungsgegner, Kirchengänger bis hin zu Sozialarbeitern, Feuilletonisten und PDSPDGRÜNECDU-Wählern ist man sich zwar nicht einig wofür man ist, jedoch um so mehr *wegen* sich ein Aufbegehren lohnt:

„Bush hat Gott im Schwitzkasten.“, spricht der britische Schriftsteller John



Fortsetzung des Editorials...

Le Carré in seinem Beitrag „*Bekenntnisse eines Terroristen*“ (Spiegel 04/2003) seinen deutschen Friedensfreunden aus dem Herzen, „*Gott hat Amerika dazu bestimmt, die Welt in jeder Weise zu retten, die Amerika zusagt. Gott hat Israel dazu bestimmt, das Bindeglied für Amerikas Nahostpolitik zu sein, und jeder, der an dieser Vorstellung rüttelt, ist a) antisemitisch, b) antiamerikanisch und c) ein Terrorist.*“

Davon abgesehen, dass die verfolgte Unschuld des John Le Carré und seinesgleichen der Verwirklichung der Buchstaben a), b) und c) tatsächlich bedenklich nahe ist, lässt sich die ganze Essenz friedensbewegten Engagements aus diesem Zitat extrahieren:

Der verkürzte Kapitalbegriff der Friedensfreunde, ebenso wie der ihrer Vorfeldorganisationen zur Globalisierungskritik, versucht die Ehrenrettung des Wertprinzips, anstatt in emanzipatorischer Absicht auf seine Aufhebung zu drängen. Den Bewegten will partout nicht in den Kopf, dass ein Kapitalverhältnis ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein Widerspruch in sich ist. Ihre Vorstellung vom gerechten Tausch gipfelt im Hass auf die Agenten der Ausbeutung, auf jene, die „zur schamlosen Begünstigung ohnehin steinreicher Leute“ (Le Carré) angetreten sind und schlimmer noch auf jene, die im Kapitalismus an sich selbst denken. Individualismus, das Streben nach materiellem Glück, nach Lust und Maßlosigkeit, all das was der amerikanischen Variante der Kapitalakkumulation eingeschrieben steht, ist sowohl den Vulgär-Sozialisten der weltumspannenden Anti-Globalisierungs-Netzwerke, wie auch den ganz normalen Deutschen ein Dorn im Auge. Man wünscht sich ein gereinigtes Modell des Kapitalismus, in dem fern von „Raffgier“ und „Eigennutz“ Wohlstand über den Staat und eine Gesellschaft vermittelt wird, die sich lieber als Kollektiv begreift. Nicht ein überschwängliches, gutes Leben ist das Ziel, sondern die Erfahrung im Verzicht, in der Selbstaufgabe für das „Richtige“.

So scheußlich und hart die Erkenntnis auch ist, liegt hier der Wertekonsens von Islamisten und Friedensbewegten. Es geht nicht darum einen Krieg zu verhindern, sondern gegen das amerikanische ergo das „jüdische Prinzip“ zu opponieren.

Ein gerechter Krieg

Die Erklärungen der Bewegung ha-

ben anderes zum Inhalt. Ein kategorisches „nein“ drückt sich immer im Umfeld des Wörtchens Krieg herum. Reflexartig ist der mahnde Zeigefinger oben und der Moralismus aufgekocht, die Bettlaken hübsch bunt gestaltet und die Gefühlspolitik-Kundgebungen flink angemeldet. Droht eine militärische Auseinandersetzung ist das Gewehr der Friedensbewegung bereits bei Fuß, bevor die Denkmotoren angeworfen werden konnten. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die USA intervenieren und dabei nicht, wie bei der Zerschlagung Jugoslawiens, auf die völkische Karte setzen.

Obwohl andere Kriege selbst die Friedensbewegung nicht interessieren, sind sie zumindest für eine deutliche Ablehnung immer zu haben. Das Palaver von „*Krieg ist keine Lösung*“, das ewige Geseiere vom „*niemals und unter keinen Umständen*“ greift jedoch zu kurz, da es die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs ausblendet. Wem es schwer fällt zu begreifen, dass es die Alliierten waren, die mit kriegerischen Mitteln den deutschen Faschismus in die Knie zwangen, der wird einen „*gerechten und notwendigen Krieg*“ immer als Widerspruch empfinden. Für uns gehört es nicht zum Standard-Repertoire der Linken, sich grundsätzlich gegen eine militärische Auseinandersetzung von Staaten und Regimes zu positionieren. Diese sind erwägenswert, sofern ein Aufbrechen der Naturverfallenheit, die Überwindung der Regression zu *erhoffen* sind.

Den Barbarisierungstendenzen des Kapitals, dem Aufflackern eines Banden- und Racketwesens ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr entgegenzusetzen als die Aufklärung, deren einziger wirksamer Garant derzeit nur die USA sind. Jedoch verlangt Aufklärung einer Linken ein dialektisches Verständnis ab, nicht zuletzt, weil das Kapital gegen seine eigene Kehrseite, gegen seine immanente Barbarisierung zu Felde zieht. Eine Linke muss deshalb die Aufklärung gegen ihre negative Beseitigung (Faschismus, Antisemitismus, Islamismus) verteidigen, um überhaupt die Rahmenbedingungen für eine Kritik der Verhältnisse zu bewahren. Dies geschieht mit dem Blick auf eine Kritik der Aufklärung selbst: eine Kritik an der Rationalisierung des Gedankens, am Siegeszug des Tauschprinzips, der Konkurrenz quer durch alle Lebensbereiche hindurch. Der „*Verein freier Menschen*“ (Marx) ist das Ziel und muss es auch bleiben.

Der Schnauzbart muss weg

Jedoch bringt das Klopfen auf die Bushtrommel wenig. Außer einigen peppigen Rhythmen und einem absolut begrüßenswerten Distinktionsgewinn zur deutschen Linken, ist für die Analyse des zu erwartenden Irakkriegs kaum etwas gewonnen. Fest steht jedoch, dass ein Flirt mit der Friedensbewegung das Letzte ist, was sich derzeit aufdrängt. In ihrer chronischen Kurzsichtigkeit, in ihrer simplen Aufschlüsselung des Weltlaufes ist ihr eine ekelhafte Renitenz gegenüber den Verhältnissen im Irak und anderen arabischen Despotien zu attestieren: Die Normierung der Lust, als Unterdrückung der Frau und der Verfolgung von Homosexualität, die Zerschlagung des Genusses, als Singverbot, der Ausnahmezustand in Permanenz mit massenhaften Folterungen und Hinrichtungen bilden einen fußballgroßen blinden Fleck in der Wahrnehmung deutscher Friedenssehnsucht. Diese Tatsache bringt allerlei Kuriositäten hervor: Die linken und feministischen Exponenten der Bewegung z.B., die bei der Verwendung des Wortes „Ficken“ für den Geschlechtsakt bereits den Sexismus in Reinform wittern, wollen von mörderisch-patriarchalen Zuständen nichts wissen, solange diese im Irak und ähnlichen Staaten herrschen.

Damit die Feindbestimmung wieder passt sind mitunter projektive Korrekturen nötig. Das Wirtschaftsembargo gegen den Irak etwa, wird als Ursache für die katastrophale wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen dort gewertet. „*Das Land ist völlig abgeschottet.*“, weint der Europaabgeordnete André Brie der SVZ in die Spalten, „*Ansonsten ist es deprimierend zu sehen, wie sich zwölf Jahre Embargo und Kriege (...) ausgewirkt haben. Ich habe im Krankenhaus Kinder gesehen, die im Sterben lagen. Viele leiden an Krankheiten, die vollständig heilbar wären. Aber wegen des Embargos gibt es keine Medikamente.*“

Dass Lebensmittel und Medikamente bewusst vom Embargo ausgespart wurden, dass das „Oil For Food“-Programm dem Staat ermöglichte Lebensmittel im Austausch gegen Öl zu erwerben, möchte der PDS Mann ebenso wenig wie seine Friedensjünger wahrnehmen. Sterbende Kinder und hungernde Menschen sollten eher ein Vorwurf gegen den Schnauzbart in Bagdad sein, der seine Militär- und Überwachungsmaschine anstatt seine Einwohner füttert. Das Kaprizieren der

„Kritik“ auf die USA, die Chiffrierung der Kriegsgegnerschaft über Symbole wie den „Kindermord“ ist doch so schön verständlich und findet im Heimatland des Amerikahasses seine freudigen Abnehmer.

Ein „Ja“ zum Krieg bedeutet dies nicht uneingeschränkt. Sicher gibt es mehr als genügend gute Gründe dem us-amerikanischen Vorhaben eines „regime change“ (George W. Bush) im Irak beide Daumen zu drücken. Wir wünschen uns nichts sehnlicher als lebenswertere Zustände für die Menschen dort. Wir würden uns über den Sturz der Ba'ath-Clique herzlichst freuen, der dem palästinensischen Terror einen wichtigen Finanzier und moralischen Rückhalt entzöge. Nur ist der Weltlauf nicht vorhersehbar. Der Grad der Bedrohung Israels durch einen Irakkrieg ist ebenso wenig abzuschätzen, wie die Machtkonstellation im Irak der Post-Hussein-Ära. Während eine stabile Demokratie der absolute Idealzustand wäre, ist das Ersetzen der Ba'ath-Elite durch gemäßigte Islamisten zumindest denkbar. Man sollte die USA nicht dafür kritisieren, dass sie den Irak ins Visier nehmen. Eine Kritik rechtfertigt sich unter der Priorität des Schutzes Israels lediglich dann, wenn ihr Engagement nicht weit genug geht.

„We're the Kids in America“ - Kim Wilde

Es ist traurig dies immer wieder sagen zu müssen. Aber nein, die USA stellt für uns nicht die Erfüllung linker Jugendträume dar. Nur ist uns, wenn schon Kapitalismus, die amerikanische Variante allemal lieber als die „rheinisch, deutsche“, da zumindest in ihrem Idealbild die Emanzipation durchschimmert. Gleichwohl registrieren wir die innenpolitischen Zumutungen, den religiösen Pathos der Bush-Administration, die Homophobie, den offen rassistische Tendenzen in den Vereinigten Staaten. Ebenso müssen wir uns über die USA aber wohl keine Sorgen machen, weil sie eine funktionierende Demokratie ist, die das Umschlagen der Verhältnisse in die Barbarei nicht befürchten lässt.

So sehr wir uns auch an einigen Eckpunkten der amerikanischen Politik stoßen mögen, stehen wir derzeit dem „Kampf gegen den Terror“ äußerst wohlwollend gegenüber. Dass dieser Terror nun als linke Spielart (1) selbst Mecklenburg erreicht hat, unterstreicht die Notwendigkeit eines solchen Unterfangens. Eine „Kämpfende Brigaden Wolfgang Grams“ übte sich im September letzten Jahres in einem Anschlag auf Fahrzeuge der Schwerin Bereit-

schaftspolizei, deren Motive für uns bis heute im Dunkeln liegen. Deshalb ist eine Kritik des Geschehenen nur über die medial bekannten Formalien möglich. So einiges lässt sich aber bereits aus der Namenswahl des/der Sprengmeister ablesen: Die Bezugnahme und Stilisierung linker Geschichte und die Heroisierung eines RAF Kaders, dessen Organisation nach einem Bombenattentat auf das Hauptquartier der US-Army in Heidelberg (1972) wusste, dass „die Menschen in der Bundesrepublik“ mit den Verbrechen des „amerikanischen Imperialismus“ nichts zu tun haben wollen. „Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, dass gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind.“ Gerechtfertigt ist weder der antiamerikanische Affront der trüben linken Terroristen von einst, die sich nicht zuschade waren, wie bereits ihre Großeltern zuvor, Juden zu selektieren, (Geschehen bei der Flugzeugentführung von Entebbe) noch der ihrer Widergänger. Die historische Weg der Bewegungslinken, sollte von links ad acta gelegt werden. Er muss als das bezeichnet werden, was er ist: nämlich als unsäglichlicher Haufen Scheiße, in dem sich nichts rettenswertes befindet. Wer sich als Linker selbst ernstnimmt, muss die Geschichte der Kritik, gegen die Geschichte ihrer praktischen Verrottung kehren. Hegel, Marx, Freud und Adorno heißen die Schlaglichter, die nach Auschwitz gegen solch *Kämpfende Brigaden*, in Anschlag gebracht wer-

den müssen.

Im Märtyrerkult, der Bezugnahme auf antiamerikanische Terrorgruppen, stehen sie bereits mitten drin im Aufbegehren der islamistischen Internationalen, der sie sich als softere Variante der Barbarisierung angleichen. Damit gebührt auch ihnen nach dem 11. September ein Platz an der Seite derer, denen nicht weniger als die Pest an den Hals zu wünschen ist.

Es lässt sich konstatieren: Die USA versuchen, wenn auch aus falschen Motiven, derzeit das Richtige, nämlich den Sturz der irakischen Diktatur und das Zurückdrängen des Islamismus. Ihr steht eine unheimlich Phalanx aus Friedensbewegten, Globalisierungsgegnern, Linken, Rechten, Islamisten und Terroristen gegenüber. Einer emanzipatorische Linke obliegt es in einer solchen Situation ganz klar gegen die wahnhaften Reflexe der Amerika- und Judenfeinde anzugehen. Der Antiamerikanismus kehrt, mit Wolfgang Pohrt gesprochen, in Deutschland periodisch wie ein hysterischer Krampf zurück. Er wurde aber bisher ebenso periodisch mit einer Ohrfeige kuriert. Wir hoffen, dass die Red.Lines Vol.3 zu einem jener Schläge ins Gesicht, zumindest der deutschen Linken, wird. In diesem Sinne: Erhellende Stunden mit dem vorliegenden Blatt wünscht

Die Redaktion

Anmerkungen

(1) Ohne zu Verschwörungsszenarien neigen zu wollen, ist für uns schwer vorstellbar, dass Linke tatsächlich so blöde und beschränkt sind.



IDEOLOGIE UND TERROR

Ideologie und Terror

VON THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN UND THOMAS UWER

„Ich appelliere an Eure Gerechtigkeit und Gnade und erbitte genaue Informationen und eine Überprüfung der Angelegenheiten meines oben genannten Bruders und seiner Frau sowie um Benachrichtigung, ob sie tot sind oder noch leben und in welchem Gefängnis sie sitzen. Ich bin eine sehr arme Frau und habe niemanden, der nach ihrem Schicksal fragt. Deswegen verlange ich dies von Eurer Herrschaft, der Ihr immer ein lieber Vater für uns wart und sein werdet.“

Das Schreiben, mit dem sich am 1. Februar 1990 eine kurdische Frau an die irakischen Behörden wendete, um zu erfahren, welches Schicksal ihre verschwundenen Verwandten ereilt hat, befand sich in den Aktenbeständen der irakischen Verwaltung, die während der Volksaufstände 1991 von kurdischen Rebellen gesichert wurden. Der Akte ist auch zu entnehmen, wie der Vorgang innerbehördlich weiterverfolgt wurde: Unter „Betrifft: Benachrichtigung“ informiert am 20. Februar der Sicherheitsdienst der Generalverwaltung:

„Die Provinzregierung hat uns mit dem geheimen und persönlich zu übergebenden Schreiben Nr. 25789 vom 12.12.1987 darüber informiert, daß die Leitung des Büros für die Organisation des Nordens sie mit dem Schreiben Nr. 806 vom 12.12.1987 benachrichtigt habe, dass 3 Familien der Deserteure geköpft worden seien und daß es sich bei einer dieser Familien um die Familie (der Antragsstellerin) gehandelt habe. Über die Hinrichtung ist die oben genannte Staatsangehörige auf ihren Antrag hin in Kenntnis zu setzen.“(1)

Tausend ähnlicher Briefwechsel zeichnen das Schicksal irakischer Bürger nach, die in den vergangenen dreißig Jahren dem Regime zum Opfer gefallen sind. Über fünf Millionen Dokumentenseiten hat alleine das Archiv des Iraq Research Projects der Harvard Universität gesichtet und katalogisiert, darunter auch die immer gleichen Benachrichtigungsschreiben, von denen auch die Antragsstellerin eines erhielt:

„Im Bezug auf Ihre Anfrage teilen

wir Ihnen mit, dass (ihre Angehörigen) seit den Anfal-Operationen, welche im Jahr 1988 im Norden des Landes durchgeführt wurden, vermisst sind.“

Vielleicht wartet die Antragsstellerin bis heute auf die Rückkehr ihrer Familienmitglieder. Zehntausenden von Kurden nämlich wurde damals lapidar mitgeteilt, ihre Männer, Kinder, Eltern seien „vermisst“, was im Irak heißen kann, das jemand umgehend exekutiert oder noch jahrelang in einem Gefängnis oder „Detention Camp“ festgehalten wurde, um später unter Umständen einer der regelmäßig stattfindenden „Gefängnisüberung“ zum Opfer zu fallen.(2)

Im Schreiben 25789 drückt sich zu gleich das Wesen des irakischen Ba'athismus aus, eine Mischung aus Brutalität, Effizienz, Bürokratie und Vernichtungswahn, das in Zahlen ausgedrückt folgendermaßen aussieht: Seit die Ba'ath-Partei 1968 an die Macht kam, fielen über eine Million Menschen dem Regime zum Opfer,(3) ohne die Toten zweier vom Irak angezettelter Golfkriege und ohne die direkten Opfer des UN-Embargos. Weitere 1,5 Millionen wurden zwangsweise bei „demographischen Eingriffen“ der Regierung umgesiedelt oder intern vertrieben. Hinzu kommen bis zu vier Millionen Iraker in der Diaspora, davon im Jahr 2000 alleine eine Million als nicht-anerkannte Flüchtlinge in den Nachbarländern Iran und Saudi-Arabien.(4)

Angesichts dieser Zahlen scheinen Menschenrechtsberichte bei dem Versuch, die Herrschaftsrealität des Irak zu erfassen, zum Scheitern verurteilt: Hinter seitenlangen summarischen Auflistungen der Hingerichteten, Gefolterten, und „Internal Displaces“, über deren Schicksal gesicherte Informationen vorliegen, droht die Rationalität und Logik ba'athistischer Herrschaft zu verschwinden. So mussten schon in den 80er Jahren irakische Kurden wie zuvor außer Landes geflüchtete Kommunisten und andere Oppositionelle feststellen, dass ihre Berichte über die Herrschaftspraxis im Irak, über Giftgasensätze und die Anfal-Kampagne vieler-

orts als maßlos übertrieben abgetan wurden.

Nicht nur die Quantität der Opfer alleine, sondern die Systematik der Gewaltanwendung und ihre zentrale Rolle im öffentlichen Leben des Irak unterscheiden diesen grundlegend von anderen autoritären Regimes in der Region.(5) Auch im Iran werden Körperstrafen vollzogen, und das ebenfalls von einer Ba'ath-Partei regierte Syrien wird mit rigider Härte von Geheim- und Sicherheitsdiensten und einem übermächtigem Militärapparat kontrolliert. In keinem dieser Staaten aber hat die Systematik des Strafens und der körperlichen Verstümmelung, hat die Kontrolle der Geheimdienste und Sicherheitsapparate einen derart zentralen Stellenwert wie im Irak, wo der allgegenwärtige Geheimdienst Mukhabarat nicht die Interessen des Militärs stützt, sondern diese selbst kontrolliert und säubert. Kontrolle, Disziplinierung, Strafe und Vernichtung sind im Verständnis des irakischen Ba'ath-Staates nicht nur Sanktionsmittel gegenüber abweichendem und unerwünschtem Verhalten, sondern zentraler Bestandteil eines „Ausformungsprozesses“, dem die gesamte irakische Gesellschaft unterworfen ist.

Deserteure etwa werden mit Brandzeichen auf der Stirn „markiert“, Frauen vermeintlich dissidenter Familien durch Vergewaltigung entehrt. Der Körper des irakischen Bürgers „gehört“ dem Staat, der jederzeit darüber entscheiden kann, ob und wie der Einzelne liquidiert wird. Gewalt ist in der ba'athistischen Ideologie nicht das Mittel, mit dem ungewollte gesellschaftliche Prozesse unterdrückt werden, sondern sie ist selbst hochgradig ideologisiert und positiv besetzt, als Maßnahme zur Herausbildung einer homogenen (irakisch)-arabischen Nation. „Das wirklich moderne irakische Individuum ist beständig damit beschäftigt, etwas anderes zu werden... Als Staatsbürger kann es der Logik von Strafe und Folter genauso wenig entkommen, wie dem endlosen Strom von Erlassen und Befehlen, der auf sein alltägliches Leben herunterregnet.“(6)

Vor dieser von rund 20 Millionen Irakern erlebten Realität scheitern nicht nur Menschenrechtsorganisationen, denen das begriffliche Instrumentarium fehlt, die Qualität ba'athistischer Herrschaft adäquat zu erfassen, sondern auch Regierungen. Michael Rubin, außenpolitischer Berater unter US-Präsident Bill Clinton, räumt ein, dass die politische Analyse der US-Regierung 1991 die ba'athistische Herrschaftspraxis im Inneren vollkommen vernachlässigt und das Handlungspotential der Regierung daher verkannt habe. Wer immer also Saddam Hussein als „Irren von Bagdad“ („Bildzeitung“), als besonders cleveren und korrupten Diktator asiatischer Provenienz oder außenpolitischer Hasardeur abtut, verkennt die Systematik und die Ernsthaftigkeit, mit der die Ba'athisten ihr Programm umsetzen, in dessen Zentrum neben der Verherrlichung und Organisation von Gewalt das unermüdliche Aufspüren und Vernichten unzähliger Feinde steht.

Verräter, Agenten, Spione und fünfte Kolonnen

„Der Staat, den die Ba'ath-Partei im Irak geschaffen hat, ist weit schlimmer als ein auf konfessioneller oder ethnischer Grundlagen errichtet. Er ist schlimmer, weil er gleichermaßen feindlich gegenüber allem ist, was nicht er selbst ist. Die Partei verlangt von allen Irakern absolute Übereinstimmung mit ihrer gewalttätigen und verschwörungstheoretischen Weltanschauung.“(7)

Welche Rolle Gewalt und Vernichtung im ba'athistischen Irak zukünftig spielen würden, erklärte ein hoher Parteifunktionär schon kurz nach der Machtübernahme seiner Partei - anlässlich einer öffentlichen Erhängung angeblicher zionistischer Spione: „Großes irakisches Volk! Der Irak von heute darf keine Verräter, Agenten, Spione oder fünfte Kolonnen mehr dulden. Hört mich an, Israel, imperialistisches Amerika und Ihr Zionisten! Wir werden all Eure schmutzigen Tricks aufdecken! Wir werden Eure Agenten bestrafen! Wir werden all Eure Spione aufhängen, auch wenn es Tausende sind! ... Das ist erst der Anfang! Die großen und unsterblichen Plätze des Irak werden gefüllt mit den Leichen der Verräter und Spione! Wartet ab.“(8)

Obwohl gegen USA und Israel gerichtet, zielten diese Drohungen - gleichsam Ankündigungen der Blutbäder, die die Ba'athisten durchzuführen planten - zuerst immer auf das anwesende irakische Publikum, das seitdem unentweg angehalten wird, „Spione“

und „schmutzige Tricks“ aufzudecken, um nicht selbst in Verdacht zu geraten, mit dem Feind zu konspirieren. Die arabisch-sozialistische Revolution von 1968 begnügte sich nämlich keineswegs damit, in ihrer Anfangsphase Konterrevolutionäre und „Reaktionäre“ aus dem Weg zu räumen, sondern begann eine bis heute anhaltende „Säuberungskampagne“ gegen eine Unzahl imaginerter Feinde des arabischen Volkes und damit der Revolution selbst.

Dabei bestand die Originalität der Ba'ath-Partei im Vergleich zu anderen Regierungen und Bewegungen in der Region zuvörderst darin, dass sie mit einer scheinbar geschlossenen panarabischen Ideologie in einer Zeit an die Macht kam, in der - bedingt durch die Niederlage der arabischen Staaten im 6-Tage-Krieg gegen Israel - alle anderen nationalen Entwicklungsmodelle in der Region diskreditiert war.(9) Ihr panarabisches Pogramm zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie die Umsetzung des außenpolitisch gescheiterten Projektes im Inneren versprach und gleich nach ihrer Machtübernahme mit der Bestrafung „innerer Feinde“ für die erlittene arabische Niederlage umsetzte.(10) Nach ihrer als Revolution gefeierten Machtübernahme 1968, die eher ein Militärputsch war, erklärte die siegreiche Partei, sie habe in letzter Minute die Nation gerettet vor „einer Clique von Ignoranten, Illiteraten, Zionisten, Verdächtigen und Agenten“.(11) In einer Kampagne, bei der man landesweit „Agentenringe“ aufdeckte(12), wurde ein Großteil der im Land verbliebenen

Juden öffentlich als „Spione Israels“ hingerichtet.

Während noch zu Beginn der siebziger Jahre die eigentliche Gefährdung für die Ba'ath-Regierung von irakischen Organisationen und Parteien ausging, deren Massenbasis nur langsam zerschlagen werden konnte, enttarnte und liquidierte die Regierung beständig neue vermeintliche „Zionisten und imperialistische Agenten“.(13) Die in der irakischen Bevölkerung real bestehende Gegnerschaft gegen die USA und Israel wurde so sukzessive in ein Programm zur totalen Kontrolle und Terrorisierung der eigenen Bevölkerung verwandelt. Bezeichnenderweise fanden diese Kampagnen ihren Höhepunkt erst gegen Ende der siebziger Jahre, als außenpolitisch das Ba'ath-Regime seine Herrschaft konsolidiert hatte und die innerirakische Opposition keine ernstzunehmende Bedrohung mehr darstellte, sondern bereits fast vollständig inhaftiert, geflohen oder liquidiert war.

In den seitdem stattfindenden Säuberungswellen dient die Vernichtung der Feinde nicht mehr primär der Sicherung von Herrschaft, sondern zur Wiederherstellung der „Würde und Ehre des arabischen Volkes“, einem Ziel, das laut Saddam Hussein erst erreicht ist, wenn alle Feinde, allen voran die „zionistische Entität“, ausgeschaltet sind und „der Arm Iraks bis in jede Ecke Arabiens reicht“.(14) Dies sei nur möglich mittels einer völligen Militarisierung der Gesellschaft. Der Irak müsse eine „einzige Armee werden“, der Bevölkerung sei die „Liebe zum Militarismus“



zu predigen, das Land müsse eine „Fabrik von Helden“ werden. Die Armee verteidige nicht nur die Landesgrenzen, sondern sie sei „die Waffe der arabischen Nation und ihr gegen die Feinde gerichtetes Schwert“. (15)

Konsequenterweise herrscht im Irak seit 1968 der Verteidigungsfall, jede Aggression gegen die eigene Bevölkerung ebenso wie gegen Nachbarländer dient der Abwehr mächtiger Gegner. Auch in vermeintlichen Friedenszeiten gilt es, „gnadenlos und mit stählerner Faust gegen Ausbeuter und fünfte Kolonnen, die alle Handlanger des Zionismus und Imperialismus sind, vorzugehen“. (16)

Die ba'thistische Revolution verwirklichte sich, wie Fouad Ajami feststellte, als ein „permanenter Krieg gegen die eigene Gesellschaft“, (17) weil Feinde ununterbrochen versuchen die irakische Bevölkerung zu infiltrieren. Denn da der Irak sich als das einzige arabische Land wähne, welches ernsthaft den Kampf für die arabische Einheit aufgenommen hat, ziehe er folglich auch in besonderer Weise die Feindschaft aller anti-arabischen Kräfte auf sich. So gerät jede Auseinandersetzung, sei sie sozial, politisch, ökonomisch oder kulturell bestimmt, zum Kampf um Leben und Tod. (18) Diese Vorstellung spiegelt sich konsequent in der ba'thistische Sprache, die zugleich als Handlungsanleitung zu verstehen ist: Feinde sollen „zur Hölle fahren“, gehören enthauptet, zertreten, eliminiert, ausgelöscht.

Sobald sich der Fokus der Ba' th-Partei auf eine „feindliche“ Gruppe richtet, wird eine Flut entsprechender Propaganda losgelassen. Abgesehen von Oppositionellen erfahren Iraker, egal ob sie einer nationalen Minderheit, einer unliebsamen sozialen Gruppe oder einer abweisenden Fraktion innerhalb der Partei angehören, meist erst durch diese Propaganda, dass sie zu Feinden erkoren wurden. Wer Feind ist, bestimmt die engste Führungsschicht der Partei.

Der Feind im Volke

Außer von Agenten fremder Mächte sieht der Ba' thismus sich und die arabische Nation von einem perfiden, unsichtbaren Feind im Volk bedroht. Er hat im Irak einen Namen erhalten, der

aus der Terminologie der arabischen Nationalisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts stammt: Shu'biyah. In der ba' thistischen Terminologie wird damit eine Gesinnung muslimischer Nicht-Araber bezeichnet, deren einziges Ziel darin bestehe, die Araber, den „wahren“ Islam und die panarabischen Bestrebungen zu bekämpfen. Der Begriff geht zurück auf die shu'bis, eine im mittelalterlichen Persien aktive islamische Bewegung, die sich gegen die Dominanz der Araber in der Region auflehnte. (19)

Schon in der Vergangenheit nutzten sunnitische Araber den Begriff, um Schiiten religiöse Abweicherei, Dissidenz und Kollaboration mit den Persern vorzuwerfen. (20) Da es sich bei shu'biyah um eine reine Fiktion handelt, die mit keiner real existierenden politischen Bewegung in Zusammenhang steht, setzt diese ideologische Konstruktion der Phantasie keine Grenzen. Jeder nicht-sunnitische oder nicht-arabische Muslim kann der shu'biyah verdächtigt werden. Im Irak füllen sich im Laufe der Jahre ganze Bibliotheken über diese Thema mit pseudowissenschaftlichen Abhandlungen, die regelhaft auf die Erkenntnis hinausliefen, daß alle shu'bis, so man ihrer habhaft wird, „liquidiert werden (müssen), unabhängig von ihrer Rasse oder ihrer nationalen Identität“. (21)

Besonders Kurden und Schiiten traf dieses Verdikt. Das Aufspüren und Vernichten von shu'bis wird im Irak mit der selben Energie betrieben, wie der Kampf gegen Agenten des Imperialismus und Zionismus. Eine ganz besondere Gefahr geht von „zionistischer Gesinnung“ oder „Förderung des Zionismus“ aus, wobei „Zionismus“ und „Imperialismus“ in der sozialistisch verbrämten Diktion der Ba' th-Partei zu einer organischen Einheit verschmelzen, die ihren Niederschlag im Begriff des „Zio-Imperialismus“ findet. Ebenso wie „Zionismus“ in der ba' thistischen Sprache sich so fast vollkommen von dem realen Staat Israel und dem israelisch-arabischen Konflikt gelöst hat, ist längst auch die Verwendung des Begriffes „Imperialismus“ von jeder sozio-ökonomischen Analyse bestehender internationaler

Ausbeutungsverhältnisse emanzipiert. Imperialismus wird vielmehr als abstrakte Bedrohung der Araber und Ursache ihrer Schwäche und Teilung zugleich gefaßt. (22) So kann im Prinzip jede Person, Bewegung oder Regierung als imperialistisch gebrandmarkt werden, ob dissidenten Ba' thisten, Kurden, Liberale Kommunisten oder verfeindete Regierungen wie die Syriens unter Hafis al Assad, des Iran oder die Golfmonarchien.

Während Imperialisten ihre üble Gesinnung von außen an das arabische Volk herantragen und mittels gekaufter Agenten (zu denen natürlich die gesamte Opposition gerechnet wird) verbreiten, stellt der Zionismus eine noch größere Gefahr dar, droht er doch jederzeit den Irak von innen zu vergiften - als eine auf Zerstörung und Zersetzung der arabischen Welt und des Islam gerichtete Bewegung. Unter anderem wird den Juden vorgeworfen, seit biblischer Zeit die Schaffung eines gegen die Araber gerichteten Reiches anzustreben, der Kampf zwischen den so zu „ewigen Zionisten“ erklärten Juden und der panarabischen Bewegung nimmt dabei eschatologische Züge an. Obwohl Judentum und Zionismus mehr oder minder gleichgesetzt werden, können auch Nichtjuden dem Zionismus verfallen. Wer in den Verdacht gerät „Zionist“ zu sein, gilt als in jeder Hinsicht als verloren, quasi von einer unheilbaren Krankheit befallen. Einzig Liquidierungen (die oft auch das „Umfeld“, also Familie, Bekannte, mit einschließt) bewahrt vor weiterer Ansteckung. Lapidar heißt es im Gesetz No. 35 aus dem Jahr 1977: „Wer für zionistische Ideen, inklusive des Freimaurertums, wirbt oder zum Zionismus aufstachelt, zu einer entsprechenden Organisation oder Institution gehört, sie materiell oder moralisch unterstützt, ... wird hingerichtet.“ (23)

„Perser, Juden und andere Insekten“

Der Schriftsteller Khayrallah Talfah erklärte im Iran-Irak-Krieg, daß „der Iran mit der zionistischen Bewegung tiefe und intensive Bindungen seit tausenden von Jahren pflegt“. (24) Persien alleine gilt der panarabischen und besonders der irakischen Propaganda als ein antiarabisches Reich des Bösen, das zudem einer häretischen Auslegung des Islams anhängt. Deshalb verteidige der Irak die heilige arabische Ostflanke gegen eine persische Bedrohung, die seit Jahrhunderten sich durch Feindschaft gegen die Araber auszeichnet habe; wobei in allen im Iran entstandenen

Vor allem während der Scud-Angriffe gegen Israel 1991 überschlug sich die irakische Propaganda-maschine: Tel Aviv müsse von irakischen Bombern zerstäubt werden, erklärte Saddam Hussein



Bewegungen die „shu`biyah eine zentrale Rolle spielt“ und die „Wurzel des Khomeinismus ist“.(25) Khomeini, den die irakische Propaganda als falschen Propheten des Islam kennzeichnete, pflegte zudem engste Beziehungen mit dem Zionismus, wobei es beiden darum gehe, „heiligen arabischen“ Boden zu entehren und zu besetzen.(26) Folgerichtig warf der irakische Vertreter bei den UN dem Iran 1984 vor, daß „es keinen Unterschied gibt zwischen dem Iran und Israel ... und die militärische Zusammenarbeit zwischen (beiden) eine altbekannte Tatsache“ sei.(27) Gegen Ende des Krieges konstatierte die Zeitung „Al Jumhuriyya“: „Indem Irak die iranischen Aggressoren liquidiert hat, wurde auch eine Säule des Imperialismus und Zionismus zertrümmert, an die sich Washington und Tel Aviv über Jahre gelehnt haben, um Menschen und Völker einzuschüchtern und zu terrorisieren.“(28)

Die Ideologischen Konstruktionen Imperialismus, Zionismus und shu`biyah lassen keine Trennung zwischen außen und innen zu, da es sich um weltweite, supranationale, auf Welt-herrschaft zielende Gegner handelt, die sowohl mit den äußeren Feinden der Araber paktieren als auch sich der unterschiedlichen Segmente der irakischen Bevölkerung bedienen. Insbesondere Kurden, Assyrer und andere nicht-arabische Minderheiten sind für feindliche Unterwanderung anfällig. Noch weniger

als bei den anderen Irakern spielen bei ihnen Kategorien wie Schuld oder Kausalzusammenhang zwischen eigenem Handeln und Denken und „Bestrafung“ eine Rolle. Besonders die irakische Propaganda gegen die Kurden als Inbegriff feindlicher Elemente blickt auf eine lange Tradition zurück und gipfelte während der Anfal-Kampagnen darin, zu dekretieren, dass Kurden solange nicht weiter als irakische Bürger zu behandeln seien, „bis sie durch guten Willen und korrektes Betragen bewiesen haben, dass sie ihre früheren Verbindungen mit den subversiven Elementen aufgegeben haben und nun loyaler dem Irak gegenüber sind als ihre Mitkurden“.(29) Jeder Kurde galt solange als „feindlicher Ausländer“ (und wurde dem entsprechend behandelt), bis er seine absolute Loyalität unter Beweis zu stellen vermochte. Dieser Generalverdacht weitete sich nach 1991 auf alle nicht-sunnitischen Iraker aus, die seitdem gefordert sind, ihre „reine“ Gesinnung permanent durch Loyalitätsbekundungen nachzuweisen.

Die Kurden, die seit Ende des Golfkrieges im Norden des Landes sich von seiner Herrschaft befreien konnten, klagt Saddam Hussein an, sie hätten sich in „Zionisten“ und Kurdistan in ein „zweites Israel“ verwandelt, seien also als „Zionisten im eigenen Land“ zu verfolgen.(30) So beschuldigte auch die im Irak erscheinende kurdischsprachige Zeitung „Al Iraq“

den Vorsitzenden der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Jalal Talabani, er unterstütze die Gründung eines Hauptquartiers der „Juden Kurdistans“. Dies gehe Hand in Hand mit dem geheimen Einschleusen von „US-amerikanischen Armeen“ in den Nord-Irak, wo die kurdischen Parteien zudem mit dem Iran, Schiiten, Kommunisten und Atheisten paktieren.(31) Solche Äußerungen sind im Irak nicht Ausdruck irrelaufender Propaganda, sondern kommen Todesurteilen gleich, weshalb bis heute das Leben in Kurdistan geprägt ist von der Angst vor einem Wiedereinmarsch irakischer Truppen.

Die Angst der Kurden vor einer Vergeltung des Regimes für mehr als zehn Jahre Unabhängigkeit ist mehr als begründet. Feinde des irakischen Volkswillens und also der Ba`th-Partei werden als „Viren“, „Insekten“, „Bakterien“ oder andere Krankheitserreger vernichtet. Vor Giftgaseinsätzen gegen die iranische Armee oder kurdische Zivilisten in den 80er Jahren pflegte die staatliche Propaganda diese als „zweibeinige Fliegen“ oder Ungeziefer zu dehumanisieren.(32) Über einen erfolgreichen Angriff gegen iranische Truppen berichtet ein Offizier Saddam Hussein mit den Worten: „Wir informieren Sie über die Vernichtung tausender schädlicher Insekten. Die irakischen Truppen haben diese Insekten in eine schwarze Masse verwandelt und über das ganze flache Land verstreut.“(33)

Die Note wurde später im Irakischen Fernsehen verlesen, unterlegt mit Bildern getöteter und entstellter iranischer Soldaten. Noch Mitte der 90er Jahre erklärte der irakische Vize Tarik Aziz dem Chef der UNSCOM, Richard Butler, der Irak habe damals seine Biowaffen gegen „Perser, Juden und andere Insekten entwickelt“. (34)

Wenn führende Ba'th-Politiker Israel als „Krebsgeschwür“ oder Aids-Virus im Körper der arabischen Nation (35) bezeichnen, und das irakische Fernsehen erklärt, dass, wer Frieden mit dem jüdischen Staat schließen wolle, die „krebbsgeschwürartige Natur der fremden Einheit (Israel) im arabischen Körper“ (36) übersehe, ist die Ausdruck desselben Vernichtungswillens, der zuvor die „Zionisten“ im eigenen Land traf. Folgerichtig stellt die Befreiung Palästinas und Vernichtung Israels auch Kernstück des ba'thistischen Programms dar und findet noch in der abseitigsten politischen Äußerung ihren Niederschlag. Vor allem während der Scud-Angriffe gegen Israel 1991 überschlug sich die irakische Propagandamaschine: Tel Aviv müsse von irakischen Bombern zerstäubt werden, erklärte Saddam Hussein, die irakische Armee werde die zionistische Entität eliminieren und den heiligen arabischen Boden von seiner verlogenen Präsenz reinigen. (37)

Ba'thistischer Jihad

Der Kampf gegen die Feinde ist ein innerer Reinigungsprozess des „arabischen Volkskörpers“, Gewalt ein Mittel zur Erziehung des neuen arabischen Menschen, der im dauernden Kampf und Krieg die Wiedergeburt der arabischen Nation verwirklicht. Vor diesem Hintergrund ist auch verständlich, warum der erste Golfkrieg im Irak eine mythische Bedeutung erhält und in der staatlichen Propaganda durchaus auf eine Stufe mit den Feldzügen Mohammads gestellt wird. Nicht Trauer um eine Million Kriegsoffer, sondern die Verherrlichung des Todes und der Märtyrer waren die Folge - die im Feld getöteten Soldaten starben im Jihad, dem heiligen Krieg für die Befreiung der Araber und des wahren, von ihnen repräsentierten Islam. Denn mit Ausbruch des Ersten Golfkrieges begann sich die ba'thistische Propaganda auch islamisch aufzuladen, im Krieg gegen den Iran und andere Feinde sei es die heilige Aufgabe Iraks den reinen von dem Araber Mohammad repräsentierten Islam wiederherzustellen und vor Verunreinigungen und Fehlinterpretationen zu schützen. 1991 wurde die Besetzung

Kuwaits dann als Teil eines heiligen Krieges bezeichnet, den Saddam Hussein als eine Art Widergänger Salahedins gegen die Ungläubigen führte. (38) Von der Übernahme der Koransure „allah akbar“ in die Nationalfahne erhoffte sich die irakische Führung nicht nur die Unterstützung der panarabisch gesonnenen Massen, sondern auch die der Islamisten. Eine radikal-islamische Gruppe in Jordanien erkannte dann auch in Saddam Hussein den „neuen Kalifen aus dem Osten“. Für Al-Quaida, die Hamas und andere Islamisten ist Saddam Hussein so längst zu einem Heroen geworden, der die Araber gegen den Ansturm der Imperialisten und Zionisten verteidigt. (39) Gleich nach den Palästinensern fungieren inzwischen in der islamistischen Ideologie die durch die Folgen des Embargos umgekommenen irakischen Kinder als Stimulans für ihren Jihad. Ba'thistischer Panarabismus und Islamismus, einst unversöhnliche Gegner, haben sich im Kampf gegen die gleiche Feinde angenähert.

*Thomas von der Osten-Sacken /
Thomas Uwer*

**dieser Text ist dem
Buch „Saddam
Husseins letztes Ge-
fecht“, konkret texte
33.2002 entnommen**

Anmerkungen

- (1) Zit. Nach Sarbest Bahjat: Die politische Entwicklung der Kurden im Irak von 1975 bis 1993 unter besonderer Berücksichtigung von Saddam Husseins Kurdenpolitik, Berlin 2001, Dokument 22&23, S.131 f.
- (2) Ein hochrangiger Überläufer, Khalid al-Janabi, betätigte kürzlich den von Oppositionsgruppen seit Jahren erhobenen Vorwurf, das Regime töte jährlich Tausende von Gefangenen. Er berichtete, am 27. April 1998 von Saddams Sohn Qusay Hussein persönlich mit der Hinrichtung von Gefangenen beauftragt worden zu sein. Binnen eines einzigen Tages wurden demnach 2.000 Insassen des Abu Graib Gefängnisses exekutiert, vorwiegend Gefangene, die auf ihren Prozess warteten.
- (3) Vgl. Safia Taleb Al Souhail: Iraq: Intolerable Repression, forgotten and unpunished. The International Alliance for justice (IAJ); 05 February 2002
- (4) Daten vom US-Council for Refugees, Country Report Iraq. 2000.
- (5) Vgl. Isam al Khafaji: Not Quite an Arab Prussia: Revisiting Some Myths on Iraqi Exceptionalism. Paper prepared for delivery at the conference on The Future of Iraq. 2000. S.38
- (6) Kanan Makiya, Republic of Fear; The Politics of Modern Iraq (2.Auflage), Berkely Los Angeles 1996, S.68
- (7) Kanan Makiya: Cruelty and Silence; war; Tyranny, Uprising and the Arab World, New York - London 1993. S.219
- (8) Zit. nach Kanan Makiya: Republic of Fear, a.a.O.,

- S.52
(9) Fouad Ajami: The Arab Predicament; Arab Thought and Practise since 1967, Cambridge 1992. S.47
(10) Dabei traf es in der „ersten Welle“ vor allem die wenigen verbliebenen Juden im Irak, von denen bis 1970 über 50 entweder öffentlich hingerichtet oder zu Tode gefoltert wurden. Zudem erließ der Irak nach 1967 eine umfassende antijüdische Gesetzgebung. Vgl. Pogrom 3/2002. S.37
(11) Hanna Batatu : The Old Social Classes and the Revolutionary Movements in Iraq, Princeton 1978.
(12) Vgl. Kanan Makiya, a.a.O., 48 f.
(13) 1969 wurden 53 Angeklagte aus dem Militär in einem angeblichen Spionagefall zum Tode verurteilt, im Januar 1970 zwölf Zivilisten und 29 Offiziere wegen eines weiteren angeblichen zionistischen Unsturzplans erhängt.
(14) Zit. nach Ofra Bengio: Saddam's World; Political Discourse in Iraq, New York Oxford 1998. S.155
(15) Ofra Bengio, a.a.O., S. 149
(16) So al-Bakr in einer Fernsehsprache an das irakische Volk. Zit. nach Kanan Makiya, a.a.O., S. 52
Trotz wechselnder regionaler Bündnisse und der Annäherung des Irak an die USA in den 80er Jahren - die kurzfristig dazu führte, dass das Regime seine antiimperialistische Propaganda etwas zurückschraubte - blieb es sich in seiner Feindsemantik und -bestimmung erstaunlich treu.
(17) Fouad Ajami: Iraq and the Thief of Bagdad, un New York Times v.19. 05. 02
(18) Islam Al-Khafaji: Von starken Staaten - Zur Soziologie der monolithischen Machtapparate in Irak, Syrien und Ägypten; in Blätter des iz3w, Nr. 202 v. Dezember 1994. S. 16
(19) Carol A. O'Leary: Democracy and the Politics of Identity in Iraq. 2002. S. 4
(20) „Schiten werden Angeklagt eine nicht-arabische Bewegung zu sein, eine Ideologie die von Mewalis (nicht-arabischen Moslems) gefördert wird, um die arabische Kultur zu unterwandern und den arabischen Charakter des Islams zu unterhöhlen, ja um den Islam überhaupt als vorzüglichstes Ergebnis arabischer Kultur zu unterhöhlen.“ Graham E. Fuller and Rend Rahim Francke: The Arab Shi'a; The Forgotten Muslims. New York 1999. S. 17
(21) Ofra Bengio, a.a.O., S 104
(22) Hin und wieder gefällt sich Saddam Hussein auch in der Rolle des Sprechers der „Dritten Welt“, dessen Land an vorderster Front gegen Imperialismus und Globalisierung kämpfe.
(23) Zit. nach Mohammad Safwat: Freemasonry in the Arab World, London 1980. S. 21 Als Zionisten sind bislang Tausende im Irak hingerichtet worden.
(24) Zit. nach Ofra Bengio, a.a.O., S. 136
(25) So Farug Omar 1986 in einem in Bagdad erschienenen Buch über die shu'biyah, zit. nach Charles Tripp: The Iran-Iraq War and the Iraqi State; in: Derek Hopwood u.a. (Hg.): Iraq; Power and Society. Oxford 1993. S.110
(26) Zit. nach Ofra Bengio, a.a.O., S. 142 ff.
(27) Zit. n. Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit, Frankfurt/M. 1986, S. 237. Der Iran antwortete mit ähnlichen Anschuldigungen, so dass sich während eine Un-Sitzung der irakische und iranische Delegierte gegenseitig als Zionistenknechte beschimpften.
(28) Al Jumhurriya v. 19. 9. 88
(29) Zit. Nach Iraqi National congress: Crimes Against Humanity, London/Salahuddin 1993. S. 144. Vgl.auch den folgenden Textbeitrag von Kahlid Salih
(30) Vgl. Vera B. Seedpour: Ties That Bind, 1993.
(31) Kurdistan Observer v. 31. 03. 2000
(32) Der Spiegel Nr. 4/ 1989. S. 24
(33) Zit. nach Ofra Bengio, a.a.O., S. 153
(34) Zit. n. Jeffrey Goldberg: The Great Terror, The New Yorker 29. 3.2002
(35) Robert Wistrich: Muslim Anti-Semitism: A Clear And Present Danger, New York 2002. S. 34
(36) Erklärung im staatlichen irakischen Fernsehen v. 8. April 2002
(37) Zit. n. Ofra Bengio a.a.O.
(38) Es ist kein Zufall, daß Schlachten im Iran Irak Krieg Namen wie Al-Quadissyah (ein Gefecht Mohammads) erhielten oder die Vernichtungskampagne gegen die Kurden nach einer Koran Sure „Al-Anfal“ benannt wurde
(39) Jeffrey Goldberg a.a.O.

IDEOLOGIE UND TERROR DES IRAKISCHEN BATHISMUS

Ideologie und Terror des irakischen Ba'thismus

VON ANDREA WOELDIKE

Teil 1: Historische Grundlagen

»Alle Personen, die im Politischen, Ökonomischen oder Intellektuellen eine feindliche Einstellung gegenüber der Revolution und ihrem Programm erkennen lassen, besitzen nicht länger die Rechte eines [irakischen] Staatsbürger (Gesetz Nr 35 von 1977)«

Noch vor wenigen Monaten wurde quer durch alle Parteien eine Entsendung von UN-Truppen unter Beteiligung deutscher Soldaten nach Israel gefordert. Sei es nun dem Wahlkampf geschuldet oder nicht, in Bezug auf den Irak ist alles anders: Kanzler Schröder propagiert einen »eigenen deutschen Weg« und der Außenminister Fischer steht plötzlich wieder auf der Seite der Kritiker eines Krieges, wofür er prompt von der taz gelobt wurde, die Opposition hingegen sieht keine militärischen Kapazitäten für einen zusätzlichen Bundeswehreinsatz.

Vornehmlich dreht sich jedoch die ganze Diskussion, sei es bei den Politikern wie auch in den Zeitungskommentaren, darum, ob und wann die USA »einen Militärschlag gegen den Irak führen werden«, weniger interessiert die Frage, wie Hans-Ulrich Klose kritisierte, »wie der Irak an der Produktion chemischer, biologischer und in absehbarer Zeit auch nuklearer Waffen gehindert werden könnte.« (1)

Von der Herrschaftspraxis, bei der Gewalt nicht Mittel sondern Zweck ist, von Ideologie und Terror ist nur in den seltensten Ausnahmefällen zu lesen; anscheinend trifft auch auf den Irak zu, was Hannah Arendt bezüglich totalitärer Systeme beschrieb: das Regime muss sich relativ wenig Sorgen um die Aufdeckung seiner Verbrechen machen, da der beste Schutz in der »Normalität der normalen Welt liege« die sich weigert den »Beweisen« zu trauen. Was bliebe, sind »subjektive, niemals absolut zuverlässige und nachprüfbare Berichte« (2).

In diesem Sinne kommen die Exil-irakischen- und Oppositionsgruppen

meist nur in dem Zusammenhang »pro oder contra Krieg« zu Wort, wobei wenig von den Hintergründen ihrer Erfahrungen, Befürchtungen und Hoffnungen die Rede ist. Wenn sie nicht gleich als disziplinos und medieneil diffamiert werden, deren einzige Gemeinsamkeiten in der »sich angleichenden Sprachregelung« bestände, um ihre jeweiligen Machtambitionen zum Ausdruck zu bringen (3).

Nationsbegriff des Ba'thismus

In dem sich neu konstituierenden arabischen Nationalismus während des osmanischen Reichs orientierten sich zu Beginn viele Theoretiker an der Idee des Liberalismus und des bürgerlichen Nationalstaates. Mit dem 1. Weltkrieg und der Aufteilung des ehemaligen osmanischen Reiches unter den Kolonialmächten wurde dieser jedoch zunehmend zu einer apologetischen, reaktiven und völkischen Ideologie, wie sie z.B. in den Schriften von Sati' Husri und Michel Aflaq zu finden ist.

Diese Konzeption eines völkischen panarabischen Nationalismus grenzte sich einerseits gegenüber panislamischen Bewegungen mittels der Betonung der Säkularität ab, und andererseits gegenüber den Nationsbewegungen, welche sich nicht dem Panarabismus verpflichtet fühlten, denen vorgeworfen wurde sich zu unmittelbar auf den diskreditierten französischen Nationsbegriff zu beziehen. Husri verband in seine Schriften Ideen der deutschen Romantiker mit Ibn Khalduns Geschichtsphilosophie.

Ausgehend von deutschem Gedankgut, wobei jene, welche der Aufklärung sich verpflichtet fühlten von den germanophilen Panarabisten als Kosmopoliten abgelehnt wurden, galten Fichte, Herder und Ernst Moritz Arndt als die Vorbilder für die anzustrebende organische Nation. Ebenso wie diese führt Husri eine Trennung zwischen Staat und Nation ein, wobei zweiteres ein »heiliges, organisches, statisches

Gebilde« sei, welches sich in »verschiedenen Formen objektiviere« (4).

Darüber, wie auch über die Sprache und Tradition, als gemeinsames Band einer Nation, versuchte er die eine, gemeinsame panarabische Nation zu begründen. Sprache ist für ihn die Seele und das Leben der Nation, während die Geschichte ihre Erinnerung und ihr Bewusstsein sei. Da die Nation als »nationale Persönlichkeit« bestimmt ist, ein »sozialer Organismus«, deren Mitglieder die »Zellen« seien, welche nur in ihrer Gesamtheit funktionieren könnten, wendet sich der völkische panarabische Nationalismus strikt gegen das Selbstbestimmungsrecht Einzelner. Die konsequente Weiterführung der Ideen der deutschen Romantiker sieht Husri in von Schönerers Pangermanismus.

Zu dieser Vorstellung einer Nation kommen spezifische Elemente der arabischen Kultur hinzu, vor allem in Rückgriff auf den im 14. Jahrhundert lebenden Denkers Ibn Khaldun, der über den Begriff des »Solidaritätsgefühls« einer Gruppe und deren zyklischen Veränderungen schrieb. Diese »Schicksalsgemeinschaft« einer Gruppe wurde von Husri auf das Wesen der Nation übertragen. Das adäquate Mittel zur Nationalerziehung begreift er dann in der logischen Fortführung seiner Vorbilder, im Wehrdienst, denn dort lerne das Individuum seinen Egoismus zu überwinden, für sein Vaterland Opfer zu bringen und eine strenge Disziplin zu befolgen (5).

So beschränkte sich Husris Kritik an der Syrischen Sozialnationalistischen Partei, deren unmittelbares Vorbild die Nationalsozialisten waren, vornehmlich an ihrer Vorstellung der Nation als einem biologischen Organismus, anstatt eines sozialen, sowie die Vernachlässigung des Panarabismus. Bewunderung äußerte er allerdings für die militärische Disziplin dieser Partei.

Sein Schüler und Mitstreiter, sowie Mitbegründer der Ba'thpartei, Michel Aflaq hegte dagegen große Sympathie

für das mit den Nationalsozialisten kollaborierenden al-Gailani -Regime, für welches er Spendensammlungen durchführte. Aflaq, wie auch die anderen Gründerväter der Arabischen Partei der Wiederauferstehung bzw. der späteren Arabisch-Sozialen Partei der Wiederauferstehung, strebten über Husri hinausgehend eine Synthese aus Nationalismus und Sozialismus an, als Grundlage dafür diente nicht nur Alfred Rosenbergs »Mythos des 20. Jahrhunderts«, sondern auch direkt eine offene Bewunderung für den Nationalsozialismus gepflegt wurde (6).

Ideologie des Ba'thismus

Wenn er nach einer Definition von Sozialismus gefragt werde, meinte Aflaq, werde er nicht bei Marx und Lenin nachsehen, sondern sein Verständnis von Sozialismus hätte er von André Gide und Romain Rolland, »edlen Seelen, weit über kommunistischer Parteilichkeit stehend« (7), übernommen. In diesem Sinne begriff er Sozialismus und Kommunismus als »eine Lebensart« und »metaphysisches Heilmittel«, welcher dem arabischen Geist und seiner Seele zur Wiederauferstehung ver helfe, was nicht verwechselt werden dürfe mit dem »verbrecherischen Klasseninteresse«⁸, das die nationale Einheit gefährde.

Dem panarabischen Nationalismus Husris fühlt sich die Ba'th-Partei zu tiefst verpflichtet, und treibt ihn konsequent auf die Spitze. Ein gutes Leben lasse sich allein im völligen Aufgehen in der Nation und der Revitalisierung der »glorreichen arabischen Vergangenheit« bewerkstelligen. Wichtig sei dafür das »abstrakte westliche Denken«, dem der Egoismus und der Genuss inhärent sei, zu überwinden um so der Güte und der Vervollkommenung näher zu kommen, die unmittelbar immer mit dem Opfer und dem Heroismus für die Nation verbunden sind.

Mit drei Begriffen umriss Aflaq seine Theorie, die bis heute noch maßgeblich für die Ideologie des irakischen Ba'thismus sind: Einheit, Freiheit, Sozialismus. Dabei bildet das »arabische Vaterland«, welches »das Ergebnis ihrer aufeinanderfolgenden Wiedergeburten« und »mit »einer ewigen Sendung versehen ist«, (9) eine unteilbare politische und wirtschaftliche Einheit, und soll letztendlich Nordafrika, den Sudan, einen Teil der Türkei, sowie den gesamten Nahen Osten umfassen. In vorderster Front stehen dabei die Palästinenser, die erst »dann auf eine Rückkehr in ihr Heimatland hoffen können, wenn es gelingt, eine einzige arabische Nation zu schaffen« (10).

Erreicht werden kann diese erst durch die ständige Revolution, die den

Kampf gegen alle »fehlerhaften Strukturen« ununterbrochen voran treibt um die Gesellschaft zu »gesunden«. Die Freiheit muss solange von einigen wenigen Führern, die den wahren Willen der Nation erkannt haben durchgesetzt werden, bis es der Erziehung durch die Regierung gelungen ist, allen Arabern ihre »wahre Natur« bewusst zu machen. Erst dann sei der Sozialismus die »ideale Ordnung für das arabische Volk«, da diese nur endgültig verwirklicht werden könne, wenn das ganze arabische Volk von den »Einflüssen des Feudalismus, Kolonialismus, Imperialismus und Zionismus befreit« ist.

Andrea Woeldike

in akw!-info texte Würzburg
August 2002

Anmerkungen

- (1) FAZ v. 8.8.02: Mit Augemaß. S.10.
- (2) Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. München 1986. S. 674f.
- (3) Rolf Paasch: Die Schnauzbärte und der Prinz. In: FR v. 15.7.02. S.3
- (4) Basam Tibi: Vom Gottesreich zum Nationalstaat. F/M.1987. S. 114.
- (5) Ebd. S.137.
- (6) Vgl. Robert Wistrich: Der antisemitische Wahn. Ismaning b. München 1987. S.307ff.
- (7) Bitar/Aflaq: zit.n. Horst Mahr: Die Baath-Partei. München/Wien 1971. S. 32.
- (8) Bassam Tibi: a.a.O. S. 191.
- (9) Verfassung der Ba'th-Partei zit.n. Horst Mahr: a.a.O. S. 167.
- (10) Ebd. S.136.



ZEIT FÜR DEN WECHSEL

Zeit für den Wechsel

„LANG LEBE DIE FREIHEIT! LANG LEBE DER SÄKULARISMUS!“, ERKLÄREN IRANISCHE STUDENTEN. SEIT GEORGE W. BUSHS DIKTUM VOM „REGIME CHANGE“ SCHEINT BEFREIUNG IM NAHEN OSTEN WIEDER MÖGLICH ZU SEIN. VON THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN UND THOMAS UWER

Es ist ein kühner Gedanke. Erst mals nach dem „Ende der Geschichte“, das Francis Fukuyama jubelnd und viele Kommunisten resignierend konstatierten, ist Befreiung wieder etwas, das möglich erscheint; und zwar ausgerechnet in einem Teil der Welt, der schon lange vor 1989 unter der Herrschaft monolithischer Regime in Agonie versunken schien. Im Nahen Osten gewinnen nämlich nicht nur die Islamisten an Zulauf und Unterstützung, sie verschärfen zugleich einen seit langem schwelenden Konflikt.

Während die iranischen Bassiji-Milizen am Freitag, dem „Jerusalem-Tag“, mit weiteren Unterstützern des Mullah-Regimes zu Hunderttausenden in Teheran gegen Israel demonstrierten, fordern die iranischen Studenten mittlerweile nichts weniger als ein Ende der Theokratie. „Während die USA das herrschende Regime im Iran als Teil der Achse des Bösen bezeichnet haben“, heißt es in einem Flugblatt des studentischen Koordinationskomitees für Demokratie in Iran, „(...) und die iranische Nation schreit, 'lasst Palästina in Ruhe, denkt an uns', fahren die Herrscher der Tyrannei (...) mit ihren antisemitischen Shows und Erklärungen fort.“

Das ist ein einfacher Gedanke und es folgen einfache Forderungen: „Lange lebe der Säkularismus! Lang lebe die Freiheit!“ Das Wohl und Wehe der iranischen Bevölkerung hänge nämlich, heißt es, nicht von der Existenz eines palästinensischen Staates ab, sondern von der Gewalt des eigenen Regimes.

Zwei Grundpfeiler nächstlicher Politik werden damit quasi im Handstreich beseitigt: die Konzentration und Verlagerung aller politischen Äußerungen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt und der „kritische Dialog“ mit den Eliten, der nicht der Demokratisierung dient, sondern der Aufrechterhaltung diktatorischer Herrschaft.

In Europa sorgt beides für Unruhe. Erstmals richtet sich der Zorn der Bevölkerungen nicht gegen die USA und Israel, sondern gegen die eigenen Regierungen. Lange bevor Regierungen stürzen, wirkt sich der von George W.

Bush angekündigte „Regime Change“ bereits auf die europäische Nahostpolitik aus, die auf die Stabilisierung unhaltbarer Verhältnisse und den Dialog mit den Eliten setzt.

Einzig aus dieser Perspektive hatten die deutschen Kommentatoren Recht, als sie die „Iran-Rede“ George W. Bushs im Sommer dieses Jahres als gefährliches Spiel mit der Macht interpretierten. Dass die „Menschen im Iran die gleichen Freiheiten, Menschenrechte und Möglichkeiten wie alle Menschen auf der Welt“ haben sollten, erklärte Bush damals.

Es war eine Botschaft, die in Teheran wie in anderen Städten des Nahen Ostens verstanden wurde. Während die Mullahs im kritischen Dialog weiterhin das westliche Konzept der Menschenrechte als Kulturimperialismus ablehnen und ihnen die wahren „islamischen Rechte“ entgegensetzen, wollten, wie Reuel Marc Gerecht kürzlich im Weekly Standard schrieb, die iranischen Studenten vor allem jene Freiheit, für die wie kein anderes Land die USA stünden.

Neben Gerecht sehen sich derzeit auch US-amerikanische Linke mit dem Phänomen konfrontiert, dass ausgerechnet der konservative und zutiefst religiöse Bush mit Erfolg eine für die arabischen Staaten revolutionäre Botschaft verbreitet, wie es seit Woodrow Wilson in der amerikanischen Außenpolitik nicht mehr geschah. Während Wilson 1918 aber das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ propagierte, trete Bush für die Freiheit des Individuums ein und sei der tiefen Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Muslime sich nach „Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sehnten, als einem angeborenen Menschenrecht“, schreibt Gerecht.

Wie auch immer das persönliche Verständnis George W. Bushs von der Welt und ihren Dingen beschaffen sein mag, die Ereignisse geben ihm Recht. So meldete auch die FAZ, den demonstrierenden Studenten gehe es nicht mehr darum, den so genannten Reformflügel um Khatami zu stärken, sondern

um einen grundlegenden Bruch mit der islamischen Theokratie.

Und auch der iranische Schriftsteller Faradj Sarkuhi richtet sich gegen die europäische Interpretation der Ereignisse. „Bei der Analyse der Situation im Iran reduzieren sie alles, was geschieht, auf eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Flügeln der iranischen Regierung (...) Wichtige und einflussreiche Teile der iranischen Gesellschaft werden dabei einfach ausgeblendet: Die meisten iranischen Journalisten und Schriftsteller, der größte Teil der Studentenbewegung und die Mehrheit der Bevölkerung ist prinzipiell gegen jede Form von Theokratie und Despotie.“

Das ist nicht neu. Neuerdings aber scheint sich mit George W. Bush und den „Falken“ ein interessierter Dritter anzubieten, der nicht auf die Eliten und eine Reform von oben, sondern auf die Bevölkerung und den Sturz der Regierungen setzt. Das propagierte und praktizierte Konzept des „Regime Change“ ist vor allem ein Wechsel des Subjekts, dessen sich die US-amerikanische Politik im Nahen Osten anzunehmen verspricht.

Und zwar mit Erfolg. Im Iran wie auch im Irak ist die Möglichkeit gegeben, über Befreiung überhaupt wieder nachzudenken. Während in Teheran die Legitimität des Regimes zu schwinden scheint, debattiert die irakische Opposition bereits über die Form eines Staates nach Saddam Hussein. In Irakisch-Kurdistan verabschiedete das Parlament gar eine Verfassung für den ganzen Irak, statt sich darüber Gedanken zu machen, wie der Status quo weiter aufrechterhalten werden könne.

Und erstmals wird in den USA, aber auch in saudischen Exilkreisen debattiert, wie Saudi-Arabien ohne das Haus Saud zu regieren sei. Die jahrzehntelange Erstarrung einer Region, in der bislang keine Regierung gestürzt oder zumindest abgewählt wurde und kein Konflikt lösbar erschien, schwindet.

Das kommt nicht aus heiterem Himmel. Während der neunziger Jahre, als

der zivilgesellschaftliche Wandel die Regierungspolitik und den Soziologendiskurs bestimmte, wunderte man sich hin und wieder darüber, dass außer ein paar Debattierzirkeln in Damaskus die Reformkräfte nicht entstehen wollten, die wenigstens kosmetische Veränderungen hätten bewirken können. Nirgendwo zeitigte der Einsatz für die reformbereiten Kräfte innerhalb der Eliten einen Erfolg. Diese Eliten, auf die auch die US-amerikanische Nahostpolitik weiter setzte, waren tatsächlich vollkommen alternativlos, da sie jeden möglichen Konkurrenten entweder bereits absorbiert, ins Exil getrieben oder vernichtet hatten.

Die US-Politik der neunziger Jahre, die einen Herrscher wie Saddam Hussein gegen den Willen der irakischen Bevölkerung an der Macht hielt, folgte blindlings der historischen Gewohnheit, gegen die gefürchteten „arabischen Massen“ auf militärische Führungsriege und den Erhalt oligarchischer Herrschaftsstrukturen zu setzen. Unter dieser Bedingung bedeutete Veränderung im Nahen Osten bislang, dass in Syrien und Jordanien die Söhne der jeweiligen Herrscher und in Saudi Arabien ein Halbbruder die Macht übernahmen.

„Alles wurde bislang im Nahen Osten versucht“, schrieb der konservative Kolumnist

Victor D. Hanson kürzlich, man kopierte mit säkularen und religiösen Diktaturen, führte einen „Dialog der Kulturen“ und bestrafte unbotmäßige Regimes. Nur eines sei bislang nicht versucht worden: „Freiheit“.

BAGDAD. BERLIN und zurück

WAS SICH OHNE DIE AUSWERTUNG VON SATELLITENFOTOS ÜBER SADDAM UND SEINE FREUNDE SAGEN LÄSST. VON STEFAN RIPPLINGER

Ich will nicht vorgeben, ich wüsste, ob in den Kellern von Saddams Palästen Rotwein oder Giftgas lagert, ob der Mann selbst gesagt hat, er sei der zweite Saladin und wolle Jerusalem befreien, oder ob es eines seiner drei Doubles war, und schon gar nicht, ob den Irakern ein Sturz des Regimes bekömmlich wäre oder nicht.

Aber ich weiß, in welchem Land ich lebe. Und immer, wenn in diesem Land so gut wie alle einer Meinung sind, kriege ich ein seltsames Jucken in der Schläfe und muss mich kratzen. Gewiss, es wäre theoretisch möglich, dass, wenn 90 Prozent der Deutschen eine Sache für gut halten, diese Sache tatsächlich eine gute ist, nur ist das, meiner Erinnerung nach, noch nie vorgekommen. Mal waren sie alle für Autobahnen und gegen moderne Kunst, dann gegen Asylbewerber und für die Einheit, und jedesmal stank ihr Credo zum Himmel. Ich bin also misstrauisch, wenn ich nun in allen Zeitungen außer der *Jungle World* dasselbe lese und von allen Politikern außer Wolfgang Schäuble dasselbe höre, wenn von Alt und Altvater bis Mahler und

Mommsen alle gegen einen Krieg im Irak sind.

Es ist allein schon diese Zusammenballung von Dummheit und schlechtem Geschmack, die einen zur Vorsicht mahnen muss. Selbstverständlich ist das Gegenteil einer Gemeinheit ebenfalls eine Gemeinheit. Wenn der Mob der Leitkommentatoren für die Verschonung Bagdads eintritt, ist das noch lange kein Grund, die Bombardierung Bagdads zu fordern. Aber es ist doch Grund genug, in Ruhe abzuschätzen, was sich hier wieder einmal zusammenrottet. Um das zu tun, muss einer kein Irak-, sondern bloß ein Deutschland-Experte sein, und das sind wir notgedrungen.

Beugen sich die Spezialisten über die Satellitenfotos, sagen die einen, es ließen sich neue Produktionsstätten für C-Waffen auf dem Gebiet des Irak ausmachen, die andern vermuten, das könnten bloß Fischstäbchenfabriken sein. Es wäre idiotisch, sich als Laie in diesen Streit einzumischen. Aber auch ohne Satellitenauswertung lässt sich einiges festhalten. Zunächst einmal, dass es tatsächlich Leute in Deutschland

gibt, die den Bau von Giftgasfabriken begrüßen. Das sind die Fabrikanten, die an ihm verdient haben und wieder verdienen wollen, und die rechten und linken Faschisten, die den Irak als »selbstbewusste Nation« rühmen. Auch wer Saddams Folterkeller noch nicht besichtigen durfte, kann doch wissen, in welche Nachbarschaft sich jeder begibt, der dieses Regime verteidigt.

Die Frage, wes-



Giftgasangriff gegen die kurdische Bevölkerung im Nordirak.

halb der Irak nicht Waffen besitzen dürfe, die andere Staaten auch besitzen, ist ebenfalls zu beantworten, ohne dass wir uns auch nur aus dem Sessel erheben müssen. Das irakische Militär hat in Halabja Giftgas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt, Tausende starben, es hat Israel mit Raketen beschossen. Der bloße Anschein, der Irak besitze B- und C- oder gar Atomwaffen, rechtfertigt die Überprüfung. Sollte aus der Vermutung Gewissheit werden, haben nur Fabrikanten und Faschisten Grund, Saddam den Waffenschein auszustellen.

Die Vermutung, Saddam tüftele an der big one, treibt übrigens nicht nur die Amerikaner um. August Hanning, Leiter des Bundesnachrichtendienstes, sagte einem Reporter, seine Behörde gehe davon aus, wenn Saddam niemand störe, werde ihm binnen drei Jahren eine Atombombe zur Verfügung stehen. Nicht einem Reporter der Frankfurter Rundschau sagte er das, sondern des New Yorker (25. März 2002). Vielleicht wollen es die deutschen Kollegen nicht hören? In ihren Blättern liest man so etwas im Allgemeinen selten, und je linker, desto seltener. Im Allgemeinen; was den Zustand des Irak betrifft, vertraue ich den Informationen von Thomas von der Osten-Sacken, was den der deutschen Linken betrifft, der Analyse von Joachim Rohloff und nicht den Nachrichten und Kommentaren der Schröderpresse, die, um nur ein Beispiel zu nennen, den Selbstmordanschlag der al-Qaida auf die Synagoge von Djerba systematisch heruntergespielt hat.

Die pazifistischen Argumente wiederum erledigen sich gleich reihenweise an den Fakten der Geschichte. Nehmen wir nur das bekannte unserer moralischen Vordenker Altvater, Jens, Wallraff usw., der »gerechte Krieg« sei einerseits ein »unglückseliger historischer Begriff, den wir nicht akzeptieren«, andererseits hätten die »Vereinigten Staaten für die Befreiung Europas vom Joch des Nationalsozialismus einen hervorragenden Beitrag geleistet«. Aber womit? Es sei fraglich, schreiben Altvater & Co., ob »ein Krieg bei Einsatz einer Waffentechnik, in der nicht Truppen bekämpft, sondern ganze Regionen, ihre Bewohner und deren Lebensgrundlagen zerstört werden, die Bezeichnung 'gerecht' überhaupt in Anspruch nehmen« könne.

Demnach haben die Amerikaner zwar einen hervorragenden Beitrag geleistet, aber gleichzeitig einen ungerichten Krieg geführt, als sie deutsche

Großstädte bombardierten. Solches Gerede ist entweder nichts als Heuchelei und heiße Luft, weil es sich um die Tatsache herumdrückt, dass es Situationen gibt, in denen selbst die Sitzblockade nicht weiterhilft. Oder, und das ist wahrscheinlicher, es transportiert den Hass derer, die gar nicht befreit werden wollten, auf ihre unfreiwilligen Befreier.

Am 6. Oktober, ein Jahr nach dem Beginn des Kriegs gegen ein verbrecherisches Regime in Kabul, warnten Katja Ebstein, Günter Grass, Jürgen Habermas und mehr als 2 120 Gleichgesinnte »vor der Kriegspolitik der Bush-Administration«. Warum? Weil der »Krieg das falsche Mittel ist, um den Terrorismus aus der Welt zu schaffen«. Aber wie schafft man ihn aus der Welt? Natürlich nur mit den Vereinten Nationen - in der Hoffnung, dass wieder mal kein Beschluss gefasst wird - und mit Entwicklungshilfe. »Wer den Terrorismus wirksam bekämpfen will, muss auch seine sozialen Ursachen ins Auge fassen, vor allem die ungerechte Verteilung der Reichtümer der Erde und die Demütigung fremder Kulturen durch die Arroganz einiger Führer des Westens.«

Die ungerechte Verteilung der Reichtümer, die Ussama bin Laden und Saddam Hussein zu Millionären machte, ist tatsächlich zu beklagen, aber wenig spricht gegen die Arroganz eines Führers des Westens, der die Kultur der Taliban demütigte. Wer also gegen den Krieg ist, sollte wissen, dass er sich unweigerlich in die Gesellschaft von Trotteln begibt. Er sollte sich tunlich ein Argument wählen, das ihn von diesen unterscheidet.

Ohne Lenins Schriften studiert zu haben, behaupte ich, dass die Imperialismustheorie seiner jüngsten Jünger ebenfalls nicht viel taugt. Es heißt, die Regierung der USA handle nicht aus Nächstenliebe. Nebbich. Welcher Staat hat das je getan? Wer den ökonomischen oder geopolitischen Nutzen einer Außenpolitik nachweist, ist keineswegs klüger als der, der fest an ihre vorgeblichen moralischen Ziele glaubt. Das Gute ergibt sich, wenn schon, nebenbei. Die USA haben Saddam installiert, vermutlich um den Iran zu schwächen, jetzt deinstallieren sie ihn, vermutlich um Ölreserven zu sichern. Aber was zwingt uns, die Welt aus dem Blick ihrer Beherrscher wahrzunehmen? Wer nach den Interessen der Großmächte fragt, aber nicht nach den Interessen der Opfer, nach den Plänen Washingtons, aber nicht nach denen der Verfolgten im Irak, ist ein

Sandkastenstrategie, aber kein Gesprächspartner.

Wenn George W. Bush seine Entscheidung überdenkt, den Irak anzugreifen, wird die gute Laune seines Hundes mehr ins Gewicht fallen als die schlechte der deutschen Linken. Aber es gibt Juden in Berlin, die es beunruhigt, wenn auf Friedensdemonstrationen antisemitische Slogans skandiert werden. Was deutsche Linke vom Krieg halten, ist unerheblich, aber nicht, was sie von denen halten, die für Ihresgleichen gehalten werden, Antizionisten und Verschwörungstheoretiker, Pazifisten und Bereiter des Deutschen Wegs. Nicht ob einer für oder gegen den Krieg ist, sondern ob er im Zweifelsfall auf der Seite der Getreuen Saddams oder auf der seiner Opfer, auf der von Mathias Bröckers oder auf der der Jüdischen Gemeinde steht, ist am Ende von Belang. Hier scheiden sich die Geister in Deutschland und haben sie sich immer geschieden.

Träfe ich nur einmal einen Kriegsgegner, der seinen Sermon nicht mit dem amerikanischen Präsidenten, sondern mit dem Massaker an den Kurden beginnt, das er bedauert, aber, um Schlimmeres zu verhüten, auch in Zukunft nicht verhindern will! Ich wünschte, ich könnte einen von diesen Friedensfreunden respektieren, wenigstens als tragischen Fall. Aber alle beeilen sich, die schlimmsten Vorurteile zu bestätigen. Es ist übrigens auffällig, dass sie sich dabei sehr kühn vorkommen, als regierte sie nicht ein erklärter Kriegsgegner, sondern General Schwarzkopf persönlich, der aber übrigens auch gegen den Krieg ist.

Von mir aus soll jeder der Stimme seines friedliebenden Herzens folgen, aber wenn über 60 Millionen dieser Herzen im selben Takt schlagen, klingt das nach Marschtritt.

Stefan Ripplinger

Dieser Text ist der linken Wochenzeitung Jungle World entnommen.

ANTIAMERIKANISMUS, ANTISEMITISMUS UND DEMAGOGIE

und die Lage der Jugend heute

VON MAX HORKHEIMER (1967)

Amerika hat, aus welchen Motiven auch immer, Europa von völliger Versklavung gerettet. Die Antwort ist heute überall, nicht bloß in Deutschland, eine weitverbreitete und tiefgehende Amerika-Feindlichkeit. Über deren Ursache hat man sich schon viel den Kopf zerbrochen. Resentiment, Neid, aber auch Fehler, die von der amerikanischen Regierung und ihren Bürgern gemacht werden, spielen eine Rolle. Überraschend ist der Umstand, dass überall dort, wo der Anti-Amerikanismus sich findet, auch der Antisemitismus sich breitmacht.

Die durch den Niedergang der Kultur bedingte allgemeine Malaise sucht nach einem Schuldigen, und aus den oben angedeuteten und anderen Gründen findet sie die Amerikaner und in Amerika selbst wieder die Juden, die angeblich Amerika beherrschen. Die

Demagogen von rechts aber, bis zu einem gewissen Grad auch die von links, haben längst erkannt, daß sich hier ein

Überraschend ist der Umstand, dass überall dort, wo der Anti-Amerikanismus sich findet, auch der Antisemitismus sich breitmacht.

fruchtbares Feld findet, und nützen die Lage in zunehmendem Maße aus.

Auch die Jugend ist von der Malaise ergriffen. Sie hat nichts, an was sie sich halten kann, es sei denn den Nationalismus, und dieser kann leicht in die Richtung des Anti-Amerikanis-

mus und des Antisemitismus gelenkt werden. Obendrein geben die Erfolge de Gaulles, der an der Spitze eines dritt- oder viertrangigen Landes den Großmächten Fußtritte austeilt, ohne dass die Rechnung dafür bisher präsentiert worden ist, ein Beispiel, das zur Nachahmung auffordert. Grotesk ist die Verwirrung unter den linken Studenten. Die Einheit von Theorie und Praxis, die sie früher gefordert haben, wird zu einer kruden anti-amerikanischen Praxis, ohne daß eine echte Theorie dahinterstände.

*Max Horkheimer
Gesammelte Schriften Bd.14*

FÜR AMERIKA

Für Amerika

VON MAX HORKHEIMER (1966)

Wer im Westen, gar in den Vereinigten Staaten, nicht den Krieg in Vietnam, sondern um dessentwillen und wegen anderer schmerzlicher, grausamer Vorgänge, etwa der Rassenunruhen, die Staaten selbst schlechter als irgend andere Nationen hinstellt, widerspricht sich selbst. Dass er sich ausdrücken darf, ohne im Zuchthaus zu verkommen oder zu Tode gefoltert zu werden, verdankt ihrer Existenz und Selbstbehauptung, ohne sie wäre die Welt zwischen östlichen und westlichen Hitlers bereits aufgeteilt. Er mag die bessere, die richtige Gesellschaft wollen, seine Kritik der bestehenden jedoch hat die Treue zu der Freiheit mit einzuschließen, die es zu bewahren und entfalten gilt, wenn die Gewalt, die er anklagt, nicht der ihm fremde Sinn seiner eigenen Rede sein soll.



AUF NACH AMERIKA!

Auf nach Amerika!

**DEUTSCHER DJIHAD GEGEN DEN KINDERMÖRDER USA
VON JUSTUS WERTMÜLLER UND CLEMENS NACHTMANN**

Als Präsident Bush nach dem 11.09.01 seine Arbeit so gut machte, wie er es nach einem bislang unbekanntem und in seinen Folgen unberechenbaren Angriff konnte, da schlug ihm aus Deutschland nichts als Haß entgegen. Seine dürftigen patriotischen Reden wurden ihm als teuflische Mischung aus Primitivität und Größenwahn ausgelegt, seine Entschlossenheit als Feigheit, seine Zielgerichtetheit als Willkür. Ein „Barbar in Zivil“ eben, wie Deutschlands größte linke Zeitschrift aufmachte. Gleichzeitig mit all dem Gesinnungskitsch wg. der Toten in New York und Washington, den man pflichtschuldig und voyeuristisch, angeschauert und schadenfroh absonderte, rüstete man sich zum ideologischen Angriff gegen ein Land, mit dessen Feinden man sich im Bunde weiß. Es begann schon am 15.09. mit Susan Sontags Beitrag in der FAZ, demzufolge die Anschläge „als Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen der Vereinigten Staaten unternommen“ worden seien und war am 29.12. noch lange nicht zu Ende, als Jürgen Todenhöfer in der SZ die deutsche Frage stellte: „Warum wachen wir immer erst auf, wenn aus Hunger, Ungerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit Terrorismus entsteht?“

Und Deutschland war natürlich hellwach. Wenn Todenhöfer konstatiert, „täglich verhungern auf der Welt 20.000 Kinder“, obwohl sein Thema doch der Afghanistan-Krieg war, wissen alle Deutschen, was gemeint ist. Sie sehen die Bilder der zusammenstürzenden Türme und reden von 20.000 Kindern. Jede weitere Argumentation ist überflüssig: Keine Heimat, wer schützt uns vor Amerika.

Im Land der Sozialisten

Den Deutschen ist schon das Wort Kapitalismus so verdächtig, daß sie sich quer durch die politischen Lager strikt davon abgrenzen. Als Kapitalist bezeichnet zu werden hat Generationen deutscher Unternehmer schwer gekränkt, und noch der dogmatischste Wirtschaftsliberale will sich als Markt-

wirtschaftler verstanden wissen. Mit Kapitalismus verbindet man in Deutschland den sozialwidrigen und illegitimen Zugriff egoistischer Bestrebungen auf eine im Kern moralische Ordnung. Er ist ihnen Symbol für die Ellbogengesellschaft und meint keineswegs nur Rationalisierer oder Börsenspekulanten, sondern darüber hinaus jede Äußerung eines die Norm sprengenden Individualismus. Im Grunde sind die Deutschen Sozialisten - Sozialisten im bösen und autokratischen Wortsinn: im Marschtritt und in der Arbeitsfront, in der Wohnküche und der Volkssolidarität, beim Ausforschen und Spitzeln, beim Verraten und Strafen, beim Verboten und Mäkeln. Anders als in Majakowskis linkem Marsch ist es ihnen egal, ob da jemand nach links oder rechts ausschert, *jedes* Ausschieren ist Verrat. Die Freundlichkeit, die sie ersehnen, ist die der unhinterfragten Ordnung, der Clubraum im Mietshaus, die Laubschänke in der entsprechenden Kolonie, die Solidarität unter engagierten Idealisten, die Fremde darauf aufmerksam machen, daß die Parkordnung das Betreten der Rasenflächen nicht vorsieht. Ihr Ideal ist der Gleichheit verpflichtet und die Gleichheit scheinbaren natürlichen Attributen, die wiederum auf die große Ordnung verweisen, die alles richten wird, aber je nach Menschenschlag und Weltgegend eben landestypisch.

Sympathisch waren Sozialisten und Kommunisten hierzulande immer nur dann, wenn sie aus der vorgezeichneten, bürokratisch verwalteten Route ausscherten - also wenn linksradikale Chaoten die Fabrik besetzten, ohne bei der Gewerkschaft nachgefragt zu haben, die FDJ beim Festival der Weltjugend im Sommer 1950 mit ausländischen Gästen in den Büschen Berliner Parkanlagen fraternisierte oder ein parteiloser schwäbischer Handwerker mit KPD-Vorliebe eine bedeutende antifaschistische Handlung vornahm und eine Höllenmaschine zur Detonation brachte, die den Führer um ein Haar erledigt hätte. Das Sympathische war aber die Ausnahme und wurde geahndet. Die Fabrikbesetzer flogen aus Par-

tei und Gewerkschaft, die sinnesfrohe Parteijugend wurde gemaßregelt und Georg Elser fand kein Plätzchen im antifaschistischen Ehrenhain. Es begann alles mit einer preußisch-scholastischen Marx-Exegese, die nicht mehr zu bieten hatte als den Staatssozialismus der deutschen Post, den Lenin so bewunderte, einen Kasernensozialismus voller Notstandsfreude und Hingabebereitschaft. Flankiert von einer grotesk unterwürfigen Volkshochschulhaltung bei der sogenannten Aneignung der Kultur, die in ihrer Erbärmlichkeit noch hinter die Erbauungshaltung des Bürgertums zurückfiel, befragte man die deutschen Klassiker - wie andere ihre Tarotkarten - über den historischen Erfolg der Arbeiterklasse. Organisiert durch Ordnungsungetüme namens Partei oder Gewerkschaft, die wie eine kongeniale Fortsetzung des deutschen Turnerbunds jedem Platz und Aufgabe zuwiesen in einem unbegriffenen Spiel, dessen Regeln auf den Höhen der Parteiführung festgelegt wurden, wo törichte Bürokraten sich bemühten, aus dem Gothaer Programm oder Engels' populären Spätschriften ewige Wahrheiten herauszulesen.

Dieser Sozialismus, der die Menschen zu befreien vorgab, tatsächlich aber in den Würgegriff von Organisationen nahm, die an Sparvereine erinnern, der ihre Freizeit mit kollektivem Naturerleben bis hin zu den Zumutungen der Freikörperkultur in Beschlag nahm, sie ununterbrochen das Immergleiche schulte - diese auf Ewigkeit angelegte Durchhaltgemeinschaft wußte allerdings und mit Erfolg stets zu warnen: vor Disziplinverstößen und Eigenmächtigkeiten, vor Spontaneismus und Selbstsucht, vor Dekadenz und Korruption, vor Müßiggang, vor zügellosen Frauen und vor allem vor der Ungeduld. So frettete man sich von Wahlergebnis zu Wahlergebnis, von 1. Mai zu 1. Mai, verteilte langweilige Zeitungen und studierte Bücher, die von der Evolution handelten und nicht vom Ausbruch aus dem stickigen Alltag. Noch im Januar 1933 demonstrierte man auf dem heutigen Berliner Luxemburgplatz in scheinbar endlosen

Kolonnen stundenlang um das gleiche Haus herum, das damals die KPD-Zentrale beherbergte und heute die der PDS, gegen den Faschismus. Ernst Thälmann, Ausbund eines autoritären Kleinbürgers, stand dort mit gereckter Faust und nahm eine Parade ab, die gleichermaßen Lemmingszug wie Durchhaltensymbol war und einige Tage später stand man nackt da - frei von Waffen, frei vom Angriffswillen und bar jeder gesellschaftlichen Alternative.

Was hatte man jenen anderen, mordenden und grölenden Sozialisten auch entgegenzusetzen gehabt. Auch sie kamen vom Kasernenhof und obwohl man in ihnen leicht den Feind erkannte, verzweifelten die, die darüber nachdachten insgeheim über dem Unterschied. In den Jahren des Faschismus gab die meistverfolgte politische Kraft zugleich keinen wirklichen Grund zur Verfolgung, weil alle für den bewaffneten Aufstand oder den gebotenen antifaschistischen Terror notwendigen Potentiale in den Jahren vor 1933 gezielt abgewürgt worden waren und es den mutigen und entschlossenen Mitgliedern an Kraft und Phantasie mangelte, auf eigene Faust wirkungsvoll zu handeln.

Wertezersetzung

Seit es die Sowjetunion nicht mehr gibt, sind es keineswegs nur noch die im Antifaschismus kläglich gescheiterten Linken, die den großen Unterschied in der Beurteilungen der beiden ehemaligen Hauptbesatzungsmächte hervorheben. Jetzt wo alles vorbei ist, getraut man es sich zu sagen, daß die Russen den Deutschen immer schon näherstanden als den Amerikanern.

So sehr man die Sowjet-Besatzung haßte, sie war - nach den ersten wüsten Wochen - diszipliniert und arm. Beeindrucken konnte sie allein durch Gewalt und bei allem Sowjetschrecken, sie hatte Ideale. Wie anders und um wieviel bedrohlicher war jene andere Truppe, deren Angehörige sich so eigenartig unbekümmert einrichteten und ein ganzes Arsenal fremder Kulturgüter mitschleppten, die sich einen Teufel um die deutschen Faschisten scherten, die sie besiegt hatten und denen sie sich so überlegen wußten, daß sie eher mit geringschätzigem Schulterzucken auf die bösen alten Männer und verbitterten Durchhalteweiber herabsahen, als daß sie sie haßten. Großzügig gingen sie davon aus, daß den Besiegten von selber einleuchten müßte, welcher einzige Weg ihnen offen stünde. Doch die hatten ihnen ihre blanke Unkenntnis deutscher Kultur nie verzie-

hen, ihre legere Hinwendung zu den deutschen Fräuleins gehaßt, ihren Mißbrauch Alt-Heidelbergs und der finsternen deutschen Kulturlandschaft als pittoreske Staffage für den Fototermin, am besten zusammen mit Fräulein, nie verziehen. Die Angehörigen der US-Army, die den Thomas Mann nie gelesen haben, erkannten instinktiv und spontan das, worauf jener, um es kritisieren zu können, ein langes Leben verwandt hatte: den fauligen Geruch, der aus den mittelalterlichen Gemäuern aufstieg, die engherzige Rückständigkeit ihrer Bewohner, ihre größtenwahnsinnigen Menschenscheu und den Zusammenhang zwischen kollektivem fanatischem Unbehagen und den fürchterlichen Verbrechen, mit denen sie bei der Befreiung Bergen-Belsens oder Dachaus konfrontiert gewesen waren. Aber sie fürchteten sich nicht vor ihnen und hielten sie sogar für belehrbar. In unerschütterlicher Naivität waren und sind Amerikaner davon überzeugt, daß ihr way of life der einzige von Bestand sei und einen demokratischen Staatsbürger deshalb produzieren würde, weil er einen Privatmann zur Voraussetzung hatte, der sich durchschlagen würde, ohne allzuviel Rückversicherung in nationalen Kollektiveranstaltungen zu suchen.

Die Nachkriegs-BRD sollte allen „amerikanischen“ Innovationen zum Trotz nicht etwa eine Welt ohne Bindungen sein, sondern als Land von Sozialpartnerschaft und „gebundener Ökonomie“ die Fortsetzung finsterner deutscher Tradition. Nichtsdestotrotz brachte die mit US-amerikanischen Finanzspritzen ermöglichte Restitution einer politischen Ökonomie Freiheiten mit sich, die nicht nur die Fassade zersetzten, sondern sich wie Hausschwamm in die Substanz einmesteten. Alles was sich in der nachfaschistischen westdeutschen Gesellschaft wenigstens äußerlich auflöste - die statuarische Autorität der Beamten und Respektspersonen, die paramilitärischen Hierarchien in Betrieb und Schule, die kastengleiche Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten, wurde jedoch nicht begrüßt. Vielmehr begann man bald über die „Amerikanisierung“ des Alltags in Mode, Musik und Medien zu lamentieren - als sei der Verfall von Kunst und Schönheit von außen eingeschleppt worden. Der Kunst hatten die Deutschen aber höchstselbst den Garau gemacht, indem sie sie zur kulturellen Erbauung in Erhebungskonzerten, KdF, Schönheit der Arbeit instrumentalisierten und mit dem Arbeitsalltag fusionierten, so daß sie ihre

Kraft des Einspruchs einbüßte. Was man selber angerichtet hatte, nahm man den Amerikanern so übel, wie sonst nur der Muslem die Zersetzung seiner Werte durch verderbliche westliche Einflüsse.

Der angeblich von außen eingeschleppte Kulturverlust wird heute nicht mehr entlang konkreter Einzelercheinungen wie dem Rock'n Roll oder dem Hula Hoop-Reifen verhandelt, sondern in abstrakteren Kategorien genereller Sinnkrisen, die zu Verantwortungslosigkeit, Selbstsucht und hemmungsloser „Erotisierung“ des Alltags führten. Diesen drückenden Untergangsvisionen, die die Deutschen als Opfer einer Wertezersetzung wännen, denen irgendeinmal alles zum Opfer fallen müßte, werden immer wieder Rezepte entgegengehalten, die auf die Quelle der Zerstörung verweisen. In den 50ern und 60ern war die Empfehlung, einfach zu vergasen, was aus der Reihe tanzte, noch durchaus im Volksmund populär; heute sind es eher die Institutionen der Zwangserziehung, die man ja nicht gleich Reichsarbeitsdienst nennen muß, die im Angebot stehen, aber auch präventive Strafen, die längst vor der Kastration nicht mehr halt machen wollen.

Fortan waren es Vernichtungsängste, die zunächst einen linken Protest formierten, der sich über Frieden (50er/60er Jahre), Atom (70er/80er Jahre), wieder Frieden (80er Jahre, 90/91), begleitet von Öko und Altbauschutz, langsam ins Herz der Gesellschaft vorkämpften. Als Vernichtung wurde schon bald nicht nur der „anglo-amerikanische Bombenterror“ verhandelt, sondern auch die Sanierungswut der 50er und 60er Jahre, aufgrund der weit mehr alte Häuser zerstört wurden als im Krieg, wie Anfang der 70er Jahre ganz links und kritisch aufgerechnet wurde - womit über die Sanierer schon alles gesagt war. Bubis und andere hätten von innen heraus Zerstörungen vom Ausmaß der Flächenbombardements eines Sir Arthur Harris angerichtet, hieß es. Was Bubis und andere aus reinem Gewinnstreben in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten der Republik veranstalteten, war zwar gewiß keine Ruhmestat im Städtebau - als Anschlag aufs alte romantische Land bedeuteten die Städtesanierungen aber einen relativen Fortschritt gegenüber einer bereits nachwachsenden Generation, die nicht nur auf Spekulantenjagd gehen würde, sondern noch den unansehnlichsten Wohnsilo in ein heimeliges Idyll zu verwandeln sich anschickte, das jeder fortschrittlichen Vor-

stellung von Urbanität ins Gesicht schlug. Wie unverstündlich und kulturschänderisch mußte den Deutschen die Haltung der Amerikaner vorkommen, die alle paar Jahrzehnte alles umreißen und neu aufbauen, statt das Alte um seiner selbst willen zu bejahen.

Psychoanalyse und Terror

Die Angst, die dem kapitalistischen Subjekt von Anbeginn an in den Gliedern sitzt, die drückende und nicht enden wollende Angst vor dem Untergang, dem Versagen der Kräfte, dem Zerfall der so mühsam zusammen gehaltenen Persönlichkeit, begründet keinen Unterschied zwischen den USA und Deutschland. Gerade nach ihrem größten Sieg brach in die USA nicht nur die Kommunistenverfolgung aus, sondern begann auch der mühsame, von hoher Arbeitslosigkeit begleitete Umbau der Kriegsökonomie für zivile Zwecke. In dieser Zeit wurde Hollywood düster. In den Filmen der schwarzen Reihe werden den Akteuren ihre eigenen Handlungen fremd, der sicher geglaubte Boden schwankt, noch das eigene Spiegelbild wird zum feindlichen Gegenüber. Mühsam nur löst sich die Phantasmagorie in eine mit gewohnter Rationalität aufklärbare Kriminalgeschichte. Doch so mühsam die zerfallene Persönlichkeit wieder in eins gesetzt wird, so unbeirrbar ist die Zuversicht, daß dies auch weiterhin möglich sei. Auch die in den USA der 40er und 50er Jahren zu größter Popularität gekommene Psychoanalyse, die kaum mehr als mit ein paar unbegriffenen Begrifflichkeiten an Freud erinnert, spiegelt diese Zuversicht wider. So sehr die Analyse zum Seelenklempnertum verkam, so scharlatanesk mit unverarbeiteten Schlüsselerlebnissen operiert wurde, deren Traumata man durch Elektroschock kurieren wollte, so sehr bleibt auch in dieser rohen Nutzenwendung die alte Zuversicht kenntlich: Es ist Dein Leben, mach etwas draus! Wie anders dagegen die Psychopathologie der deutschen Psychologie und ihrer Klientel: Hier wird auch die aus dem Tritt geratene Persönlichkeit immer als Opfer böser, von außen hereindrängender, den Einzelnen zerstören wollender Kräfte gesehen. Als sei es nicht geboten, auch dagegen den Aufstand zu wagen, steht Innehalten und Insichgehen auf der therapeutischen Tagesordnung. Im larmoyanten Einbekennen, unheilbares Opfer zu sein, gefallen sich nicht nur die Kunden von Therapeuten und Psychologen. Nur

noch als Mitglied eines seelisch zerbrochenen Opferkollektivs kann sich der deutsche Mittelständler noch wohlfühlen. Man möchte sich den good guy aus dem amerikanischen Film herbeiwünschen, der seine Angst durch Pfeifen vertreibt und im Zweifel irrsinnig, aber standhaft sagt, was kein Deutscher über die Lippen bringt: I'm the failure. Ein Deutscher würde sagen: Mit uns kann man es ja machen.

Feindliche Brüder

Was das kapitalkonstituierte Subjekt in Deutschland und in den USA unterscheidet, ist scheinbar marginal und deswegen grundlegend: seine Stellung zur Objektivität. Das Subjekt erlebt die äußere Welt als Schicksal, als seine Wünsche und seinen Willen willkürlich durchkreuzendes Verhängnis. Die Hochzeit bürgerlicher Emphase, als die Welt noch als zu erobernde „Domäne des Willens“ vor seinen Augen lag, ist zwar hier wie dort vorbei; in den USA hallt sie aber deutlich vernehmbar nach. Während man dort dem Schicksal trotzt, sich herausgefordert fühlt und gegen die erdrückende Übermacht der Verhältnisse auch noch dann anrennt, wenn es als völlig aussichtslos erscheint, ist hier das gesellschaftliche Schicksal etwas, in das man sich murrend und widerstrebend fügt, in das man sich ergibt und dessen Vollstrecker man schließlich spielt, indem man die vermeintlichen Verursacher des eigenen Elends eigenhändig vernichtet. Eigenverantwortung, wie sie in Deutschland gefordert wird, ist die unerbittliche Verneinung jenes unglücklichen Restes von Subjektivität, der sich noch störend in einem regen könnte, um gegen andere umso ungehemmter vorgehen zu können: Dann greift der Deutsche nach seinem Nachbarn aus, dem er seine Disziplinlosigkeiten vorrechnet oder durch die Staatsgewalt sanktionieren läßt oder - wenn er revolutionär gestimmt ist - durch entsprechende Kiezmilizen in die Schranken weist. Eigenständig handelt man hier nur im Auftrag einer höheren Macht, Initiative entwickelt man hier nur als Vollstreckungsbeamter: Dieser Idealismus kennzeichnet das deutsche Subjekt als subalternen Aktivisten, als Charaktermaske des Souveräns, die sich die Gebote des Apparats als eines staatvermittelten Ganzen völlig zu eigen gemacht hat.

In den USA hingegen werden, jeder Evidenz zum Trotz, seltsame Maximen aus längst vergangenen Zeiten gläubig hochgehalten. Wer sich nicht unterkriegen lasse, der werde es schaffen, wer wirklich für sich selbst verant-

wortlich sei, habe auch das Zeug, seines Glückes Schmied zu sein und könne es schon von daher vom Tellerwäscher zum Millionär bringen. In solchen Glaubenssätzen äußert sich scheinbar ungebrochen die Basisideologie kapitalistischer Vergesellschaftung, die das Individuum als autonom und die Gesellschaft als die Summe der Einzelnen, als ihr für sie auch einsichtiges Produkt vorstellt. Natürlich ist dies eine blanke Lüge, und die Deutschen scheinen demgegenüber der Wahrheit näher zu sein, wenn sie die Welt als unbegreifliches Schicksal und sich selbst als Abhängige begreifen. Dieser Realitäts-tüchtigkeit verdankt sich ihr spontaner Alltagsantikapitalismus, der zugleich Ausdruck ihres Sozialcharakters ist und damit genau das, woran die Linken immer so gerne „anknüpfen“ wollen, wenn sie Politik machen. Doch dieser scheinbar so illusionslose Antikapitalismus ist durch und durch regressiv und ressentimentgeladen. Deutsche setzten eine Unperson an Stelle des untergegangenen Individuums, an das sie nie geglaubt haben und wissen sich schon deshalb gerade als bekennende Antikapitalisten mühelos einzuordnen in den grauen Schicksalszug ihrer Volksgenossen.

Metaphysik und Zynismus

Jegliche Kritik des Kapitals, die von Linken formuliert wird, muß und wird sich daran messen lassen, ob sie diesen deutschen Antikapitalismus bekämpft statt ihn zu bedienen und ihn gar zur Tat zu ermuntern. Das Schicksal, das Verhängnis, von dem die Deutschen raunen, ist die zum metaphysischen Prinzip erhobene Subjektlosigkeit, der die Subjekte sich gleichzumachen haben. Während die Deutschen dem Gegebenen metaphysischen Charakter zusprechen, verleihen die Amerikaner dem individuellen Pragmatismus die Weihen eines dem Calvinismus nachempfundenen metaphysischen Prinzips. Diese schlechte und durch und durch lügenhafte Ideologie ist aber unter den gegebenen Umständen trotzdem der Platzhalter des Besseren und ein Vorschein von Emanzipation. In den USA liegt offen zutage, was den Kapitalismus konstitutiv ausmacht, Illusionen braucht sich da keiner zu machen. Da alle ihr Geschäft offen betreiben, ist wenig Raum für deutsche Projektionen. Es besteht in den USA einfach kein Grund, den Krisen- und Katastrophencharakter des Kapitals zu exterritorialisieren und entsprechend personalisiert nach außen zu

projizieren - und wenn dies trotzdem geschieht, nimmt es sich so albern und lachhaft aus, wie Nazis in amerikanischen Spielfilmen regelmäßig geschildert werden. Die Unversöhnlichkeit, der reale Zynismus des Kapitals liegt hier offen zutage - diese Schroffheit und eben nicht ihre sozialstaatliche und kulturelle Einebnung ist aber nach Marx eine Voraussetzung der Revolution.

Dem Schicksal trotzen, auch wenn es unsinnig ist, ist einerseits ein Nachhall bürgerlicher Aufklärung - man läßt sich von Gott, Kirche und anderen Mächten nicht beeindrucken und besteht auf seinem Glück - es ist andererseits pure Verstiegenheit. Verstiegen ist aber auch das Ansinnen jedes Revolutionärs heute, dem es um das Glück, zuvörderst das eigene, das das Glück aller anderen mitmeint, zu tun ist. Sein Vorhaben, schon als Kritik, ist so aussichtslos wie das Bemühen um Glück jedes Subjekts heute. Sein Ansinnen ist verstiegen und aussichtslos, nach dem Maß jeder „realistischen“ instrumentellen Vernunft irrsinnig - und deshalb muß es trotzdem unternommen werden: „Je unmöglicher der Sozialismus ist, desto verzweifelter gilt es für ihn einzutreten“ (Horkheimer). Der Trotz, den solche Verzweiflung mobilisiert, die Sturheit, sich ungeschälerte Erfahrung und Einsicht nicht abmarkten zu lassen, der Wille, es immer wieder neu zu versuchen - all diese Eigenschaften, die den Rebellen ausmachen, unterscheiden sich vorderhand nicht von der Selbstbehauptung bürgerlicher Subjekte; und von ihrem Vorhandensein zehrt revolutionäre Kritik, die sich schließlich gegen das Subjekt selbst wendet, all diese Momente aufbewahrt. Die letzten Feinde der Bürger sind selber die letzten Bürger - aber garantiert nicht die Kollektivmonaden deutscher Provenienz.

So bleibt, wenn auch schäbig, im Zweifel rücksichtslos und von keiner kalkulierbaren Vernunft gesteuert, bei den Amerikanern und ihrem Staat noch ein Rest des Interesses an seinen Vorteilen, am Fortbestehen und Glück zurück - verrückt bis zum Verbrechen und zur Selbstzerstörung, aber nur dadurch noch nach menschlichem Maß. Der Deutsche aber mißtraut der Hemdsärmlichkeit und fürchtet den Ellenbogen. Er erschauert vor der Lust und fürchtet die Unsicherheit, die mit ihr einhergeht. Er wagt nie etwas für sich und haßt alles, was nicht so geduckt, so wohnküchenmäßig beisammen ist wie er mit seinesgleichen. Er wittert in den Amerikanern übermenschliche Qualitäten und fürchtet ihren

Blick, der längst erkannt hat, in welcher selbsteingerichteten Misere seine Neider ihr ressentimentzerfressenes Restleben fristen.

Propheten des Untergangs

In Deutschland aber bemüht man die 20.000 toten Kinder täglich, wenn die USA angegriffen werden. Ihren Bewohnern wird der bewußte Vollzug einer Weltökonomie unterstellt, die man in Deutschland oder in Saudi-Arabien als schicksalhaft gegeben zu ertragen gelernt hat. Die Amerikaner, die den Egoismus predigen und die Hemdsärmlichkeit, die wahrheitswidrig behaupten, sie hätten die Zügel in der Hand, werden wegen dieser immerhin noch erfreulichen Wunschvorstellung in Verantwortung genommen für alles, was mit ihnen genauso geschieht wie mit den Deutschen oder den Saudis. Die fürchterlichen Folgen kapitaler Vergesellschaftung werden denen, die Individuen sein wollen, von den nachbürgerlichen Lemurenkollektiven als persönliche Schuld zugewiesen. Wenn der Palästinenser bei jeder Gelegenheit den „Kindermörder Israel“ beschwört, weiß der globalisierungskritische Deutsche in größeren Perspektiven zu denken und präsentiert den Kindermörder USA. Als Deutscher hat man stellvertretend einen Karl-Heinz Böhm und einen Rupert Neudeck, einen BUKO und tausend NGOs. Man hilft, wo man kann und ist doch ohnmächtig. Denn die Macht hat Amerika, die Macht ist symbolisiert in Gebäuden wie den Türmen der WTC, sie diktiert Argentinien den Preis und heißt IWF, sie verweigert Afrika die AIDS-Medikamente und beutet Bayer Leverkusen aus, wenn es den Preis für bestimmte Antibiotika diktiert, die gut gegen Milzbrand sein sollen. Alle Fäden laufen in den USA zusammen, hinter allen Schrecknissen lauert der CIA und immer Gewehr bei Fuß die mächtigste Armee der Welt.

Jede Kritik an Kriegen und Kriegsverbrechen - in Vietnam, nicht in Afghanistan - an innenpolitischen Grausamkeiten und Verfolgungen in den USA wird zur abscheulichen Lüge und zum offenen Ressentiment, wenn sie von Leuten kommt, die den Kapitalismus insgeheim gern so barbarisch hätten, wie er im Faschismus schon einmal war. Diese Propheten des Untergangs geben vor, menschlicher zu sein als die Amerikaner, weil diese im Bündnis mit der Unmenschlichkeit stünden. Sie verkennen absichtsvoll die Schrecken des Elends in der Dritten Welt, sie wollen nicht mit Hand anlegen bei der

Zertrümmerung der finsternen Kulturen, die Selbstverwaltung ohne Hoffnung auf irdisches Glück moderieren, damit das bißchen Verwertung aufrechterhalten bleibt, das dort das Überleben sichert, aber nicht mehr. Sie fühlen sich solidarisch mit jenen Gegenden, in denen täglich 20.000 Kinder sterben und stehen in Wahrheit doch in Solidarität mit dem dauernden Weitersterben - dem durch Hunger verursachten genauso wie jenem geistigen Kollektivtod, aufgrund dessen neben den 20.000 Kindern immer neue Menschen zum Abschub freigegeben werden, weil sie ausscheren wollen aus dem moralischen Zwangskollektiv. Deutsche gründen Gesellschaften für bedrohte Völker und verwischen gezielt die Grenze zwischen dem Verschwinden nichtswürdiger Kulturen und der tatsächlichen physischen Bedrohung von Minderheiten. Sie, die schon am Anfang des Tonfilms einen wahren Tierfilm über Eskimos gedreht haben, suchen und fördern nur das mit sich Identische und stehen schon deshalb im Bündnis mit dem Mord. Deutsche haben die Elenden nie geliebt, es sei denn als autochthone Elende und sehen in dem bißchen Wohlstand ohne „eigene“ Kultur, nachdem jene verlangen, den häßlichen Zugriff der Coca-Cola-Zivilisation, von der sie bescheidwissen, daß sie den Völkermord bedeutet.

Der andere, der sanfte Zugriff, den die Verwalter der moralischen Weltökonomie auf die Abgehängten und Hoffnungslosen nehmen, übersteigt an kalkulierter Bösartigkeit das reine Handelsinteresse der USA. Die scheinbare Interesselosigkeit, die gleichwohl ökonomische und ideologische Verfügung beansprucht, will die feste und nachhaltige Anbindung der entlegenen Teile der Welt, die man in ihrem Haß auf alles Amerikanische bestärkt, und aus denen man die Verzichtsideologien, die dort so scheinbar originär gedeihen, reimportiert. Was einen als Linker an der dritten Welt noch interessiert, ist weit entfernt vom Eingriff in die dort wuchernde Barbarei, im Gegenteil: Man will die Verewigung der Dunkelheit, fernhalten, was falsche Begierden stiften könnte, zusammenhalten, was schon falsch war, als es noch nicht durch die Berührung mit Kolonialisten endgültig irre geworden war. All dies geht einher mit zivilgesellschaftlichen Vorhaben in der eignen Hemisphäre, die jeder Individualität und jedem Luxus feindlich sind. Nicht, daß es das alles nicht auch in den USA gäbe, nicht daß manches Übel wie der Kommunitarismus nicht gerade dort er-

ANTIIMPERIALISMUS UND ANTIAMERIKANISMUS

Antiimperialismus und Antiamerikanismus

WARUM DER VIETKONG NICHTS FÜR DIE DEUTSCHE FRIEDENSBEWEGUNG KANN
VON ULI KRUG

Wenn ein waschechter deutscher Antiimperialist wie Horst Mahler den Vietnamkrieg und den palästinensischen Terrorismus in einem Atemzug als sein nationalrevolutionäres Erweckungserlebnis bezeichnet, dann ist das in seiner Vorstellungswelt von der Welt Herrschaft des „judäo-amerikanischen Imperiums“ sicher schlüssig; völlig daneben gehen jene Einwände, die den Nazis eine Art Diebstahl an traditionellem linken geistigen Eigentum vorwerfen. Klarzustellen wäre vielmehr, daß die Gleichsetzung der Fedajin mit dem Vietkong letzterem bitteres Unrecht antut. Schließlich kämpfte der Vietkong - wie autoritär und erziehungsdiktatorisch auch immer - gegen den Traditionalismus im eigenen Land, gegen patriarchale Abhängigkeitsverhältnisse, überkommene Glaubensvorstellungen und für Alphabetisierung, medizinische Versorgung, Wohnungsbau und Anerkennung des Subjekt-

status der Frau; die PLO und ihre Vorläufer kämpften dagegen gegen den Fortschritt, den, viel mehr noch als die zaghaften Reformversuche des osmanischen Reiches bzw. des britischen Empires, die jüdischen Siedler repräsentierten, und für die Reinheit der islamischen „Kultur“.

Werden dennoch der Vietkong und die PLO nicht nur vom offenen Nazi, sondern vom durchschnittlichen Linken in einen Topf geworfen, so ist das ein deutliches Indiz dafür, daß ihrer beider Antiimperialismus ein- und demselben Geisteszustand entspringt: jenem, den Freud „Kulturfeindschaft“ genannt hat. Die Leichtigkeit, mit der jener Linke heute auf den sozialistisch-fortschrittlichen Impetus verzichtet, also die nationalsozialistische Gestaltung „anti-imperialistischer“ Staaten wie die entsprechende Praxis „nationaler Befreiungsbewegungen“ affirmiert, läßt auch die Solidaritätsbewegungen vergangener Tage in einem anderen Licht er-

scheinen: Schon damals ging es weniger um Vietnam als vielmehr gegen die USA. Darin war die RAF tatsächlich eine tragische Avantgarde: Sie formulierte den insgeheimen Konsens des Nachkriegsdeutschlands als Programm eines bewaffneten Kampfes gegen dieses Deutschland. Als Meinhof 1965 in der alten *konkret* Churchill mit Hitler, Dresden mit Auschwitz gleichsetzte (1), sprach sie laut aus, was die übergroße Mehrheit nur raunte. Wenn heute die *junge Welt* die „Friedenskräfte“ dazu aufruft, sich hinter die Baath-Partei zu stellen, der *Stern* dem „selbstherrlichen, grobschlächtigen, gebieterischen Amerika“, das „das Schicksal der Erde, die Verantwortung für das Leben künftiger Generationen nicht schert“, die Freundschaft kündigt (1.10.02) und das „Aktionsbüro Widerstand Nord“ in einem Flugblatt pamphletiert, daß der Irak deutsche Solidarität verdiene, weil - siehe Dresden - „wir Deutschen die ersten Opfer des amerikanischen Größenwahns waren“

(www.widerstandnord.com), dann formulieren sie alle drei den offiziellen gesellschaftlichen Konsens und das außenpolitische Programm der Berliner Republik. Das ist dem Traditions-Antiimperialisten, der den guten Zeiten des Vietkong nachtrauert, vielleicht peinlich; seiner Fixierung auf die USA als der Bestie unter den Staaten tut das dennoch keinen Abbruch. Weder merkt er, daß der Verweis auf die ökonomischen Interessen, die die USA möglicherweise mit dem Sturz des Baath-Regimes in Bagdad auch verfolgen, ihn nicht aus der Klemme deutscher Ideologie befreit, sondern daß er mit der Gegenüberstellung von verwerflichem, merkantilen Eigennutz und demzufolge erstrebenswerter zweck- und interesseloser „Gesinnungsethik“ Richard Wagners mordlüsternes Diktum, deutsch sei, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, nachplappert. Noch traut er sich etwas gegen die Antikriegspropaganda zu sagen, die, indem sie de facto für das Hussein-Regime wirbt, für eine nur durch pathologischen Antisemitismus noch zusammengehaltene Gesellschaft wirbt, dem historisch engsten Verbündeten Nazi-Deutschlands und aktuellem

Fortsetzung der letzten Seite

sonnen worden ist. Dort aber treffen Reichtum und Armut noch unversöhnt aufeinander. Dort kämpft der Arme, wenn schon nicht um die Revolution, dann doch um den Reichtum und dort verhandelt man, weil man keine andere Ideologie anerkennt als die des Marktes, wenigstens hemdsärmelig und nicht mit Ellbogenschonern.

Von den USA ist schon lange nicht viel mehr übrig als eine Erinnerung - eine Erinnerung allerdings, die es zu bewahren gilt gegen den kulturalistischen Durchmarsch der europäischen Wertegemeinschaft, die sich noch an den verzweifelt Versuchen ihrer Subjekte stört, ein wenig Luxus und Glück zu ergattern. In ihrer linken Abteilung ist es inzwischen soweit, daß man entweder den Begriff von Aufklärung und Subjekt ganz verwirft, um sich seitwärts in die Büsche des nachbürgerlichen Urwalds zu schlagen, oder aber man vertritt einen aus Heinrich Bölls Verantwortungsprosa und Franz Josef Degenhardts Alterslyrik zusammengebackenen miefigen Kulturpessimis-

mus, der als Heilmittel die Rezepte aus der Lindenstraße feilhält und von dort aus direkt das Paradies dauerhaften Verzichts und unendlichen Unglücks hochleben läßt. Weil man schon lange nichts mehr angreift, weil man nicht wüßte, was es noch zu wollen gäbe, beklagt man den bosnischen Straßenstrich oder einen, der durch die ganze Welt führe (Elsässer in: *junge Welt*, 10.01. 02), und prangert in einem Atemzug damit die Erotisierung der modernen Jugendkultur an. Die Deutschen ziehen sich scheinbar in einen Schmolzwinkel zurück, der aber leider nicht privat, versponnen und harmlos ist, sondern so deutsch, daß gerade von dort die schlimmsten Missiles kommen, die eben zuerst sich gegen Amerika, die lebenslange Herausforderung richten - schon allein wegen der 20.000 toten Kinder.

*Justus Wertmüller /
 Clemens Nachtmann*
 (Bahamas 37/2002)

Verwalter und Modernisierer des deutschen Judenhasses zur Seite springt. Dafür muß er vergessen, was er einmal wußte oder hätte wissen müssen: Über die innige logistisch-finanzielle und ideologische Verbindung des Panarabismus in Ägypten, im Irak und nicht zuletzt in Palästina mit dem staatlichen Vernichtungsantisemitismus des Dritten Reichs; über die führende Rolle geflohener deutscher SS- und SD-Schergen in den Armeen, Geheimdiensten und der Publizistik der genannten Länder; über die arabischen und pakistani-schen Kämpfer gegen den Materialismus und den Unglauben in Afghanistan; schlagen wir uns schnell aus dem Kopf, was uns am sowjetischen Krieg gegen den Islamismus in Afghanistan zu dämmern begann: Daß nämlich dort der überkommene linke Antiimperialismus mit seinem Bezug auf den roten Oktober in einen offenen Krieg mit dem Antiimperialismus deutscher, d.h. gegenaufklärerischer und zivilisationsfeindlicher Provenienz, dem Antiimperialismus des Djihadismus (2), geriet - und ihn verlor.

Auf fürchterliche Weise bestätigte sich dort die Befürchtung, die Lenin schon umtrieb, als er den nationalen Befreiungskampf in der semi-kolonialen Peripherie zum kommunistischen Anliegen erhob und damit eine vielleicht den Umständen geschuldete, nichtsdestotrotz verheerende Entwicklung propagierte. Auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 schärfte er zwar dem „klassenbewußte(n) Proletariat aller Länder (...) die Pflicht“ ein, „sich besonders behutsam und besonders aufmerksam zu den überlebenden nationalen Gefühlen in den am längsten unterdrückten Ländern und Völkern zu verhalten“, betonte aber zugleich „die Notwendigkeit, die Geistlichkeit und sonstige reaktionäre und mittelalterliche Elemente zu bekämpfen“ und hebt nicht von ungefähr „die Notwendigkeit“ hervor, „den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu bekämpfen, die die Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Khane, der Gutsbe-

sitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen“. (Lenin 1976, 492f.)

Kompensatorische Globalisierung

Was die Parole der Kommunistischen Internationale „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!“ zusammenleimen wollte, also Klasse und Volk, soziale und nationale Revolution, dieser Wechselbalg

ner, Weißrussen etc. vom „jüdischen Bolschewismus“ daher.

Durchaus nicht unsympathische „nationale Befreiungen“ wie die kubanische und vietnamesische dienen dagegen gerne als Beispiel dafür, daß nationale Unabhängigkeit und kultureller Fortschritt wie materielle Verbesserung eben doch auch zusammengehen können. Die früher oft beschworene „Führungsrolle“ einer sozialistischen



aus individueller Befreiung und kollektiver Regression, tendiert von sich aus zum Nationalsozialismus; nur dieser kann das an sich Unvermittelbare in ein politisches Projekt zusammenfassen, aber erst nachdem der proletarische Kampf auf bloßes antibürgerliches Ressentiment herabsank und so mit der nationalen Weltfeindschaft, ihrem Antiuniversalismus und Antikosmopolitismus, zur antijüdischen Mobilisierung synthetisierbar wurde. In dieser zu sich selbst gekommenen Gestalt aber wird der Antiimperialismus zum Todfeind der Sowjetunion: Er wittert den verhaßten Kosmopolitismus der bürgerlichen Revolutionen auch im Internationalismusegebot der sozialistischen. Daß Stalin selbst dieses Gebot verworfen hatte, änderte nichts daran, daß der nazistische Kampf gegen Liberalismus und Materialismus sich auch und gerade gegen die Sowjetunion richtete: Das „Unternehmen Barbarossa“ kam als antiimperialistischer Beistand für die „Befreiung“ der Balten, Ukrai-

Partei im „nationalen Befreiungskampf“ war es jedenfalls nicht, die automatisch verhinderte, daß die dem nationalen Unterfangen inhärente Barbarei in Reinkultur sich entfalten konnte. Die Gegenbeispiele sind Legion: Hodschas Albanien, Pol Pots Kambodscha, Ceauscescus Rumänien und das heute offensichtlich zum finalen atomaren Amoklauf entschlossene Nordkorea Kim Il Sungs. Aufschlußreich ist vielmehr, daß es gerade die Abtrünnigen des „Sozialimperialismus“ waren, die den Sozialismus mit unmenschlichem Antlitz, die nationale Autarkie und die völkische Geschlossenheit praktizierten. Eben daß die vietnamesischen und kubanischen KPen Agenturen des, im wahrsten Sinne des Wortes: sozialen Imperialismus der Sowjetunion blieben, sorgte dafür, daß das bürgerlich-emanzipatorische Programm der kubanischen und vietnamesischen Befreiungskämpfe überhaupt aufgestellt werden konnte. Nicht die nationale Unabhängigkeit, sondern die übernationale Abhängigkeit

von der Existenz eines zweiten Weltmarktes, dem des COMECON, ließ nationale, antikoloniale Umstürze einen Fortschritt in universalistischer Perspektive versprechen: Marx zufolge liegt der Fortschritt der bürgerlichen Epoche darin, daß personale Abhängigkeit durch die von Abstraktionen ersetzt wird; die Befreiung vom *latifundista* - ob der nun Kontraktor der „United Fruit Co.“ war oder nicht, ist in dieser Perspektive uninteressant - verdiente ihren Namen, weil sie die unmittelbare Unterdrückung durch die abstrakte Abhängigkeit von der - subventionierten - Nachfrage der Sowjetunion ersetzen konnte.

Tatsächlich war der von der Sowjetunion geförderte „Antiimperialismus“ in Kuba und Vietnam kein „echter“: Er war eurozentristisch; er mißachtete die autochthonen Kulturen und bekämpfte sie; er war auf seine Art der durch die Geschichte verlängerte Arm des *bürgerlich-idealen* Umsturzes *weltmarktlich-realer* Verhältnisse, Teil einer Art von kompensatorischer Globalisierung. Der Kolonialismus hatte die traditionellen Formen der Ökonomie und der Herrschaft gründlich erschüttert ohne im Gegenzug eine reproduktionsfähige bürgerlich-westliche Gesellschaft zu schaffen; das „anti-koloniale“ Programm von Revolutionären des Schlages eines Ho Chi Minh war nicht die Re-Etablierung traditioneller Borniertheit, nicht die Verwaltung des Elends mittels anti-westlichem Vorurteil, sondern gerade das Gegenteil: Das Versäumte aufzuholen, eine westlich geprägte Rationalisierung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen in die Wege zu leiten. Genau deswegen war *Uncle Ho* eben auch kein Anti-amerikaner - obwohl er die allerbesten Gründe dafür hätte reklamieren können, im Gegensatz zum auf Petrodollars sich stützenden Djihadismus, der aber dennoch behauptet, daß das arabische Öl gestohlen würde. Er wußte, daß eine der wenigen gelungenen antikolonialen Revolutionen die amerikanische war; er setzte - u.a. in höflichem Briefwechsel mit Nixon - immer darauf, die Amerikaner von der Ähnlichkeit seines aktuellen Unterfangens mit ihrem historischen überzeugen zu können: „Dem amerikanischen Volk möchte ich folgendes sagen: Der ungerechte Krieg, der jetzt von der Regierung der USA im Süden unseres Landes geführt wird, hat dem amerikanischen Volk viel Geld und Menschenleben gekostet; *er hat das Ansehen der USA* befleckt. Das amerikanische Volk muß noch energischer kämpfen, damit diesem schmutzigen

Krieg ein Ende gemacht und *die Ehre der USA gerettet wird und freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern hergestellt werden.*“ (Ho Chi Minh 1980, 301; Hrvb.U.K.)

Der ideale Weltmarkt des COMECON konnte auf Dauer im Rahmen des realen Weltmarktes nicht konkurrenzfähig bleiben: Der Ruin des Staatshaushaltes der Sowjetunion war Folge dessen, daß ein ohnehin unterproduktives und damit unterakkumulierendes Segment des echten Weltmarkts auch noch den stotternden Motor eines zweiten, idealen Weltmarkts bilden mußte. Das barg von Anfang an den Konkurs und mit ihm die zukünftige Unmöglichkeit „nationaler“ Befreiung mit halbwegs humanen Resultaten, also einer Befreiung nicht von bürgerlichen Verhältnissen, sondern einer Befreiung *in sie hinein*. Was die realsozialistischen Austauschverhältnisse in der Peripherie im Falle Kubas und Vietnams zu verhindern halfen, das Praktischwerden anti-imperialistischer Pathologie, brütete sie dafür aber im Inneren aus: Die Vorstellung eines autark-autoritären Rußlands, das sich seiner Kostgänger und Parasiten zu entledigen habe, das somit nicht internationalistische, sondern nationale Revolutionen fördern sollte; dem Ruin des Staates ging der schleichende Ruin des Leninschen Anti-kolonialismus voraus.

Weltenübel USA

Kaum etwas dokumentiert das besser als der grundstürzende Umschwung des Verhaltens der Sowjetunion gegenüber Israel einerseits und seinen arabischen Feinden andererseits zu Beginn der 50er Jahre. Die sowjetische Ausrichtung auf säkular-modernisierende Befreiungsbewegungen war 1948 Garant dafür, daß Israel gegen den Widerstand der Mandatsmacht Großbritannien entstehen und die geballte arabische Aggression überstehen konnte: Mit diplomatischer Rückendeckung sowohl der Sowjetunion als auch der USA und mit tschechoslowakischen Präzisionswaffen verhinderten die in Palästina lebenden Juden von der auf Rettung des bröckelnden Empires bedachten ehemaligen Schutzmacht zugunsten guter Beziehungen zur arabischen Welt geopfert zu werden. Daß die Sowjetunion bald darauf ignorierte, daß sie es in der arabischen Welt, insbesondere in Ägypten, in Syrien und im Irak mit genau der Sorte von nationalen Revolutionären zu tun hatte, vor denen Lenin bereits gewarnt hatte, nämlich mit kaum nur in der Wolle gefärbten Moslem-

brüdern; daß sie, obwohl sie wenige Jahre zuvor selber einen Vorgesmack vom „Befreiungs“-kampf antiwestlicher Provenienz durch die islamischen SS-Divisionen erhalten hatte, zum Helfershelfer im antijüdischen Krieg wurde, daß sie den Hitler-Stalin-Pakt diesmal als Nasser-Chruschtschow-Pakt erneuerte - genau dafür bezahlte sie in Afghanistan eine blutige Zeche und zahlt die russische Föderation in Tschetschenien immer noch weiter.

Angesichts der militärischen Konfrontationen der 70er und 80er Jahre zwischen „Sozialimperialismus“ und genuinem Antiimperialismus hätte man begreifen müssen, daß der Kampf der Völker, den die III. Internationale dem der Proletarier hinzuaddiert hatte, wesensgemäß ein völkischer ist und dies um so offener zu Tage trat, je mehr der zivilisierende Einfluß des krisengeschüttelten zweiten Weltmarktes zurückgeht; aber viele, die sowohl den Sturz Pol Pots durch die wahrhaft aus Gründen der Humanität gebotene vietnamesische Okkupation als auch den antiislamistischen Kampf der Roten Armee begrüßten, halten dem Feind von damals heute unverbrüchlich die Treue, schwören auf Nachhaltigkeit (=Autarkie) und wettern gegen den globalen Tauschverkehr, den „Kulturimperialismus“ und den „Eurozentrismus“. Sie haben darin nichts gemeinsam mit einem Ho Chi Minh und sehr wenig mit Fidel Castro, dafür umso mehr mit Gregor Strasser und Moeller van den Bruck, den deutschen Vorkämpfern und -denkern des nationalen Sozialismus, und mit deren Abkömmlingen im Ungeiste, Pol Pot, Kim Il Sung und sämtlichen Ideologen und Führern der arabisch-islamischen Erneuerung. Gerade letztere genießen insbesondere die Fürsprache und Protektion des deutschen *juste milieu*, dem pazifistischen Geleitschutz im islamischen Terrorkrieg gegen Liberalismus und Kommunismus.

Dieses *milieu*, das Kanzleramt und Außenministerium fest in seinen Händen hält, teilt die Ansicht seiner islamischen Schützlinge: Das Weltenübel als Subjekt des reinen, intentionalen Bösen sitzt in Washington und New York (daß Tel Aviv von den deutschen Friedensfreunden nicht immer unmittelbar, sondern bisweilen erst nach größeren Operationen deutscher „Gesinnungslogik“ in diese Aufzählung gestellt wird, ändert an der Sache nichts). (3) Wie der Djihadist alles Elend der islamischen Welt nie auf deren geistige wie soziale Struktur selbst zurückführt, sondern auf den zersetzenden

Einfluß des großen und des kleinen Satans, also der USA und Israels, (4) so macht der gewitzte, linke Antiamerikaner nicht den praktischen Antiimperialismus selbst für seine Scheußlichkeit verantwortlich, sondern ausgerechnet die, die dieser zu seinen Todfeinden erklärt hat: die US-Amerikaner. Auf diesem Mist wachsen die stereotyp wiederkehrenden Einwände: Haben nicht die USA die Gotteskrieger in Afghanistan unterstützt? Haben sie nicht den Islamisierungskurs Sadats in Ägypten toleriert? Etc. Verallgemeinert geht das dann so: Sind sie nicht Hauptnutznießer einer Weltordnung, die via Armut und Elend die gruselige Todessehnsucht der Selbstmordattentäter, die sexuelle Paranoia der Steiniger, den religiösen Irrsinn der „Ungläubigen“jäger ursächlich zu verantworten hat? Nur graduell unterscheidet sich solche Scheinplausibilität vom offenen Irrsinn des Dihadisten, des italienischen Globalisierungsfeindes oder des exmaoistischen Tschetschenenfreundes; auch wenn den „Fakten“ des gewitzten Antiamerikaners die reine Projektivität nicht so überdeutlich auf die Stirn geschrieben steht wie Scharpings „Fakt“ der von Serben gegrillten Föten oder der kollektiven arabischen Überzeugung vom Kinderkannibalismus der Juden, so stammen sie doch aus derselben seelischen Hexenküche.

Gewiß haben die Amerikaner die Mudjahedin bewaffnet, um die Sowjetunion zu schwächen; gewiß hat Israel die Hamas anfangs im Gaza-Streifen gewähren lassen in der damals verständlichen Hoffnung, daß sich PLO und Hamas gegenseitig neutralisieren; gewiß haben die USA in Kyoto nicht unterschrieben, um sich nicht unter UN-Kuratel stellen zu lassen. Aber sie haben weder den Islamismus ursächlich produziert noch die Umweltverschmutzung an sich. Jeder aber, der eine derartige Ursächlichkeit unterstellt, befindet sich in den Gefilden des Antisemitismus; ebenso wie jene, die nach dem 11.9. Verständnis für die sozialen Ursachen aufbrachten, aber im selben Atemzug die soeben Umworbenen von der Urheberschaft freisprachen und „amerikanische Spuren“ verfolgten. Sie wiederholen, was schon die Eltern und Großeltern vormachten: In einem den Nationalsozialismus bewundern und seinen Gegnern die Verantwortung für ihn zuschieben. Das „Denken“ in Vorurteilen richtet sich nicht mehr nach dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten, wie Adorno an den Nachkriegsdeutschen diagnostizieren mußte: „Zu-

weilen werden die Sieger (i.e. die Alliierten) zu Urhebern dessen gemacht, was die Besiegten taten, als sie selber noch obenauf waren, und für die Untaten des Hitler sollen diejenigen verantwortlich sein, die duldeten, daß er die Macht ergriff, und nicht jene, die ihm zujubelten.“ (Adorno 1973, 12) Es sind jene deutschen Muster der Abdichtung des Nationalsozialismus gegen seine Feinde, die in identischen Wendungen die Spalten, der *Jungen Freiheit*, der *Frankfurter Rundschau* und sämtlicher arabischer Zeitungen (5) füllen - leider aber auch die von *konkret*: das Auseinanderreißen von Handlung und Konsequenz, die Kombination von Verbrecherstolz und Straffreiheitsforderung, das (gerne verschwörungstheoretische) Verantwortlichmachen des Opfers für das, was ihm widerfuhr, allgemein gesprochen, das Verschwindenlassen einer Handlung in ihren Bedingungen, das Umwandeln des so, aber auch anders handelnden Subjekts in das verantwortungsfreie Instrument einer sozialen Zwangsläufigkeit, an der aber wieder böse Mächte schuld haben; Das geht dann gewöhnlich bis zu dem Punkt, an dem in deutscher Verdrehung nicht Mohammed Atta, sondern eigentlich George Bush das WTC einstürzen ließ.

Wie sich der Nationalsozialismus den Liberalitätsjuden herrichtete, als Verantwortlichen für die Widersprüche und Zerfallserscheinungen der Moderne und zugleich als Projektionsfläche für die seelisch wie historisch archaischen Idiosynkrasien des Antijudaismus, so richtet sich heute die auf den antiglobalistischen Hund gekommene Sozialdemokratie samt ihrer esoterischen Juniorpartner die USA her: Dem Antiamerikaner ist die empirische Politik der USA ebenso gleich wie dem Antisemiten das empirische Handeln des Juden. Alles, was überhaupt noch selektiv an Faktischem wahrgenommen wird, ordnet sich dem Vorurteil unter. Dieses aber sucht begierig nach Bestätigung; so erfahrungsunfähig der Antiamerikaner ist, so krankhaft neugierig ist er in seiner Suche nach geheimnisvollen „Fakten“. So starr wie das Vorurteil ist, so flexibel und austauschbar sind die Splitter und Fetzen, mit denen man das Vorurteil kostümiert. Was auch immer die Themen sein mögen, das Drehbuch steht vorher fest: Die Umweltverschmutzung wird nach dem Muster der jüdischen Brunnenvergiftung thematisiert: Amerikaner zerstören das Weltklima. Der Welthunger wird nach dem Muster der jüdischen Raff-

gier thematisiert: Die Amerikaner tun nichts gegen die schlechte Ernährungslage, sondern profitieren noch davon. Selbiges gilt für die Arbeitslosigkeit und die kriselnde Staatswirtschaft: Ging das mit dem High-Tech und den Börsen nicht in den USA los? Die amerikanische Außenpolitik schließlich - nun, „hinter allem steckt der Jud“: Sind sie es nicht doch selber, die die nicht abreißen wollende Kette von Massakern in der westlichen Welt anzetteln; die CIA, der Mossad? Und wenn es die USA nicht direkt waren, so eben indirekt: Da sie die Welt beherrschen, die Luft vergiften, die Juden schützen, indigene Kultur und Moral untergraben - was bleibt den Terroristen dann anders übrig als Touristen in die Luft zu sprengen!

Erbverwalter des Nationalsozialismus

Antisemitismus unterstellt, was er selber betreibt und vorhat, den Juden als Motiv und Praxis. Und da spricht der deutsche Antiamerikanismus eine deutliche Sprache von dem, was er selber gern täte, aber nicht kann, und deswegen bei seinen arabisch-islamischen Schützlingen, den Erbverwaltern des Nationalsozialismus, umso mehr goutiert, protegiert und alimentiert. Der Vorwurf an die USA, daß sie ihre „Kultur“ der übrigen Welt zwangsverordnen möchten, daß sie rassistisch und intolerant seien, daß sie allein auf Raub und Eroberung aus wären; all das beschreibt exakt die Wesenszüge des Dihadismus: Das Ziel der islamischen Welteroberung; das Ziel, alle Geschichte vor der (prospektiven) Islamisierung zu tilgen, weil sie nichtswürdig und gottlos gewesen sei; die Überzeugung vom Herrenmenschentum der Moslems, insbesondere des Volks des Propheten; der Haß auf (nicht nur westliche) Musik, Malerei und Lyrik. Und a propos Raub: Der Irak soll nach landläufiger linker Meinung deswegen im Visier der USA stehen, um ihn seines Öls zu berauben (zur Deckung von Haushaltsdefiziten, wie ein besonders Ausschlafener jüngst meinte). Bezeichnend, daß so nicht die gegenwärtige Politik der USA gegen den Irak beschrieben wird, sondern das, was der Irak selber vor zehn Jahren mit der Okkupation Kuwaits bezweckte.

Der Antiamerikanismus ist ein Meister aus Deutschland

Genuin antisemitisch ist es, sowohl die objektive Unmöglichkeit krisenfreier

Selbstregulation im System des Warenaustauschs wie auch die pathogenen subjektiven Reaktionen darauf, die sich im Antiimperialismus ein geschlossenes Wahnsystem geschaffen haben, einem intentional handelnden, aber seine Absichten fast perfekt tarnenden Machtzentrum zuzuschreiben: Die Geheimadresse, die das Kapital angeblich haben soll, ist die Anschrift der „Weisen von Zion“. Von der Verantwortung für seinen Antisemitismus und den seiner Schützlinge drückt man sich dadurch, daß der angeblich terrorverursachende elende Zustand der Welt doch wiederum von den USA verantwortet werden müsse. Die Abwehr des an sich Selbstverständlichen, daß nicht die Armut oder die Umstände Bomben legen, gilt Deutschland gar als besonders gescheit: Damit schreibt sich die schreckliche Lebenslüge der Deutschen fort, daß am Nationalsozialismus Versailles und die Arbeitslosigkeit schuld seien, also die Reparationsforderungen der Alliierten nach dem ersten Weltkrieg in letzter Instanz für die Ermordung der europäischen Juden im zweiten verantwortlich wären; wie sehr solche generalisierte Verantwortungs- und Gewissenslosigkeit heute deutsche Ideologie und politischen Islam eint, merken wenige Deutsche. Dafür aber hat George Bush Lunte gerochen: Warum sonst sollte er ausgerechnet den Deutschen Bundestag daran erinnern müssen, daß Kampf gegen den Terror eben Kampf gegen Terroristen sein muß?

Der Antiimperialismus ist ein Meister aus Deutschland: Die Vertändnisinnigkeit, ja die kaum verhohlene Begeisterung, die insbesondere das sozialdemokratisierte, deutschfreundliche Europa dem brachialen Antisemitismus und dem zivilisationsfeindlichen Kollektivismus, wie ihn der Djihadismus propagiert und praktiziert, entgegenbringt, läßt nur einen Schluß zu: Der antiwestliche Krieg spricht ihm aus der Seele. Im Djihadismus - mehr noch als schon im zapatistischen Loblied auf indigenes Hinterwäldlertum - findet es alle Ingredienzen des historischen „deutschen Weges“ (Schröder); jene Ingredienzen, die von Beginn an das ausmachen, was deutsch ist: die Installation des Kapitalismus nicht *durch* sondern *gegen* das Bürgertum; Konkurrenzfähigkeit ohne Krise, Frieden ohne Freiheit, Gemeinschaft statt Gesellschaft, die Feindseligkeit gegen die Individuation, die Verteidigung der Regression als höhere Kulturstufe; allgemein gesagt: der Affekt gegen das Fremde, Unordentliche, Vermischende,

gegen Liberalismus, Tauschbeziehungen, Abstraktheit, Kritik und Aufklärung, und die selbstbezügelte Liebe zum Hergebrachten, Kindlichen, Vorbegrifflichen, zur fraglosen Autorität. K.H. Bohrer hat recht, wenn er die historische Parallele zieht zwischen dem „guten Nazi“ und dem heutigen Friedensfreund: „Der gute Deutsche ... nahm den Westen und sich selbst gar nicht als Zivilisation wahr, sondern empfand nur ziemlich unartikuliert Westlichkeit als Weltlichkeit, Oberflächlichkeit, Grausamkeit und Arroganz. Der gute Deutsche sympathisierte schon seit langem mit den Kolonialvölkern gegen die Kolonialherren, wobei vornehmlich die Briten zum Fokus seiner moralisierenden Animosität wurden. Und die Amerikaner zogen bald gleich.“ (Bohrer 2002, 1043)

Dieses Ressentiment, das den genuinen Antiimperialismus zur Gänze beschreibt, wirkte in West- und Ostdeutschland untergründig, aber unausrottbar fort; war es im Westen der außerparlamentarischen Opposition vorbehalten, das offensive Bekenntnis zum Deutschtum in Form von Frieden, Ökologie und Esoterik wieder salonfähig zu machen, so amalgamierte es im Osten von Beginn an mit dem verfallenden Internationalismus, gut kenntlich aber in dessen widerlichstem Programmpunkt: dem Antizionismus. Anders verhielt es sich bei den engsten Verbündeten: In beispielloser Weise tolerierten die Siegermächte die vollständige Rehabilitierung des Nationalsozialismus; der ursprünglich als Kriegsverbrecher angesehene Mufti von Jerusalem reüssierte als Sprecher der palästinensischen Nationalbewegung ebenso wie „Mein Kampf“ zur Pflichtlektüre; die Führer der nationalen Revolutionen in Arabien stammten schließlich aus den Kaderschmieden des Djihadismus und damit trug ihr Antiimperialismus jene Züge, die aus der Mischung von Moeller van den Brucks „Das Dritte Reich“ und Al-Bannas „Industrie des Todes“ resultieren: „Das faschistische Wunschbild heute verschmilzt ohne Frage mit dem Nationalismus der sogenannten unterentwickelten Länder ... Einverständnis mit denen, die in der imperialistischen Konkurrenz sich zu kurz gekommen fühlten und selber an den Tisch wollten, drückte schon während des Krieges in den Slogans von den westlichen Plutokratien und den proletarischen Nationen sich aus. Ob und in welchem Maß diese Tendenz bereits eingemündet ist in den antizivilisatorischen, antiwestlichen Unterstrom der deutschen Überlieferung; ob auch in Deutschland

eine Konvergenz von faschistischem und kommunistischem Nationalismus sich abzeichnet, ist schwer auszumachen.“ (Adorno 1973, 21) Was 1959 noch Befürchtung war, ist mittlerweile Realität; was Adorno unter „kommunistischem Nationalismus“ faßt, gilt für das, was empirisch unter Kommunismus firmierte: Der barbarische Sozialismus in einem Land, der aufs völkische Ressentiment heruntergekommene Begriff vom Proletariat. Zwischen ihm und dem Nationalsozialismus bestand grundsätzlich ideologische Einigkeit: Beide haßten im Namen des vorgeblich Unmittelbaren, des Volks, der Nation und der Arbeit, den gleichen Gegner: den Liberalismus; was sie sich wechselseitig vorwarfen, ist, nicht das zu sein, was sie waren, sondern Tarnformen eben jenes Liberalismus.

„Hemmungen erdverbundenen Lebens“

Was der deutsche Antiimperialismus an ihm haßt, ist nicht das, worauf die politische Praxis des organisierten Liberalismus im Spätkapitalismus mal mehr, mal weniger, letzten Endes aber doch hinausläuft: auf die autoritäre Bändigung der Massen bei Kürzung ihrer staatlichen Apanage - denn das ist sein eigenes Programm. „Liberalismus“ steht als Chiffre: Für die Kränkung des solipsistischen Größenwahns der in scheinbar naturgegebenen Gemeinschaften in gottgegebener Hierarchie Lebenden; für den Einbruch des Abstrakten in die ganz und gar nicht heile Welt des Naturwüchsigen, den Sturz der alten Idole und Privilegien, der alten Geborgenheit im Schrecken, der alten Subalternität. Der faktische Kolonialismus bot dieser Sicht noch einige Respektabilität, wenn diese sich auch schon nicht auf Marx berufen kann, der „die Resultate der britischen Kolonialverwaltung in Indien“ auf keinen Fall rückgängig gemacht wissen wollte.

Daß aber nach dem Ende des Kolonialismus, im Zeitalter des einen Weltmarktes, weiterhin vom Imperialismus im Sinne von Überwältigung und Raub schwadroniert wird, zeigt, wie sehr diese Rede sich schon immer mehr auf innere Geisteszustände als auf äußere Fakten stützte. Die Vorwürfe, die die „antiwestliche deutsche Überlieferung“ gegen den Liberalismus (= Imperialismus) hegt, sind absolut identisch mit denen des Djihadismus und des Antiglobalismus - nur liegt der Schwerpunkt des Hasses gegen die westliche

Führungsmacht, die das zersetzende Prinzip verkörpert, früher auf England, heute auf Amerika: Spengler forderte den „Kampf gegen das innere England“, die „unsichtbare englische Armee, die Napoleon zurückgelassen“ habe; er definierte den Liberalismus als Aufstand der großstädtischen Mächte des Geldes und des Geistes gegen Blut und Tradition, die „Hemmungen des erdverbundenen Lebens“; er untergrabe Kulturen und Religionen, ersetze Gemeinschaft durch „formlose“ Gesellschaft; Moeller sah ihn als „moralische Erkrankung“, an dem die Völker zugrunde gehen, ja „die Selbstaflösung der Menschheit“ drohe (vgl. Breuer 1995, 51 bzw. 54). Im Jahr 2002 klingt dasselbe dann so: „In Zusammenarbeit mit den Juden ist Amerika der Anführer des Verfalls und des Zusammenbruchs der Werte, sei es der moralischen, der ideologischen, der politischen oder der ökonomischen Werte. Es verbreitet Abscheulichkeiten und Lasterhaftigkeiten, die es mit Hilfe von minderwertigen Medien und widerlichen Lehrplänen unter die Menschen bringt.“ (vgl. Küntzel 2002, 129) Hätte Abu Geith, Sprecher der Al-Quaida, statt „Juden“ Israel gesagt, der Beifall der *no globals*, der auf Weltmaßstab angewachsenen deutschen Lebensreformbewegung, wäre ihm allenthalben gewiß.

Aus diesem Haß auf den Liberalismus allerdings ergibt sich zwangsläufig eine weitere Gemeinsamkeit zwischen „konservativer Revolution“ und „islamischer Erneuerung“: fanatischer Antikommunismus. „Der Marxismus erscheint stets im Gefolge des Liberalismus als dessen Erbe oder Partner.“ (Marcuse, 21) Die Motivation der Gotteskrieger ist dieselbe, ob sie nun die Verderbtheit und internationale Schrankenlosigkeit des „Sowjet-imperialismus“ 1980 in Afghanistan bekämpften oder die des „US-Imperialismus“ zwanzig Jahre später. Hierin ist der Wahn konsequent und auf seine Art hellichtig: Der Kampf gegen die Resultate jenes Einbruchs des Abstrakten, Gleichmachenden, Unnatürlichen, Eigenschaften, die dem allgemeinen Äquivalent, dem generalisierten Tausch, dem Geld eignen, ist zugleich einer gegen die - in dieser Form notwendig negative - emanzipatorische Gewalt desselben. Indem der Kommunismus diese unnatürliche Gleichmacherei nur in der Hinsicht zu bekämpfen bestrebt ist, als daß er sie über ihre eigene Beschränkung hinaustreiben möchte und auf den Verein freier Menschen zielt, erscheint er den Lobrednern von Unterwerfung und Entsagung als eine Art Hyper-

liberalismus.

Das ist die Sorte Antikapitalismus, die sich in der antiamerikanischen Manie erschöpft. Solche Feindschaft gilt nicht den konstitutiven Verkehrsformen des Kapitals, nicht dem Eigentum und der Lohnarbeit, sondern der Freizügigkeit, die dieser Verkehr voraussetzt und produziert. Nicht, daß diese Freizügigkeit nur ein trügerischer Abschlag auf die Freiheit der vereinten Menschheit ist, stört sie, sondern, daß die eine zur Voraussetzung der anderen werden könnte. Die Effekte, die der generalisierte Tausch auf dem Weltmarkt zeitigt, Elend und Unterentwicklung, sind den autarkistischen Freunden des Kulturschutzes keineswegs ein Dorn im Auge: Im Gegenteil streben sie danach, diesen Effekten den revolutionären Stachel zu ziehen, geistiges und materielles Elend im pseudotraditionellen Gewande zu verfestigen und zu verewigen. Ihr Lob auf Armut und Dummheit, ihr Lob des Analphabetismus, ihr Lob der einfachen Ernährung und Kleidung, ihr Lob archaischer Hierarchien und sexueller Sinnesfeindlichkeit entspringt dem Haß auf dem Weltmarkt an sich, auf die zwar von ihm verhinderte, aber doch allein ihm inhärente Möglichkeit einer aufgeklärten Weltgesellschaft. In diesem Sinne sind Antiamerikanismus und Antikommunismus ein und dasselbe.

Hatten Khomeini, Afghanistan und die erste Intifada für alle sichtbar bewiesen, was es mit der „nationalen Befreiung“ auf sich hat, so gab es mit dem Zerfall der Sowjetunion überhaupt kein Halten mehr. Was der „echte“ Antiimperialismus immer schon, sei es aus Goebbels' oder Pol Pots Munde, an Moskau und Washington zugleich adressiert hatte: für den Verfall der Sitten, des Althergebrachten, der regressiven sozialen Sicherheiten, den Einbruch der Welt ins Dorf verantwortlich zu sein, richtete sich nun allein an die Adresse der Vereinigten Staaten (und Israels); der einstmalige Internationalismus versöhnt sich mit der nationalen Revolution. Was das für den Freund des Kommunismus bedeutet, ist klar: Erstens, wer *Uncle Ho* ein freundliches Angedenken behalten hat, geht auf keine Friedensdemo für den Milzbrandonkel Saddam. Zweitens, George Bush kann selbst bei schlechtestem Willen nicht halb so antikommunistisch sein wie der Subcomandante Marcos.

Uli Krug (Bahamas 40/2003)

Literatur:

- Adorno**, T.W. 1973: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt
Bohrer, K.H. 2002: Auf deutschen Wegen, in: *Merkur*, 56.Jg. (Heft 11/2002)
Breuer, S. 1995: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt
Ho Chi Minh 1980: Reden und Schriften. Eine Auswahl, Leipzig
Küntzel, M. 2002: Djihad und Judentum, Freiburg
Lenin, W.I. 1976: Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd.III, Berlin
Marcuse, H. 1980: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Ders.: Kultur und Gesellschaft 1, Frankfurt
Meinhof, U. 1980: Die Würde des Menschen ist antastbar, Berlin

Anmerkungen:

- 1) Nachzulesen in: U. Meinhof: Die Würde des Menschen ist antastbar, Berlin 1980 (Wagenbach), 64
- 2) Der zentralen Rolle des Begriffs Djihad in der arabisch-islamischen Variante des Nationalsozialismus (vgl. Küntzel 2002, 22) entsprechend, bezeichne ich hier das, was andernorts als Moslem- bzw. Islamfaschismus gefaßt wurde, als Djihadismus.
- 3) Ein besonders bizarres Exempel solch deutscher Denktätigkeit liefert die Redaktion der *Interim* im Editorial vom 21.11.02 ab: Da käut man zunächst das seit Jahrzehnten übliche Pazi-Nazifismusgeschwätz nach, unterstellt bspw. der irakischen Vernichtungsdrohung gegen Israel mit dem Verweis auf die israelische Atombombe Notwehrcharakter oder macht nicht die arabischen Gesellschaften für den arabischen Antisemitismus selbst, sondern den militärischen Kampf gegen ihn zu dessen Urheber; dann aber läßt man in echter Joschka-Manier treuherzig solchen Ergüssen diesen Nachsatz folgen: „Noch mal zur Erinnerung. Man und auch frau muß nicht für Saddam sein, um gegen George W. zu sein. Und gegen den Krieg sein, heißt selbstverständlich nicht gegen Israel sein.“ - Aber eben doch für die irakische atomare Bewaffnung, die dann Israel den Garau machen wird, wo man doch eigentlich auch nicht gegen Israel sein.“ - Aber eben doch für die irakische atomare Bewaffnung, die dann Israel den Garau machen wird, wo man doch eigentlich auch nicht gegen Israel sein.“ - und was einen dann bestimmt „traurig und wütend“ machen wird.
- 4) Typischerweise klingt das so, wie es al-Quaida-Sprecher Abu Gheit im Juni 2002 formulierte: „Amerika ist der Grund für alle Unterdrückung, alles Unrecht, alle Lasterhaftigkeit und alle Unterdrückung, die die Muslime unterjocht. Es steht hinter all den Katastrophen, die die Muslime heimgesucht haben und immer noch heimsuchen.“ (aus dem Manifest „Why We Fight America“; zit. nach Küntzel 2002, 129)
- 5) Den Anschlag in Bali kommentierte beispielsweise das „gemäßigte“ Blatt *Al Khaleej* (VAE) am 15.10.02 in der typischen Mischung aus Stolz, Drohung und Verantwortungsabwahr so: „Es ist zu früh um sagen zu können, wer verantwortlich ist. Aber das augenblicklich internationale Klima, geprägt von fehlgeleiteten, ungerechten und manchmal kriminellen Handlungen der Großmächte legt nahe, daß so etwas hätte geahnt werden können, und daß die Welt Zeuge von noch mehr solcher häßlichen Szenen und Grausamkeiten werden wird.“ So grausig der Bombenanschlag jedoch wäre, so sei er doch nicht vergleichbar mit der Ausrottung der Palästinenser, die die Israelis betrieben, den Hunderttausenden Toten, die die USA dem Irak durch Krieg und Embargo verursacht hätten oder den Tausenden von US-Bomben-Opfern in Afghanistan.

DAS RICHTIGE ALS KONJUNKTIV - der Konjunktiv als Richtiges

ÜBER DIE STRATEGIE DER USA UND LOGIK DER MÖGLICHKEIT VON SÖREN PÜNJRER

Das Kernstück unserer gemeinsamen Bestrebungen muß die Entschlossenheit bilden, an der Seite von Männern und Frauen in jeder Nation zu stehen, die für das eintreten, was Präsident Bush als die 'nicht verhandelbaren Forderungen der Menschenwürde' bezeichnet hat - Redefreiheit, gleiche Rechte für alle, die Achtung von Frauen, religiöse Toleranz und die Beschränkung der Staatsmacht (...). Wir müssen die herablassende Ansicht zurückweisen, daß Freiheit auf dem Boden des Nahen Ostens nicht gedeihen kann - oder Muslime nicht den Wunsch hätten, frei zu sein." So betont es Condoleeza Rice, die Sicherheitberaterin des US-Präsidenten, und der linke Menschenverstand läßt sofort wittern, wie hier gelogen und betrogen wird, daß sich die Balken des Weißen Hauses biegen: Alles nur Produkte der „imperialistischen Propagandamaschine“ (J. Elsässer) und der „Geofaschisten“ (deutscher Pazifistensprech).

Es ist das optimistische Bild von der Veränderlichkeit des Menschen und der Zustände, was die eigentlich banalen Worte von Condi Rice gegenüber Linken aller couleur so sympathisch macht.

Weltordnung und Weltunordnung

Der nach wie vor wichtigste Hintergrund, um zu verstehen, daß man sich gegenwärtig positiv auf die US-Politik beziehen muß, besteht darin, den Wechsel zu erfassen, der sich mit den Jahren 89/90/91 verbindet. Wer diesen nicht in seiner ganzen Tiefe der Koordinantenschiebung begreift - also auch in der gesamten Tragweite der Erschütterung von linker Identität und linken Selbstverständlichkeiten -, hat keine Chance, die Wirklichkeit zu erfassen. Bleibt die Reflexion aus, so liegt ein antiimperialistisches Wahngebäude blank, das bis Anfang der neunziger Jahre durch die Bipolarität der Weltordnung mittels einer vermeintlich fortschrittlichen realsozialistischen Fassade verdeckt wer-

den konnte. Heutzutage nun steht endgültig fest, daß es unter solchen ideologischen Vorzeichen nicht um den Verleihen freier Menschen gehen kann, sondern nur um Gegenaufklärung. Das heißt, eine „sozialistische Weltrepublik“ (Ernst Busch) kann nur noch autoritär und barbarisch sein. Den Springpunkt allen objektiven Wandels des Weltzustandes nach der Implosion des Ostblocks und seiner weltweiten Sympathien stellt die Tatsache dar, daß es Menschen unter antiwestlichen bzw. antiamerikanischen Souveränen nicht etwa besser gehen könnte. Nein, genau umgedreht verhält es sich: Der objektive Weltzustand sieht so aus, daß es heutzutage unter US-Ägide weitaus bessere Lebensbedingungen gibt als gegen US-Einfluß und -Kontrolle. Diesen fundamentalen Wandel nach 1989 können Linke allerdings auf Grund ihrer anachronistischen ideologischen Koordinanten notwendig nicht verstehen.

Im Gegensatz zu 1991, als von der US-Regierung die Notwendigkeit der Herstellung einer sogenannten Neuen Welt-Ordnung ausgerufen wurde, geht es den USA heute darum, eine neue Welt-Unordnung zu verhindern. Anfang der neunziger Jahre wurde das multilaterale Handeln der USA groß geschrieben und der Blick namentlich nach Deutschland gerichtet, das man als „partner in leadership“ neben anderen NATO-Staaten dabei haben wollte. In einer Erklärung von Bush senior hieß es anlässlich des Krieges 1991 gegen den Irak: „Es geht um mehr als ein kleines Land, es geht um eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen sich um eine gemeinsame Angelegenheit kümmern (...).“ Als es einige Jahre später zum NATO-Angriff auf Jugoslawien kam, ließ sich mit Abscheu feststellen, daß die US-Politik - dem Multilateralismus verpflichtet - der deutschen Vorstellung einer nach ethnischen Kriterien sortierten Landkarte folgte und dabei mit der völkischen Bande der UCK kooperierte, über die Robert Gelbhard, der US-Sondervertreter für den Balkan, noch 1998

wußte, daß sie „ohne jede Frage eine Terroristengruppe“ sei. Es läßt sich hier jener Vorsatz umgesetzt finden, der in der Proklamation einer Neuen Weltordnung zum Ausdruck kommt: Die Vorstellung einer Ordnung der gleichberechtigten Partnerschaft ohne unmittelbares direktes Interesse seitens der USA. Wie gut die Deutschen damit umzugehen wußten, verdeutlichte Bundeskanzler Schröder, der im April 1999 im Hinblick auf die US-Rolle verkündete: „(Es) mußte gezeigt werden, daß die Schwachen in der NATO einen starken Verbündeten für die Durchsetzung ihrer unveräußerlichen Rechte, der Menschenrechte, haben.“

Der NATO-Angriff auf Jugoslawien unter Führung der USA war so etwas wie der abschließende Höhepunkt der multilateralen „humanitären Interventionen“, die im Zuge der Schaffung einer „Neuen Weltordnung“ durch die USA forciert wurden und die dem damaligen Präsident Bill Clinton eine gehörige Portion Kritik in den USA einbrachte. Der US-Strategie Henry Kissinger formuliert dies so: Die Einsätze „spiegelten keine traditionelle Auffassung des amerikanischen nationalen Interesses wider, und zwar in dem Sinne, daß ihr Ausgang keinerlei Auswirkungen auf die Sicherheit Amerikas nach irgendeiner historischen Definition haben konnte.“ Unter dem Eindruck, daß die USA im Kosovo ausdrücklich auf die völkische Karte gesetzt haben, ist entscheidend, ob nach dem 11. September die völkische Spielwiese nicht mehr in Frage kommt. Es wäre zwar vermessen, kategorisch auszuschließen, daß sich dies ein für alle mal erledigt hätte. Zu offensichtlich ist jedoch derzeit, wie sehr die USA davon beeindruckt sind, zur Zielscheibe der von ihr insbesondere im Kalten Krieg unterstützten Kräfte geworden zu sein.

Feind und Helfer Weltpolizist

Die proklamierte Errichtung einer multilateralen Neuen Weltordnung hat sich in den Augen der US-Politik als

ein Höllenspektakel entpuppt. Anders als 1991, als man sich gemeinsam mit den Europäern als „Sieger der Geschichte“ wähnte, sind die USA inzwischen gezwungen, auf eine direkte territoriale Bedrohung zu reagieren. Nicht nur, weil das nach den Anschlägen die Sicherheitsinteressen gebieten, sondern weil das Massaker auf mehr oder minder offenes Verständnis stieß und sich seither - von den Globalisierungsgegnern über die Arabische Liga bis zur EU - der globale Widerstand gegen die USA rasend formiert.

So sehen sich die Vereinigten Staaten mit der Konstellation konfrontiert, ihre eigene unmittelbare nationale Sicherheit mit einem globalen Agieren zu verknüpfen: Man muß im ureigensten Interesse nicht nur die Rolle des Weltpolizisten, sondern auch die des globalen Entwicklungshelfers einnehmen.

Die neu formulierte nationale Sicherheitsdoktrin der USA liest sich als direkte Reaktion auf diese entstandene Lage. Sie ist folgerichtiger Ausdruck der in den USA heißdiskutierten Pläne für eine Neuordnung des Nahen Ostens. In dem Papier zur „Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“, das Mitte September vorgelegt wurde, ist die endgültige Abkehr von der jahrzehntelangen Sicherheitsdoktrin der Abschreckung festgeschrieben worden. Darin wird u.a. betont, daß man sich weltweit für die Stärkung „freier und offener Gesellschaften“ einsetzt, in denen „für jede Person, in jeder Gesellschaft“ Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum maßgebend seien. Das sei „eine besondere Art des amerikanischen Internationalismus“, der sich vorbeugend gegen alle richte, die „die Vereinigten Staaten und alles, wofür sie stehen, hassen.“ Wenn es ebenda abschließend heißt: „Der Präsident wird es nicht zulassen, daß irgendeine fremde Macht den großen Abstand aufholen wird, der sich seit dem Zerfall der Sowjetunion vor mehr als einem Jahrzehnt gebildet hat“, dann kann dieser Welt, so wie sie ist, derzeit wohl realpolitisch leider nichts besseres passieren.

Angesichts des wohlüberlegten Vorgehens im Falle Afghanistans und dem intensiven Abwägen hinsichtlich des Irak gibt es gute Gründe zu der Annahme, daß sich die US-Strategie des sogenannten Nation Building gegen das ethnische Reinheitsgebot der Selbstbestimmung der Völker richtet, in dem man grundsätzlich für die Souveränitätsbildung nach dem politischen Territorialprinzip optiert.

Unter dem Begriff des Nation Building geht es den USA dabei um die Errichtung und Stabilisierung von staatlichen Souveränen, die ein Garant dafür sein sollen, eine Weltunordnung zu verhindern, deren Folge eine Katastrophe im Weltmaßstab wäre.

Dabei dreht sich das Vorgehen nicht um die Herstellung wirtschaftlich prosperierender blühender Landschaften, sondern um pragmatische Elendsverwaltung. Dieser Ausdruck perfider kapitalistischer Logik kann gerade dann nichts anderes sein, wenn die Weltkrise des Kapitals Expansion von Akkumulation, Produktion und Absatz im großen und ganzen ausschließt. Wenn man also abwägt, ob man ein Vorgehen der USA begrüßt, dann kann diese Entscheidung angesichts der katastrophalen Weltwirtschaftslage nicht zwischen der objektiv gegebenen Möglichkeit einer aufblühenden Demokratie nach westlichem Muster und der pro-westlicher Despoten erfolgen, sondern nur zwischen pro-westlicher und anti-westlicher Orientierung. Allerdings macht dies im Weltmaßstab betrachtet insbesondere in Krisenzeiten einen Unterschied ums Ganze aus. Einen, der - zynisch genug - nur zwischen einer Welt der absoluten Katastrophe und einer des relativen Elends unterscheidet läßt.

Wandeln durch Handeln

Der Charakter des Vorgehens der USA bestimmt sich nicht an sich selbst, sondern daran, wogegen vorgegangen wird und die Frage ist nicht, ob man sich der US-Politik widersetzt, sondern wer und warum. Seit den Anschlägen vom 11. September wird über die US-Politik geredet, als wäre es ihr Ziel, die gesamte Welt ins Chaos zu stürzen. Daß es den USA um die Herstellung von Bedingungen zum „freien“ Welt-handel und um das konsequente Vorgehen gegen diejenigen geht, die sie daran zu hindern gedenken, ist nun wahrlich kein Geheimnis, dessen die US-Politik zu überführen wäre. Bekanntlich liegt das darin begründet, daß gemäß der bürgerlichen Ideologie die unsichtbare Hand des Marktes gerade im Sinne des american way of life die höchste menschliche Vernunft verkörpert.

Wenn das als das grundlegende Interesse an Selbsterhaltung seitens der USA bestimmt ist - als Antwort auf die höchst wichtige Frage nach dem Warum -, dann muß man sich Begriffe davon machen, erstens mit welchen

Mitteln die USA dies durchzusetzen gedenken, zweitens welche notwendigen Bedingungen hergestellt werden sollen und drittens gegen wen sie dies meinen durchsetzen zu müssen. Nur so ist man in der Lage, Dinge wirklich ins Verhältnis zueinander zu setzen und daran ihre notwendige Bestimmung vornehmen zu können. Ohne diesen Weg wird man nur falsche Antworten auf Fragen wie etwa jener nach Sinn und Zweck der jahrelangen Unterstützung des Irak durch die USA geben und nicht begreifen, was es bedeutet, wenn es in der US-Politik gegenwärtig konsensual heißt: „Der Weg zu einem Frieden im Nahen Osten führt durch Bagdad.“ Man wird diese Tatsache dann skandalisieren müssen. Genau darin ist der Grund dafür zu finden, was notwendig zum anti-amerikanischen Reflex verkommen muß.

Die Hauptfragen gegenwärtiger US-Strategie formulierte Henry Kissinger in seinem Buch „Die Herausforderung Amerikas“ so: „Was müssen wir, um unseres Überlebens willen, zu verhindern suchen, wie sehr die Mittel dafür auch schmerzen mögen? Was müssen wir, um uns selbst treu zu bleiben, zu erreichen suchen, wie klein der erreichbare internationale Konsens auch sein mag, nötigenfalls auch ganz allein? Welches Unrecht müssen wir unbedingt beseitigen? Welche Ziele liegen einfach außerhalb unserer Möglichkeiten?“

Angesichts dieser Fragestellungen sollte genügend Nüchternheit einkehren. Denn in diesen schließt sich genau jener Altruismus aus, der über das Maß an Unmittelbarkeit des Eigeninteresses für die USA hinausgeht. Diese Unmittelbarkeit läßt sich als ein Maß an Stabilität nicht etwa für die Weltgesellschaft, sondern für die USA begreifen. Alle Lobgesänge für das Vorgehen der USA gegen den Islamismus müssen also in die Irre oder zum Bekenntum führen, wenn man sich nicht ständig dieser nüchternen Tatsache bewußt ist. Damit sind auch die Grenzen antideutscher US-Sympathie bestimmt, denn das Hauptinteresse der USA besteht nicht im Kampf gegen den antisemitischen Vernichtungswahn, sondern in der Herstellung von notwendiger Ruhe und Ordnung für die Vereinigten Staaten.

Wenn es um die Beantwortung der Frage geht, inwieweit in den USA der Zusammenhang von Antiamerikanismus und Antisemitismus begriffen wird, dann kann man endgültige Gewißheit darüber nicht erlangen. Deshalb bleibt nur, unter den gegebenen Vorzeichen und

Tatsachen der US-Strategie eine Art Konjunktiv des Richtigen als Logik der Möglichkeit richtigen Handelns zu unterstellen: Sie müßten begreifen, weil ihnen letztlich keine andere Wahl bleibt. Nur dann ist nachzuvollziehen, was in Bahamas Nr. 39 redaktionell so formuliert wurde: „Die US-Amerikaner beginnen zu verstehen, daß die weltweite Befriedigung über den islamischen Terror sie den am meisten Bedrohten, den Juden und ihrem Staat, immer näher bringt.“

Schlußendlich kann den USA auch nicht definitiv klar sein kann, wohin die Reise gehen wird. Daß allerdings die Reise unter Vorzeichen steht, denen man Solidarität entgegenbringen muß, erklärt sich daraus: Auch wenn die Grenzen der USA die Grenzen eines Souveräns markieren, der sich aus Gründen des Selbsterhaltes nicht bewußt unterminieren kann, gilt es zur Kenntnis zu nehmen, unter welchen Bedingungen gegen den Islamismus vorgegangen wird. Diese Bedingungen sind die, daß die Ideologie des neuen Eine-Welt-Internationalismus gegen die USA und Israel den qualitativen Wechsel vom traditionellen partikularen Universalismus als „normalen“ Inter-Nationalismus hin zum universellen Partikularismus eines globalen anti-imperialistischen Konsens vollzieht.

„Zum ersten Mal“, betont Henry Kissinger, sei Amerika „gezwungen, eine globale Strategie für eine unbestimmte Zukunft zu entwickeln (...)“, bei der die „ultimative Herausforderung“ darin bestünde, „Macht in moralischen Konsens zu verwandeln.“ Und der Weg zur einschlägigen Konsensbildung kann letztlich nichts anderes sein als eine Kampf-ansage an den globalen Antiimp-Konsens.

Gerade weil die Strategie der USA nicht nur im militärischen Intervenieren besteht, sondern in der Verschränkung von Idealismus und Realismus, von Werten und Interessen, um die Welt für sich sicherer zu machen, ist ausgewiesener Pessimismus fehl am Platz. „Wir verstehen das Wesen des Feindes. Wir wissen, daß sie uns für das hassen, was wir lieben“, erklärte George W. Bush Ende November 2002 und betonte außerdem, daß man gegen „Gefahren eines neuen Zeitalters“ vorgehen müsse.

Wenn es um die Kritik an den USA geht, läßt man nur allzugern die Tatsache unter den Tisch fallen, daß unter „Enduring Freedom“ nicht nur das militärische Element zu verstehen ist, sondern ebenso die Forcierung der Entwicklungshilfe. Daß die USA mit über

10 Milliarden Dollar mehr Hilfe leisten als jedes andere Land der Welt und daß dazu noch dreimal soviel aus privaten Wohltätigkeitsinstitutionen in Entwicklungsländer fließt, wird von der weltweiten Antiimp-Propaganda verdrängt. Nach dem 11. September ist die Aufbau- und Entwicklungshilfe ein wesentlicher Teil des US-Sicherheitskonzeptes. Konkret bedeutet dies eine enorme sukzessive Erhöhung im US-Haushalt. Intensive Anstrengung wird auch darauf verwendet, „die geschmeidigen Verführungskräfte der amerikanischen Kulturindustrien“ (FAZ) via Radio, TV und andere Medien ihre unfehlbare Wirkung insbesondere in den arabischen Ländern tun zu lassen. Darüberhinaus läuft nach und nach eine große Aufklärungskampagne an, die im Stile gezielter Gegeninformation den Einfluß von Moscheen und Religionschulen in Europa, dem Nahen Osten und in Asien als „Brutstätten für radikale Islamisten und Antiamerikanismus“ (New York Times) zurückdrängen soll. Statt wie die Deutschen moralisierenden Karneval der Toleranz bzw. den Monolog der Kulturen zu veranstalten, läuft das Unterfangen unter dem Namen „Information Operations“, um „die öffentliche Meinung in befreundeten oder neutralen Ländern zu beeinflussen“, wie ein führender Offizier gegenüber der New York Times bekundete. Das ganze „Enduring Freedom“-Gesamtpaket bezeichnete Condoleeza Rice Mitte Oktober 2002 als ein notwendiges „Zusammenspiel, (das) einen Augenblick enormer Chancen“ in sich berge.

„Entwestlichung der Welt“

Ist man sich eingedenk einer globalen Wirtschaftskrise darüber einig, daß aus der Krise nichts gutes folgen kann, dann es ist wohl mehr als überfällig, darauf mit Nachdruck zu insistieren, den Begriff des Faschismus endlich ernst zu nehmen. Wenn man sich hinsichtlich des Faschismusbegriffes über vieles gestritten hat, so ist man sich doch bisher immer darüber einig gewesen, daß der Faschismus eine Krisenreaktion und barbarische Krisenlösungsoption darstellt. Dieses Einmal-eins für Antifaschisten scheint allerdings, wenn es um die Wahrnehmung des barbarischen Bedrohungspotentials geht, das vom Islamismus herrührt, bei bekennenden Antifaschisten auf taube Ohren zu stoßen. Sollte dieser Vorwurf an die Adresse aller bekennenden Antifaschisten fehl gehen, dann müßte die Erklärung her, warum gerade in einer

unwägbarer Situation der globalen Krise der Faschismus als die globale barbarische Krisenlösungsoption - also als Antwort auf die Krise - global nicht auf dem Vormarsch sein soll. Schier unglaublich ist die weitverbreitete Position, daß man zwar die Krisensituation des Kapitals benennen könne, aber nur dann gegen seine barbarischen Formen kämpfen dürfe, wenn man auch bestimmt zu sagen weiß, was nach dem Sieg über sie folgt. Bleibt also die Frage, seit wann sich der Kampf gegen Faschisten danach zu richten hat, was geschehen soll, wenn von ihnen keine Gefahr mehr ausgeht?

In diesem Zusammenhang ist vor der durchaus nicht abwägigen Gefahr eines gegen die USA und Israel agierenden Weltsoveräns zu warnen, der die Gegenaufklärung im Weltmaßstab als neue Weltunordnung verwalten könnte. Zu einem solchen Souverän der Völkerrechtsadministration könnte sich durchaus die UNO transformieren, wenn die unilaterale Position der USA geschwächt würde. Eine dahingehende Tendenz drückt sich in der Legitimierung und Förderung des weltweiten antiwestlichen Racket- und Bandenwesens aus, wobei das wohlwollende Verhältnis zu den Palästinensern so etwas wie das entscheidende Pilotprojekt ist. Ein sich barbarisierender Weltgeist erfüllt also zunehmend die globale Atmosphäre - als universeller „Ruf nach einer Entwestlichung der Welt“ (Bassam Tibi), der sich in dem linken Wochenblatt Freitag hinsichtlich Israel und der USA so Ausdruck verleiht: „Beide sehen sich als erwiesenermaßen `auserwählte Völker`. Als solche stehen sie im Selbstverständnis (...) über einem Völkerrecht, das sich die anderen, die normalen Staaten, gegeben haben.“

Daß jene, die alles als Resultat des US-Imperialismus und Zionismus begreifen, in Abgrenzung zu den USA und Israel Weltbürgerrechte formulieren, ist nicht zufällig. Beide gelten als die Personifikation globalisierter Ungerechtigkeit, als eine Art „Allianz der Auserwählten“ (Freitag), des „nationalistischen Messianismus“ (Le Monde Diplomatique). Insofern muß man verstehen, daß diese Weltbürgerrechte in Wahrheit nichts anderes sind als ein ethnisches Reinheitsgebot für das Völkergemeinschaftsgebräu in Form von Rechtsfetischismus. Wer gedenkt, die UNO oder andere internationale Gremien des Völker- und Menschenrechts wie den internationalen Strafgerichtshof gegen die USA und Israel stärken zu müssen, stärkt bewußt oder unbewußt das völkische Prinzip

und befördert damit die Barbarisierung.

Irak, Al Quaida und die Golfregion

Die USA bestimmen den weltweiten Terrorismus weniger an einer strengen Definition des islamischen Fundamentalismus, sondern in erster Linie am Hass auf den american way of life. Daran erklärt sich auch aus deren Sicht der Zusammenhang von Bin Laden und Saddam Hussein. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, welche Verbindungen zwischen Al Quaida und dem Baath-Regime bestehen. Tatsächlich spricht einiges dafür, daß es solche Verbindungen aus Gründen der Erzrivalität gar nicht gibt und dies nur ungeschickte US-Propaganda ist. Man sollte sich aber gerade deshalb folgende Frage stellen: Wenn es sich bei Al Quaida und dem irakischen Regime um Rivalen handelt, worum dreht sich diese Rivalität? Nun, Bin Laden und Saddam Hussein ringen deshalb um die Vormacht am Golf, weil beide der stärkste arabische Feind der USA und Israels sein wollen, hinter denen sich dann alle anderen Feinde des Westens sammeln müßten. Wenn es in diesem Zusammenhang um Öl geht, dann nur so: Die USA wollen verhindern, daß das arabische Öl als strategische Waffe eingesetzt werden kann. Henry Kissinger erklärt dies folgendermaßen: „Tatsache ist ganz einfach, daß die demokratischen Industriestaaten es nicht zulassen dürfen, daß ihnen der Zugang zum Golf-Öl verweigert wird, oder ruhig zusehen können, daß der Golf von einem Land oder einer Gruppe von Ländern kontrolliert wird, die unserem Wohlergehen gegenüber eine feindliche Haltung einnehmen.“ Spätestens mit dem Rauswurf der UN-Inspektoren aus dem Irak 1998 haben sich die USA nicht nur blamiert, sondern in gewisser Weise auch zahnlos gemacht. Mit einiger Berechtigung kann in diesem Zusammenhang davon ausgegangen werden, daß dies den schlafenden Hund Bin Laden endgültig wachrüttelte. Der Irak ist zum Präzedenzfall nicht nur für die gesamte Golf-Region geworden, an dem sich bemessen wird, ob die USA im Zweifelsfall auch unilateral gegen den Rest der Welt in der Lage sein werden, mit der Beseitigung des Tyrannen Saddam Hussein ein entscheidendes Exempel für Veränderungen in der Region zu statuieren. Kissinger dazu: „Die Länder in der Region, die auf die Vereinigten Staaten angewiesen sind, werden deren Bedeutung für ihre Sicherheit letztlich an Amerikas Fähigkeit messen, ent-

weder Saddam abzusetzen oder so weit zu schwächen, daß von ihm keine Gefahr mehr ausgeht - was auch immer sie dazu öffentlich verlautbaren mögen. Mit den Vereinigten Staaten als De-facto-Garanten aller Grenzen in einer der unbeständigsten Regionen der Welt hängt die Sicherheit des Golfs heute von der weit verbreiteten Wahrnehmung der Fähigkeit Amerikas ab, mit den Folgen der fortgesetzten Herrschaft und wachsenden Stärke Saddam Husseins fertig zu werden.“ In Anbetracht dieser Zeilen darf man nicht vergessen, inwieweit es dem Baath-Regime gelungen ist, eine Lockerung der UN-Sanktionen mit der Tendenz weitgehender Normalisierung der weltweiten Beziehungen zu erreichen, bis die USA ihren Druck auf die UNO 2002 immens erhöhten und so eine neue Irak-Resolution des Sicherheitsrates erzwangen.

Im Zusammenhang mit der Strategie sogenannter vorbeugender Selbstverteidigung ist für die US-Politik eine Beseitigung Saddam Husseins schon deshalb notwendig, weil es ihnen nicht mehr um Einschüchterung von Staaten geht, sondern um deren Umbildungen. Diese Umbildungen sollen Souveräne zur Folge haben, die die Bedrohung für die Vereinigten Staaten weitestgehend einzudämmen vermögen. So und nicht anders versteht sich auch das Diktum, daß wer nicht für die USA ist, automatisch gegen sie stünde. Mit diesem de-facto-Neutralitätsverbot geht einher, daß sich insbesondere Despotien wie Saudi-Arabien kein doppeltes Spiel für die Stärkung der islamistischen Internationalen mehr erlauben sollen.

Hoffnung und Spinnerei

Man muß sich klarmachen, daß die arabische Region kein Pulverfaß ist, das durch eine US-Intervention im Irak explodieren würde, sondern eher einem riesigen Ölfaß mit islamistischem Bodensatz gleicht. Dies verdeutlicht einen Zustand, in dem insbesondere die sogenannten Massen zunehmend dem islamistischen Wahn verfallen. Diesen Zulauf zu stoppen und dagegen die prowestlichen und säkularen Kräfte zu stärken, liegt spätestens nach dem 11. September im Interesse der USA. Es geht deshalb um die Kontrolle einer Region, deren desolater und unberechenbarer Zustand sich in jedem einzelnen arabischen Herrscher spiegelt.

Wenn US-Vize Dick Cheney feststellt, daß ein Regimewechsel im Irak für die Region „eine Reihe von Vortei-

len“ bedeutet, dann bringt er damit zum Ausdruck, was Zbigniew Brzezinski als die Wiederbelebung „des verlorengegangenen Optimismus des Westens“ einfordert und was der grundsätzliche Unterschied zur völkisch orientierten EU und ihrer Linken ist. Man kann es drehen und wenden wie man will: Ein Sturz Saddam Husseins eröffnet die Chance, daß Bewegung in die Region kommt. Und etwas Besseres kann dieser derzeit nicht passieren. So eröffnete sich auch die Chance, daß die Menschen für säkulare Ideen empfänglich würden, die ihnen Anlaß zu Selbstzweifel und Selbstreflexion über ihre Existenzweise sein könnten. Die durchaus wahrscheinliche Enttäuschung über die erfahrene materielle Nichterfüllung dieser Ideen muß aber gerade nicht notwendig die mythologische Gottverfallenheit und Ausprägung eines völkischen Stammesbewußtseins zur Folge haben, sondern kann durchaus die Profanisierung des Selbstbewußtseins fördern - also den entzauberten materialisierten Wunsch nach Veränderung durch Mangel Erfahrung.

Man kann diese Hoffnung als anti-deutsche Spinnerei verhöhnen. Aber erstens ist diese gemäß der bestehenden Wirklichkeit in der arabischen Region gerechtfertigt und zweitens zig mal besser, als der ekelhafte Pessimismus der Antiimperialisten, die derzeit, wenn es um den Nahen Osten geht, allenthalben nur eine Forderung kennen: alles soll so bleiben wie es ist.

Für die USA ist seit dem 11. September endgültig klar, daß im „Abwarten ein größeres Risiko als im Handeln“ liegt, wie US-Vize Dick Cheney betont. Und das widerspiegelt ein Umdenken der USA hinsichtlich der Bedrohung durch den Islamismus - der derzeit einzigen Massenbewegung mit riesigem Zulauf weltweit. „Die Wahrheit ist, daß diese Zeiten nicht nur Gefahren, sondern auch Möglichkeiten bergen.“ So sagt es Cheney und dem ist zuzustimmen. Wer dies nicht sehen will, begreift nicht, daß die Geschichte auch ohne einen weitergeht - macht sich also zum offenen Apologeten der Lüge vom Ende der Geschichte -, und ignoriert die Gefahr des neuen Faschismus.

Prinzip Anti-imperialismus

Das einzige, was man von links über die USA weiß, ist, daß man ihr gegenüber schon aus Prinzip nichts richtig finden darf. Das tautologische Prinzip Antiimperialismus - anti-imperialistisch zu sein, weil man anti-

imperialistisch ist - versetzt als ein wirres Gebräu aus Ressentiment und Wahn, aus Focaultschem Machtbegriff, Leninismus, Völkerrechtsapologetik und Abscheu vor Kosmopolitismus heutzutage nicht mal mehr in die Lage, wenigstens noch ein Stück Restvernunft für sich reklamieren zu können.

Man würde nicht nur ruhiger und entspannter leben können, sondern auch endlich mal klaren Kopf behalten, würde nur einmal angefangen, die simple Tatsache, daß kein Staat der Welt interesselos handelt, nicht etwa zum Endpunkt der vermeintlichen Analyse und Kritik zu machen, sondern zum Ausgangspunkt. Daß darüberhinaus nicht gerade wenige im Zweifel lieber gar nichts mehr richtig oder falsch finden wollen, ist letztlich das Produkt des grassierenden postmodernen Bedürfnisses, das alles nur noch als unübersichtliche komplizierte Dinge begreifen läßt. Entsprechend drückt man sich davor, die metaphysischen Kategorien wie Vernunft und Fortschritt in seine Weltklärung aufzunehmen.

Im antiimperialistischen Kampf gegen die USA tut man alles, um das Bestehende zu zementieren. Damit macht man sich zum Steigbügelhalter und Erfüllungsgehilfen der Barbarei. Das umso mehr, weil die Konstellationen sich dergestalt verschoben haben, daß es die USA sind, die sich zur Aufgabe gemacht haben, „den Status quo in Frage zu stellen“, wie W. Bush betont. Einen Status quo, der in den Augen der US-Politik als Ursache dafür zu sehen ist, was in den Anschlägen vom 11. September gipfelte. Wollte man vor diesem Datum eine Sicherheitsstrategie für die USA, in der es eines ganz konkreten Feindbildes ermangelt, ist dies bis auf weiteres anders: Der Hauptfeind steht im arabischen Land und ist der Islamismus. Hatte man vor dem September-Massaker sich immer dafür entschieden, unter den arabischen Despoten pragmatisch das kleinere Übel zu wählen, so gilt gegenwärtig die Devise, diese weitestgehend durch den sukzessiven Versuch des „Regime Change“ zurückzudrängen.

israelisch-amerikanische Freundschaft

„Ihre scheinbare Frömmigkeit kann uns nicht täuschen. Sie sind die Erben aller mörderischen Ideologien des 20. Jahrhunderts. Indem sie ihrer radikalen Weltanschauung Menschenleben opfern, machen sie den Willen zur Macht zu ihrem einzigen Wert und folgen so dem Weg des Faschismus, des Natio-

nalsozialismus und des Totalitarismus“, betonte W. Bush kurz nach dem 11. September im Bezug auf den islamistischen Terror und stellte damit ein passant so gut wie alles an linker Analyse in den Schatten. Mit der Feststellung, daß der Wille zur Macht der einzige Wert des neuen Faschismus sei, verknüpft sich zugleich, warum man hinsichtlich der Sicherheitsdoktrin der USA einen Wandel konstatieren kann. Insofern knüpft sich die Hoffnung daran, daß sie aktiv ihre Rolle als einziger Garant der Verhinderung einer Weltunordnung wahrnehmen.

Man kann davon sprechen, daß im Vorgehen gegen eine Weltunordnung objektiv das Primat der Negation wirkungsmächtig ist. Daß also der Unvernunft die Zähne gezeigt werden müssen, kann man nur erfassen, wenn man sich nicht gänzlich vom Vernunftbegriff verabschiedet hat. Der Unvernunft ihre Grenzen aufzuzeigen heißt, der Vernunft den Rücken frei zu halten, in dem man ihr eine Atempause verschafft.

Die Bewertung der USA sollte sich aber vor allem daran bemessen, inwieweit sie in der Lage sind, dem Staat Israel ein Durchatmen von permanenter Bedrohung zu verschaffen. Allein schon des Umstandes wegen, daß die USA die einzige Schutzmacht für Israel sind, ist ihr Status als einzige Weltmacht unbedingt zu begrüßen. Eingedenk der Tatsache, wie viele Feinde Israel nur allzugerne den Garau machen wollen, wenn sie nur wirklich könnten, eröffnet sich erst, was auf dem Spiel steht, wenn die USA geschwächt würden.

Man darf allerdings nicht vergessen, daß das Verhältnis der USA zu Israel ein instrumentelles ist, das sich zuvorderst nicht an den israelischen Sicherheitsinteressen orientiert, sondern an den eigenen. Das ist nach dem 11. September insbesondere an zwei Punkten deutlich geworden: Zum einen an der Verweigerung der Aufnahme Israels in die Anti-Terror-Koalition und zum anderen an der Forcierung einer palästinensischen Staatsgründung.

Es ist fraglich, ob die USA überhaupt fähig sind, jederzeit die Gefahr für Israel insbesondere unter dem Gesichtspunkt des unmittelbaren eigenen Interesses ausreichend wahrzunehmen. Gerade die immer wieder von US-Seite betonte Trennung von palästinensischem Terror auf der einen Seite und dem der Islamisten auf der anderen spricht dafür. Deutlich wurde dies beispielsweise mit dem Anschlag auf ein Hotel in Kenia ende November

2002, der vor allem Juden galt, und dem parallel mißglückten Raketenangriff auf ein israelisches Passagierflugzeug am gleichen Ort, wo der US-Geheimdienst Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Anschlägen im Vorfeld nicht an die israelischen Behörden weitergegeben hat. Daraus läßt sich ableiten, daß die Kooperation zwischen den USA und Israel im Kampf gegen die Islamisten wohl nicht zufällig lückenhaft funktioniert.

Was das Projekt einer palästinensischen Staatsgründung betrifft, so könnten die USA durchaus bestrebt sein, dieses als Zugeständnis an die arabische Liga mit heißer Nadel zu stricken. Das wäre dann nichts anderes als ein Pyrrhus-Frieden für Israel, den einzig die USA zu verantworten hätten. Eine „kleine Nahost-Konferenz“ zum „Aufbau solider Verwaltungsstrukturen“ in den Autonomiegebieten anfang 2003 in London weist unter explizitem Ausschluß Israels und ausdrücklichem Einschluß palästinensischer Vertreter genau in diese Richtung.

Unter all diesen Vorzeichen ist Mathias Kuntzel mit Nachdruck zuzustimmen, der in konkret 10/01 schrieb: „Selbstverständlich müssen die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie Djihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent genug verfolgt.“ Daß man sich seitens der USA mehr implizit denn explizit gegen die Bedrohung Israels durch die Islamfaschisten wendet, könnte über kurz oder lang für Israel fatale Folgen haben. Denn die Bekämpfung der Islamisten wird nicht in jedem Fall zwingend mit dem Schutz Israels in Verbindung gebracht, sondern durchaus an Israel vorbei. Damit verbindet sich gleichzeitig eine Art Neutralisation israelischer Handlungsfähigkeit, die nur einmal mehr den Schluß zuläßt, daß Israel sich nur auf die eigene Stärke wirklich verlassen kann.

Sozialkitsch vs. Antifaschismus

In seiner Rede am 25. Mai 2002 vor dem Deutschen Bundestag betonte George W. Bush: „Armut bringt keinen Terror hervor.“ Damit verdeutlichte er nicht weniger, als daß er gegenwärtig über mehr Realitätssinn verfügt als alle antiimperialistischen Ideologen von Gerhard Schröder, Saddam Hussein, Kofi Annan bis Jürgen Elsässer und Hermann L. Gremliza. Allein mit der Anerkennung dieses Satzes stürzten ganze linke Sozialkitsch-Welten in sich

HAUPTSACHE. PAZIFISMUS

Hauptsache: Pazifismus

DIE GLEICHGÜLTIGKEIT DEUTSCHER FRIEDENSWÜNSCHE GEGENÜBER DEN HOFFNUNGEN IRAKISCHER OPPOSITIONELLER
VON ANDREA WOELDIKE

Wie sich dem Kommentator der Frankfurter Rundschau vom 14.3.2002 (1) der unmittelbare Zusammenhang vom Frieden im Nahen Osten, der dann »auch den irakischen Diktator besiegen [kann]« erschließt, möge – hoffentlich – für immer sein Geheimnis bleiben, doch steht er mit seiner Imagination »der Allmacht Israels« durchaus nicht alleine da. Während jedoch das »Wissen« davon, dass Israel für alle Probleme im nahen und mittleren Osten und auch sonst wo »irgendwie« verantwortlich sei, hierzulande nichts neues mehr ist, wird dagegen die Solidarität mit dem Irak nach 11 Jahren plötzlich wiederentdeckt.

»Kein Blut für Öl«

Hatte die alte BRD im ersten Golfkrieg (Iran/Irak) an Zynismus die anderen westlichen Staaten übertroffen, indem sie an beide Seiten Giftgas lieferte, wurde dann in pazifistischer Eiskälte im zweiten Golfkrieg 1991 von links bis rechts unter dem Motto: »Kein Blut für Öl« demonstriert. Weder interessierte dabei die reale Bedrohung Israels durch deutsches Giftgas, noch die tatsächliche Deportation und Vernichtung der Kurden durch eben jenes Giftgas. Insofern ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass von der breiten Masse der »Friedens-

freunde«, die lautstark ihre Solidarität mit dem »irakischen Volk« proklamieren, die kurzen Momente der Aufstände der irakischen Bevölkerung 1991 – welche die Regierung sofort mit Panzern und Napalm niederwalzte – gar nicht wahrgenommen wurden, so beschäftigt wie sie war, ihr antiamerikanisches Ressentiment auf die Strasse zu tragen. Und leider scheint es so, als hätte sich elf Jahre später nicht viel geändert. Die letzten Antiimperialisten, welche die sozialistischen Leistungen des diktatorischen Regimes nicht genügend loben können, verbindet mit den Rechten – von NPD, Republikanern zu Mechttersheimer – über Möllemann und Konsorten – hier stehen die deutschen Wirtschaftsinteressen im Vordergrund – die Bewunderung für den Antizionismus des Iraks. Wie sich dies konkret ausbuchstabiert, konnte man in der jungen Welt (2) nachlesen. Eifrig wurde für Haiders Besuch im Irak Partei ergriffen, allerdings mit der Einschränkung, dass Haider »deshalb noch lange kein Antiimperialist sei«, da er teilweise immer noch Antisemitismus mit Antizionismus gleichsetze (sic!).

Keine Auseinandersetzung mit der Diktatur Saddam Husseins

Im Gleichklang mit restlichen »Friedensfreunden« – also fast allen – erhebt man die Forderung nach der sofortigen Aufhebung aller Sanktionen gegen den Irak. Und es gibt keine Sekunde des Innehaltens, um sich wenigstens mit den Fakten der Vertreibung und Vernichtung der irakischen Bevölkerung unter dem diktatorischen Regime Saddam Husseins auseinander zu setzen, geschweige denn mit den Forderungen derer, die alles riskiert und verloren haben: der irakischen Opposition im In- und Ausland. Um einige dieser Fakten zu nennen: Seit Hussein 1979 die Macht übernahm tobt der ständige Krieg gegen die eigene Be-

Fortsetzung der letzten Seite

zusammen, die sich so mühsam aus der weltweiten imperialistischen Unterdrückung, dem Elend und der Armut zurechtgebastelt wurden. So auch gleichermaßen die eines Hermann L. Gremliza und eines Jürgen Elsässers. Ersterer verkündete in seinem Blatt im November typisch deutsch: „In der Tat unterscheidet sich der neuere Terrorismus von dem der Vorwendezeit durch vollendete Hoffnungslosigkeit.“ Zweiterer tat in seiner Funktion als geschätzter konkret-Redakteur kund: „Offensichtlich gibt es noch eine andere Methode als den Krieg, um Antisemiten unschädlich zu machen: Wer ein erträgliches Zuhause und ein Auskommen hat, wird es sich gut überlegen, ob er all das aufs Spiel setzt, indem er nach Feierabend als Selbstmordbomber auf Judenjagd geht.“

Das romantische Gerede von der sozialen Hoffnungslosigkeit und dem materiellen Elend, die Menschen zu gewaltsamen Taten treiben würden, ist nicht nur eine Rhetorik der Entschuldigung, die man zur Genüge etwa aus dem Verständnis für deutsche Neonazis kennt. Nein, dieses Gerede steht dafür, wie viel Hoffnung sich die islam-faschi-

stische Bewegung auf ihr Anwachsen machen darf und wie groß der klammheimliche Zuspruch für sie durch nachträgliche Rationalisierung und Legitimierung ist.

Es ist völlig unverständlich, wie Leute, denen man immer gerne ein Fünkchen mehr Verstand attestiert hat als dem deutschen Rest, auf dem Niveau eines Wilhelm Heitmeyers verständnisvoll davon reden können, es handelte sich bei den islamischen Faschisten um so etwas wie eine Art globale Modernisierungsverlierer. Wieso nur ist man nicht in der Lage, seine antifaschistische Position, daß nämlich Faschisten keine armen Schweine sind und für rationale Argumente in aller Regel unempfänglich, sie also die Grenzen der Aufklärung markieren, nur ein wenig konsequenter zu denken? Würde man die antifaschistische Binsenweisheit ernst nehmen, daß man den autoritären Charakter nicht mit netten Worten, sondern mit konsequenten Taten bekämpft, erledigte sich so die Friedenssehnsucht als anti-antifaschistisch von selbst.

Sören Pünjer

völkerung, inzwischen sind ca. 5% ermordet worden – wobei die Opfer der zwei Kriege bei dieser Zahl nicht berücksichtigt sind. Zuerst war es der Krieg gegen die Kommunisten, dann der gegen die Feyli-Kurden, sie wurden von ihrem Land vertrieben, ihr Besitz einverleibt circa 10.000 verschwanden. Während der sogenannten »Anfal -Operation«, dem Krieg gegen die Kurden in den 80er Jahren, wurden 180 000 Menschen vernichtet, Millionen wurden deportiert, und nach dem 2. Golfkrieg wurden dann die Schiiten zum nächsten inneren Feind. Und auch hier wieder dasselbe: Vertreibung, Vernichtung, systematische Zerstörung der Dörfer, Vergiftung und Verminung des Bodens, systematische Folter, Amputation der Gliedmaßen, Vergewaltigung von Frauen, auf den Vorwurf der Prostitution steht Köpfung. Die Androhung dieses Vorwurfes wird auch des öfteren benutzt um missliebige Intellektuelle mittels ihrer Frauen und Töchter in Geiselhaft zu nehmen – innerhalb der letzten zwei Jahre wurden ungefähr 2000 Frauen geköpft. Es wurden Schnell- und Sondergerichte geschaffen, die Saddam Hussein direkt unterstehen; innerhalb von Minuten werden die Urteile ausgesprochen, die fast alle auf die Todesstrafe hinauslaufen.(3) So ist die Entstehung der selbstverwalteten kurdischen Region in Folge des 2. Golfkrieges zwar weniger der internationalen Unterstützung des Kampfes der Kurden gegen die irakische Zentralregierung geschuldet, sondern als eine der größten Fluchtabwehrmaßnahmen der neueren Geschichte zu begreifen. Jedoch muss zugleich diese »Republik der Staatenlosen«, als Antinomie eines »Staates« schlechthin bezeichnet werden: sie wurde als Fluchtabwehr zugunsten der Nachbarländer kreierte, und doch ist dieser »Nicht-Staat«, der einzige Ort an dem die Menschen dem unmittelbaren Zugriff des Baath-Regimes entzogen sind.

Irakische Oppositionsgruppen

Und aus eben dieser Erfahrung reagiert die irakische Opposition nun auf den Druck von us-amerikanischer Seite auf den Irak, wissend dass dem Westen letztendlich ihre Forderungen herzlich egal sind, aber doch hoffend, dass sich daraus Handlungsperspektiven für sie ergeben können, da nun »Saddam unter internationalem Druck stehe und wir [die Kurden] unter internationalem Schutz«(4). Hilfe von »außen« sei erforderlich, so Jalal Talibani, Führer der

Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Massoud Barzani (Kurdische Demokratische Partei) ist da skeptischer und möchte vor allen Dingen wissen, wer die Alternative zu Saddam Hussein sein soll, da er nicht einen Diktator gegen den »nächsten Mann mit starker Hand« ausgewechselt sehen möchte, sondern es das vorrangige Ziel sei, eine Demokratie aufzubauen. Und ein Vertreter der Kommunistischen Partei (CPI) befragt auf seine Meinung zu einem Krieg zwischen USA und dem Irak, macht deutlich, dass sie zwar nicht die Rolle der Nordallianz in Afghanistan übernehmen werden, jedoch ebenso wenig vorhaben still zu halten und nur als Zuschauer aufzutreten, sondern versuchen wollen, möglichst weitgehend ihre Forderungen nach »einer pluralistischen Gesellschaft und einem demokratischen Land« durchzusetzen. Die größten Hoffnungen beruhen auf einem Auseinanderfallen der Armee, auf Grund des Druckes von außen, und einem Volksaufstand. Auf die Frage wie realistisch denn ein Putsch in der Armee sei, antwortet der Vertreter der CPI: »Die USA konzentrieren sich auf solch eine Lösung. Aber sie realisieren, dass ein Putsch in einer terroristischen Diktatur schwierig ist. Die letzten elf Jahre hat es mehrere Versuche in diese Richtung gegeben. Doch alle waren zum Scheitern verurteilt. Dass es schwierig ist, heißt aber nicht, daß es unmöglich ist.« (5)

Funktion der Sanktionen

Einigkeit herrscht darüber, die Sanktionen eben gerade nicht völlig aufzuheben, sondern nur die »nicht-militärischen«. Während Barham Salih von der PUK das »oil -for - food« Programm der UN von 1998 als »wahrlich revolutionär« (6) begrüßt, betont die CPI vor allem, dass die »Erfolge der Anti -Embargo – Kampagnen beim Unterlaufen der Sanktionen nur Erfolge für das Regime« brachten. »Die Behauptung, alles, was im Irak geschieht, sei eine Folge der Sanktionen, ist offensichtlich falsch. Ich glaube, die deutschen Sanktionsgegner sollten sich stärker mit der Realität des Herrschaftsystems auseinandersetzen. Die Diktatur Saddam Husseins hat kein Interesse daran, dass die Sanktionen gegen die Bevölkerung aufgehoben werden. Im Gegenteil: Das Regime will rehabilitiert werden, ohne auf seine bisherige Politik zu verzichten. Das geht nicht mit einer kontrollierten Abrüstung. Deshalb weigert sich die Regierung selbst dort,

Zugeständnisse zu machen, wo sie diese Auflagen ohne Probleme längst hätte erfüllen können.«

Pazifistische Eiseskälte

Es bleibt also die Frage, wie dieser Jahrzehnte lange, permanente Krieg gegen die eigene Bevölkerung beendet werden kann. Dies ist für die irakische Bevölkerung selbst, ohne Hilfe nicht zu leisten, deshalb ihr funktionelles Verhalten gegenüber der us-amerikanischen Drohung eines Krieges – da tragischerweise momentan keine andere Option existiert, um den Krieg im Inneren des Landes zu beenden. Wenn daraus dann, wie z.B. von George Pumphrey (PDS) konstruiert wird, die kommunistische Partei des Iraks stehe auf der Lohnliste des CIA und sei vom »imperialistischen Gedankengut« infiltriert, ist dies nichts als eine »pazifistische Eiseskälte« der die Menschen selbst herzlich egal sind.

Andrea Woeldike

Anmerkungen:

- (1) FR v. 14.3.02: Reifeprüfung v. Jochen Siemens
- (2) junge Welt v. 14.2.02: Schurke des Tages – Jörg Haider auf Irak – Mission. Diese Koalition ist aber durchaus keine neue, sie manifestierte sich schon in der gemeinsamen Unterstützung des »Solidaritätsfluges« nach Bagdad im Juni letzten Jahres, vgl. www.wadinet.de – Dokumentation mit kritischer Kommentierung.
- (3) Vgl. Alliance Internationale pour la Justice, Paris, oder: Beauftragter für Menschenrechtsfragen des Oppositionsverbandes Iraqi National Congress, oder: Thomas Uwer/Thomas v.d. Osten-Sacken: Primat der totalen Kontrolle. In: Iz3W Nr.253. Mai - Juni 2001.
- (4) Zit. n. KurdishMedia.com v. 9.2.02
- (5) zit.n. Junge Welt v. 9.3.02
- (6) vgl. Middle East Review of International Affairs v. 4.12.01
- (7) Interview mit Salam Ali: Wir stehen nicht auf der Lohnliste der CIA. In Jungle World 16.5.2001
- (8) Weitere Informationen über den Irak und die irakische Opposition siehe: www.wadinet.de

ICH KRIEG KEIN FRIEDEN MIT EUCH *ich krieg kein frieden mit euch*

FLUGBLATT DER ANTIFA HOCHSCHULGRUPPE JENA

Die Friedensbewegung - dachten wir immer - die Friedensbewegung ist an und für sich schon okay. Zwar gibt es die rauschebärtigen Alt-Hippies, Korksandalen- und Nickelbrillenträger; verdrehte Heimatschützer, sogar Typen wie Alfred Mechttersheimer, dessen Engagement für Abrüstung schon immer eines gegen die US-amerikanischen "Besitzer" im Nachkriegsdeutschland war; schließlich der rot-grüne Bodensatz, der - eben noch auf der Strasse, jetzt in den Parlamenten - heute die staatstragende Polit-Kaste stellt. Aber das waren doch Konvertierte, Abtrünnige, Randfiguren... Friedensbewegung - da dachten wir an Pershing II, an die Ostermärsche und die ganz große Bündnispolitik, bei der die radikale Linke nicht fehlen darf, will sie ihrem kategorischen Imperativ, latente Widerstände im Heer der Unterdrückten aufzugreifen; zuzuspitzen und zu radikalisieren treu bleiben. Angegriffen wurden die Kriegstreiber und Imperialisten, Barbaren, Kettenhunde des Kapitals, machtgeile, verblendete Egoisten - unsere Opposition war breit: ob gewaltfrei oder militant- wichtig ist der Widerstand. "Wir" waren irgendwie die Guten, hatten noch Utopien und Ideale. Die "Anderen" waren kalte Technokraten, Paragraphenreiter, beinharte Realisten.

Die alten Blümenträume taugen nicht mehr. Die hehren Ideale sind oftmals nur deutsche Ideologie. Wir halten dagegen: als Marxisten halten wir Menschen für fremdbestimmt durch Zusammenhänge, die sich unserem Bewusstsein entziehen. Als Antideutsche lehnen wir die Massenpolitik ab: ein hektischer Polit-Aktivismus, der darauf setzt, dass viele schon das richtige tun werden, dass es jetzt und hier einer "direkten Aktion" bedarf ist unsere Sache nicht - nicht hier und nicht unter den gegenwärtigen Umständen. Als kritische Linke folgen wir dem Programm der Aufklärung und stellen es zugleich in Frage: gegen den Irrationalismus der Friedensbewegung bieten wir eine Deutung dieser Gesellschaft an,

die sie als Trümmerhaufen und Sprungbrett zugleich versteht. Wir bleiben konträr: gegen die Volksfreunde aller Couleur verteidigen wir den bürgerlichen Liberalismus, dem bürgerlichen Liberalismus bieten wir mit dem Kommunismus die Stirn.

Kriegsgegner in Deutschland hängen weiße Bettlaken aus den Fenstern, die Kriegsvorbereitungen treiben Friedensbewegte wenn schon nicht auf die Barrikaden so doch auf die winterlichen Straßen und in die Feuilletons der Zeitungen. Der Konsens ist schmal - die Bewegung ist breit: Weil sie keinen Krieg gegen den Irak wollen, schließen sich KriegsgegnerInnen in Deutschland in einem Bündnis zusammen, dessen Trägerkreis von A wie Autonome bis V wie ver.di reicht. Bereits außerhalb des Minimalkonsens scheint es zu liegen, das Land, gegen dessen Invasion man sich stark macht, und die Verhältnisse in selbigem überhaupt näher zu betrachten: nämlich den Irak der Baath-Partei um Saddam Hussein. Derlei Analysen anstellen muss auch nicht, wer ohnehin der Meinung ist, Krieg sei überhaupt und immer das Schlimmste im Leben. Welche Vorstellungen von Krieg dabei bedient werden können wir nur erraten, vermutlich sind es aber jene, die auch wir zunächst im Kopf haben: Krieg, das heißt militärischer Konflikt mit Tätern und Angeifern und Opfern und Angegriffenen. Vorm geistigen Auge bauen sich verschwommene Kulissen zerbombter Häuser auf; Kalter-Krieg-Szenarien vom beidseitigen Atomschlag, Leid und Zerstörung... die zerbombte Frauenkirche, Trümmerfrauen, „der Brand“ möchte man mit Jörg Friedrichs fast zustimmend meinen... Ohne Zweifel bildet den Hintergrund für dieses Assoziationsspiel der Nationalsozialismus und der zweite Weltkrieg. Das kollektive Gedächtnis erinnert uns aus der Opferperspektive heraus- barbarisch, bedenkt man, dass der Krieg für die Opfer des Nationalsozialismus, für die in den Vernichtungslagern Inhaftierten und zur Vernichtung bestimmten Juden

die Befreiung war.

Weil also Krieg immer schlimm ist, spielt es auch keine Rolle, wer da eigentlich angegriffen werden soll und warum. Zu diesem Zweck wird einmal mehr das versammelte Arsenal an Identifikationsmöglichkeiten und Feind-Markierungen ausgeschöpft: Bilder von

Der Konsens ist schmal - die Bewegung ist breit: Weil sie keinen Krieg gegen den Irak wollen, schließen sich KriegsgegnerInnen in Deutschland in einem Bündnis zusammen, dessen Trägerkreis von A wie Autonome bis V wie ver.di reicht.

verhungerten und sterbenden Kindern als Beleg für die Unschuld und die ungerechte internationale Ächtung des Irak (warum nicht als Beleg der Despotie des Baath-Regimes?), die Rede vom Irak als vom Westen unterdrücktes und belagertes Land (als lebten wir im Kolonialismus), schließlich die Verurteilung des amerikanischen "Kulturimperialismus" und die Störung "kultureller Eigenständigkeit" durch westliche Einmischung, (als gäbe es bodenständige kulturelle Einheiten, die - seien sie auch noch so blutig - geschützt zu werden verdienen). In der Verteidigung einer solchen bodenständigen kulturellen Einheit ist der Geist in deutschen Köpfen geübt: notorisch im Guten verhaftet, dem Gemeinwohl der Sache um ihrer selbst willen dienend wollend. Bei einem solchen Weltgeist, dem "gesunden Menschenverstand", gehört Antiamerikanismus zum guten Ton. Wer jetzt keine Reflexe gegen Amerika ver-

spüre, sei "hirntot" (Jürgen Elsässer). Interessen hätten ja nur die anderen, man selbst sei frei davon. Öl nimmt da mit einem mal das Niveau eines Fettschicks an, mit ihm will die ganze Welt erklärt sein. Das Kapital mache alle blind, nur man selbst erstrahle noch im Glanze der Aufklärung. Oder wie der Antisemit Richard Wagner sagte: "Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun."

Und so wählt die Friedensbewegung ihre Zeugen nach dem Opportunitätsprinzip, Hauptsache sie bestätigen die eigene Meinung. Irakische Oppositionelle kommen nur wenige zu Wort, die eingeladenen Vertreter des Baath-Regimes jedoch belegen ungestört ihre zweifelsfrei berechnete Angst vor einem Krieg - schließlich geht es ihnen an den Kragen. Es ist das Wahrwerden des Traumes von Saddams Regime, dass sich europäische Friedensbewegte seine ureigensten Forderungen auf ihre Fahnen schreiben, erklären irakische Oppositionelle in einem offenen Brief.

Ob das ein "völkerrechtswidriger Angriffskrieg" wäre, der die europäische Ordnung des Westfälischen Friedens von 1648 zerstöre, ob die USA einen Krieg bräuchten um von den innenpolitischen Problemen abzulenken, wie das schon "Nazi-Adolf" (Däubler-Gmelin) getan hätte, ob Erdöl im Spiel ist mögen mehr oder weniger interessante Fragen sein. Schwer zu sagen, was davon Projektion ist und mit dem Irak selbst nur insofern in Zusammenhang steht, als dass Deutschland zum eigentlich Angegriffenen phantasiert wird, weil man sich doch v.a. in Dresden selbst noch erinnert, "wie schlimm Krieg ist". Bedenkenswert, zu verfolgen, welche antiamerikanischen und antisemitischen Ressentiments durch die politische Konstellation in Gang gesetzt, aber nicht verursacht werden. Ebenfalls kein leichtes Unterfangen, zu untersuchen, welche berechtigten Gründe es für eine Intervention geben könnten. Wir wollen einige Denkanstöße geben:

Wir sprechen als Außenstehende. Letztlich wissen wir nicht, wie die irakische Bevölkerung zu einem Krieg steht: ob sie ihn rundweg ablehnt, ob sie ihn ablehnt, weil Saddam die USA und die durch sie verkörperten Werte ablehnt, ob die Bevölkerung Saddam stützt... Davon wollen wir unser Urteil aber nicht abhängig machen. Wer jetzt echauffiert einwirft, wir sollten doch hören, was "das Volk" will, dem muten wir - nur der Übung halber - folgendes Denkspiel zu: wäre es vorstellbar, dass selbst "das Volk" einen Krieg begrü-

ben könnte?

Auch ohne "das Volk" im Rücken zu haben, wagen wir uns zu beurteilen, dass eine Ablösung Husseins und des Baath-Regimes den Irakis selbst und den von nahezu allen arabischen Staaten in Wort und Tat angegriffenen Israelis zugute kommen würde.

Hussein und die Baath-Clique haben im Irak ein despotisches Regime installiert. Systematische Prüfung der System-Loyalität durch insgesamt neun Geheimdienste, Denunziationen und allseitiger Saddam-Kult sind nur die augenfälligsten Ausflüsse der ba'athistischen Ideologie, deren fester Bestandteil der Antisemitismus ist. Giftgaseinsätze gegen die kurdischen Oppositionellen, Säuberungskampagnen und das "Verschwindenlassen" von SystemgegnerInnen veranlassen uns zur Frage, wie viel schlimmer es im Falle einer Intervention - gehen wir davon aus, dass sie sich auf die Beseitigung des Regimes, der Unterstützung der Opposition und dem Aufbau einer Demokratie konzentriert - kommen könnten.

Die Kritik kann sich nicht am UN-Embargo aufhängen. Für die miserable Lage im Irak war es allenfalls bis Mitte der 90iger Jahre verantwortlich. Zu kritisieren ist, dass die USA Saddam Hussein 1991 nicht mit Hilfe der demokratischen Opposition stürzten. Nur, was nützt diese Feststellung heute? Zumal meist von jenen vorgetragen, die schon 1991 kategorisch „Nein“ zum Krieg gesagt haben. Das Embargo war eine Verlegenheitsinitiative - den Diktator möglichst unter der Knute zu halten. Und dennoch: wer Frieden sucht und die USA verteufeln will, findet auch hier genug "Beweise" für die Unmenschlichkeit der Amis. Genauso wie die deutsche (französische, russische u.a.) Regierung übrigens, die trotz Embargo rege Wirtschaftsbeziehungen zum Irak unterhält - schließlich ist der Irak auch ein Absatzmarkt, es gibt viel zu verdienen. Hussein und seine Gang selbst finden genügend Möglichkeiten, das Embargo zu "meistern": eine Verteilung der Hilfsgüter findet gemäß der Loyalitätsskala statt, die Kurden im Nordirak leben so unter Bedingungen des Embargos im Embargo. Weitere Möglichkeiten aus dem Katalog "Wie unterlaufe ich skrupellos ein Embargo": so genannte "dual use"-Importe können anstatt für zivile ebenso für militärische Zwecke eingesetzt werden, Hilfsgüter werden gewinnbringend in Nachbarländer weiterverkauft, was Geld für illegale Waffendeals bringt; schließlich die Anklageerhebung an die Weltöffent-

lichkeit: "ihr lasst unsere Kinder verhungern".

Was hat das mit Antisemitismus zu tun ?

Mag die Friedensbewegung noch so heterogen sein, eines verbindet sie doch. Wird über den bevorstehenden Krieg, die USA und den Irak geredet, so findet die Bedrohung Israels durch den Irak keine Erwähnung oder erfährt in klassisch antiimperialistischer und hiermit antisemitischer Darstellungsmanier noch eine Rechtfertigung. Nichts will gewusst werden von den 25.000 Dollar aus dem Irak, die jede palästinensische Familie erhält, sobald aus ihren Reihen heraus so viele Juden wie möglich ermordet wurden. Keine Rede von der rund eine Million Mitglieder zählenden „Jerusalem-Armee“, einem Volkssturm, der offiziell zur „Befreiung Jerusalems von den Zionisten“ aufgestellt wurde. Sein erklärtes Ziel ist die Streichung Israels von der Landkarte. Verschwiegen wird, dass der Irak das Land ist, welches vor 10 Jahren Giftgasraketen auf Israel feuerte und nach wie vor die größte militärische Bedrohung des einzigen demokratischen Landes in dieser Region darstellt. Nichts will gewusst werden von der Rolle des Iraks als ideologischer Motor im antisemitischen Kampf gegen Israel.

Für all jene, denen an einer Emanzipation von den herrschenden Verhältnissen hin zum Verein freier Menschen (Marx) gelegen ist, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, sich mit Israel solidarisch zu erklären. Uns widert es an, immer wieder auf die Mauern der Unvernunft in linken und friedensbewegten Kreisen zu stoßen, zu hören, dass Israel ein Staat wie jeder andere sei und demnach auch genauso kritisiert gehöre, über das Gerede von einer kritischen Solidarität bis hin zum offenen antisemitischen Wahn, welcher in Israel den zionistischen Aggressor und Vorhof der USA sehen will.

Wer Israel und dessen Verteidigung nicht zum Ausgangspunkt seiner Kritik an dieser Gesellschaft erklärt, findet sich im auf die Barbarei zusteuern Lager wieder

Zionismus wie Israel entstanden aus der Negation des Antisemitismus und seiner barbarischen Vollstreckung, dem industriellen Massenmord. Auschwitz steht als Chiffre für die zum staatlichen Programm erhobene negative Form der Krisenbewältigung. Einer Krisenbewältigung, die das bürgerliche

Subjekt ausmacht, wenn es auch hierin keine Determination erfährt.

Antisemitismus selbst ist so zu verstehen als Versuch des bürgerlichen Subjekts, die eigene unverstandene Widersprüchlichkeit aufzulösen und Identität zu erfahren. Kann das Subjekt aber mit sich identisch sein in einer warenproduzierenden Gesellschaft? Einer Gesellschaft, welche sich über den Tausch konstituiert? In einer solchen Gesellschaft kann das Subjekt nur Einheit mit sich im alles durchsetzenden allgemeinen, dem Wert erfahren. Der Wert wiederum realisiert sich aber nur im Tausch. Dies birgt das Problem, dass all jenes, welches nicht tauschbar ist, unbefriedigt bleibt. Schließlich realisiert sich ja nicht der Wert darin. Wie nun damit umgehen, wenn das Subjekt Bedürfnisse hat, die aber keine Realisierung im Tausch erfahren und somit keine Einheit stiften können? Bei einfachen Gebrauchsgegenständen ist dies sehr einfach. Können sie sich auf dem Markt nicht realisieren, wird das angebotene Obst etwa nicht verkauft, so muss es weg geschmissen werden. Nur können Menschen sich nicht selbst wegschmeißen, es sei denn, sie begehen Selbstmord. Wie nun den Selbstmord umgehen und trotzdem Einheit mit sich und so ein widerspruchsfreies Leben schaffen? Dies in einer Gesellschaft, in der ich mit mir nie vollends identisch sein kann? All jenes, welches keine Realisierung im Tausch erfährt oder nicht erfahren kann stört die Einheit und macht ein Leiden offensichtlich. Um dies zu verhindern, Leiden nicht bewusst werden zu lassen, bedarf es der Verdrängung oder pathischen Projektion. Ersterer Mechanismus funktioniert auf Dauer aber nicht. Früher oder später bricht das Verdrängte hervor und zerstört die durch Verdrängung erreichte Einheit wieder. Stattdessen wird bei der pathischen Projektion all jenes, welches meine Einheit zu zerstören droht, von mir abgespalten und auf ein Objekt geschleudert, projiziert. Nun stört das Abgespaltene zwar nicht mehr direkt in mir, jedoch erscheint es mir immer wieder in Form des Objekts, welchem die Projektion anhaftet. Um nun die Einheit mit mir zu erfahren, bedarf es nur noch der Bekämpfung des Objektes, welches das von mir Abgespaltene verkörpert.

Fällt dieser Vorgang, der in dieser Gesellschaft einzig möglichen Form Identität zu erfahren, zusammen mit einem Ausfall der Reflexion darüber, ist der Wahn zur Wirklichkeit geworden. Der Einzelne findet sich einerseits in

der Gemeinschaft derjenigen wieder, welche sich reflexionslos der Identität am gemeinsamen Dritten, dem Wert, hingeben. Andererseits findet der kollektive Versuch statt, das Objekt der Projektion einer Kontrolle bis hin zur Vernichtung zu zuführen. Heraus kommt die mordende Volksgemeinschaft, in sich die Einheit als Volk und Nation erfahren wollend und gleichzeitig darum bemüht, all jene auszulöschen, die die Einheit zu zerstören drohen.

Dieser Vorgang kennzeichnet den Antisemitismus. Er ist die barbarische Form der Negation der bürgerlichen Krise, mithin der Versuch, die Krise zu bewältigen und doch deren Grundmauern nicht einzureißen. Der Zionismus wie Israel wiederum sind die Negation dieser barbarischen Form der Krisenbewältigung, also die Negation der Negation. Mithin negiert der Zionismus wie Israel die bürgerliche Gesellschaft in derselben ohne selbst dem Barbarismus zu verfallen. Als Negation von Auschwitz hält Israel damit einen Funken Hoffnung auf Emanzipation von der totalen kapitalistischen Gesellschaft in sich bereit. Israel ist gezwungen, die Spannung zwischen den Errungenschaften, welche das Kapital und die Aufklärung mit sich brachten einerseits und der Form der bürgerlichen Gesellschaft andererseits, auszuhalten. Dies um der eigenen Existenz willen. Eine andere Position als die der unbedingten Solidarisierung mit Israel trägt so schon immer ein Übergewicht anti-aufklärerischen Potentials in sich.

Wo bleibt der Antifaschismus?

Eine alte Weisheit unter AntifaschistInnen ist, so dachten wir zumindest, dass soziale Deklassierung und Armut keine Gründe darstellen, um ein Neonazi zu werden. Dieses Argumentationsmuster dient vielmehr

der Verklärung und einem Werben für rassistisches und antisemitisches Handeln. Scheinbar haben wir uns im deutschen Antifaschismus geirrt und es findet nun eine soziale Verklärung des Irak oder der palästinensischen Autonomiegebiete durch die Friedensbewegung wie auch einem großen Teil der Linken statt. Wie die sozialkitschige Rechtsextremusanalyse ein Verständnis für deutsche Neonazis durchblicken lässt, zeugt das Gerede der Friedensbewegung von einem klammheimlichen Zuspruch und einer ideologischen Nähe für den antisemitisch/islamistischen Terror und dessen Forderung, Israel und alle Juden vernichten zu wollen.

Von daher kann an dieser Stelle nur die Aufforderung an all jene ergehen, welche keine Entschuldigung im Sinn der Modernisierungsverliererthese für deutsche Neonazis im Mund führen, ihre antifaschistische Praxis zu überdenken und gedanklich im Weltmaßstab durchzuspielen. Im Ergebnis geht es darum, einer zu staatlicher Macht gekommenen Regression bürgerlicher Subjektivität Einhalt zu gebieten um so wenigstens die Möglichkeit, materialistische Gesellschaftskritik äußern zu können, aufrecht zu erhalten oder zu schaffen.

In diesem Sinne ist Paul Spiegel zu zustimmen, der am 26. Januar 2003 anlässlich einer Gedenkfeier für die Befreiung von Auschwitz mit Bezug auf den Irak meinte, dass gegen den Krieg alle seien, denn es gebe keine gerechten Kriege, aber es könne notwendige geben. "Die Konzentrationslager sind nicht von Demonstranten befreit worden, sondern von russischen (sowjetischen, Anm. der AHG) und amerikanischen Soldaten."

*Antifaschistische
Hochschulgruppe Jena
Januar/Februar 2003*



DER KRIEG HAT schon lange begonnen

VON AKA GÖTTINGEN

Es riecht mal wieder nach Krieg. Nicht nach einem von denen, die ohnehin immer irgendwo toben, in Tschetschenien, im Kongo, in Kaschmir oder sonst wo, sondern nach einem, für den sich die deutsche Friedensbewegung auch interessiert, nämlich nach einem amerikanischen. Nachdem Vizepräsident Dick Cheney Ende August angekündigt hat, die USA würden by any means necessary Saddam Hussein stürzen, scheinen die Weichen für einen Angriff innerhalb der nächsten Monate gestellt. Die Friedensbewegten geraten über diese nicht allzu überraschende Information in einen Taumel zwischen Wut und Begeisterung. In Wut, weil sie ihren Lieblingsfeind USA schon wieder Blut für Öl vergießen sehen, in Begeisterung, weil in ihnen die Erinnerung an die Hohe Zeit ihrer Bewegung beim Golfkrieg 1991 wieder wach wird: Massendemos, Mahnwachen, Gebete in überfüllten Kathedralen, öffentliches Stricken für den Frieden. Und in der Tat könnte die Friedensbewegung mit ihrer Hoffnung auf Wiedergeburt recht haben, denn anders als im deutschen Krieg gegen Jugoslawien, als statt Stricken für den Frieden Bomben auf Belgrad für den Frieden die adäquate Protestform gegen Menschenrechtsverletzungen geworden war, haben die Freunde der herkömmlichen Widerstandsakte dieses Mal fast die ganze Bevölkerung hinter sich. Zwischen 70 und 90% der Deutschen lehnen nach aktuellen Umfragen einen Krieg gegen den Irak ab; ein Millionenpotential für phantasievolle und entschlossene Aktionen gegen den Aggressor USA steht Friedenstaube bei Fuß. Bei derart hoffnungsvollen Aussichten stört verständlicherweise wenig, dass die Friedensbewegten sich die einhellige Ablehnung des Krieges seitens Regierung und Opposition als Heuchelei und Populismus zurecht konstruieren müssen, um die eigene Integrität als Widerstandspotential aufrecht erhalten zu können. Wie affirmativ das ganze Demonstrieren sein wird, wenn man nur noch auf der Straße die Linie in Kanzleramt und Außenministerium nachvollzieht, darf selbstverständlich nicht ins

Bewusstsein der AktivistInnen dringen.

Die USA und ihr Interesse

Also sieht man lieber eine Koalition von Kriegstreibern im Gange, die von Washington über Berlin bis in die Debattierstuben der Antideutschen reiche. Letzteren wird unterstellt, sie idealisierten die Motive der USA, es sei nämlich gar nicht der Humanismus, der Bush & Co. antreibe, sondern Interessen, und deshalb müsse ein solcher Krieg abgelehnt werden. Die antideutsche Position wird hier mit einem Trick von den Füßen auf den Kopf gestellt. Selbstverständlich wissen auch die um die Intention amerikanischer Militärschläge, denn „natürlich entspricht das Verhältnis eines US-amerikanischen Politiklers zur Welt dem bürgerlichen Blick auf zu beherrschenden Stoff und hat mit der Emanzipation des zum Material herabgewürdigten Menschengeschlechts wenig gemein“ (Per Violet: Von der Idee einer vernünftig eingerichteten Welt, Bahamas Nr. 38, S. 37). Es geht, wie auch sonst im Rahmen eines nach den Maßgaben der Zweck-Mittel-Rationalität handelnden Staates, um Interessen, was keinesfalls verkürzt werden kann auf die völkische Parole vom „Blut für Öl“ (Der völkische Gehalt dieser Parole wird deutlich, wenn man sich Karikaturen von George Bush als blutdürstendem Vampir anschaut. Neben dem Interesse am Öl wird ihm auch noch ein Interesse am Blutvergießen unterstellt. Ganz so, wie es die irakische Propaganda behauptet: Der Zweck der Angriffe sei Völkermord). Sicherlich spielt der Zugriff auf die Ressourcen des Mittleren Ostens eine Rolle, entscheidender ist hier aber das Interesse eines bürgerlichen Staates, seine Souveränität nicht durch Massenmörder in entführten Flugzeugen oder mit Massenvernichtungswaffen bedrohen zu lassen. Und das Interesse einer Staatsführung, ihrer Bevölkerung Tatkraft bei der Abwendung einer nationalen Gefahr zu demonstrieren, spielt ebenfalls eine Rolle, denn weder ist die

Bedrohung der Vereinigten Staaten durch suicide bombers mit dem Afghanistankrieg erledigt worden, noch wird sie letztlich durch die Zerschlagung des Baath-Regimes im Irak zu bewältigen sein. Was tun? Was tun! diese beliebte Parole aus dem Sprachschatz des leeren Aktivismus wird eine nicht ganz unbedeutende Rolle bei der Entscheidung der USA spielen, den Irak als zweiten Schurkenstaat im Rahmen des Antiterrorkriegs ins Visier zu nehmen.

Die Linke und ihr Interesse

Es stellt sich aber die Frage, welche Relevanz diese an sich ganz banalen Erkenntnisse eigentlich besitzen für eine Linke, die dem Lauf der bürgerlichen Welt in vollständiger Ohnmacht zuzuschauen hat? Etwas anderes als die noch banalere Erkenntnis, dass die globale Entwicklung der dem Wertgesetz unterworfenen Welt menschliches Leid sowohl zur Voraussetzung als auch zur Folge hat, lässt sich daraus nicht ziehen. Man könnte höchstens trefflich moralisieren, dass die US-Führung der Öffentlichkeit über ihre Motive nur die Hälfte sagt, dass ihr das Leben von AmerikanerInnen viel näher ist, als das von Irakis, dass sie Menschen umbringen wird mit dem Argument, Menschenleben zu schützen. Allein: ändern tut das alles nichts, es dient letztlich nur der Reinhaltung des eigenen Gewissens und, schlimmer, der Stärkung des deutschen Moralismus. Und so ist denn auch die argumentative Grundlage, auf die sich die Friedensbewegung stützen kann, entsprechend dünn. Im Krieg sterben Menschen, und das ist schlecht. That's it, im besten Fall zumindest. Im schlimmeren kommt noch ein Antimperialismus hinzu, der sich fortschrittlich wähnt, tatsächlich allerdings nur die Barbarei der autochthonen Völker gegen die Verwertung des Werts hochhält, das Kapital also nicht in einem fortschrittlichen, kommunistischen Sinne bekämpft, sondern imperialistischer Fremdherrschaft die Selbst-

beherrschung der Menschen durch traditionelle Kultur und eigenverantwortlich organisierte Barbarei entgegengesetzt. Die Linke, oder besser gesagt der Teil der Linken, dem es um Emanzipation geht und nicht um die Unterstützung antiimperialistischer Volkstumskrieger, kann an derartigem nicht interessiert sein. Er muss von Krieg zu Krieg sozusagen die konkrete Konstellation analysieren, im Falle des Irak also herausfinden, ob ein Militärschlag, ein Sturz des Baath-Regimes, hinter dem Rücken der US-amerikanischen Protagonisten der Emanzipation dienliche Folgen haben könnte, oder eben nicht.

Das Scheitern der Modernisierung, das Elend der arabischen Welt

„Wie ein absurdes Zerrbild der Geschichtslosigkeit bürgerlicher Herrschaft, die den bestehenden Zustand als immerwährenden beschreibt, besteht das Regime weiter [...] In der Stagnation der Verhältnisse ist auch deren ideologische Widerspiegelung erstarrt, nicht aber als beste aller möglichen Welten, sondern als Albtraum.“

Uwer/Osten-Sacken

Im Gefolge der imperialistischen Armeen Frankreichs und Großbritanniens hat sich das Wertgesetz in der bis dahin feudalistischen islamischen Welt ausgebreitet. Spätestens mit dem Untergang des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg wurde den traditionellen Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten der Todesstoß versetzt. Ein Prozeß setzte ein, der sich in Europa bereits im 16. und 17. Jahrhundert abgespielt hatte. Die kapitalistische Modernisierung zerstört die durch personale Herrschaft gekennzeichneten feudalen Kulturen, mit ihnen den Zusammenhalt der Gesellschaft durch Religion, Stammeszugehörigkeit, patriarchale Abhängigkeit. „Der Wert hat kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung“ (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei) Im weiteren Fortgang der Modernisierung, in der vollendeten bürgerlichen Gesellschaft, ist es genau diese bare Zahlung, die gegenseitigen Tauschverhältnisse zwischen den Gesellschaftsmitgliedern als Privateigentümer, die den Zusammenhang der vereinzelt Einzelnen zu einer Gesellschaft hinter deren Rücken herstellt. In

dem Maße, wie die Bindung der Individuen an die erste Natur verschwindet, wird sie ersetzt durch die Bindung an die zweite, gesellschaftliche Natur. Mit ihr einher geht die Verwandlung der Herrschaft von Personen in die Herrschaft abstrakter Rechtsverhältnisse, der Herrschaft feudaler Despotie in die Herrschaft des abstrakten Gemeinwohls, das nichts anderes ist als das Wohl der Kapitalakkumulation. In der arabischen Welt ist dieser Vorgang auf halber Strecke steckengeblieben. Er ist an der Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung gescheitert. Die Durchsetzung des Wertgesetzes kam zu spät, um noch Anschluß zu finden an die kapitalistischen Metropolen, in denen im Zuge der Industrialisierung die organische Zusammensetzung des Kapitals, sprich Maschinisierung, schon zu stark vorangeschritten war, als dass die in der Gründungsphase befindlichen modernen Gesellschaften dies noch hätten aufholen können. Ähnliches spielte und spielt sich in Afrika, Asien und Südamerika ab, gelungen ist die nachholende Modernisierung im 20. Jahrhundert nur wenigen Regimes wie der staatskapitalistischen Sowjetunion oder der Volksrepublik China, in denen der Staat die ursprüngliche Akkumulation unter gewaltigen menschlichen Unkosten selbst in die Hand nahm. Versuche in dieser Richtung in den arabischen Staaten, wie etwa im nasseristischen Ägypten geschehen, sind jedoch spätestens Ende der sechziger Jahre allesamt gescheitert. Obwohl die alten Strukturen, die gewachsenen Feudalgesellschaften zerstört sind und auch die arabische Welt sich nur noch nach den Maßgaben des Wertes reproduzieren kann, konnten sich wirklich moderne politische Verhältnisse, also die schon angesprochene subjektlose Herrschaft des Rechts durch den (National-)Staat des Kapitals nie etablieren. Allein der Form nach ist die Herrschaft in Syrien, in Ägypten oder Jordanien modern, inhaltlich kann sie diesen Ansprüchen nicht gerecht werden. Herrschaft wird, unter der Oberfläche der modernen Form, nach wie vor von alten Stammeseliten, von Einparteienregimes oder von Monarchen ausgeübt, die ihre Legitimation aus dem Islam, teilweise aus der direkten Abstammung vom Propheten selbst ableiten. Dies ändert aber nichts daran, dass die Voraussetzungen, unter denen feudale Herrschaft einst funktionierte, unwiederbringlich zerstört sind. So sehr die aktuelle Herrschaft der früheren ähneln mag: sie muss heute dem durch den Wert gesetzten stum-

men Zwang der Verhältnisse gerecht werden; ein Umstand der zu einer gesellschaftlichen Krise führt, die immmanent, auf dem Boden der herrschenden Verhältnisse, nicht zu lösen ist. Dieser aus dem Scheitern der bürgerlichen Modernisierung resultierenden Dauerkrise glauben islamistische und nationalistisch-arabische Ideologen eine vermeintlich authentische Kultur entgegenzusetzen zu können, was in der Verherrlichung einer vermeintlich glorreichen Vergangenheit seinen Ausdruck findet. Der Grund für das Elend wird externalisiert, das heißt: nicht in der längst eigenen, bewußtlosen Form der Vergesellschaftung (Um keine Missverständnisse oder Rassismuskorrekturen aufkommen zu lassen: Die Vergesellschaftung über den Wert ist im Westen ebenso bewußtlos, nur das sie in den Metropolen aufgrund anderer historischer Voraussetzungen kein vergleichbares materielles Elend produziert.) gesucht, sondern im Eindringen der westlichen Werte, im unislamischen Profitstreben, in der Ausbeutung durch die imperialen Großmächte, in der Zersetzung der arabischen Kultur. Wie sehr diese Einschätzung über den Charakter der kapitalistischen Modernisierung die Erscheinung Kolonialismus und ökonomische Überlegenheit der Metropolen mit dem Wesen wertförmige Vergesellschaftung verwechselt, wird unter anderem am Beispiel des Jemen deutlich, der nie kolonisiert war und trotzdem mit seiner Stammesherrschaft zu den am wenigsten entwickelten Staaten der Region gehört. Als Gegenmodell wird die arabische Einheit als Rückkehr zur überlieferten islamischen Tradition gepredigt, die Nationalstaaten nur als Übergangsphänomene begriffen. Für das Scheitern dieser Bestrebungen, real darin begründet, das sich die herrschenden Rackets der verschiedenen Staaten oft genug zum Trotz der Ideologie als erbitterte Konkurrenten gegenüberüberstehen, wird als Wirken ausländischer Agenten interpretiert, die mit Amerika oder Israel im Bunde stünden (Die Darstellung bleibt hier notwendigerweise einigermaßen allgemein. Wer wissen möchte, wie Islamismus und Antisemitismus in der arabischen Welt konkret-historisch wirksam werden konnten, sei auf das Buch *Djihad und Judenhass* von Matthias Küntzel verwiesen, das im Oktober 2002 im ca-ira Verlag erschienen ist). Als Denkform entspricht diese arabische Ideologie, unabhängig davon ob sie noch säkular oder schon islamistisch auftritt, dem modernen Antisemitismus, der in Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahr-

hunderts entstanden ist. Die Auswirkungen des Wertgesetzes werden nicht wahrgenommen als subjektloses Walten einer Realabstraktion, sondern personifiziert, und so kann es nicht verwundern, dass auch die Projektionsfläche die gleiche ist, wie vorher und immer noch im Westen: die Juden. Sowohl Israel als auch die USA werden als jüdische oder jüdisch beherrschte Staaten halluziniert, deren Zweck eben die Zerstörung der arabisch-islamischen Kultur sei. Dies, und nicht das Besatzungsregime Israels in Palästina ist der eigentliche Grund dafür, dass arabische Intellektuelle, Mullahs und Volksmassen von Bagdad bis Casablanca den Juden den Tod wünschen: „Für die [in diesem Fall: Islam-] Faschisten sind die Juden nicht eine Minorität, sondern die Gegenrasse, das negative Prinzip als solches; von ihrer Ausrottung soll das Glück der Welt abhängen“ (Horkheimer / Adorno: Elemente des Antisemitismus). Der ideologischen Krisenbewältigung als wahrhaftige Projektion der Krisenursachen nach Außen entspricht eine repressive Not- und Volksgemeinschaft im Inneren der arabischen Staaten. Islamisten und halb-staatliche Wohlfahrtsorganisationen übernehmen die Versorgung der vor dem Urteil des Wertgesetzes überflüssigen Massen und stiften so die materielle Grundlage des Überlebens, die durch den Tausch nicht gewährleistet werden kann: brutale Abhängigkeitsverhältnisse, die sich der Form nach als Wärme und Nächstenliebe darstellen; ein Winterhilfswerk in Permanenz (Der beim NS-Winterhilfswerk 1938 verwendete Sinnspruch: „Keiner soll hungern, keiner soll frieren, aber die Juden sollen krepieren“, bringt den Zusammenhang dieser Form von Volkssolidarität und Antisemitismus auf den Punkt). Paradebeispiel für dieses Modell ist die Versorgung der von den arabischen Nachbarn nach wie vor in Flüchtlingslagern eingepferchten Menschen in den palästinensischen Gebieten. Ihre Versorgung übernehmen Islamisten wie die Hamas, gekoppelt ist die Hilfe an die Übernahme der islamistischen Ideologie und Moral, der Haß auf Juden, die Ablehnung von Individualität und Genuß wird zur Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Kollektiv der Guten. Die ganze Gewalt dieser Konstellation bekommen dagegen diejenigen zu spüren, die sich dem rigiden Moralkodex der islamischen Herren nicht unterwerfen können oder wollen: Emanzipierte Frauen, Homosexuelle, Jugendliche mit Lust auf Disko und sonstiges dekadentes Vergnügen:

Sie alle sind als Agenten des Westens der Verfolgung oder gar dem Tod durch die Sittenwächter der Volksgemeinschaft ausgeliefert, und selbst palästinensische Geschäftsleute, die aus purem Gewinnstreben trotz der totalen Feinderklärung ihre Autos nach wie vor an Juden verkaufen, also ihre eigenen Interessen über die der Gemeinschaft stellen, laufen Gefahr, als Kollaborateure vom Volksmob gelyncht zu werden. Das Scheitern der Modernisierung, gepaart mit dem Entstehen islamistischer oder säkular-faschistischer Regimes, hat in der arabischen Welt zu einer gesellschaftlichen Konstellation geführt, die für die Bevölkerung einen Albtraum und für Israel eine existentielle Gefahr darstellt. Der Wunsch nach individuellem Glück, das Streben nach Individualität überhaupt, das durch die Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaft und die damit einhergehende Konstitution bürgerlicher Subjektivität eben auch entsteht, ist in der politischen Stagnation des Nahen und Mittleren Ostens erstickt und mit ihm auch die Hoffnung, das Kapitalverhältnis in emanzipatorischer Intention abzuschaffen. Diese allgemeinen Voraussetzungen bilden auch den Hintergrund, vor dem sich die Herrschaft der Baath- Partei im Irak etablieren konnte.

Ewiger Krieg in der „Republik der Angst“ (Kanan Makiya)

„Hört mich an, Israel, imperialistisches Amerika und Ihr zionistischen Agenten! [...] Das ist erst der Anfang! Die unsterblichen Plätze des Irak werden gefüllt mit den Leichen der Verräter und Spione! Wartet ab.“

Baathistischer Aufruf nach dem Militärputsch 1968

Schon rein quantitativ landet das irakische Regime im Vergleich mit den anderen Staaten auf der US-Schurkenliste locker auf den vorderen Plätzen: Seit die Baath-Partei 1968 bei einem als Revolution verbrämten - Militärputsch die Macht an sich gerissen hat, hat das Regime gut eine Million Menschen ermorden lassen die Opfer der beiden Golfkriege und des UN-Embargos nicht eingerechnet. Anderthalb Millionen weitere wurden intern vertrieben oder im Rahmen sogenannter demographischer Eingriffe zwangsumgesiedelt. 4 Millionen Iraker sind seitdem geflohen und leben als Flüchtlinge im Exil. Jährlich gibt es Tausende von Hinrichtungen,

häufig im Rahmen von Gefängnis-säuberungen, denen Menschen zum Opfer fallen, die gerade auf ihren Prozess warten. Diese Statistik findet ihre Ursache in der Ideologie einer Partei, die in ihren Grundzügen vom antisemitischen Dualismus Volk gegen Juden geprägt ist. Das Volk, das ist in diesem Fall das arabische, als dessen einziger wahrer Vertreter sich die Baath-Partei sieht. Sie tritt auf als Vorkämpferin der arabischen Einigung, des pan-arabischen Nationalismus und Sozialismus. Und sie sieht sich von Feinden umgeben, die alle in irgendeiner Weise zionistische und imperialistische Agenten sein sollen. Der dauernde Kampf gegen diese Agenten und das Projekt der Arabisierung, sprich der Schaffung einer homogenen Volksgemeinschaft, stellt im wesentlichen die Herrschaftspraxis des Irak dar. Der Einzelne ist nichts, aber dauernd im Verdacht ein Verräter zu sein, das Volk ist alles. Der Irak sieht sich in einem dauernden Kriegszustand gegen seine äußeren und meist vermeintlichen, die tatsächlichen sind entweder tot oder geflohen - inneren Feinde. Konsequenterweise befindet sich der Staat seit 1968 im Verteidigungszustand und merzt seitdem immer neue zionistische und imperialistische Gegner aus. Mangels realer Juden die meisten von denen, die im Land verblieben waren, wurden bald nach der Machtübernahme ermordet kann sich die Feinderklärung gegen jeden richten. Die Bevölkerung, die nach dem Willen ihres Führers Saddam Hussein in eine einzige Armee sich verwandeln soll, ist zur dauernden Meldung von Verrat und Spionage angehalten. Im Zweifelsfall kann dann auch schon mal das Nicht-aufhängen eines Saddam-Bildes im Wohnzimmer zur Verhaftung führen. Ständig werden neue Feindkampagnen gestartet, nicht selten erfahren die Angehörigen einer betroffenen Bevölkerungsgruppe aus dem Fernsehen, das sie mit Israel im Bunde stünden und damit de facto schon zum Tode verurteilt sind. Auch die höchsten Führer der Partei sind vor derartigen Säuberungswellen nicht sicher, anlässlich seiner Machtübernahme 1979 ließ der bisherige Geheimdienstchef Saddam Hussein 21 Funktionäre auf einem Parteikongress vor laufenden Kameras festnehmen und hinrichten, der darauf folgenden Reinigung der Partei von vermeintlichen Verrätern fielen 00 Menschen zum Opfer. Einen realen Hintergrund haben die Kampagnen in der Regel nicht, sie sind das Produkt reiner Paranoia. Im Krieg gegen den Iran, in dem zwei Millionen

Menschen starben, wurde ausgerechnet das islamistische Mullah-Regime als zionistische Agentur enttarnt und die „Anfal-Kampagne“, der Vernichtungsfeldzug (Nach kurdischen Schätzungen kamen im Rahmen der Anfal-Operationen 1988 etwa 180.000 Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Männer zwischen 1 und 70 Jahren, die ausgesondert und anschließend exekutiert wurden. Eine ähnlich große Zahl von Menschen gilt als verschwunden. Der Irak selbst spricht von „nicht mehr als 100.000 Toten“. Der Weltöffentlichkeit bekannt wurde Anfal damals nur wegen der Bombardierung der kurdischen Stadt Halabja mit Giftgas) gegen die kurdische Zivilbevölkerung, wurde als Sieg über die zionistischen Kurden gefeiert. Nach der Kampagne wurden die zerstörten Dörfer als arabische wieder aufgebaut und erhielten die Namen palästinensischer Orte, die im Krieg gegen Israel 1947/48 zerstört worden waren. Den größten Hass der irakischen Antisemiten zieht freilich Israel selbst auf sich. Die Biowaffen des Regimes seien, so der im Westen gern als gemäßigt wahrgenommene Tarik Aziz, gegen Perser, Juden und andere Insekten entwickelt worden. Vor diesem Hintergrund ist es dann nur folgerichtig, wenn die irakische Propaganda ihrem Volk während des zweiten Golfkriegs versprach, Tel Aviv zu zerstören, wenn Saddam Hussein die Vernichtung der zionistischen Entität ankündigt. Dass sich der reale Krieg gegen Israel bis heute nur in Form von konventionellen Raketenbombardements 1991 und der finanziellen Unterstützung von Attentäterfamilien äußert, dürfte vor allem einer gewissen Restvernunft der irakischen Führung zu verdanken sein. Bei aller Paranoia, bei allen antisemitischen Vernichtungswünschen, hat bisher die zweckrationale Überlegung die Überhand behalten, dass es bei einem ernsthaften Angriff gegen den Staat der Juden mit der Volksgemeinschaftsherrlichkeit in einem Irak unter baathistischer Führung ein schnelles Ende haben würde. Das hält das Regime freilich nicht davon ab, trotzdem Spezialeinheiten für die Befreiung Jerusalems auszubilden, so dass es fraglich erscheint, wie lange der Rest an Vernunft denn wohl reichen mag.

Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende?

Es fällt nicht schwer, die Grundzüge

des Baathismus, also die Halluzinierung eines einheitlichen Volkes, das von den verschiedensten Feinden umgeben sei, hinter denen letztlich immer der Jude steckt, als verwandt mit den Ideologemen zu betrachten, die auch für den Nazi-Faschismus konstitutiv waren. Tatsächlich waren schon die Begründer des panarabischen Sozialismus wie Michel Aflaq begeisterte Adepten des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg. Um so unverständlicher ist es, dass die deutsche Linke, die in den letzten 30 Jahren noch jeden Polizeistaat und jede Militärjunta von der Türkei über Griechenland und das Chile Pinochets bis hin zur BRD des Jahres 77 unter das Verdikt faschistisch stellte, sich ausgerechnet beim Irak mit Vorsilben wie prä- oder semi- um einen klaren Satz herumdrückt. Es scheint fast, also könne man einem Staat, der so nachhaltig gegen Amerika wettet, seine Taten einfach nicht richtig übel nehmen. Dabei schreit nicht nur im Irak, sondern im ganzen Nahen und Mittleren Osten die gesellschaftliche Situation nach Auflösung, und die kann nach Maßgabe des derzeit herrschenden Denkens in der Region nur gegen die USA und Israel sich richten, nicht gegen die eigene Herrschaft. Al Qaida und vor allem der 11. September sind ein Ausdruck dieser Entwicklung, ein anderer ist der dauernde Selbstmordterror gegen Israel, der nicht nur in der Region, sondern in der ganzen Welt Sympathien als Kampf gegen Unterdrückung findet. Wenn die USA sich jetzt entschlossen haben, dem Baath-Regime den Gar aus zu machen, dann sollte das für Linke angesichts der skizzierten Bedrohungssituation eigentlich ein Grund zur Hoffnung sein. Nicht weil man Krieg für ein an sich adäquates Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Krisen hielt, nicht weil den USA als kriegsführender Großmacht grundsätzlich Sympathien entgegengebracht werden müssten, sondern weil dieser Krieg die Chance in sich birgt, mit der Ausschaltung des aggressivsten antisemitischen Faktors der Region eine Bresche in die Phalanx zu schlagen, die einerseits Schritt für Schritt zur existentiellen Bedrohung für Israel wird und andererseits die gesellschaftliche Situation in der Region immer weiter in Richtung Barbarei treibt. US-Militärschläge bedeuteten ein Ende mit Schrecken, brächten aber die derzeit ausgeschlossenen Bedingungen der Möglichkeit mit sich, dass es mit dem Schrecken ein Ende haben könnte. Diese Bedingungen für sich allein genommen garantieren keineswegs auch die Realisierung der Möglichkeit, aber sie

öffnen einen politischen Raum, in dem gesellschaftliche Veränderungen in Richtung wenigstens bürgerlicher Verhältnisse denkbar würden eine unabdingbare Voraussetzung für eine Verbesserung der dortigen Lebensverhältnisse, eine unabdingbare Voraussetzung auch für einen Frieden der arabischen Staaten mit Israel. Der oben beschriebene Teil der Linken, der also, dem es um Emanzipation geht, darf seine Position zu dem anstehenden Krieg nicht nach den eingefahrenen Mustern aus dem Kalten Krieg bilden, in dem tatsächlich die Seite der USA immer die falsche war. Er darf auch nicht seine humanistisch begründete Abscheu gegen die schrecklichen Folgen eines Krieges bei der Analyse in den Vordergrund stellen, sondern er muss die Möglichkeiten, die dieser Krieg eröffnet, hochhalten, in der Hoffnung, sie mögen tatsächlich real werden. Dies kann weniger handlungsleitend sein im Verhältnis zum Krieg selbst. Der findet wie gesagt statt oder nicht statt, ganz unabhängig davon, was die Linke in Deutschland davon hält. Handlungsleitend ist unsere Analyse aber was das Verhältnis zu der im Entstehen begriffenen Friedensbewegung angeht: Selbstverständlich werden wir uns nicht an Friedensdemos beteiligen, die Saddam Hussein bestenfalls zum kleineren Übel gegenüber George Bush deklarieren. Selbstverständlich werden Positionen aufs schärfste zu bekämpfen sein, die gemeinsam mit Faschisten und Islamisten das Massenmörder- und Antisemitenregime in Bagdad zur Hoffnung der unterdrückten Völker gegen einen globalen Kapitalismus stilisieren, der doch immer nur Amerika und Israel meint. Und selbstverständlich werden wir uns nicht an Veranstaltungen und Verlautbarungen beteiligen, die letztlich nichts anderes zum Inhalt haben als das, was uns die deutsche Regierung als Position vorschlägt. Gerade weil die Friedensbewegung dieses Mal wieder Massenbasis hat, weil das Deutsche Volk sich ihr mit der gleichen Begeisterung anschließt, mit der es die Bombardierung Belgrads begrüßt hat, ist höchstes Misstrauen geboten. Darauf hinzuweisen und gegen die damit verbundene Entwicklung Einspruch zu erheben, das ist die Aufgabe, die Linken im Bezug auf den Irakkrieg zukommt.

[a:ka], November 2002

MUSIK IN MEINEN OHREN

Musik in meinen Ohren

DIE NEUAUFLAGE DER FRIEDENSBEWEGUNG ANGESICHTS DES GOLFKRIEGES BEDEUTET, „DASS DIE HIESIGE LINKE IM WEITESTEN UND IM ENGEN SINNE WIRKLICH FÜR ALLE ZEIT MORALISCH ERLEDIGT IST“ VON WOLFGANG POHRT (1991)

Dies hätte ein Artikel unter dem Horkheimer abgeschauten Titel „Für Amerika“ werden sollen, eine vorbehaltlose Rechtfertigung der US-Politik seit dem zweiten August. Es wurde eine Art Brief daraus, geschrieben in der ersten Person, die ich sonst meide. Seit amerikanische Patriot-Abwehrraketen Israel schützen, während die um diese Waffen gebetene Bundesregierung, statt wortlos unverzüglich zu liefern, erklärt, man wolle die Bitte ein paar Tage lang ernsthaft prüfen, hat ein Deutscher kein moralisches Recht, die USA zu kritisieren. Nur wer es besitzt, darf auch loben. Wer derzeit meint, er könne hier am Schreibtisch Partei ergreifen, und sei es auch für die richtige Seite, ist verrückt. Er weiß nicht, wer er ist. Er ähnelt den hiesigen Fernseh-Kommentatoren Bresser oder Pleitgen, die in ihrer sinnverlassen-autistischen Art unentwegt irgendwelche absurden Friedensvorschläge machen. Auf frischer Tat ertappten Feiglingen und Verrätern steht es nicht zu, auch noch das Maul aufzureißen.

Man könnte meine Terminologie rügen, und man hätte recht damit. Ein Fall für den Ideologiekritiker aber ist etwa Josef Fischer derzeit nicht, wenn er in einer Fernsehdiskussion für die PLO und gegen Israel Partei ergreift und in seinem Schlusswort erklärt, erst nach Beendigung des Krieges könnten die wirklichen Probleme gelöst werden, nämlich Umwelt und Überbevölkerung. Der Sadismus piepsstimmiger Erzieherinnen, Lehrerinnen und Mütter, die im Fernsehen erzählen, wie sie ihre Kinder mit dem Golfkrieg quälen, mag unter anderen Umständen ein Seminarthema sein. Derzeit verdient er Verachtung und Hass, wie dieser unverfrorene, krankhafte Egoismus, welcher etwa darin besteht, hier über die eigene Angst zu lamentieren, während Israel von einem Gasangriff bedroht ist. Man fasst es einfach nicht, dass in Israel Auschwitzüberlebende mit der Gasmaske nachts unter Sirenenalarm in den Schutzraum flüchten müssen, während die Kinder und Enkel der Massenmör-

der von einst hier gemütlich über das Verhältnis von erster und vierter räsönieren oder sich fröhlich auf der Bonner Hofgartenwiese tummeln und nicht die Verteidigung der Bedrohten, sondern Frieden mit einem Aggressor fordern, der ohne jeden militärischen Sinn reine Bevölkerungszentren bombardiert, wie dies die Nazis in Rotterdam und Coventry taten.

Wenn man in KONKRET (1/91) lesen muß: „Krieg ist das Verbrechen, das sich mit sprachlichen Mitteln nicht angemessen beschreiben und mit juristischen Mitteln nicht angemessen bestrafen lässt. Wie jeder Krieg ist dieser Krieg verbrecherisch, sinnlos und dumm“, was in Deutschland nur das Ressentiment von Leuten ist, die es dem Weltpolizisten USA verübeln, dass er ihren Eltern per Krieg das friedliche Massenmorden in Auschwitz ausgetrieben hat; wenn der im lächerlichen Aufzug mit weißer Armbinde als Späthippi chargierende Gysi, nachdem er schon Honecker und die SED verriet, im Bundestag dieselbe Meinung vertritt; wenn die PDS fordert: „Frauen, lasst nicht zu, dass das Blut eurer Männer und Kinder für Öl fließen muß“ und diese völkische Generalmobilmachung sich in nichts von der Technik und dem Vokabular der NS-Propaganda unterscheidet; wenn die Autonomen hier noch einmal unter der Nazi-Parole „Kein Blut für Öl“ den Zusammenhang von Militanz und völkischem Bewusstsein demonstrieren - dann vergeht auch mir zur Polemik die Lust. Dann braucht man Trost, und den findet man bei der Vorstellung, dass der Staat die vielen weißen Friedenstücher als Kapitulationserklärung anderer Art begreifen und darin eine Einladung sehen werde, das ganze Pack hinter Gitter zu verfrachten. Ein offenes Wort unter Genossen: Die Fenster mit weißen Tüchern rufen alte Reflexe in mir wach, unruhig schweift mein Blick herum auf der Suche nach dem nächsten Pflasterstein. Zu gern würde ich den Friedenswillen, der dort oben herrscht, mal auf die Probe stellen, aber ich bin zu alt für diesen Spaß.

Über Amerika also kein Wort von mir, aber ein paar Überlegungen zur Entwicklung hier: Die Frage für den kommenden Winter sei, schloß meine Interpretation der Stimmungslage am 3. Oktober (vgl. „80 Millionen Frustrierte“ in KONKRET 11/90), ob die Landsleute erst einschnappen und dann ausrasten würden oder umgekehrt oder beides zugleich. Drei Monate später heulen sie nun zähneklappernd Rotz und Wasser und flehen vor der stauenden Weltöffentlichkeit Himmel und Hölle an, dass keiner den irakischen Diktator mit Gewalt entwaffnen möge, von dem sie glauben, dass er dank hiesiger Fachleute und hiesigen Materials das von Deutschen an den Juden Europas begonnen Werk vollenden kann. Sie sehnen den Untergang des Staates herbei, mit dem die Araber, aber nicht die Landsleute leben können, weil seine Existenz an ihre ungesühnten Verbrechen erinnert. Und sie fürchten sich davor wie der inhaftierte Mörder ums Leben seines schwerverletzten Opfers bibbert, weil dessen Tod sein eigener sein wird. Sie ahnen, dass Israels Ende das definitive Ende Deutschlands sein müsste, ganz gleich, ob Fachleute und Material Made in Germany beteiligt sind. Von der Angst vor der Vernichtung und der Sehnsucht nach ihr hin und her gerissen, führen Propagandaprofis und Berufspolitiker sich wie Triebtäter auf, welche die Fahnder auf Fährte lenken, wenn sie ihre Spur zu verwischen meinen. Als Abschlagszahlung auf künftig fällig werdende Wiedergutmachung etwa überreicht Genscher in Jerusalem einen Barscheck im Wert von 250 Millionen Mark. Das macht nach bisherigem Kurs ein Guthaben von 100.000 Toten. Unterdessen erklärt Lafontaine in der ZDF-Sendung „Journalisten fragen, Politiker antworten“ vom 24.1. öffentlich, er wolle den Einsatz der Bundeswehr am Golf auch deshalb nicht, weil dort „unsere Soldaten vergast werden könnten“. Eine Moderatorin von RTL Plus, die puppige Antisemitin mit der großen Brille, verabschiedet sich vom zugeschalteten

Reporter aus Tel Aviv, der vom gerade erfolgten Raketenangriff (Bilanz: 3 Tote, 90 Verletzte) berichtet und ergänzend sagt, dass über einen Gegenschlag noch nicht entschieden worden sei, mit den Worten: „Hoffen wir, dass es so friedlich bleibt.“ Der Tagesthemen-Moderator gibt bekannt, dass eben aus Israel eine weitere Rakete gemeldet werde, der Reporter deshalb im Schutzraum und nicht erreichbar sei, um sich dann einem anderem Thema zuzuwenden, den „Wunden, die der Natur im Golfkrieg geschlagen wurden“. Von der Bonner Massendemonstration wird im gleichen Satz behauptet, dass es dort keine antiamerikanischen Töne gab und ein Transparent „Keine Steuererhöhungen für Massenmörder“.

Das die Deutschen übergeschnappt waren, deutete sich eigentlich schon in den ersten Wochen nach dem offenen Ausbruch der Wiedervereinigungs-Depression am 3. Oktober an. Angesichts der Winterhilfswerks-Orgie, die bis Weihnachten gefeiert wurde, könnte man von einem Wiederholungszwang sprechen, nur reicht die simple Erklärung bei weitem nicht an die Wirklichkeit heran. Seit schließlich die alliierte Streitmacht unter Führung der USA und Englands endlich den Irak bombardiert, verhalten die Bundesbürger sich exakt so, als wäre der Geist ihrer Ahnen über sie gekommen, als habe eine Zeitmaschine die Geschichte um 45 Jahre zurückgedreht. Der Oppositionsführer empfindet „sprachloses Entsetzen“, der Kanzler „tiefe Betroffenheit“, und sein Lagebericht klingt, als wäre Großadmiral Dönitz so eben von den Toten wiederauferstanden, um abermals die Deutschen auf ihr Ende einzustimmen: „Unser Land ist auf diese Situation vorbereitet, keiner sollte sich zu unüberlegtem Handeln verleiten lassen. Die Bürger unseres Landes müssen durch verantwortungsbewusstes und kluges Verhalten mithelfen, dass wir Deutsche dieser ersten Situation gerecht werden.“ Als stünden schon wieder die US Army am Rhein und die Rote Armee an der Elbe, wird auf Geheiß unter anderem der PDS die massenhafte Kapitulation geübt - „weiße Tücher in den Fenstern, weiße Fähnchen an den Autos, weiße Armbinden und Stirnbänder“. Und Rentner rechnen ernsthaft damit, dass aus dem Kampfgebiet herüberwehende Giftgasschwaden ihr Leben bedrohen werden. Vielleicht ahnen sie, dass die Bomben, die derzeit auf den Irak niederhageln, nach den Grundsätzen der Moral den Lieferanten des Giftgases ebenso gut wie seinen Besitzer treffen dürften.



Frage mich keiner wie es dazu kam. Ich stehe selber vor einem Rätsel und kann nur feststellen, dass es so ist: Seit der Geist ihrer Ahnen in die Deutschen fuhr, sind die politischen Verhältnisse hier gleichsam umgepolt, die „FAZ“ kann man lesen, die besten - und übrigens hervorragend geschriebenen - Kommentare findet man in „Bild“. Das Wort vom Linksfaschismus stellt sich als Untertreibung dar, weil man sich die Vorsilbe „Links“ sparen kann, und die Regel lautet: Je weiter einer links stand, ein desto engagierter ist er nun, alle politischen Gliederungen sind erhalten geblieben, haben aber das Vorzeichen gewechselt, man braucht keine Phantasie mehr, um sich die Antiimpis oder die Autonomen als Volkssturmbteilung der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Werwolf vorzustellen.

Natürlich ist, was momentan hier passiert, eine Neuauflage der Friedensbewegung der 80er Jahre. Aber jene Bewegung war, verglichen mit der heutigen, bloß eine Eselei, weil damals faktisch keine wirkliche Entscheidungssituation existierte, es objektiv absolut wurst wahr, ob diese Raketen nun stationiert werden oder nicht. In einer Situation, wo Worte und Verhaltensweisen nicht besonders ernst zu nehmen sind, weil sie praktisch folgenlos bleiben, hatte die deutsche Linke sich mächtig blamiert. Diesmal hingegen steht etwas auf dem Spiel, unter anderem die Existenz des Staates Israel, und eine Neuauflage der Friedensbewegung, bedeutet nun, dass die hiesige Linke sich im weitesten und im engen Sinn wirklich für alle Zeiten moralisch erledigt ist. Deutlicher gesagt: Verglichen mit der PDS ist der CIA eine hochmoralische Anstalt.

Kein lustiger Brief also, eben (27.1. 17.00 Uhr) meldet Bagdad, dass es nun Israel mit Chemiewaffen auslöschen

wolle, eine Absicht, die Israel gegebenenfalls hoffentlich mit Kernwaffen zu verhindern wissen wird. Und trübe, wie die Lage ist, muß am Ende der tröstliche Ausblick in die Zukunft folgen. Da haben wir nun eine Bundesregierung, für welche geschlossene Verträge und daraus resultierende Bündnisverpflichtungen etwa die Verbindlichkeit von Wahlversprechen besitzen. Was das heißt, kann man sich in Polen und der Sowjetunion zusammenreimen. Da haben wir eine Regierung, von der man so wenig hört, dass man meinen könnte, sie sei schon außer Landes geflüchtet. Da haben wir eine Bundeswehr, die an Feigheit nur noch von den Reportern der ARD und des ZDF übertroffen wird, den Rundfunkanstalten, die sich das teuerste Auslandskorrespondentennetz der Welt leisten.

Die Spatzen pfeifen es ja inzwischen von den Dächern, dass man sich anderswo besser nicht mehr als Deutscher zu erkennen gibt. Aber der Imageverlust der Deutschen dürfte eine Lappalie sein im Vergleich zum Absturz, den momentan ihr Selbstbewusstsein durchleidet. Die Gysis und Pleitgens, die Bressers und Fischers, die Kohls und Genschers etc. - die wissen es doch sämtlich von sich selbst, und sie wissen es von einander, dass sie bei nächster Gelegenheit jeden und alles verraten werden. Und nun stellen wir uns mal vor, wie eine moralisch so restlos erledigte und politisch führungslose Nation die harten Zeiten meistern wird, die spätestens im Sommer anbrechen, nach Ablauf der letzten Beschäftigungsgarantien in der DDR. Das dürfte ein nettes Hauen und Stechen werden mit jeder Menge Wehgeschrei dabei: Musik in meinen Ohren.

Wolfgang Pohrt
KONKRET 3/91

DIE LINKE AUSCHWITZLÜGE

Die Linke Auschwitzlüge

DIE ENDE MAI VERÖFFENTLICHTEN ZAHLEN DER IRAKISCHEN OPFER DES GOLFKRIEGES KÖNNEN DIE ALTERNATIVE UND FRIEDENSBEWEGTE SUCHT NACH DER MÖGLICHT GROSSEN OPFERMASSE NICHT BEFRIEDIGEN. VON EIKE GEISEL (1991)

Seit dem Ende des High-Tech-Krieges am Golf weiß man, wie bitter notwendig dessen Fortsetzung mit vergleichsweise altmodischen Mitteln, nämlich einer guten alten, mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Invasionsarmee gewesen wäre. Doch die alliierten Streitkräfte rückten nicht auf Bagdad vor, und die erfahrenen Israelis blieben in ihren abgedichteten Schutzräumen - verängstigte Ghettoinsassen, ganz so, wie die Welt, und allen voran die Deutschen, sich die Juden gefallen lässt.

Der ganze von allen verteuflerte elektronische Schnickschnack hat sich, wenn man das Ergebnis betrachtet, als ein großer Bluff herausgestellt. Die Kommandozentrale der irakischen Massenmörder blieb intakt, die militärische Infrastruktur so unangetastet, dass das Regime weiterhin nach Belieben massakrieren kann, wen es will; und abgesehen von einigen Baustellen sieht Bagdad aus, als sei nichts gewesen. Es waren genau die sogenannten intelligenten Waffen, welche die dummen Parolen der Friedensbewegung Lügen strafte und verhinderte, dass die auf Plakaten wie „Bagdad = Berlin“ zum Ausdruck gebrachten geheimen Wünsche ihrer Anhänger verwirklicht wurden.

Saddam Hussein erhielt durch die sträfliche Unterlassung der Alliierten, ihre Armeen nach Bagdad marschieren zu lassen, eine Chance, welche sie vor einem halben Jahrhundert aus guten Gründen Hitler nicht eingeräumt hatten, indem sie sich etwa mit dem Rückzug der Nazis aus den besetzten

Ländern oder mit einer Kabinettsumbildung im Führerbunker zufrieden gegeben hätten. Und Saddam Hussein nutzte diese Chance und setzte ungehindert den Völkermord an den Kurden fort.

Für die deutsche Friedensbewegung war von Anbeginn klar, dass der Bluff nicht darin bestand, dass das Fernsehen tatsächlich einen vom Monitor ausgeführten und im Bildschirmformat wieder erfassten Krieg, nämlich ein computergesteuertes Videospiele, abbildete, sondern darin, dass die trotz aller gegenseitigen Beteuerungen vom Wargame gefesselten Zuschauer um die Leichenberge betrogen wurden. Dieser Betrug galt den Friedensfreunden als besonders abgefeimtes Manöver der amerikanischen Kriegspropaganda. Noch ehe die beteiligten Kriegsparteien irgendwelche Verluste meldeten, wussten die Wortführer der Friedensbewegung schon, dass die Amerikaner, nicht Hussein, eine Politik der verbrannten Erde betrieben und

dass das Pentagon einen Völkermord durchführte. Wenige Tage nach Kriegsbeginn titelte die „TAZ“: „Massenschlächtere am Golf“; eine „Verbraucherinitiative“ in Bonn wusste Ende Januar nicht nur, dass Joghurtbecher aus Erdöl gemacht werden, sondern auch, dass den Ölinteressen der USA „Millionen zum Opfer fallen“ in diesem Krieg; General a.D. Bastian, der noch als Zeuge im Barbie-Prozess die Naziarmee gegen Angriffe, sie haben Massenverbrechen begangen, in Schutz genommen hatte, zog plötzlich eine besonders pikante Schlussfolgerung aus seiner Biografie. Er wiederrief seine Aussage nicht, sondern wies putativ auf einen möglichen Völkermord, begangen von den Vereinigten Staaten, hin; der Euthanasiebefürworter und Kriegsgegner Ernst Tugendhat, der in der Folge zum wandelnden Persilschein aller linken Antisemiten werden sollte, nannte den Krieg gegen Saddam Hussein das „größte Kriegsverbrechen seit Hitler“





und hielt es am 29. Januar 1991 für „unverhältnismäßig, wenn jetzt schon von 300.000 Toten gesprochen wird und es wahrscheinlich in die Millionen gehen wird“; Vera Wollenberger, die, nicht ganz zu Unrecht, die Übereinstimmung der fundamentalistischen Freitaggebete mit den Leipziger Montagsumzügen betont hatte, wusste neben ihrer Lobrede auf den demokratischen Gehalt der arabischen Vernichtungsparolen gegenüber Israel noch zu sagen, „dass dieser Krieg an den Lebensgrundlagen der zukünftigen Generation zehrt, wie bisher kein anderes Ereignis in der Weltgeschichte“; womit sie offenbar bedeuten wollte, wie vergleichsweise wenig zehrend der Nationalsozialismus gewesen sei und wie wenig 40 Jahre DDR der Grundlage ihres Denkens anhaben konnten.

Ähnlich erfolglos muss offenbar auch KONKRET bei seinen Lesern gewesen sein, wie die von der Redaktion im Frühjahr als Separatdruck publizierte Broschüre mit Leserbriefen beweist: „Alles in allem also hat man innerhalb von 6 Wochen bei einem 17-Millionen-Volk Tote in Millionenhöhe produziert“, hieß es in austauschbaren Lesermeinungen. Auch die Leserbriefspalten der „TAZ“, anhand derer der grüne Israelexperte Ströbele nach seinem Rücktritt zufrieden feststellen konnte, dass die Basis zum alternativen Antisemitismus und neunzigprozentig zu ihm hält, belegen, dass der Antiamerikanismus das treibende Moment bei der Hervorbringung der neuen Auschwitzlüge ist. Der heruntergekommene Antiamerikanismus ist gewissermaßen die höchste Stufe des

Konformismus. Und wenn sich der alternative Mob schon darüber einig war, dass die USA den Irak in ein Massengrab verwandelten, um danach mit Befriedigung dabei zuzusehen, wie die Kurden massakriert werden, dann war es auch nicht mehr weit, dass die Auschwitzlüge auf antiimperialistische Manier von der Gegenwart in die Vergangenheit zurückkehrte. Man müsse zugeben, schrieb ein besonders klassenkämpferischer Leser an die „TAZ“, „dass die Vernichtung von Millionen, vor allem ostjüdischen Menschen, die potentiell sich den Verwertungsinteressen des Kapitals entgegengestellt hätten, im Interesse gerade auch der westlichen Alliierten waren (!), für deren kapitalistische Großraumpolitik die Menschenvernichtung im Faschismus eine wichtige Zuarbeit war“.

Der rebellische Spießher der deutschen Politikwissenschaft, Ekkehard Krippendorf, der vorzugsweise nach dem Muster „Ihr da oben - wir da unten“ argumentiert, empörte sich just in den Tagen, als von Greenpeace verlässliche Zahlen der Kriegsoffer publiziert wurden, über die Fortwirkung der Kriegszensur, über die „Kleinschreibung der großen Verbrechen“. Was hatte Greenpeace herausgefunden, das weder von der Zensur unterdrückt, noch von der bürgerlichen Presse, sondern ausgerechnet an jenem Ort, an dem sich der Politologe beschwerte, klein geschrieben wurde?

Ende Mai hatte Greenpeace aufgrund ausführlicher Recherchen im Irak die Zahl der Kriegstoten auf 150.000 geschätzt. Die Anzahl der bei Luftangriffen ums Leben gekommenen Zivilisten

belief sich nach Angaben dieser Untersuchung auf fünf- bis fünfzehntausend Menschen, eine Zahl, welche die Anhänger der neuen Auschwitzlüge von links für einen Druckfehler hielten, den sie mit einem weiteren, einer hinzugefügten Null in der „TAZ“ vom 5.6.91, dann wieder korrekt ausbügelten.

Die aus rechtsradikalen Zirkeln bekannte Propaganda, derzufolge Auschwitz eigentlich ein Sanatorium war, und die antiimperialistische oder friedensbewegte drapierte Zwecklüge vom Völkermord am Golf gehen von einem identischen Bedürfnis aus: der Rehabilitierung der deutschen Geschichte. Während man den Neonazis jedoch noch zugute halten könnte, das sie, um die Deutschen zu entlasten, die Zahl der von ihnen Ermordeten herunterlügen, so muß man von der alternativen und friedensbewegten Sucht nach der möglichst großen Opfermasse sagen, dass sie die wahre nazistische Vernichtungswut konserviert hat.

So wenig sich indes die rechtsradikale Attitüde durch Fakten belehren lässt, so wenig ließ sich deren linke Variante durch Tatsachenmeldung bei ihrem lustvollen Spiel mit imaginierten Leichen stören. Die ungefähr 100.000 getöteten irakischen Soldaten, die doch nicht Sozialfälle oder edle Wilde, sondern dafür ausgebildet waren, Kuwait zu erobern und zu plündern, Kurden auszurotten und Schiiten abzuschlachten, und, wenn möglich, Israel in ein Krematorium zu verwandeln, galten abgesehen davon, dass ihre Anzahl für die Vernichtungslust nur ein bescheidener appetizer war, bestenfalls als ab-

strakte Opfer. „Keine Antigone tritt für sie auf die Bühne des Weltgewissens“, schrieb Krippendorf, der gottseidank bloß Professor ist und mit lebendigen Menschen nicht anstellen kann, was er der Sprache zufügt.

Ersatzweise für Antigone betritt Krippendorf seit Monaten die Bretter, welche das alternative Milieu vor dem Kopf hat. Und mit Regelmäßigkeit macht er jedes Blatt der Szene zum Tribunal. Der Golfkrieg sei eine „weltpoli-

Und wie allen anderen philanthropischen Gemütern, denen zu Bagdad immer gleich Dresden einfiel, ging es auch ihm nicht um das Schicksal der irakischen Bevölkerung, sondern um die deutsche Volksgemeinschaft.

tische Zäsur... Von hier und heute geht, wie von den Kolonialmassakern des späten 19. Jahrhunderts und danach mit dem Abwurf der ersten beiden Atombomben eine neue Epoche aus“ („TAZ“, 10.6.91). Und wir sind am Fernseher dabei gewesen, will er uns als Antigone mit Goethe aus 1000 Berlin-Valmydorf zurufen. Vor einigen Jahren hatten er mit dem geflügelten Goethewort den 2. Juni 1967 als Beginn einer neuen Epoche begrüßt. Doch wie sagt ein ebenso wortgewandter Komiker, den Marx gelegentlich zitiert: „Der historische Recht hat keinen Datum nicht.“

Ähnlich wie Krippendorf sah ein verdienter Veteran der bundesdeutschen Protestbewegung mit dem Golfkrieg eine neue Epoche heraufdämmern. In einer irreführend als „Nachdenken - Querdenken“ bezeichneten Rubrik der „TAZ“ wurde Ende Februar ein langer „Zeitenwende“ überschriebener Text von Dieter Kunzelmann publiziert. Darin ließ der Autor, um die neue Auschwitzlüge zu begründen, alles zwischen Plato und Nato Revue passieren, was der Alternativen Liste, zu deren Parlamentsabgeordneten er gehörte, den häufig geäußerten Vorwurf eingebracht hatte, ihr Parteikürzel bedeutet in Wahrheit: Antisemitische Liste. In der Diagnose, dass die bei ihm

„Vernichtungssyndikat“ genannten Aliierten im Irak eine Art Super-Auschwitz veranstalteten, war er sich mit anderen einig: „Um Kuweit für den Emir zu befreien, muß zuerst der Irak zerstört werden, die Bevölkerung ausgelöscht, die Natur, ihre Ressourcen vernichtet werden.“

Im unterschied zu Krippendorf, für den die „kriminelle Risikopolitik“ der USA nur eine Fortsetzung des nazistischen Ausrottungsfeldzugs mit modernsten Waffen und der Golfkrieg daher die „dritte Atombombe“ war, richtet Kunzelmann beim historischen Dreisprung jedoch sein Augenmerk auf die Opfer: „Nach Adolf Hitler, Onkel Ho wird zum dritten mal in der kurzen Zeitspanne ein ganzes Volk mit Millionen Toten und Verletzten dafür bestraft, dass es sich seiner Führung nicht selbst entledigt hat ... Dies weiß aufgrund umfassender Literatur über die verbrecherische Bombardierung deutscher Städte niemand besser als das Pentagon und das englische Kriegsministerium.“

Wir hingegen wissen aufgrund eines einzigen Artikel von Kunzelmann, dass dieser entweder Hitler, eigentlich Onkel Adolf nennen oder Ho Chi Minh zum Naziführer aufordnen möchte, dass er - und dies ist eine besonders aufschlussreiche Fußnote zu den Spätfolgen der deutschen Protestbewegung - unter Berufung auf den Vietnamkrieg den Amerikanern die Befreiung Deutschlands nicht verzeihen kann. Und wie allen anderen philanthropischen Gemütern, denen zu Bagdad immer gleich Dresden einfiel, ging es auch ihm nicht um das Schicksal der irakischen Bevölkerung, sondern um die deutsche Volksgemeinschaft. Und weil diese vom Geruch des Antisemitismus zu reinigen war, nannte er dessen eigentlichen Interessenten und Nutznießer, „wohlwissend, dass vom Antisemitismus niemand mehr profitiert als die chauvinistische Führung Israels selbst.“

Ein alt gewordener Sponti schaute in den Spiegel, und daraus blickte seine eigene politische Infantilität zurück. Er war sich wieder ähnlich geworden: 1969 hatte er in offenen Briefen an die Linke die „Vorherrschaft des Judenkomplexes bei allen Fragestellungen“ beklagt und die Genossen aufgefordert, ihren „Judenknax“ zu überwinden. Zu derlei Klagen hat Kunzelmann heute keinen Anlaß mehr; insofern gibt es tatsächlich eine „Zeitwende“, insofern ist die deutsche Linke in den Wendekreis des Deppen eingetreten.

Hier gilt nicht mehr die rassistische Formel, derzufolge Dreckarbeit von Ausländern zu erledigen sei. Hier ist Dreckarbeit im Gegenteil Beweis für gelungene multikulturelle Koexistenz. Ein besonders ansprechendes Beispiel für die geglückte Integration in das von Vernichtungsphantasien und Lust an der Apokalypse elektrisierte Milieu ist das grade im Focus-Verlag erscheinende Pamphlet von Ali Hashash: „Palästina. Kampf der Gegensätze“, worin es, den Massenmord der Nazis rechtfertigt, im Vorwort heißt es: „Diejenigen, die in diesem Land für den ersten imperialistischen Weltkrieg stimmten, wurden fast zwei Jahrzehnte später verdienentermaßen ausgemerzt. Die gegenwärtige Lage soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle, die sich auf die Seite der Unterdrücker und Ausbeuter schlagen ... stets die Verlierer sein werden.“ Daß er bei dieser Drohung auf Unterstützung nicht nur aus der rechtsradikalen, sondern in zunehmendem Maße aus der ihr zum Verwechseln ähnlich gewordenen autonomen Szene rechnen kann, zeigt der vor wenigen Wochen in der Berliner Zeitung „Prowo“ heftig ausgetragene Streit darüber, welche und wie viele Amerikaner es verdient gehabt hätten, im Golfkrieg umzukommen. Denn der allgemeinen Enttäuschung darüber, dass nicht Millionen Iraker ihr Leben verloren hatten, korrespondiert die Wut über die geringe Zahl amerikanischer Kriegstoter. In einem Editorial der Blattmacher hieß es:

„In aller Offenheit: Wir bedauern, dass es nicht noch viel mehr US-AmerikanerInnen weggerissen hat - unabhängig davon, ob sie gerade ihre Suppe gelöffelt haben, irakischen Kindern die Glieder zerfetzt oder mit „chirurgischen Schnitten“ per B-52 Bombern sogenannte „militärische Infrastruktur“ - in diesem Fall ganz Irak - in Schutt und Asche gelegt haben.“

Das drängende Problem dieser autonomen SA, nämlich welche ihrer Fraktionen die größere Killermentalität aufbrächte, wurde von der Redaktion aufgegriffen und pädagogisch in eine Hausaufgabe verwandelt, deren Hauptfrage sicher eben jetzt im Infoladen Dritte Welt e.V. in Berlin Neukölln heftig diskutiert wird: „Wie soll denn die USA den Krieg verlieren, ohne dabei Verluste zu erleiden? ... Herzlichst Red.“

Eike Geisel
In KONKRET 7/91

GIFTGAS UND PAZIFISMUS

Zum deutschen Friedenswillen

VON DER INITIATIVE SOZIALISTISCHES FORUM FREIBURG (1991)

Es ist oft ein Glück für die Menschheit, daß die größeren Verbrecher die kleineren in Furcht halten. Wie dabei Vernunft und moralische Weltregierung bestehen, weiß ich freilich nicht recht zu entziffern.

Wer in der Welt nicht 200 000 Bajonette mit den gehörigen Appertinenzen zu seinem Befehl hat, sollte sich's nicht einfallen lassen, öffentlich einen vernünftigen Gedanken zu haben.

Johann Gottfried Seume, Apokryphen

Soldaten sind keine Mörder. Der gewöhnliche Mörder stellt vielmehr ein einigermaßen harmloses und zutrauliches Wesen dar, seine Beweggründe sind allgemein verständlich und jedermann nachvollziehbar. Er arbeitet nicht mit Flächenbombardements oder Giftgas, sondern bedient sich konventioneller Mittel wie Küchenmesser, Nudelholz oder Nylonstrumpf. Er will nicht dem Guten im Menschen zum Endsieg verhelfen, nicht das Reich des Bösen von der Landkarte tilgen. Er ist kein Missionar, für die Beseitigung der Schwiegermutter erwartet er keine Ehrenrente als Widerstandskämpfer und

keine Anerkennung als Tyrannenmörder. So ist der Mörder ein Mensch, der, wie das Strafgesetzbuch präzisiert, „aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen“ einen Mitmenschen aus dem Leben schafft, aus Gründen also, die jedem zivilisierten Zeitgenossen unmittelbar einleuchten. Darum interessiert die Gesellschaft der Fernseher nicht, daß etwas so Unerhörtes wie Mord tatsächlich vorkommt, sondern nur, wie raffiniert der Täter es diesmal anstellt. Die Schlechtigkeit des Menschen kann getrost vorausgesetzt werden, und noch der langweiligste Tatort ist daher allem spannender als die engagierteste Friedenspredigt. Und weil die Mitglieder einer bürgerlichen Gesellschaft eine gesunde Portion Haß und Futterneid gegeneinander hegen, weil der Bürger daher einen, der aus der Rolle fällt und dem Staat ganz privat das Gewaltmonopol bestreitet, verdächtig gut verstehen kann, auch darum ist in zivilisierten Gesellschaften die Todesstrafe abgeschafft und sind Rache und Vergeltung durch Freiheitsstrafen und Geldbußen ersetzt worden. Soweit der Staat als gewaltbewehrter Schiedsrich-

ter die Streitigkeiten seiner bürgerlichen Auftraggeber zu schlichten hat, darf er schon deshalb nicht über das Recht auf Leben und Tod verfügen, weil jeder weiß, wie lose das Messer sitzt und wie leicht er selbst der Nächste sein kann, der danach greift.

Darum sind Soldaten keine Mörder, sondern Schlimmeres. Als Handlanger des staatlichen Gewaltmonopols und gesetzlich lizenzierte Arbeiter des Todes geht ihnen die Menschlichkeit des Mörders gänzlich ab. Schon deshalb sind Mörder keineswegs die besseren Soldaten, weil ihre Motive unheilbar konkret, unmittelbar bedürfnisorientiert und durch und durch egoistisch sind. Zu Befehlsempfängern taugen sie nicht. Auch dem Amokläufer, der blindlings in die Menge ballert, fehlen die Qualitäten, die den Soldaten erst ausmachen. Er hat keine Ausdauer, die Wut des Massakers erschöpft sich relativ rasch, und danach sind nicht Orden und Paraden angesagt, sondern Katzenjammer und Klapsmühle. Die „niedrigen Beweggründe“, die den Mörder, und die ziellose Vernichtungswut, die den Amokläufer auszeichnen, sind für Soldaten geradezu berufsschädigend, ein Grund für Berufsverbot. Auch Sadisten werden nicht gemustert. Schon die SS, die weithin als Mörderbande verschriene Elite der Wehrmacht, bestrafte die Kameraden, die aus Mordlust, Habgier oder antisemitischem Idealismus über die Stränge schlugen und den geordneten Ablauf der Massenvernichtung zu gefährden drohten.

Der Soldat dagegen hegt gegen den, den er ins Visier nimmt, keine persönliche Feindschaft, der Tod des Gegners verschafft ihm keinen unmittelbaren Genuß oder materiellen Vorteil. Der Gegner ist ihm als Mensch absolut gleichgültig, er mordet nicht im Affekt, sondern tötet mit kalter Überlegung, bedient die Waffe nicht mit Leidenschaft, sondern wie den Joystick der Video-Wargames. Nichts anderes signalisieren die Kameradschaftstreffen der Ehemaligen, als daß man unter Soldaten, ist der Krieg einmal zu Ende, kei-



nen Grund mehr hat, sich nicht prächtig miteinander zu amüsieren und, unter Experten, aus dem Nähkästchen des Waffenhandwerks zu plaudern. Wenn auch die politischen Anführer zwecks Mobilisierung der Heimatfront allesamt zu Monstern erklärt werden mußten - das Bombardement war jedenfalls nicht persönlich gemeint, und keiner nimmt es so.

Soldaten sind keine Mörder, sondern Staatsbürger in Uniform, Leute also, denen von der Menschlichkeit, die den Mörder auszeichnet, nichts blieb als die physische Fähigkeit, zu hauen und zu stechen. Als Menschenmaterial des Staates und Werkzeuge des Souveräns haben sie keine „niedrigen Beweggründe“ zu haben und stattdessen eine hohe Moral und tüchtige Gesinnung. Es sind Idealisten, die dem politischen Leitsatz geweiht sind, daß, gehe auch die Welt darüber zugrunde, Ordnung sein muß. Wer nichts als seine Pflicht tut, der ist allemal ein produktiverer Arbeiter des Todes als Jack the Ripper, Haarmann und Konsorten. Eigennutz mordet, Gemeinnutz exekutiert. Die deutsche Friedensbewegung allerdings, die entschlossen scheint, ihren Widerwillen gegen den Krieg mit Bittgottesdiensten, Schweigeminuten und Friedshofslämpchen vorzutragen, kümmert dieser Unterschied nicht. Soldaten müssen Mörder sein, damit die pazifistische Unschuld, vulgo: die Betroffenheit, so recht zum Vorschein kommt. Der Staatsbürger tut so, als seien die Mörder eine fremde Rasse von einem andern Stern, das Verwerfliche schlechthin und ein Auswuchs der Menschheit. Für soviel Frieden wie möglich, für so wenig Krieg wie nötig: Als wollten die gesinnungstüchtigen Demokraten zu verstehen geben, daß, was die Demoskopien schon über die Bewußtseinspaltung der Deutschen ermittelten 80 Prozent sind gegen den Einsatz der Bundeswehr, 80% für den Krieg -, auch tatsächlich zutrifft, schreiben die Friedensfreunde die Parole „Krieg = Mord“ auf die weißen Kapitulationsfetzen, die zuletzt im Mai '45 vorgekrämt wurden. Der drastische Vergleich, der wohl äußerste Empörung und unbedingten Widerspruch ausdrücken soll, deutet das geheime Einverständnis mit der Obrigkeit schon an und gibt zu erkennen, wie nah den Pazifisten das vermeintlich ganz andere doch liegt. Sie verstehen ihren Staat viel zu gut, als daß sie ihn begreifen, sie verteufeln die Soldaten viel zu sehr, als daß sie das Gewaltmonopol kritisieren könnten. Wie man 1945 gegen den Krieg war, weil er verloren ging, so ist

man heute für den Frieden, solange man den Vorteil hat und weil es gemütlicher ist. Die zur Schau getragene Angst vor der Apokalypse läßt durchschimmern, wie herzlich egal einem deutschen Pazifisten Leichen sind, solange sie nicht vom eigenen Volkkörper stammen. Deshalb ist der Krieg in Nahost anstößig, weil keine Zeit mehr zum Mitleid mit den Deutschen bleibt.

So geht es nicht gegen den Krieg, sondern bloß um den Frieden, nicht gegen das staatliche Gewaltmonopol, sondern für seinen umwelt- und seelenverträglichen Gebrauch, nicht um den wirklichen Krieg, sondern um den Krieg als das Symbol der notorischen Friedensunfähigkeit des Menschen an sich. Der Krieg ist das Menschlich-Allzumenschliche, gegen das nur angebetet werden kann, Anthropologie pur, gegen die man in dem traurig-schönen Bewußtsein anrennt, sie doch nicht ändern zu können. Der Krieg um Kuwait tritt in die dem deutschen Seelenleben unverzichtbare Haushaltsstelle des Urbösen, für die der letzten Friedensbewegung vor zehn Jahren die Atombombe gerade gut genug war. Schon damals ahnte jeder, daß die Bombe zwar überall, aber bestimmt nicht auf Deutschland fallen würde - und gerade deshalb erklärte sich die geteilte Nation zum Nabel der Welt und zum vom Atomtod auserwählten Volk. Die Angst vor der Bombe war die Schauseite der Lust, die aus dem einfachen Umkehrschluß zu destillieren war, daß, wer zur Zielscheibe sämtlicher bösen Mächte auserkoren wurde, das Gute schlechthin sein muß und eine wahre Lichtgestalt. Was nach den Geboten der Logik blühender Unfug ist, nämlich von der Aussage „Alle Deutschen sind Menschen“ auf den Satz „Alle Menschen sind Deutsche“ zu folgern, das gelang doch mit der Behauptung „Die Deutschen sind die Opfer der Bombe“, aus der die schöne These „Nur die Deutschen sind die Opfer und sind es immer gewesen“ abgeleitet wurde. Man empfand sich, wie als eigentliches Opfer der Bombe und der Amerikaner, so als wahrer Leidtragender des Nationalsozialismus, der die Vernichtung der Juden nur betrieben hatte, um die deutsche Kultur ärmer und die Nation ein für alle Mal unmöglich zu machen. Der verschämte Antisemitismus der damals gängigen Reklame für „Extremismus“ und den „nuklearen Holocaust“ an den Deutschen hat sich mittlerweile zur herzlichen Gleichgültigkeit gegen die Bedrohung Israels mit deutschem Gift-

gas gemausert; ebenso ohnmächtig wie lüstern lauert der aktuelle Pazifismus auf den Augenblick, an dem Israel, allen Mahnungen und Predigten zum Trotz, auf Vergeltung zu verzichten, endlich zurückschießt, damit das Bild vom ewigen Juden, der keine Gnade kennt, nur Auge um Auge, Zahn um Zahn, am Ende wieder ins Lot kommt. Der ersten Friedensbewegung ging es, so gestand Alfred Mechttersheimer, nicht um Pershings oder Cruise missiles, sondern um die deutsche Frage; der zweiten geht es um deutsche Antworten; und der dritten um Menschenrechte. Soldaten haben Mörder zu sein, weil man einen veritablen ‚Befehlsnotstand‘ nur zu gut verstehen kann und dies doch um keinen Preis zugeben wird. Die Israelis haben nichts anderes im Sinn zu haben als eine Vergeltung, die der Massenvernichtung der Juden doch noch gerecht würde, die Rache, die man sich verdient hat und von der für die Deutschen doch eine Ausnahme gemacht werden soll. Weil es an und für sich und insbesondere für die Deutschen unbegreiflich ist, dass Auschwitz für sie ohne einschneidende Folgen blieb, gerade darum beargwöhnen der Pazifismus und seine antiimperialistische Vorhut Israel als die eigentlich am Krieg interessierte Partei und vermuten, dem „alttestamentarischen Staat“, wie ihn das TV titulierte, ginge es in Wahrheit um die endgültige Abrechnung. Weil die Juden trotz Auschwitz nicht zu besseren Menschen wurden, hatte man unter deutschen Friedensfreunden schon immer gemunkelt, die Palästinenser seien die „Opfer der Opfer“ und sie daher zu Deutschen ehrenhalber ernannt. Nicht als Unterdrückte einer nationalistischen Politik waren sie interessant, sondern als Opfer einer „systematischen zionistischen Vertreibungs- und Ausrottungspolitik“, als die Schlesier und Ostpreußen vom Jordan, denen das Schlimmste kurz bevorsteht. Wenn nun, bei der Verwüstung des jüdischen Friedhofes im badischen Ihringen, die Parole „Irak siegt!“ auf die Grabsteine geschmiert wird, dann wird der Inhalt der nächsten Etappe sichtbar, den deutsche Avantgarde bereits im Auge hat, den Übergang von der gespielten Gleichgültigkeit zur offenen Aggressivität, die sich jetzt noch hinter dem verdächtig einmütigen Ekel vor dem „Hitler von Bagdad“ verbirgt. Weil die Mitglieder einer bürgerlichen Gesellschaft wie selbstverständlich in der Wolle gefärbte Fans der freien Marktwirtschaft sind, die im Prinzip des gerechten Tausches nichts anderes dar-



stellt als tagtägliche Vergeltung und damit die ökonomische Urform des Gleich um Gleich, das Prinzip, von dem doch jeder Lottospieler für sich eine Ausnahme gemacht haben möchte, darum wird, was öffentlich über den grünen Klee gelobt wird, doch eigentlich von allen verteufelt. Es sind dieser Haß auf die repressive Egalität und diese heimliche Verbitterung über die bürgerliche Gleichheit als krud ökonomische Vergleichung, die im Antisemitismus sich aussprechen. Die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland hat beides - das Äquivalenzprinzip als Basisideologie kapitalistischer Vergesellschaftung und den Antisemitismus ohne Juden als Erbteil der Volksgemeinschaft -, derart fugendicht miteinander verschmolzen, daß man schon gar nicht mehr weiß, ob die Geistesverfassung der Friedensbewegten noch aus ideologischer Verblendung oder schon aus genauer Absicht sich speist. Sterben für Tel Aviv? Mangelt es bloß an Bewußtsein über die im bürgerlichen Gesellschaftszustand unheilbare Fortsetzung der Politik mit kriegerischen Mitteln, die die Demonstranten für „politische Lösungen“ eintreten läßt, oder ist es bereits Absicht, die den antizionistischen Vernichtungswillen der irakischen Diktatur zuhause aussitzen will? „Kein Blut für Öl“? Wessen Blut denn? Wie hoch darf einem deutschen Pazifisten der Preis sein, damit er noch ‚gerecht‘ ist? Giftgas auf Israel ist noch lange kein Grund, die Idee, es gebe gerechte Gewalt, nicht in Bausch und Bogen abzulehnen; Ausnahmen werden nicht gemacht, Extrawürste nicht gebraten, schon gar nicht für Juden.

Darin gleicht der deutsche Friedenswille den Unschuldsbeteuerungen von Killern, die sich vor Gericht auf ihre guten Absichten herausreden wollen. Der staatlich garantierte soziale Friede soll mit dem staatlich inszenierten Krieg, der normale Geschäftsgang des Weltmarktes mit seiner gewalttätigen Aufrechterhaltung nicht das mindeste zu tun haben und die Regel erst recht nichts mit der Ausnahme. Der Friedensbewegung zum Trotz ist Gewalt eine Lösung - und zwar für die Schwierigkeiten, die Herrschaft und Ausbeutung sich selbst bereiten. Wo der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der anderswo Millionen ins Elend treibt, nur dann der Rede wert ist, wenn er als lautstarke Gewalt derart explodiert, daß sogar, wie es im Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 26. Januar 1991 hieß, die „Zerstörung der Zukunft“ droht, da steht zu befürchten, daß die vom Fernsehen im Dutzend aufgebotenen Experten für den Umgang mit kindlicher Kriegsangst in Wahrheit nicht den lieben Kleinen etwas Gutes tun, sondern vielmehr ihren Erzeugern aus der Seele sprechen wollen. Die Naivität jedenfalls, mit der, getreu der Parole „Krieg ist nur ein Ergebnis unserer Phantasielosigkeit“, in jedem Winkel für den Frieden getrommelt und gepfeifen wird, gleicht im Resultat den bunten Bildchen, zu denen die Kinder ihre Angst mit Malstiften und kreativer arbeiten sollen. In aller Unschuld vorgeschlagene Aktionen wie etwa die von der taz protegierte der Frauenaktion Schehezerade, man solle, zwecks „Weltabstimmung“ gegen Krieg, den Strom-

verbrauch erhöhen, sind von jener bösartigen Infantilität, der kein Kind fähig wäre. Und wie die Weigerung, erwachsen zu werden, meistens nicht weit führt, so ist auch der Zusammenbruch dieser Protestbewegung absehbar, wenn es erst wieder normal geworden sein wird, daß die Bomben fallen, aber nicht hier. Allerdings wird die kommende Pleite des Pazifismus alles andere als die Niederlage der Pazifisten sein: Wo es darum zu tun ist, sich selbst von „niedrigen Beweggründen“ frei zu sprechen, da fällt allemal, zumal im Verein, ausreichend psychischer Mehrwert ab, um für die harten protestlosen Zeiten verproviantiert zu sein. Dies Vergnügen am aufrechten Selbst ist

die Ersatzdroge für Leute, die den ökonomischen Mehrwert bestenfalls anstaunen können.

Der Krieg um Kuwait als bewaffneter Konflikt zwischen Weltpolizei und Ruhestörer, als gewalttätige Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus der kapitalistischen Demokratien und dem notwendig, da aus Mangel ökonomischer Ressourcen, autoritären Sub-Imperialismus Iraks mag ausgehen, wie immer er will. Kriege gehören zum Kapitalismus wie Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Erdbeben zur Natur. Wie bei jedem Krieg als einem gesellschaftlich organisierten Naturereignis, zu dem alle ihr Scherflein beitragen, ohne es nachher gewesen zu sein, geht es auch bei diesem Krieg nicht um die Frage, wer ihn gewinnt, sondern einzig darum, daß er endlich aufhört. Weil bestenfalls zur Debatte steht, wer, zwecks Erzeugung von Kampfmoral und Beschaffung von Kriegsgründen, über die besseren Lügen und die schlagkräftigeren Ideologien verfügt, ginge es in Wahrheit darum, die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Krieges theoretisch wie praktisch zu kritisieren, das heißt die Geschäftsordnung und nicht den einzelnen Kuhhandel. Die zigtausend Toten, die der Krieg bislang schon gefordert hat, verlangen nicht Moralinspritzen oder Parteinahme für einen der Kontrahenten, sondern Widerspruch und Widerstand gegen die Bedingungen seiner Möglichkeit, das heißt gegen den Naturzustand, in dem sich die als Nationalstaaten verfaßten bürgerlichen Gesellschaften notwendig befinden und in dem es in letz-

ter Instanz keinen anderen Richter geben kann als die Entscheidung der Waffen. Weil die Staaten im Weltmarkt, „im äußeren Verhältnis gegeneinander betrachtet (wie gesetzlose Wilde), von Natur in einem nicht-rechtlichen Zustande sind“ (Kant), darum kann Frieden nur werden im Ergebnis des radikalen Bruchs mit Staatlichkeit schlechthin und mit dem Naturzustand, in den die Gesellschaften als bürgerliche durch das Kapital versetzt werden.

Insoweit der Krieg um Kuwait jedoch zum Krieg gegen Israel eskaliert wird und solange es zum praktischen wie ideologischen Arsenal der irakischen Diktatur gehört, einen „antizionistischen Befreiungskrieg“ zur Vernichtung Israels zu führen, steht etwas anderes auf der Tagesordnung. Das Existenzrecht Israels ist unverzichtbar und ein kategorischer Imperativ, der keiner Begründung bedarf. Und weil die Linke in Deutschland zur ökopazifistisch-deutschnationalen Erweckungsbewegung verkam, weil ihr Bodensatz so unwillig wie unfähig ist, den falschen Freunden Israels“ (Meinhof 1967) in die Parade zu fahren, darum ist es immerhin besser, daß Israel falsche Freunde hat als gar keine. Diese staatstragenden Sympathisanten Israels sind die militaristischen Zwillinge seiner pazifistischen Verächter; deutsch bis in die Knochen sind sie beide. Das Credo etwa des Ex-Generals Schmückle, der im Frühstücksfernsehen erklärte, die Bundeswehr schütze von ihren Stützpunkten in der Türkei nicht zuletzt Israel und treibe damit Vergangenheitsbewältigung und „praktische Trauerarbeit“, speist sich aus jenem perversen Neid schon der Nazis auf das ‚ausgewählte Volk‘, dem man den Platz an der Sonne streitig machen wollte: „Hätte man die Juden, statt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen, der Zweite Weltkrieg wäre anders ausgegangen“ (Meinhof 1967). Was die Militaristen für Israel eintreten läßt, ist nicht Solidarität mit den Juden oder gar „Verantwortung vor der Geschichte“, sondern bloßes Kalkül, abhängig von den Opportunitätserwägungen des Augenblicks. Als Richard Weizsäcker kürzlich in Jad Vaschem den Juden den Satz ins Stammbuch schrieb „Wer Dich antastet, der tastet meinen Augapfel an“, da drückte das Bibelzitat aus, wie sehr man es genießt, daß der in Deutschland angeblich randständige Antisemitismus zum eigenen innen- wie außenpolitischen Vorteil von der internationalen Politik reproduziert wird. Israel repräsentiert dem Antisemiten die ihm

unabkömmliche Figur des guten Juden‘, den Vorwand, der das längst gefällte Urteil rechtfertigt. Denn die Stellung Israels in der Weltpolitik entspricht der klassischen Rolle der Schutzjuden des Mittelalters: Von der BRD zwecks Wiedergutmachung nicht der Vernichtung, sondern der Nation hofiert, von den USA subventioniert und, als einzige bürgerliche Demokratie der Dritten Welt, vom Westen privilegiert, ist es doch zugleich abhängig von den strategischen Interessen und der Willkür der Herrschenden. Wie die Pogrome ihre Logik darin hatten, die Juden stellvertretend für Herrschaft, die man nicht anzutasten wagte, abzuschlachten, so hat der Antizionismus der arabischen Nationalisten seine Räson daran, im Windschatten des Kampfes gegen Israel, das „Bollwerk des US-Imperialismus in Nahost“, mit den eigenen Pfunden besser wuchern zu können. Man schlägt den Sack, um dem Esel nicht weh zu tun. Die Privilegien Israels sind die Kehrseite seiner existentiellen Bedrohung. Die naive Frage der Friedenswilligen, warum denn Israel in Sachen Palästina ungeachtet aller UNO-Resolutionen erlaubt werde, was anderen Staaten, dem Irak zum Beispiel, völkerrechtlich untersagt und mit B-52 verboten wird, ist der trostlose Reflex dieser Lage. Darin leben der dumpfe Haß auf alle, die gleicher als gleich zu sein scheinen, und der Neid, der an den Juden bekämpft, was er selber begehrt.

Darum wird der Krieg, wie immer er enden mag, jedenfalls zu Lasten Israels ausgehen. Denn die tödliche Dialektik des Nationalstaates, die in die Spirale der Nichtanerkennung Israels durch die Mehrheit der arabischen Welt und der zunehmenden Unterdrückung der Palästinenser führte, kann nicht mit den Mitteln einer Politik gebrochen werden, die den Frieden, den sie der Legende zufolge stiften soll, durch ihr Wesen: Herrschaft vorab dementiert, und nicht mit den Mitteln von Staaten, die den Antisemitismus, den sie im Innern erzeugen müssen um ihre Gesellschaft zum Volk zu formieren, auch nach außen projizieren, indem sie Israel je nach Interessenlage dämonisieren oder anhimmeln. Der Nationalstaat widerspricht der Idee der „freien Assoziation“ (Kant) prinzipiell - aber unter den Nationalstaaten ist Israel der einzige nach Lage der Dinge und dem Zustand der Geschichte vernünftige: ein Widerspruch, der, wie es im alternativ-pazifistischen Jargon so lieb heißt, „ausgehalten“ werden muß. Weltrevolution, Aufhebung von Ausbeutung und Herr-

schaft, ist das einzige diesem Zustand angemessene Urteil und bleibt doch ohnmächtige, fast lächerliche Idee.

Soldaten sind keine Mörder, sondern Schlimmeres und anderes. Weil sie nicht von „niedrigen Beweggründen“ getrieben werden, sind sie, im Gegensatz zu Mördern, zu allem fähig. Auch dazu, im Widerspruch nicht nur zu ihren persönlichen Absichten und ihrer politischen Funktion, wider Willen und Auftrag also, etwas Vernünftiges zu bewirken. Und weil der materialistische Gedanke niemandem mehr einleuchten mag, daß der bürgerliche Gesellschaftszustand zwischen Absicht und Ergebnis vor allem Entfremdung und Verkehrung setzt, und daß daher jemand, der dem Guten zum Endsieg verhelfen will, allerhand Grausiges anrichten kann, darum sollte man die Pazifisten ganz allgemein und ohne der vom Spiegel verbreiteten Behauptung, Saddam Hussein sei der „Hitler von Bagdad“, zuzustimmen, doch daran erinnern, daß die Alliierten des Zweiten Weltkrieges keineswegs nur uneigennützig Absichten hatten und das Ergebnis ihres Kampfes trotzdem nicht, wie man daher annehmen könnte, eine Niederlage gewesen ist, sondern eine Befreiung. Die Interessen der USA und ihrer Verbündeten mögen so imperialistisch und verabscheuungswürdig sein, wie sie es auf jeden Fall sind - solange und insoweit diese Interessen die Verteidigung Israels gegen Angriffe mit deutschem Giftgas implizieren, stehen sie außerhalb jeder Kritik. Den pazifistischen Lämmern geht dieser Doppelcharakter des Krieges im Nahen Osten über den Horizont, und darum machen sie sich einen Sport daraus, ihren militaristischen Doppelgängern den Marsch zu blasen und ihnen die Sonntagspredigt zu halten. Aber das sollen sie gefälligst unter sich ausmachen. Denn daß die Forderung nach sofortiger Beendigung des Krieges und die nach Sicherheit für Israel einander ausschließen, ist so unerhört wie wahr. Solange diese Alternative besteht, ist es anstößig, das Wort vom Frieden in den Mund zu nehmen.

Initiative Sozialistisches Forum (ISF)

Dieser Text ist dem Buch: „Furchtbare Antizionisten, Ehrbare Antisemiten“ entnommen, das kürzlich in 2. Auflage im Ca Ira Verlag erschien.

Jihad UND JUDENHASS

Jihad und Judenthass

DER ANTISEMITISMUS IST KEINE BEIGABE ZUM ISLAMISMUS, SONDERN DESSEN KERN. VON MATTHIAS KÜNZEL

Was treibt die Islamisten in Jerusalem, Bali und New York zum suizidalen Massenmord? Die gängige These vom „Verzweiflungstäter“ ist offenkundig falsch. Erstens ziehen nirgendwo sonst Menschen aus ihrer hoffnungslosen Lage die Konsequenz, sich in voll besetzten Bussen oder Restaurants in die Luft zu sprengen. Zweitens sind die testamentarischen Videobotschaften der Attentäter nicht von Verzweiflung, sondern von Stolz und Begeisterung gekennzeichnet. Drittens haben Islamisten friedliche Lösungen im Nahostkonflikt nicht gefördert, sondern in Blutbädern ertränkt.

Aufschlussreicher ist der Blick zurück. Nur im Kontext seiner 70jährigen Geschichte lässt sich der gegenwärtige Islamismus deuten. Als sich jüngst ein Sprecher der Hamas über die strategische Schwäche „der Juden“ mokierte, „mehr als andere das Leben zu lieben und es vorzuziehen, nicht zu sterben“, knüpfte er unmittelbar an Hassan al-Banna, den Gründer der Gesellschaft der Muslimbrüder an. „Nur derjenigen Nation“, dozierte al-Banna im Jahre 1938, „welche die Industrie des Todes perfektioniert und die weiß, wie man edel stirbt, gibt Gott ein stolzes Leben auf dieser Welt und ewige Gunst in dem Leben, das noch kommt.“ Schon damals wurde von den „Truppen Gottes“, wie die Muslimbrüder sich nannten, dieser Todeskult zelebriert. Wann immer ihre Bataillone in semi-faschistischer Formation durch die Straßen Kairo marschierten, erklang ihr Lied: „Wir haben keine Angst vor dem Tod, sondern wir ersehnen ihn ... Lasst uns für die Erlösung der Muslime sterben!“

Die Muslimbrüder waren es, die 1928 den Islamismus als erste islamische Massenbewegung begründeten. Sie waren es, die im Kontext der Weltwirtschaftskrise den kriegerischen Jihad und das Ideal des Märtyrers für die Neuzeit entdeckten. Für den gegenwärtigen

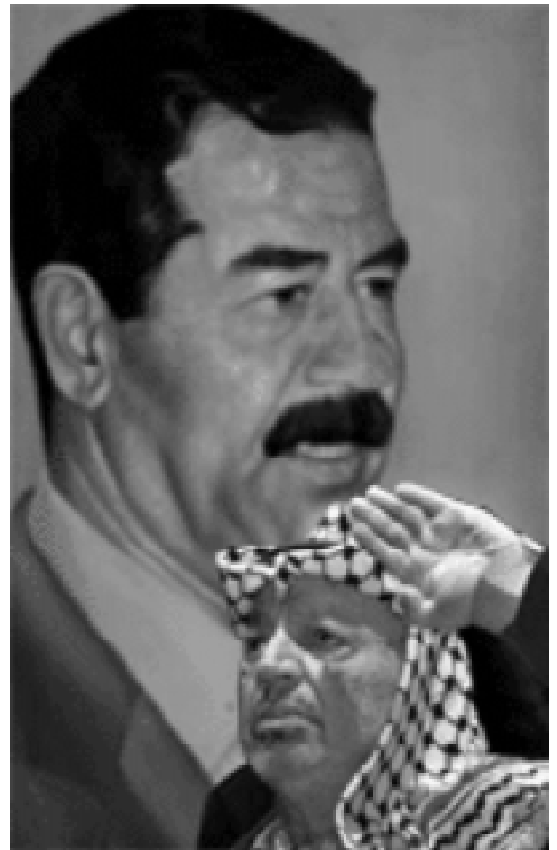
Islamismus sind die Muslimbrüder das, was die Bolschewiki für die Kommunisten des 20. Jahrhunderts waren, der ideologische und organisatorische Bezugspunkt, der das Nachfolgende inspirierte und bis heute inspiriert.

Zwar hatte sich die Bruderschaft als regressive Bewegung gegen die britische Herrschaft und die „kulturelle Moderne“ konstituiert. Sie forderte die Abschaffung von Zins und Profit zugunsten einer diktatorisch durchgesetzten Interessengemeinschaft von Arbeit und Kapital. Sie agitierte als Kampfbund eifernder Männer für die Unterjochung der islamischen Frau. Sie revoltierte gegen alle sinnlichen und materialistischen Versuchungen der kapitalistischen und kommunistischen Welt. Doch die Kampagnen der Muslimbrüder nahmen nicht den Imperialismus oder seine ägyptischen Statthalter, sondern den Zionismus und die Juden ins Visier. Nicht als antikoloniale, sondern als anti-jüdische Bewegung wurden sie zur Massenorganisation. 1936 zählten sie 800 Mitglieder, 1938 waren es 200 000. Dazwischen konzentrierten sich, angespornt vom Mufti von Jerusalem in Palästina, ihre Aktivitäten auf anti-jüdische Massendemonstrationen, Judenboykotts und antisemitische Hetzkampagnen.

Von Anfang an war das Denken der Muslimbrüder von einer antisemitischen Struktur geprägt, welche alle Erscheinungen des Lebens einem Opfermythos unterordnet und binär codiert. Man wählte das Gute - den orthodoxen Islam in seiner ursprünglichsten Form - im Existenzkampf mit dem Bösen - den Hedonisten, den Zionisten oder der Suez Canal Company -, um durch Abgren-

zung vom wesenhaften Feind die homogene Gemeinschaft zu schmieden. Seit 1936 hatte diese Denkstruktur ihr am besten geeignetes Objekt gefunden und sich in anti-jüdischen Pogromen ausgetobt.

Doch erst nach dem 8. Mai 1945 erreichte die ideologische Annäherung der Bruderschaft an die Nazis durch die Übernahme der anti-jüdischen Weltverschwörungstheorie ihren Höhepunkt. Im November 1945 kündigte sich die Verschiebung des antisemitischen Zentrums von Deutschland in die arabische Welt erstmals an. Die Muslimbrüder verübten anlässlich des Jahrestages der Balfour-Deklaration ihr bis dahin größtes anti-jüdisches Pogrom. Sie steckten Synagogen in Brand, plünderten Häuser und Geschäfte, töteten sechs Menschen und ver-



letzten hunderte. Die Ausschreitungen brachten zum Ausdruck, was sich seither als islamistische Konstante erwies: Die Vernichtung der europäischen Juden durch Nazi-Deutschland wurde wenn nicht gebilligt, so doch ignoriert. Auf der Grundlage ihrer Weigerung, die Shoah als Verbrechen anzuerkennen, wurde der 1947 gefasste Beschluss der Vereinten Nationen zur Gründung Israels verschwörungstheoretisch interpretiert: als - so al-Banna - „internationaler Komplott, ausgeführt von den Amerikanern, den Russen und den Briten unter dem Einfluss des Zionismus“.

Seither gilt den Islamisten als Gewissheit, was Ussama bin Laden im November 2001 so formulierte: „Die jüdische Lobby hat Amerika und den Westen als Geiseln genommen.“ Als wichtigste globale Ambition dieser „jüdischen Lobby“ wird die Zerstörung des Islam imaginiert. Mit ihr wähen sich die Islamisten in einem Kampf um Tod oder Leben, in dem sie „dem Feind das größtmögliche Grauen bei relativ geringen Verlusten für die Islamische Bewegung“ (Ayman al-Zawahiri) beizubringen suchen.

Suizidale Massenmorde wie am 11. September 2001 sind die Fortsetzung islamistischer Politik mit anderen Mitteln. Als Nahziel will man den Rückzug der USA aus der arabischen Welt erzwingen, um Israel auslöschen und die panarabische Sharia-Diktatur errichten zu können. Gleichzeitig haben die Septembermassaker die Islamisten an die Spitze der Pseudogegegnen des Kapitalismus katapultiert. Von Nazis gefeiert und von Globalisierungsgegnern unterstützt, konzentrieren sie die Unzufriedenheit mit Zuständen, die aus der Totalität des Kapitalismus resultieren, auf das „amerikanisch beherrschte“ Israel und die „von Juden dominierten“ USA.

„Hitlers islamistische Erben“ (Jehuda Bauer) verfügen über große Finanzmittel, global organisierte Netzwerke und eine kohärente Ideologie. Sie haben den emanzipatorischen Antikolonialismus durch einen eliminatorischen Antisemitismus ersetzt, der die Welt ein weiteres Mal durch die Vernichtung alles „Jüdischen“ erretten will. Dennoch will man gerade in Deutschland von dieser Dimension der islamistischen Weltanschauung nichts wissen. Die Tatsache, dass die folgenden Textauszüge hier erstmals auf Deutsch publiziert werden, spricht für sich. Oder wird der Blick gerade deshalb vermieden, weil uns hier tatsächlich „die Fratze der eigenen Geschichte“ entgegenblickt?

BIN LADENS LEHRER

**EINIGE NOTWENDIGE ERLÄUTERUNGEN ZU DEN DOKUMENTEN.
VON MATTHIAS KÜNTZEL**

Sprache der Vernichtung

Auf diesen Seiten werden Auszüge aus zwei grundlegenden Dokumenten des Islamismus in deutscher Erstveröffentlichung dokumentiert. Der Autor von „Unser Kampf mit den Juden“, Sayyid Qutb (sprich: Kutup), ist hierzulande kaum bekannt. Dabei ist die Mobilisierung für den Islamismus seit spätestens 1967 untrennbar mit der Verbreitung der Schriften dieses Führers der ägyptischen Muslimbruderschaft verbunden. Qutbs Schriften wurden in alle wichtigen Sprachen der islamischen Welt übersetzt. Sie können hinsichtlich ihrer Zirkulation und ihres Einflusses durchaus mit der Bedeutung des Kommunistischen Manifests für die frühe europäische Arbeiterbewegung verglichen werden.

Nach Qutbs Überzeugung war es die „jüdische“ Kultur des Westens, deren Ausbreitung die muslimische Welt in eine durch soziales Chaos und sexuelle Freizügigkeit gekennzeichnete Barbarei, die so genannte jahiliyya, zurückgeworfen habe, wie sie zuletzt unter den Beduinenstämmen Arabiens vor der Ankunft des Propheten üblich gewesen sei. Die radikale Abkehr von dieser gottlosen Gesellschaft und der Jihad für die Errichtung einer neuen und wahrhaft gerechten islamischen Weltordnung habe mit der Beseitigung der gottesabtrünnigen Machthaber der islamischen Welt zu beginnen.

Qutbs Essay „Unser Kampf mit den Juden“ wurde 1950, kurz nach der Gründung Israels, verfasst, in der arabischen Welt wurde er aber erst im Anschluss an den Sechstagekrieg von 1967 populär. 1970 sorgten die Herrscher Saudi-Arabiens für unzählige Nachdrucke, die sie in der gesamten islamischen Welt verbreiteten, bot doch Qutbs Komplotttheorie, wonach die Führer der arabischen Welt zionistische Agenten seien, eine wohlfeile Erklärung für die arabische Niederlage von 1967.

In Qutbs Text wird ein originär islamisch begründeter Juden Hass mit den verschwörungstheoretischen Elementen des europäischen Antisemitismus perfekt synthetisiert. Sein erster Teil verweist auf eine Legende aus dem Früh-

islam, der zufolge sich die drei jüdischen Stämme Medinas mit den „Polytheisten“ Mekkas gegen den Propheten Muhammad verschworen haben sollen. Muhammad soll daraufhin zwei dieser Stämme vertrieben, die Männer des dritten jüdischen Stamms aber getötet und ihre Frauen und Kinder in die Sklaverei verkauft haben. Die Übertragung derartiger Religionskämpfe aus dem 7. Jahrhundert auf die Gegenwart - für jeden Laizisten eine wahnwitzige Idee - gilt Islamisten freilich als religiöses Gesetz: So wie einst Muhammad Medina, so sollen seine Nachfahren heute Palästina vom jüdischen Einfluss „befreien“.

Der zweite Teil des Textes greift als Vorbild das antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ auf. Hier wird nicht nur alles Jüdische als böse, sondern zugleich alles Böse als jüdisch halluziniert. Beispielhaft spielt Qutb auf Karl Marx, Sigmund Freud und Emile Durkheim an, die er für den Materialismus, die sexuelle Wollust und die Zerstörung der islamischen Familie verantwortlich macht.

Als Gamal Abdel Nasser den 60jährigen Sayyid Qutb 1966 hinrichten ließ, kümmerte sich dessen in Saudi-Arabien ansässiger Bruder Muhammad um die Weiterverbreitung seiner Texte. Als Professor an der saudischen Universität von Jeddah gehörte Muhammad Qutb zu den wichtigsten Lehrern Ussama bin Ladens, der in den siebziger Jahren hier studierte. Später wurden die Schriften Sayyid Qutbs in den afghanischen Lagern bin Ladens wie auch in den palästinensischen Ausbildungszentren der Hamas als Pflichtlektüre eingeführt. Doch auch in der Harburger Wohngemeinschaft der Attentäter des 11. September waren seine Schriften präsent.

„Immer wieder seien Verschwörungstheorien aufgestellt worden, nach denen ‘die Juden’ durch hervorgehobene Stellungen in Politik, Medien und Wirtschaft die Macht in Amerika längst übernommen hätten“, sagte ein Zeuge über den Charakter der Harburger WG-Debatten im Hamburger Prozess gegen einen Kumpanen von Mohammad Atta. (FAZ, 13. November 2002) Ein geradezu „nationalsozialisti-

sches Weltbild“ soll Atta auch von Teilnehmern der von ihm initiierten „Koran-Runden“ an der Harburger Technischen Universität attestiert worden sein: „‘Die Juden’, das waren für ihn die reichen Strippenzieher der Medien, der Finanzwelt, der Politik, und natürlich steckten auch hinter dem Einsatz der Amerikaner am Golf die Juden, hinter den Kriegen auf dem Balkan, in Tschetschenien, überall. (...) Und ‘das Zentrum des Weltjudentums’, so sah es Atta, war New York. Atta wünschte sich einen Gottesstaat vom Nil bis zum Euphrat, frei von Juden, und sein Befreiungskrieg musste in New York beginnen.“ (Spiegel, 36/2002) In keinem anderen Dokument des Islamismus aber wird diese Weltanschauung kohärenter ausgeführt als in der Charta der Hamas.

Der weltweite Krieg der Hamas

Die islamistische Widerstandsbewegung Hamas wurde 1987 als palästinensischer Zweig der Muslimbruderschaft gegründet. 1988 veröffentlichte sie ihre bis heute unverändert gültige „Charta“. Sie kennzeichnet darin ihren Jihad als ein Kettenglied, das mit dem anti-jüdischen Kampf der Islamisten, wie er 1936 unter der Führung von Amin el-Husseini, dem Mufti von Jerusalem, praktiziert wurde, untrennbar verbunden sei.

In der Tat knüpft die Hamas an die Politik des Mufti an. So werden in der Charta die „Protokolle der Weisen von Zion“ als ein authentisches Dokument präsentiert. Die Juden werden als das Weltübel par excellence halluziniert und nicht nur für die Französische Revolution und den Ersten Weltkrieg, sondern auch für den Zweiten Weltkrieg, die Ausbeutung der Dritten Welt durch den Imperialismus und den Drogenschmuggel verantwortlich gemacht. Folgerichtig definiert sich die Hamas als „universelle“ Bewegung und als „Speer Spitze und Avantgarde“ im Kampf gegen den „Weltzionismus“, folgerichtig gilt ihr der Jihad gegen Israel lediglich als erste Etappe eines weltweiten islamischen Kriegs, der die Juden vernichten will, um die Welt zu retten.

Die Art und Weise, wie Juden getötet werden, gibt Auskunft auf die Frage, warum sie getötet werden. Es ist diese Kopplung an eine wahnwitzige Reinheits- und Erlösungsmission, die den Antisemitismus der Islamisten zum eliminatorischen macht, die den Hass auf Juden größer werden lässt als die Furcht vor dem eigenen Tod und die den suizidalen Massenmorden der Hamas ihr Motiv verleiht. Es ist die

Enthumanisierung der Juden und ihre Dämonisierung zum Menschheitsfeind, was die Islamisten veranlasst, als „jüdisch“ markierte Menschen unterschiedslos in Bussen, Restaurants, Diskotheken, Musicaltheatern oder Wolkenkratzen zu töten und jede noch so vage Gelegenheit für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts mit immer neuen Massakern zu torpedieren.

Anders als es in Deutschland kolportiert wird, sind diese Massenmorde somit keine Akte der Verzweiflung, keine Reaktion auf eine bestimmte israelische Politik, da es um das „konkrete Israel“ ohnehin nicht geht. Was immer die israelische Regierung unternehmen mag, wird stattdessen einer Sichtweise untergeordnet, die den jüdischen Staat als Repräsentanz des Bösen auszulöschen sucht.

Die Tatsache aber, dass bei der unendlichen journalistischen Forschung nach den Motiven für die suizidalen Massenmorde an israelischen und US-amerikanischen Zivilisten das Programm der Hamas in Deutschland nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde - das Selbstverständlichste also nicht ge-

schah -, verleiht der 1969 formulierten Warnung Léon Poliakovs neue Aktualität: „Wer den Antisemitismus in seiner primitiven und elementaren Form nicht anprangert, und zwar gerade deshalb nicht, weil er primitiv und elementar ist, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht dadurch den Antisemiten in aller Welt ein Zeichen heimlichen Einverständnisses gibt.“

Der folgende Textauszug umfasst nur etwa 15 Prozent der Charta, die zahlreiche weitere Inhalte - etwa die den Frauen vom Islamismus zugewiesene Rolle oder die Frage „korrekter“ islamistischer Kunst - thematisiert. Für diese Dokumentation wurde auf die unter www.palestinecenter.org/cpap/documents/charter.html einsehbare englische Gesamtübersetzung zurückgegriffen.

Die partielle Wiedergabe des Essays von Qutb basiert auf der englischen Teildokumentation des Textes in dem Aufsatz „Past Trials and Present Tribulations: A Muslim Fundamentalist Speaks on the Jews“ von Ronald L. Nettler in: Michael Curtis (ed.), Antisemitism in the Contemporary World, London 1986, S. 102ff.

DOKUMENTATION

Unser Kampf mit den Juden

VON SAYYID QUTB

Altes Leid...

Der erbitterte Kampf, den die Juden gegen den Islam angezettelt haben (...), ist ein Krieg, der in beinahe 14 Jahrhunderten nicht für einen einzigen Moment unterbrochen worden ist, der sich bis zu diesem Moment fortsetzt und sein Feuer in allen Ecken dieser Erde auflodern lässt. (...) Von ihrem ersten Tag an waren Juden die Feinde der muslimischen Gemeinschaft. Die Juden waren es, die die Polytheisten aufhetzten, ihnen Versprechen machten und mit ihnen gegen die muslimische Gemeinschaft konspirierten. Die Juden waren diejenigen, die einen Krieg der Gerüchte, der verdeckten Konspiration und des Verrats innerhalb der muslimischen Reihen führten, so wie sie auch Zweifel und Verdächtigungen über den Islam verbreiteten und zu Verfälschungen des muslimischen Glaubensbekenntnisses und zu falschen Behauptungen über seine Führer anstifteten.

... und neues Unglück

Der Kampf zwischen dem Islam und den Juden setzt sich gewalttätig fort und wird auf diese Weise weitergehen, weil die Juden erst mit der Zerstörung des Islam zufrieden sein werden. (...) In der jüngsten Ära sind Juden an jedem Punkt dieser Erde die Anführer des Kampfes gegen den Islam geworden. (...) Wie Recht hatte Allah, der Allerhöchste, als er sagte: „Ihr werdet mit Gewissheit feststellen, dass die schlimmsten Feinde der Muslime die Juden und die Polytheisten sind.“ (...) Hinter der Doktrin des atheistischen Materialismus steckte ein Jude; hinter der Doktrin der animalistischen Sexualität steckte ein Jude und hinter der Zerstörung der Familie und der Erschütterung der geheiligten Beziehungen in der Gesellschaft steckte ebenfalls ein Jude. (...) Die Juden haben beharrlich Einzelpersonen und Regimes in ihrer Verschwörung gegen die muslimische Gemein-

schaft eingesetzt. (...) Die mehreren Dutzend Persönlichkeiten, die der muslimischen Gemeinschaft als „Helden“ aufgedrängt worden sind, wurden vom Zionismus geschaffen, damit diese „Helden“ für die Feinde des Islam eben das erledigen, was diese Feinde nicht selbst öffentlich erreichen können. (...) Jeder, der diese Gemeinschaft von seiner Religion und seiner heiligen Schrift wegführt, kann nur ein jüdischer Agent sein, ob er dies nun bewusst oder unbewusst, willentlich oder unwillentlich tut. (...)

Diese antagonistische jüdische Macht, die die islamische Welt bedroht, verfügt heute zudem über eine riesige Armee von Agenten: Professoren, Philosophen, Doktoren und Forscher, zuweilen auch Schriftsteller, Dichter, Wissenschaftler und Journalisten - die muslimische Namen tragen, weil sie muslimischer Abstammung sind! Und einige von diesen stammen aus den Reihen der „muslimischen religiösen Autoritäten“! (...) Die Juden befreien die sinnlichen Begierden von ihren Beschränkungen und sie zerstören die moralische Grundlage, auf der der reine Glaube basiert. Sie tun dies, damit der Glaube in eben jenen Dreck gezogen wird, den sie so reichlich auf dieser Erde verbreiten. (...) Diesen jüdischen Konsens würde man niemals in einem Vertrag oder auf einer offenen Konferenz ausgesprochen finden. Es handelt sich stattdessen um eine stille Übereinkunft zwischen dem einen Agenten und dem anderen hinsichtlich des wichtigen Ziels.(...) Es ist also eindeutig, dass die schlimmsten Feinde der islamischen Gemeinschaft die Juden sind, die sie von ihrem Glauben wegführen, die sie von Allahs Weg abbringen wollen und die sie über die Realität ihrer Feinde und deren Ziele täuschen.
Übersetzung: Matthias Küntzel



DOKUMENTATION

Die Charta der Hamas

AUSZÜGE DER CHARTA DER PLATTFORM DER ISLAMISCHEN WIDERSTANDBEWEGUNG (HAMAS)

Artikel 1:

Die Islamische Widerstandsbewegung entnimmt ihre Richtlinien dem Islam: Auf ihn gründet sie ihr Denken, ihre Interpretationen und Vorstellungen über die Existenz, das Leben und die Menschheit. Aus ihm leitet sie ihr Verhalten ab, von ihm lässt sie sich bei allem, was sie tut, inspirieren.

Artikel 2:

Die Islamische Widerstandsbewegung ist ein Flügel der Muslimbrüder in Palästina. Die Muslimbruderschaft ist eine weltweite Organisation und die größte islamische Bewegung der Neuzeit. (...)

Artikel 6:

Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine eigenständige palästinensische Bewegung, (...), die dafür kämpft, dass das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird. (...)

Artikel 7:

Weil Muslime, die die Sache der Hamas verfolgen und für ihren Sieg kämpfen (...), überall auf der Erde verbreitet sind, ist die Islamische Widerstandsbewegung eine universelle Bewegung (...) Die Hamas ist eines der Glieder in der Kette des Jihad, die sich der

zionistischen Invasion entgegenstellt. Dieser Jihad verbindet sich mit dem Impuls des Märtyrers Izz a-din al-Quassam und seiner Brüder in der Muslimbruderschaft, die den Heiligen Krieg von 1936 führten; er ist darüber hinaus (...) mit dem Jihad der Muslimbrüder während des Kriegs von 1948 verbunden, wie auch mit den Jihad-Operationen der Muslimbrüder von 1968 und danach. (...) Der Prophet - Andacht und Frieden Allahs sei mit ihm - erklärte: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn! (...)

Artikel 13:

Ansätze zum Frieden, die so genannten friedlichen Lösungen und die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästinafrage stehen sämtlich im Widerspruch zu den Auffassungen der Islamischen Widerstandsbewegung. Denn auf irgendeinen Teil Palästinas zu verzichten, bedeutet, auf einen Teil der Religion zu verzichten; der Nationalismus der Islamischen Widerstandsbewegung ist ein Bestandteil ihres Glaubens. (...) Für die Palästinafrage gibt es keine andere Lösung als den Jihad. Die Initiativen, Vorschläge und internationalen Konferenzen sind reine Zeitverschwendung und eine Praxis der Sinnlosigkeit. Das palästinensische Volk aber ist zu edel, um seine Zukunft, seine Rechte und sein Schicksal einem sinnlosen Spiel zu unterwerfen.

Artikel 15:

Wenn unsere Feinde islamische Länder usurpieren, ist der Jihad eine bindende Pflicht für alle Muslime. Um der Eroberung Palästinas durch die Juden entgegenzutreten, gibt es keine andere Lösung, als das Banner des Jihad zu erheben. (...) Wir müssen unter allen Umständen grundlegende Veränderungen in den Lehrplänen der Schulen vornehmen, um sie von allen Rudimenten der ideologischen Invasi-

on, die von den Orientalisten und Missionären verursacht worden sind, zu säubern.

Jene Invasion begann mit dem Sieg Saladins über die Armeen der Kreuzfahrer. (1) Die Kreuzfahrer mussten danach einsehen, dass sie, um die Muslime zu bezwingen, keine andere Chance hatten, als den Boden für eine ideologische Invasion zu bereiten - eine Invasion, die das Denken der Muslime verwirren, ihr Erbe verunglimpfen, ihre Ideale diskreditieren sollte, um die militärische Invasion folgen zu lassen. (...) Der Imperialismus war hilfreich für die Verstärkung der ideologischen Invasion und der Vertiefung ihrer Wurzeln und ist immer noch dabei, diese Absicht zu verfolgen. All dies bereitete den Weg für den Verlust Palästinas.

Artikel 16:

[Nach der Darlegung der Notwendigkeit einer verstärkten islamischen Erziehung:] Es ist gleichermaßen notwendig, den Feind und sein materielles und humanes Potenzial gewissenhaft zu studieren, seine Schwächen und Stärken ausfindig zu machen und die Kräfte zu erkennen, die ihn unterstützen und ihm zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen wir uns Klarheit über die laufenden Ereignisse verschaffen, die Nachrichten verfolgen, die Analysen und Kommentare darüber studieren, um Pläne für die Gegenwart und Zukunft zu schmieden und jedes Phänomen zu untersuchen, damit jeder Muslim, der sich im Jihad befindet, seiner zeitlichen Bestimmung im Bewusstsein seiner Zielvorstellungen und seines Wegs und im Wissen über die ihn umgebenden Dinge gerecht werden kann.

Artikel 22:

Die Feinde häuften (...) einen riesigen und einflussreichen materiellen Wohlstand an, der sie in die Lage versetzte, ihren Traum zu verwirklichen. Dieser Reichtum erlaubte es ihnen, die Kontrolle über die Weltmedien wie zum Beispiel Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Verlagshäuser, TV-Sender und weitere Dinge dieser Art zu übernehmen. Sie nutzten diesen Reichtum ebenfalls aus, um Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt anzustacheln, um ihre Interessen wahrzunehmen und die Früchte zu ernten. Sie standen hinter der Französischen Revolution und hinter den kommunistischen Revolutionen und den meisten Revolutionen, von denen man hier und da hört. (...) Sie benutzten das Geld ebenfalls dazu, die Macht über die imperialistischen Län-

der zu gewinnen und sie dazu zu bringen, viele Länder zu kolonisieren, um die Reichtümer dieser Länder auszubehuten sowie ihre Korruption dort zu verbreiten.

Hinsichtlich der regionalen und weltweiten Kriege ist es zweifellos so weit gekommen, dass die Feinde hinter dem I. Weltkrieg standen, um so das islamische Kalifat auszulöschen. Sie sammelten materielle Ressourcen und übernahmen die Kontrolle über zahlreiche Quellen des Wohlstands. Sie erreichten die Balfour-Erklärung und etablierten den Völkerbund, um mit den Mitteln dieser Organisation über die Welt zu herrschen.

Sie standen ebenfalls hinter dem II. Weltkrieg, in dem sie immense Vorteile aus dem Handel mit Kriegsausrüstungen zogen und die Etablierung des Staates Israel vorbereiteten. Sie inspirierten die Errichtung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats, um den Völkerbund zu ersetzen und die Welt mithilfe ihrer Mittelsmänner zu beherrschen. Es gab keinen Krieg, an welchem Ort auch immer, der nicht ihre Fingerabdrücke trägt. (...)

Artikel 28:

Die zionistische Invasion ist auf verschlagene Weise böseartig. Sie schreckt nicht davor zurück, verschlungene Wege zu wählen und alle verabscheuungswürdigen und widerwärtigen Mittel anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen. Um sich einmischen und Spionageaktivitäten vornehmen zu können, ist sie in großem Maß auf die Geheimorganisationen angewiesen, z.B. die Freimaurer, die Rotary Clubs, Lions und andere. All diese Geheimorganisationen, von denen einige auch offen auftreten, arbeiten für die Interessen des Zionismus und wollen unter dessen Anleitung die Gesellschaften zerstören, Werte vernichten, Verantwortlichkeiten ausschalten, Tugenden ins Schwanken bringen und den Islam auslöschen. Sie stehen hinter der Verbreitung von Drogen und Giften aller Art, die ihre Machtausübung und Machtausdehnung erleichtern sollen. (...)

Artikel 32:

Der Weltzionismus und die imperialistischen Kräfte haben mit klugen Schritten und bewusster Planung versucht, die arabischen Länder aus der Arena des Kampfes gegen den Zionismus wegzustoßen, um letztlich das palästinensische Volk zu isolieren. Ägypten wurde bereits hauptsächlich mithilfe des betrügerischen Camp-David-Ab-

kommens aus dem Konflikt geworfen und hat versucht, auch andere Länder in ähnliche Abkommen zu ziehen, um sie aus dieser Kampfarena auszuschließen.

Die Hamas ruft die arabischen und islamischen Völker dazu auf, ernsthaft und unermüdlich zu arbeiten, um dieses schreckliche Komplott zu durchkreuzen und den Massen die Gefahr vor Augen zu halten, die mit dem Austritt aus der Kampfarena gegen den Zionismus verbunden ist. Heute ist es Palästina, und morgen könnten es andere Länder sein. Zionistische Machenschaften setzen sich nämlich endlos fort und werden sich nach Palästina gierig vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen. Erst dann, wenn sie komplett die Gegend verdaut haben, auf die sie ihre Finger gelegt haben, werden sie zu noch mehr Expansion voranschreiten und so weiter. Ihr Komplott wurde in den Protokollen der Weisen von Zion niedergelegt: Ihr derzeitiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was dort gesagt wurde. (...)

Wie haben keine andere Wahl, als alle Kräfte und Energien zu vereinen, um dieser verabscheuungswürdigen Nazi-Tataren-Invasion gegenüberzutreten. Andernfalls werden wir den Verlust unserer Länder erleben, die Entwurzelung ihrer Bewohner, die Ausbreitung der Korruption über den Erdball und die Zerstörung aller religiösen Werte. (...)

Im Kampf mit dem Weltzionismus betrachtet sich die Hamas als Speerspitze und Avantgarde. Sie verbindet ihre Anstrengungen mit all denen, die auf dem Schauplatz Palästina aktiv sind. Es müssen jedoch noch mehr Schritte von den arabischen und islamischen Völkern und den islamischen Vereinigungen überall in der arabischen und islamischen Welt unternommen werden, um die nächste Runde im Kampf gegen die Juden, die Händler des Krieges, möglich zu machen.

Übersetzung: Matthias Küntzel und R.R.C.

Anmerkung:

(1) Unter Führung des kurdischen Moslems Saladin wurden 1187 die christlichen Armeen geschlagen und das seit 1099 von christlichen Kreuzfahrern eroberte Jerusalem wurde für die muslimische Welt zurückerobert. Diese Passage der Charta führt vor Augen, dass die Hamas die europäische Entwicklung seit dem Beginn der Frührenaissance als eine gegen den Islam gerichtete Bedrohung begreift.

BÜNDNIS DES GRAUENS

Bündnis des Grauens

DIE NAZIS UND DER ISLAMISMUS IN PALÄSTINA. VON MATTHIAS KÜNTZEL

Wer die Frühgeschichte des Nahostkonflikts unabhängig von der PLO-Historiografie und ihren Nachbarn analysiert, wird mit dem frühen Islamismus in Palästina und einer folgenreichen Einflussnahme Nazi-Deutschlands konfrontiert. Die Schlüsselfigur für beides war Amin el-Husseini, der Mufti von Jerusalem. Er hielt sich von 1941 bis 1945 in Berlin auf, konferierte mit Adolf Hitler und gründete die muslimisch-bosnische SS-Division. Seine wichtigste Sorge galt der Gefahr, Juden könnten der Shoah entkommen: 4 000 jüdische Kinder, die freikommen sollten, schickte man auf seine Veranlassung in den Tod.

Niemand aber hatte die muslimisch-jüdische Konfrontation erfolgreicher geschürt als der Mufti, der die höchste religiöse und politische Autorität des palästinensischen Nationalismus gewesen war. Unter seiner Ägide wurde der antizionistische Kampf islamisiert und zur religiösen Pflicht verklärt. Wer sich den antijüdischen Vorgaben des Mufti nicht beugte, wurde in den Freitagsgebeten der Moscheen namentlich denunziert und bedroht. Stolz schilderte el-Husseini darüber hinaus in einem Brief an Adolf Hitler, wie er in unermüdlicher Anstrengung dafür gesorgt habe, dass „die Palästi-

na-Frage alle arabischen Länder in gemeinsamem Hass auf die Engländer und Juden vereinigt“.

Seit 1937 honorierte Deutschland diese Aktivitäten mit Waffenlieferungen und Geld. Die Ausgangsbasis der Kooperation war ein vom Nationalsozialismus formulierter Antizionismus, dem der eliminatorische Antisemitismus von

werk abgeleitete Konsequenz: „Zionismus ist ... ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.“ In „Mein Kampf“ führte Adolf Hitler 1925 aus: Die Juden „denken gar nicht daran, in Palästina einen jüdischen Staat aufzubauen, ... sondern sie wünschen nur eine mit eigenen Hoheitsrechten ausgestattete ... Organisationszentrale ihrer internationalen Weltgaunerei“.

Trotz dieser Verbindung war in Palästina kein anderer Politiker so umstritten wie Amin el-Husseini. Schließlich wollten gewichtige palästinensische Fraktionen nicht auf Juden schießen, sondern mit ihnen reden. So trat der einflussreiche Clan der Nashashibi in allen Phasen des Konflikts für eine moderate Politik gegenüber den Zionisten und den Briten ein.

Wer mit den Juden verhandeln wollte, wurde von Banden des Mufti liquidiert. Diese Praxis erreichte im „arabischen Aufstand“ von 1936-1939 ihren Höhepunkt. In den bis heute gängigen Legenden der PLO werden die Gewaltausbrüche jener Jahre als „Guerillakrieg“ und „palästinensischer Widerstandskampf“ glorifiziert. Die Wirklichkeit sah anders aus. „Der Mufti schaltete bewusst mit äußerster Här-

Seit 1937 honoriert Deutschland die Aktivitäten des Mufti von Jerusalem mit Waffen und Geld.

vornherein eingeschrieben war. 1920 wurden die „Protokolle der Weisen von Zion“ erstmals in deutscher Sprache publiziert. Alfred Rosenberg, einer der Chefideologen der NSDAP, zog schon 1921 in seinem Buch „Der staatsfeindliche Zionismus“ die aus diesem Mach-



te seine Gegner innerhalb des palästinensischen Lagers aus“, konstatiert Abraham Ashkenasi. „Innerhalb des palästinensischen Lagers ist es zu mehr Mord und Totschlag gekommen als gegen Juden und gegen Briten.“ Zudem wurden in den von den Banden des Mufti kontrollierten Gebieten neue Kleiderordnungen und Sharia-Gerichte eingeführt und „unislamische“ Abweichter liquidiert. Die ägyptischen Muslimbrüder fachten diesen Terror an und riefen die Bevölkerung Palästinas dazu auf, alle Angehörigen und Freunde der Nashashibis zu töten, während sie das Vorgehen des Mufti als Jihad-Fanal glorifizierten.

Weitaus wichtiger war die Schützenhilfe, die der Mufti vom Nationalsozialismus erhielt. Seit 1937 hatte Nazi-Deutschland seinen „Aufstand“ mit Waffenlieferungen und Finanzhilfen unterstützt. Mehr noch, die Entscheidung, ihn von 1937 bis 1939 fortzusetzen, fiel maßgeblich in Berlin. „Der Mufti gab selbst zu, dass es seinerzeit nur durch die ihm von den Deutschen gewährten Geldmittel möglich war, den Aufstand in Palästina durchzuführen. Von Anfang an stellte er hohe finanzielle Forderungen, denen die Nazis in sehr großem Maße nachkamen.“ (Klaus Gensicke: „Der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini und die Nationalsozialisten“, Frankfurt/M. 1988) Das langfristige Kalkül der Nazis wurde 1938 von Alfred Rosenberg benannt: „Je länger der Brand in Palästina anhält, um so mehr festigen sich die Widerstände gegen das jüdische Gewaltregime in allen arabischen Staaten und darüber hinaus auch in den anderen moslemischen Ländern.“

Auch in seinem Kampf gegen jedes Zweistaatenmodell wurde der Mufti von den Nazis bestärkt. Während die Nashashibis und der zionistische Weltkongress den 1937 von Großbritannien vorgeschlagenen Teilungsplan für Palästina unterstützten, lehnte el-Husseini jedwede jüdische Staatsbildung in Palästina kategorisch ab. An seiner Intransigenz scheiterte der Kompromiss.

1947 wurde anlässlich des UN-Teilungsplans für Palästina die zweite große Chance einer Einigung vereitelt. Mit größter Vehemenz sorgte der Mufti im arabischen Lager für die Ablehnung des UN-Beschlusses, um stattdessen den Krieg gegen den jüdischen Staat vorzubereiten. Der skandalöse Umstand, dass der in Europa als Nazi-kriegsverbrecher gesuchte el-Husseini erneut als Sprecher aller Palästinenser reüssieren konnte, erhielt so histori-

sches Gewicht. Es waren in erster Linie die Muslimbrüder, die dem Mufti zuvor ein Aufenthaltsrecht in Ägypten und neue Handlungsspielräume erkämpft hatten; 1947 hatten sie Amin el-Husseini zum offiziellen Führer der Muslimbrüder in Palästina gekürt.

Für große Teile der arabischen Welt wurden mit dem Mufti aber gleichzeitig auch der Nationalsozialismus und dessen Antisemitismus rehabilitiert. Scharenweise strömten die in Europa gesuchten Nazis in die arabische Welt, um dort entweder im Bereich „Agitation und Propaganda“ ihre antisemitische Mission fortzusetzen oder sich an der Entwicklung ägyptischer Raketen zur Zerstörung Israels zu beteiligen. Massenhaft wurden hier in den folgenden Jahrzehnten die „Protokolle der Weisen von Zion“ verbreitet und mit Unterstützung der ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Anwar al-Sadat stets neu verlegt; beide waren einst Mitglieder der Muslimbruderschaft.

Der Mufti blieb bis 1974, als er starb, von der Nazi-Variante des Antizionismus beseelt. Er stand als Pate und Finanzier hinter der 1959 gegründeten Fatah und setzte 1968 Jassir Arafat inoffiziell als seinen Nachfolger ein: „Amin el-Husseini hatte den Eindruck, dass Arafat der richtige Führer für die palästinensische Nation war. Er fand, er sei fähig, die Verantwortung zu tragen.“ (J. und J. Wallach: „Jassir Arafat“, München 1994)

Mithin standen die zionistische Bewegung und der Staat Israel von Anfang an einer Bewegung gegenüber, die sich nicht von Rationalitätskalkülen, sondern von einer auf Elimination setzenden Vernichtungswut auf Juden leiten ließ. Während der jüdische Fundamentalismus im Zionismus immer in der Minderheit blieb, war der islamistische Fundamentalismus in der palästinensischen Nationalbewegung in den maßgeblichen Jahren dominant.

An dieses Erbe knüpft die Hamas heute an. Sie hat den Antizionismus der Nazis übernommen und islamistisch radikalisiert. Und sie hat nach dem Vorbild des Mufti ihre Widersacher, die so genannten Kollaborateure, zu Hunderten einfach abgeknallt. So wurden auch während der ersten Intifada weitaus mehr Palästinenser von Palästinensern als von israelischen Truppen getötet. Viele dieser über 940 Morde, die zwischen 1987 und 1993 verübt wurden, gehen auf das Konto der Hamas, wobei oft schon ein Verstoß gegen das islamistische Homogenitätsgebot („moralische Verfehlung“) mit dem Tode

bestraft wurde. Zudem setzt die Hamas die Obstruktionspolitik des Mufti gegen jeden Ansatz einer friedlichen Lösung konsequent fort.

Die wichtigsten Entscheidungen zur Torpedierung einer arabisch-jüdischen Verständigung wurden aber bereits in der Phase der Kooperation der Nazis mit dem Mufti getroffen: die Ausschaltung der palästinensischen Politiker, die ein Zweistaatenmodell befürworteten, die Einschwörung der arabischen Welt auf den eliminatorischen Antizionismus und die Islamisierung des Konflikts. Das ist evident. Um so verblüffender ist die Hartnäckigkeit, mit der man gerade diese Kooperation hierzulande in ein viel sagendes Schweigen hüllt. So wie im Hause des Henkers über den Strick nicht gesprochen werden darf, setzt sich hierzulande das Schweigen über die Nazi-Verbindungen des Mufti als Schweigen über den islamistischen Antisemitismus fort.

Matthias Künzel

Die Texte von Matthias Künzel, sowie die hier dokumentierten Publikationen des arabischen Antisemitismus entstammen einem Dossier der Jungle World

Von Matthias Künzel erschien kürzlich das Buch:

**„Djihad und ..
Judenhass. Über
den neuen anti-
jüdischen Krieg“**

im Verlag ca ira
(180 S., 13,50 Euro;
Bestellungen unter
www.isf-freiburg.org)

HILFSTRUPPEN DER EU

Hilfstruppen der EU

VON ADK BERLIN

I.

Während des new-economy-booms wurde noch einmal für ein paar Jahre die Parole: „Bereichert Euch!“ ausgegeben. „Jetzt kommen die fetten Jahre“ titelte der Stern im Frühjahr 2000, versprach „gute Aussichten für junge Leute - Millionen neue Jobs - mehr netto für alle“ und forderte seine Leser mit dem Slogan: „macht was draus“ auf, ihre Chance zu nutzen. Zwar war die Hoffnung auf privates Glück nur noch ein zerbrechlicher Abklatsch des Geistes der Gründerjahre des Kapitalismus, als man „vom Tellerwäscher zum Millionär“ aufzusteigen hoffte. Die Politiker mussten sich einiges einfallen lassen, um der lahmen deutschen Jugend durch staatliche Existenzgründerprogramme und den Abbau von Sozialleistungen etwas Mut zur Eigeninitiative beizubiegen. Aber dann versuchten es doch etliche, durch gnadenlose Selbstausbeutung in start-up-Unternehmen groß heraus zu kommen, und selbst der biedere Kleinanleger hoffte, mittels der T-Aktie seinen Schnitt zu machen. Leit-

bild war der jungdynamische, kreative und flexible Manager seines eigenen „Humankapitals“.

Damit ist es seit den jüngsten Kurseinbrüchen an der Börse und sich verdüsternden Konjunkturaussichten vorbei. Dynamisch, flexibel, kreativ und anpassungsfähig müssen die Arbeitskräfte natürlich nach wie vor sein, weil die Konkurrenz in schlechten Zeiten nicht weniger, sondern härter wird, nur winken zur Belohnung keine Aktiegewinne mehr. Wenn die Menschen dennoch bei der Stange gehalten werden müssen, obwohl für ihre ständigen Verzichts- und Anpassungsleistungen keinerlei Aussicht auf spätere Entschädigung besteht, wächst der gesellschaftliche Bedarf an Moral.

Historisch war Moral die Voraussetzung aller Kulturentwicklung. Anstatt wie die Tiere ständig den unmittelbaren Triebregungen zu folgen, wurden die Stammesmitglieder in grauer Vorzeit durch die Gebote der Schamanen und Priester gezwungen, Verzicht zu leisten und sich der Mühsal der Arbeit zu unterziehen, die Natur zu bearbeiten und sich untertan zu machen, um so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, zu einem späte-

ren Zeitpunkt ein besseres Leben zu haben. Das Problem an der gesamten Menschheitsgeschichte war jedoch, dass die Rechnung bisher nie aufging. Ständig haben die Menschen geschuftet und verzichtet, haben die ganzen herrlichen Errungenschaften der Zivilisation hervorgebracht, aber entschädigt wurden sie dafür höchstens im Jenseits. Heute ist der Verzicht nur noch absurd: Die Welt quillt über von Gütern, Produktionsmitteln und Technologie, ein Leben in Hülle und Fülle für alle Menschen wäre längst möglich, nichts hält die Natur mehr bereit, was Zwang und Entsagung rechtfertigen könnte, aber noch immer wurstelt die Menschheit unbefriedigt und zunehmend verbiestert vor sich hin. Moral ist nichts mehr als ein Zwangsmittel zur Aufrechterhaltung menschenunwürdiger Verhältnisse.

II.

Anders jedoch als in vorbürgerlichen Zeiten, als die Herrschenden noch ihre Pfaffen gebraucht haben, um das Volk mit Opium einzulullen, werden heute, dank Demokratie und Zivilgesellschaft, von den Beherrschten ganz eigenverantwortlich Betäubungsmittel für das Durchstehen der harten Zeiten gemixt. „Es geht letztlich darum,“ schreibt die Berliner Autonomenzeitschrift Interim in ihrer Sonderausgabe nach dem Gipfel in Genua, „dass wir in einer auf Werte bezogenen Gesellschaft leben möchten, und dass unsere Gesellschaft, die so am Ende ist, dass sie nur noch armselige Pseudowerte hat wie Profit, cash and fun, eine Gesellschaft ist, die sich selbst aus der Umlaufbahn schießt.“ „Werte“ haben den Zweck, den Einzelnen dazu zu bringen, seine privaten Interessen, also seinen persönlichen Profit und seinen höchstindividuellen fun, zugunsten des Diensts am großen Ganzen zurückzustellen. Konsequenterweise richtet sich die Empörung der Interimschreiber nicht nur gegen die Profitgier der Herr-



schenden, sondern auch gegen „die Menschen, die ihre Ersparnisse durch Aktiengeschäfte aufbessern“, sich also am Tanz ums goldene Kalb beteiligen. Derart gemeinschaftsvergessene Egoisten erinnert die Interim daran, „dass ihr Verhalten eine politische und eine moralische Dimension hat, dass Verhalten ganz generell eine politische und moralische Dimension hat.“ Über Untertanen mit solch tadelloser Gesinnung, die ständig und „ganz generell“ das Verhalten ihrer Mitmenschen nach Aspekten absuchen, die dem Gemeinwohl und damit dem Erhalt der Herrschaft abträglichen sein könnten, freuen sich die Herrschenden. Deshalb findet der Spiegel, der ja bekanntlich eine Zeitung der Herrschenden ist, die Globalisierungsgegner sehr sympathisch: „Genua, das war im Kern nicht ideologische Gesellschaftskritik alten Stils, sondern eher ein lauter Weckruf. Eine Aufforderung an alle, die sich für mehr verantwortlich fühlen als das eigene Wohlbefinden. Und eine Ermahnung an die globale Spaßgesellschaft, bei all dem Spaß eben die Gesellschaft nicht zu vergessen.“ (Spiegel 30/2001) Zwar richtete sich der Protest in Genua noch gegen die acht Herren der Welt, weil diese sich in ihrer roten Zone abschotteten um dort arrogant und protzig ihre Macht zur Schau stellten. Dies könnte sich jedoch schnell ändern, wenn sich die Politiker etwas volksnäher zeigten und auf allzu pompöse Gipfeltreffen verzichteten, wie es nach Genua auch allenthalben in der Bürgerpresse gefordert wurde.

Wenn Moral aber ein Mittel zur Aufrechterhaltung menschenunwürdiger Verhältnisse ist, so ist es erklärungsbedürftig, dass unter den Beherrschten, die ja unter diesen Verhältnissen leiden, selbst die größten Moralisten sind. Darum soll es im Folgenden gehen.

III.

Im Interview mit der Zeitschrift Arranca erklären die tute bianche ihr Konzept der „Rebellion der Körper“: „So wie in der Vergangenheit die Arbeiter mit ihren Arbeitswerkzeugen auf die Straße gingen (Schraubenschlüssel, Sichel, Hammer), gehen wir heute mit unseren Arbeitswerkzeugen auf die Straße: Körper und Gehirn, die so wertvoll sind, dass wir beschlossen haben, sie mit Helmen, Schildern, Schaumgummi, aufgeblasenen Schläuchen, Kork und Plexiglas zu schützen.“ Wer seinen Kopf nicht deshalb vor Bullenknüppeln schützt, weil die Schläge verdammt weh tun können, sondern weil

er dieses wertvolle Arbeitsinstrument nicht beschädigen lassen will, wer sich also für eine Art Schraubenschlüssel auf zwei Beinen hält und das noch nicht mal als Skandal empfindet, sondern im Gegenteil stolz darauf ist, der möchte offensichtlich gar nichts anderes als eine Arbeitsweise sein.

Dummerweise sind Menschen jedoch keine Maschinen, selbst wenn sie gern welche wären, sondern Naturwesen, und ihre Disziplinierung zu Arbeitsinstrumenten ist nur um den Preis massiven Triebverzichts zu haben. Man hätte also mehr Grund, die Arbeit zu hassen, als sie zu lieben. Das weiß eigentlich auch jeder. Der Grund, warum trotzdem alle ständig ihren Leistungswillen betonen, ist die Angst vor dem Abstürzen ins Nichts, das jedem droht, der den Anforderungen nicht gerecht wird. Eine Angst, die nicht zu trennen ist vom Anblick der Fernsehbilder der hungernden Massen in den Elendsregionen der Welt, die den dickbäuchigen Metropolenbewohnern vor Augen führen, was es heißt, ein überflüssiger Mensch zu sein. Denn dass im Grunde auch sie nicht weniger überflüssig sind, dass es keinen vernünftigen Grund gibt, sondern vielmehr Gnade ist, dass das Kapital ausgerechnet für sie noch eine Verwendung hat, das wissen auch mitteleuropäische Angestellte nur zu genau. Deshalb dürfen sie sich nichts anmerken lassen. Im Betrieb müssen sie immer selbstbewusst, optimistisch und souverän erscheinen und ihre Panik vor dem Versagen tunlichst vor den Kollegen und Vorgesetzten und darum auch vor sich selbst verbergen. Um dies durchzustehen, müssen sie sich die kapitalistische Produktion als an und für sich vernünftige Angelegenheit zurechtlegen und den Grund für ihr Leiden in einer anderen Sphäre suchen. Als Gegenstück zur handfesten Arbeit erscheint dann die unheimliche Zirkulation: „Die entfesselten globalen Märkte“ (Attac), „die Weltherrschaft des Mammons“ (Deutsche Stimme), beziehungsweise das „vagabundierende Finanzkapital“



(Neues Deutschland) hätte „alle nationalen Grenzen niedergerissen“ (IG Metall Wolfsburg), und könnte nun „die Welt aussaugen“ (DKP), beziehungsweise „den Gemeinschaften und Nationen Ressourcen und Reichtum“ entziehen (Weltsozialforum), oder wie ein „Krebsgeschwür“ im „sozialen Organismus“ „wuchern“ (Linke Liste Freiburg). Die nebulöse Bedrohung für die Gemeinschaft wird dann regelmäßig auf das Wirken einer kleinen Gruppe bösariger Egoisten zurückgeführt: „Die Börse“ sei „zu einem Paradies für Spekulanten und Abzocker“ geworden (Die Zeit), die von „neurotischer Gewinnsucht“ getrieben würden (Vivian Forrester). „Eine radikale Minderheit von Großaktionären und Spitzenmanagern“ (IG Metall Wolfsburg), „einige zehntausend habgierige Dealer und Manager“ (Helmut Schmidt), kurz: die „Geld-Mafia“ sei es, „die die ganze Weltwirtschaft beherrscht, dabei über Leichen geht und auf Kosten der Mehrheit der Menschen immer reicher und mächtiger wird“ (DKP). Schuld an der Misere sind also nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern das unmoralische Verhalten Einzelner.

Man sieht, dieses Weltbild ist keineswegs eine Exklusivität der Globalisierungsgegner. So wie sie ticken alle, Politiker und Stammtischredner, Neonazis und Linksradikale. Mitnichten handelt es sich dabei um „verkürzte Kapitalismuskritik“, also ein Schritt in die richtige Richtung, der nur noch nicht radikal genug ist, wie linke Akademiker gerne behaupten. Mögen sich die Neoliberalismuseegner auch noch so subversiv vorkommen, ihre Haltung sei überhaupt keine Kritik, sondern rückhaltlose Bejahung des Bestehenden. Die Verurteilung der Finanzwelt als böse ist nur ein psychologischer

Trick, um den Rest der kapitalistischen Gesellschaft für vollkommen gut zu erklären. Die Radikalisierung dieses moralistischen Protests führt nicht zum Kommunismus, sondern zum faschistischen Pogrom. Wer wie die PDS mit der Parole: „Steuerflüchtlinge ausweisen!“ auf Stimmenfang geht, der hat kein Argument, was er dem „Ausländer raus!“ brüllenden Deutschen entgegenhalten könnte, und wer wie Jaques Chirac die „Spekulanten“ für „das Aids der Gesellschaft“ hält, der kann nicht vernünftig begründen, was ihn eigentlich vom Front National unterscheidet, dem ebenfalls an der Reinigung des Volkskörpers gelegen ist. Dass die linken Moralisten die mörderische Konsequenz ihres Ressentiments nicht ziehen, davor rettet sie - neben realpolitischen Erwägungen - nur ihr antirassistisches Über-Ich. Deshalb ist Moral aber auch nicht nur schlecht. Diese antirassistische Moral ist der Grund, weshalb man bei der Attac-Anhängerin noch die Chance hat, sie in der Diskussion zu überzeugen, während man dem Nazi im Zweifelsfall nur noch auf's Maul hauen kann.

Zur Kritik am „entfesselten Kapitalismus“ gehört notwendig die Forderung nach dem starken Staat, der den ungehemmten Marktkräften wieder Fesseln anlegen soll: die DKP fordert eine „Erneuerung der Politik“, Attac will die „Entwaffnung der Finanzmärkte“, die IG-Metall Wolfsburg ruft „die politischen Akteure“ dazu auf, sich „aktiv einzusetzen für die Gestaltung eines fairen, rechtlichen, sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen für den Weltmarkt“. Wie man die Produktion für eine an sich nützliche Angelegenheit hält, die nur leider von einigen Egoisten missbraucht wird, so gilt der Staat als fürsorglicher Gesellschaftsplaner, dessen Zweck das Wohl seiner Bürger sei. Die Kritik richtet sich niemals gegen den Staat als solchen, der doch mit der Gewalt seiner Bullenknüppel den gewaltlosen Tausch erst ermöglicht. Kritisiert wird immer nur das momentan regierende Personal, weil es sich nicht selbstlos in den Dienst des Volkes stelle, sondern sich zum Handlanger der „Finanzindustrie“ von „Wallstreet“ und „Londoner City“ erniedrigen lasse, wie es Oskar Lafontaine stellvertretend für alle anderen formuliert.

IV.

Da man den eigenen Staat nicht radikal kritisieren will, richtet sich die Kritik gegen ein Ersatzobjekt: die Vereinigten Staaten von Amerika, die über-

all als Inbegriff des Kapitalismus gelten. Der Hass auf die USA ist die Übertragung des moralischen Weltbilds vom nationalen Rahmen auf den Weltmaßstab: So wie nicht die Ausbeutung in der Fabrik, sondern der Wucher der Händler daran Schuld sei, dass die eigenen Bedürfnisse zu kurz kommen, so seien nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Dritten Welt verantwortlich für die dortige Armut, sondern der US-Imperialismus, der den Völkern die Ressourcen raube. Die ehemaligen Kolonien würden sich nach dieser absurden Vorstellung also sofort in blühende Landschaften verwandeln, wenn nur die bösen Amis verschwänden. Wer die kapitalistischen Verhältnisse als Ganzes abschaffen will, der muss selbstverständlich auch gegen den Weltpolizisten sein, der mittels CIA und Militärinterventionen in den letzten Jahrzehnten viel dazu beitrug, dass diese Verhältnisse weiterhin bestehen blieben. Wer aber gegen den Polizisten hetzt und über die Verhältnisse schweigt, der redet schlimmeren das Wort. Wenn die Staatsgewalt verschwindet, aber der Kapitalismus fortbesteht, wie in den Slums südamerikanischer Großstädte, in die die Polizei sich nicht mehr hineintraut, verwandelt sich die halbwegs gesittete marktwirtschaftliche Konkurrenz in einen blutigen Bandenkrieg. Das gleiche gilt im Weltmaßstab: Seit sich nach dem Epochenbruch von 1989 alle Befreiungsbewegungen endgültig in völkische Banden verwandelt haben oder von diesen abgelöst wurden, ist jeder Schlag gegen die US-Hegemonie kein Sieg für die Emanzipation, sondern ein Fortschritt der Barbarei.

Auch die von Deutschland dominierte EU ist längst nicht mehr der treue Vasall der Amerikaner, wie es ihr von Antiimperialisten aller couleur vorgehalten wird, sondern entschlossen, aus der Rolle des Juniorpartners herauszutreten und der einzig verbliebene Weltmacht den Führungsanspruch streitig machen. Die Feindschaft gegen Amerika ist nicht länger die Sache einer kleinen Minderheit am linken Rand, sondern Regierungsprogramm. Die europäischen Eliten, die sich zu nicht unerheblichen Teilen aus der ehemaligen Protestbewegung rekrutieren, kleiden derweil ihr imperialistisches Projekt in ein antiimperialistisches Gewand. Während die USA das Militärregime in Kolumbien unterstützen, leisten die Europäer Entwicklungshilfe und der BND trifft sich mit Vertretern der Guerilla, die wiederum das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft loben.

Im Kosovokrieg gerierten sich Fischer und Co. als selbstlose Verteidiger der Menschenrechte, während die Bomben, die von den USA abgeworfen wurden, natürlich nur schnöden Profitinteressen dienten. Im Nahen Osten spielt man den ehrlichen Makler, der nicht einseitig Partei ergreift, wie angeblich die USA, sondern ganz uneigennützig an einer Friedenslösung interessiert ist. Derweil kungelt man mit den schlimmsten Verbrecherregimes von Syrien bis zum Iran, die Israel am liebsten von der Landkarte tilgen würden, um den USA bei den dort winkenden lukrativen Wirtschaftsverträgen zuvorzukommen. Während des aktuellen amerikanischen Feldzugs gegen den islamistischen Terror hält man zwar offiziell den USA die Treue und nutzt die Gelegenheit, die eigene Militärmacht zu erproben, gleichzeitig präsentiert man sich jedoch als weiser Vermittler, der zur Besonnenheit mahnt, um damit der islamischen Welt zu signalisieren: „Eigentlich meinen wir's gar nicht so“. Und diese Strategie ist durchaus erfolgversprechend: Während sich die Araber der Antiterrorkoalition der USA nur widerwillig und unter Drohungen unterordnen, wird Deutsch-Europa allenthalben Sympathie entgegengebracht.

Trotz der zur Schau gestellten Friedfertigkeit spielt Europa den aggressiveren Part im transatlantischen Konkurrenzkampf. Während die USA den Status-quo verteidigen und tendenziell eher um Stabilität bemüht sind, treten die Europäer als Herausforderer auf und verbünden sich ganz prinzipiell mit den Kräften, die eine Destabilisierung des Weltsystems betreiben. Während die USA, zumindest bis in die 70er Jahre, die Hegemonialmacht einer Epoche des expandierenden Kapitalismus war, drängen die Europäer in einer Zeit des ökonomischen Niedergangs an die Macht und werden deshalb keine neue stabile Ordnung installieren können, was eindrucksvoll das als „Neuordnung“ bezeichnete Chaos beweist, das sie auf dem Balkan angerichtet haben.

Die gegenseitige Sympathie Deutschlands und seiner völkischen Vasallen auf dem Balkan und zukünftigen Verbündeten im Nahen Osten ist jedoch mit wirtschaftlichen und strategischen Interessen allein nicht zu erklären. Es handelt sich vielmehr um eine Art Seelenverwandtschaft, die sich beispielsweise in den verständnisvollen Berichten über islamischen Tugendterror und Amerikahass zeigt, die in den letzten Wochen im deutschen Feuilleton zu finden waren. Aus ihnen spricht Neid und Bewunderung für die islami-

schen Länder, welche die perfekte Elendsverwaltungsideologie mit dazugehörigem unanzweifelbar-ultimativem Feindbild („Zionistische Weltverschwörung“) schon gefunden haben, nach dem man hierzulande in immer neuen Kampagnen gegen wechselnde Volksfeinde noch sucht. Auf der Seite der Hilfsvölker scheint man sich daran zu erinnern, dass Deutschland schon in der letzten großen Krise des kapitalistischen Weltsystems die Rolle des faschistischen Krisenlösers übernommen hat. Wenn die Zeiten nun härter werden, liegt es nahe, sich demjenigen anzuvertrauen, dem man aufgrund einschlägiger Erfahrung die Hemmungslosigkeit und Konsequenz zutraut, die nötig sein wird, um den kommenden Crash zu überstehen.

Wenn die Antiglobalisierungsbewegung sich nun auf Amerika einschießt, ohne die Welt als Ganzes zu kritisieren, so wünscht sie damit notwendig den Gegnern der USA viel Glück in der Konkurrenz, ganz gleichgültig, was sie selbst sich dabei denken mag. Sie begehrt damit nicht nur Verrat an Karl Liebnechts Losung, wonach der Feind immer im eigenen Land stehe, sie ergreift, wie gezeigt, auch noch für die schlimmere Seite Partei.

Aber auch die Radikaleren unter den Protestierenden, die explizit die eigenen Herrschenden kritisieren, sind oft nicht viel besser. Sie richten sich gegen die EU vor allem deshalb, weil sie ihnen zu amerikanisch erscheint. Die EU-Bürokratie gilt als korrupt, abgehoben und undemokratisch, sie verschleudert das Geld, das die Werktätigen mühsam erarbeitet haben und bediene Sonderinteressen, anstatt sich um das Wohl des Volke zu kümmern.

V.

Von den Herrschenden ergeht nun die Aufforderung, sich die Rolle als ideologische Hilfstruppen der EU, welche die Globalisierungsgegner objektiv spielen, auch subjektiv zueigen zu machen. Daniel Cohn-Bendit freut sich über die „Empörungskraft“ einer „moralischen Generation“, die freilich nichts mit „Linksradikalismus“ zu tun habe und sich deshalb hervorragend für die Gefolgschaft eignet. Er läßt die „Protestbewegung“ zum „politische[n] und zivile[n] Dialog“ mit den „Entscheidungssträgern“ ein und stellt ihnen damit einen anerkannten Job bei der moralischen Aufrüstung der „neuen EU“ in Aussicht, die sich „politisch und kulturell als Gegenmacht zu den USA

verstehen“ müsse. Voraussetzung für die Übertragung dieser verantwortungsvollen Aufgabe ist jedoch zweierlei: Erstens „müssen die Leute der Bewegung den Mut haben, sich dem Führungsanspruch der Militanten entgegenzustellen“, sprich der Staatsgewalt freie Hand bei der Ausschaltung der Radikalen lassen. „Wir haben das auch mit der RAF geschafft,“ droht Cohn-Bendit. Zweitens muss die Antiglobalisierungsbewegung sich damit abfinden, dass ihre Forderungen nur dann eine Chance auf Realisierung haben, wenn klar ist, dass sie substanzuell eh nichts ändern werden: „Um dem moralischen Impetus dieser Bewegung zu begegnen, sollte Europa als erstes eine Schuldenstreichung für die vierzig, fünfzig ärmsten Länder beschließen - einseitig und sofort. Es handelt sich dabei um eine Geste, denn die Argumentation, dass das nicht hilft, mag ja richtig sein, aber die Entschuldung ist moralisch notwendig.“ Alle Hoffnungen auf materielle Verbesserungen soll man sich also abschminken, denn eine Neuauflage des keynesianischen Wohlfahrtsstaats kann es nicht geben. Dessen relativer Massenwohlstand hatte seine Voraussetzungen in den im zweiten Weltkrieg angerichteten Zerstörungen und in der Blockkonfrontation, und damit ist es seit dem Untergang des Sowjetimperiums vorbei. Was von den Forderungen der Globalisierungsgegner nach deren staatsbürgerlicher Läuterung übrig bleibt, ist die Moral. Und die wird nötig sein, um die kommenden Krisen zu meistern.

Gruppen wie Attac haben die Einladung längst angenommen. Pierre Bourdieu, der französische Attac-Vordenker, beklagt sich darüber, dass die EU heute ein „amerikanisches Europa, so etwas wie Kanada“ sei, „ein Verbündeter und Handelspartner der USA, der aber wegen der ungleichen Kräfteverhältnisse in ewiger Abhängigkeit bleibt“. Dagegen setzt er „die Idee eines starken europäischen Bundesstaats ... als konkrete Utopie.“ Attac ist bereits faktisch eine Regierungsorganisation, Oskar Lafontaine gehört dem Netzwerk ebenso an wie mittlerweile 125 Abgeordnete des französischen Parlaments. Ihre zentrale Forderung, die Einführung der Tobin-Tax, einer Steuer auf Spekulationsgewinne, bringt ihre pseudorebellische Haltung gut auf den Punkt. Zwar hat diese Forderung mittlerweile so prominente Fürsprecher wie Gerhard Schröder und Lionel Jospin, einführen wird man sie wohl trotzdem nicht, weil dies, wenn -

dann weltweit geschehen müsste. Jeder nationale Alleingang würde massive Standortnachteile bedeuten, die sich kein Finanzplatz leisten kann. Attac wird sich also weiterhin rebellisch verkommen können, aufgrund einer Forderung, der allenthalben Sympathie entgegengebracht wird und kann weiterhin die Politiker als Heuchler beschimpfen. Würde die Tobin-Tax aber wieder erwarten doch weltweit eingeführt, so würde diese Einschränkung der Spekulation keineswegs zu einer arbeitsplatzschaffenden Konjunkturbelebung führen, wie der globalisierungskritische Menschenverstand sich das vorstellt. Es ist nämlich nicht so, dass in der Produktion die Arbeitsplätze gestrichen werden, weil das Geld in die Spekulation abfließt. Es verhält sich genau umgekehrt: Weil das angehäuften Kapital in der Produktion immer weniger gewinnbringend investiert werden kann, flüchtet es sich in spekulative Anlagen, die nichts anderes als einen ungedeckten Wechsel auf zukünftige Gewinne darstellen. Wird diese Fluchtmöglichkeit versperrt, so ist ein Börsencrash sehr wahrscheinlich, was dazu führen würde, dass auch in der Produktion die Maschinen stillstünden.

Anstatt sich von solchen Überlegungen verunsichern zu lassen, die eine Ahnung von der katastrophalen Krise vermitteln könnten, auf die der Kapitalismus unweigerlich zusteuert, hält Attac unbeirrbar am Willen zum Mitmachen fest. Die Organisation sieht sich „nicht als Gegner der Globalisierung“, sondern trete vielmehr für deren „soziale und ökologische Gestaltung“ ein, für „eine Globalisierung mit menschlichem Gesicht“. In der Nahostpolitik ruft man die Regierenden gar zu einer härteren Gangart auf: Bourdieu unterzeichnete eine Petition, in der die EU-Regierungen aufgefordert wurden, alle Verträge mit Israel zu stornieren und offiziell einen unabhängigen Palästinenserstaat anzuerkennen. „Die USA haben aufgrund ihrer konsequenten Parteilichkeit jede Glaubwürdigkeit als Vermittler verloren. Die arabischen Staaten, Europa und die UN dürfen nicht länger ihre Marginalisierung bei der Suche nach einem gerechten Frieden im Nahen Osten hinnehmen“, heißt es in dem Pamphlet. Was ist dies anderes als die Forderung nach europäischen Truppen auf dem Golan? Dasselbe wird von der Bildzeitung nur etwas kaltschnäuziger formuliert: „Israel liegt in unserem Vorhof, nicht in dem der USA.“

Antideutsche Kommunisten Berlin

DER KOMMUNISMUS und Israel

VON DER INITIATIVE SOZIALISTISCHES FORUM FREIBURG

Kommunismus ist „das aufgelöste Rätsel der Geschichte“ (Marx). Dieses besteht darin, daß die Spaltung der menschlichen Gattung in Herrscher und Beherrschte, in Ausbeuter und Ausgebeutete im Kapitalverhältnis einen Aggregatzustand erreicht hat, innerhalb dessen zwischen der vollendeten Verdinglichung einerseits, dem Übergang zum „Verein freier Menschen“ andererseits, nur noch die Revolution als Handumdrehen zu liegen scheint, aber dennoch in immer weitere Ferne rückt. Marxisten jeglicher Couleur betreiben, statt dieses Rätsel in seiner Tragik zu denunzieren, statt es also zu kritisieren, seit je das Geschäft seiner Rationalisierung, das heißt seiner Ideologisierung.

Israel ist das Schibboleth jener doch so naheliegenden Revolution; es ist der unbegriffene Schatten ihres Scheiterns. Israel ist das Menetekel, das zum einen (und ganz unfreiwillig) die kategorischen Minimalbedingungen des Kommunismus illustriert, und das zum anderen sämtliche Bestialitäten zu demonstrieren scheint, zu denen der bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat fähig ist. Wer Israel nicht begriffen hat, wer den Haß auf diesen Staat, den Antizionismus, und wer den Antisemitismus, das heißt den Vernichtungswillen sowohl gegen die in diesem Staat lebenden als auch gegen die kosmopolitisch verstreuten Juden, nicht begriffen hat als das, was Antisemitismus wesentlich darstellt: den bedingungslosen Haß auf die Idee einer in freier Assoziation lebenden Gattung, der hat den Kommunismus nicht als das „aufgelöste Rätsel der Geschichte“ begriffen.

Den Linken ist Israel vor allem deshalb ein Graus, weil dieser Staat und weil diese Nation nicht unter den Begriff der antikolonialen Revolution oder der nationalen Befreiungsbewegung subsumierbar sind: es sei denn, man wolle die durchaus terroristischen Aktionen eines Menachem Begin gegen die britische Mandatsmacht darunter

fassen. Israel, die „tautologische Nation“ (Bahamas), ist überhaupt eine Anomalie, die in kein geschichtsphilosophisches Schema und kein politisches Interesse paßt, weder in das der Bourgeois und ihrer Kopflanger noch in das der Linken und ihrer Theoretiker.

Wie hoffnungslos das Interesse an der Aufklärung und Emanzipation der menschlichen Gattung scheint, wie aussichtslos, geradezu auf Sand gebaut die Perspektive des revolutionären Ausgangs aus der so gesellschaftlich verschuldeten wie individuell verhärteten Unmündigkeit, das demonstrieren jene, deren Geschäft und ganzer Ehrgeiz in der Verewigung der falschen Gesellschaft besteht, gar nicht einmal zu allererst. Von ihnen, den Apologeten und ihren Soziologen, Nutznießern und Ideologen ist eh' nichts anderes zu erwarten als das, was sie jeden Tag in der Frankfurter Allgemeinen als Theorie verlautbaren lassen, zum Beispiel am 11. März: „An den Kapitalismus zu glauben heißt letztlich nichts anderes, als an den Menschen zu glauben.“ Oder an Persil. Der Satz ist so wahr und richtig wie nur noch der, wonach an den Feudalismus zu glauben in letzter Instanz bedeutet, an den Herrgott und seine Kirche zu glauben, hat aber die böse Pointe, das Kapitalverhältnis zu anthropologisieren. So leben die Menschen im Kapital, wie die Ameisen im Staat es tun: zutraulich, ganz unentfremdet und spontan. In ihrem legitimatorischen Interesse allerdings ist die FAZ mit der vollendeten Negativität des tatsächlichen Zustands intimer bekannt als die Linken, die Reform oder Revolution zu ihrem Programm erhoben haben.

Deren Berufung auf Gesellschaft, auf die Klassen, auf das Interesse wirkt nachgerade lächerlich. Um diese Diagnose zu stellen, genügt nicht nur ein flüchtiger Blick in das Schriftgut dieser Bewegung, wie die Blätter des IZ3W, Wildcat oder, für Hartgesottene, Analyse und Kritik. Es reicht schon hin,

ihren Ikonen von Jutta Ditfurth über Claudia Roth bis Sarah Wagenknecht zuzuhören, wenn sie vom Nazifaschismus sprechen. Letztere weiß zum Beispiel, daß „es keine genetische und auch keine historische Erbanlage gab, die die 'deutsche Nation' zwanghaft und unausweichlich in den Faschismus und nach Auschwitz trieb. Noch hinter der irrsinnigsten Barbarei standen rationale (und nicht 'nationale') Interessen. Krieg und Völkermord waren hochprofitabel; 'Tod durch Arbeit' sicherte Mehrwertraten nahe 100 Prozent.“ Die Vorstellungen dieser Linken von einer Welt jenseits von Kapitalismus und Faschismus kommt dem entsprechend dann in der Frage zum Ausdruck, die in der Einladung zur diesjährigen BUKO Konferenz gestellt wird: „Wie finden wir etwas Besseres als die Nation?“ So gefragt, kann die Antwort historisch nur sein: Das gibt es schon. Es ist das Volk. Denn wäre die Antwort eine andere, dann würde man über die Abschaffung von Nation, Staat und Geld reden, statt über neue Identitäten.

Wenn diese Linke über Israel schwadroniert, dann hört sich das nicht minder grausig an. Dabei liegt der Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus und dem Vernichtungswillen gegen die zum Staat gewordene bürgerliche Gesellschaft der Juden, gegen Israel, eigentlich auf der Hand: Der sogenannte Antizionismus stellt nichts anderes dar als die geopolitische, globalisierte Reproduktion des Antisemitismus, das heißt die Erscheinungsform, die er in Weltmarkt und Weltpolitik nach Auschwitz annehmen muß. Der Antizionismus ist der aus den kapitalisierten Gesellschaften in die Welt herausgekehrte Antisemitismus. So ist Israel der Jude unter den Staaten; die Verdammung des Zionismus als eines „Rassismus“ durch die UNO gibt es zu Protokoll. Das macht: die moralische Verurteilung der menschlichen Unkosten der Konstitution bürgerlicher Staatlichkeit allein am Beispiel Israels führt vor Augen, was die Welt der

Volksstaaten vergessen machen will - daß die Zentralisation der politischen Gewalt über Leben und Tod keineswegs die natürliche Organisationsform der Gattung Mensch darstellt, sondern Ausdruck eben von Herrschaft und Ausbeutung. Dabei ist Israel - und das macht die Kritik an diesem Staat so perfide und muß deshalb immer wieder gesagt werden - der einzige Staat dieser Welt, der für sich eine nicht zu bezweifelnde Legitimität beanspruchen kann. Israel, das ist der ungleichzeitige Staat, der entstanden ist sowohl als Reaktion auf das Dementi aller Versprechungen der bürgerlichen Nationalrevolution, sowohl als Antwort auf den stalinistischen Verrat an der kommunistischen Weltrevolution als auch als zu spät gekommene Notwehr gegen den Massenmord an den europäischen Juden.

Was es den gutwilligen Linken, die den Antisemitismus zwar ablehnen und bekämpfen, aber doch an der israelischen Politik gegen den palästinensischen Staatsgründungsversuch einiges auszusetzen haben, so schwer macht, die außenpolitische Darreichungsform des antisemitischen Vernichtungswillens auf seine kritischen Konsequenzen hin durchzubuchstabieren, liegt einerseits an ihrer Ignoranz in Sachen bürgerlicher Staatlichkeit, andererseits an ihrem Pazifismus, der sich zu einem revolutionären Antimilitarismus verhält wie Mahatma Gandhi zu Auguste Blanqui. Dieser Pazifismus mag, wo er in Ariel Scharon das Remake eines losgelassenen Chauvinismus nach Art des Hauses Franz Josef Strauß oder Edmund Stoiber erkennt, keineswegs auf sein Recht verzichten, wenn nicht am israelischen Staat als solchem, so doch gegen die Politik der israelischen Regierung Einwände zu erheben und Kritik zu äußern. Er regrediert damit auf den Standpunkt eines Pazifismus, der in etwa der Petra Kellys, Thomas Ebermanns und Horst-Eberhard Richters der Jahre 1982/83 sein dürfte. Daß man, wie die Flause heißt, das „Existenzrecht Israels“ anerkenne, daß man aber die Regierungspolitik doch wohl dennoch kritisieren dürfe, das wiederholt den Sozialreformismus, dessen sich diese Bewegung schon immer befleißigte. Man tut so, als ob einem diese „Kritik“ nicht jeden Morgen aus der Tageszeitung jeglicher politischer Ausrichtung gleichlautend entgegenquellen würde - ein Antisemitismus, der allein darin, daß er von sich behauptet, er wäre keiner, sich das gute Gewissen verschafft, das Deutsche heutzutage notorisch auszeichnet: Mein bester

Freund ist Jude...

Dieser Reformismus legitimiert sich, indem er in der israelischen Friedensbewegung und deren Protagonisten wie Uri Avnery, Norman Finkelstein, Felicia Langer oder Moshe Zuckermann seinen Referenzpunkt entdeckt, bei Leuten also, die für Israel in etwa das bedeuten, was für die BRD der frühen Sechziger die Deutsche Friedensunion war. Die Identifikation des deutschen Pazifismus mit der israelischen Friedensbewegung beruht natürlich darauf, daß man so wenig wie von ihnen auch von Zuckermann, geschweige denn von Avnery oder Langer, je einen Satz über den Staat des Kapitals gehört hat und auch nicht über einen materialistischen Begriff der Massenvernichtung, der bei Zuckermann, der gerne sich Kritischer Theorie zurechnen möchte, sogar unter dem Titel „Zweierlei Holocaust“ ins Multikulturelle schwappt.

Im Wesen Israels als des ungleichzeitigen Staates der Juden liegt es aber nicht nur, Reaktion auf den Verrat an Aufklärung und Weltrevolution, nicht nur, Notwehrversuch gegen den Nazifaschismus und Asyl zu sein. Sondern eben auch, daß die üblichen Muster der bürgerlichen Rollenverteilung - hier das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates im allgemeinen und dort die Personen, die die Regierungsausübung im besondern besorgen - für den israelischen Staates aufgrund seiner Konstitutionsbedingungen keine Geltung mehr hat. Was sich unter anderem darin zeigt, daß diese „Kritiker“ der israelischen Regierungspolitik für den faschistischen Mob und die Behörden, die Selbstmordattentäter belohnen, Verständnis aufbringen (Folge von Besatzung und Ausbeutung), dagegen für den Versuch, die militärische Infrastruktur der Gegner Israels zu zerschlagen, am liebsten die Begriffe Auslöschung oder Ausrottung der palästinensischen Bevölkerung im Munde führen. Wie hinter der treudoofen Frage, ob es nicht möglich sein müsse, Spekulanten als das zu bezeichnen, was sie sind, ohne gleich als antisemitisch zu gelten, so verbirgt sich hinter der treulinken Frage, ob nicht auch in Israel, weil es sich auch dort um eine bürgerliche Gesellschaft handele, Faschismus möglich sei, die Erkenntnis dieser Fusion in verquerer und verschrobener Gestalt. Verquer, weil ja gerade erklärt werden sollte, wie Israel, dieser Fusion zum Trotz, eine parlamentarische Demokratie ist und bleibt; verschroben, weil diese Einheit von Staat und Regierung im Übergang von einem unerträglichen Alten (die Vernichtungsdrohung) zum

noch nicht erreichten Neuen (die herrschaftslose Gesellschaft) ja doch den Inbegriff dessen ausmacht, was einmal als „Diktatur des Proletariats“, als Emanzipationsgewalt und organisierte politische Macht der Revolution, auch und gerade auf den roten Fahnen stand. In Anbetracht der Grundidee des Staates Israel, vor dem Hintergrund der linken Staatsmythen, betreffend die „Diktatur des Proletariats“, muß jede Beurteilung der Handlungen der Regierungsvertreter auch die völlig andere Qualität dieses Staates, verglichen mit allen anderen, deutlich werden lassen.

Nun soll gewiß nicht behauptet werden, Ariel Scharon sei der Lenin von Israel, aber die israelische Staatlichkeit speist sich, historisch wie strukturell, aus ihrem Wesen als parlamentarisch verfaßte und im Staat zusammengefaßte Emanzipationsgewalt. Es ist also nicht möglich, zwischen Herrschaft und Herrschaftsausübung in der Weise zu trennen, wie man es gemeinhin macht, wenn man sich fragt, ob der Schröder oder der Stoiber das Gemeinwesen besser verwalten werden. Vielmehr bekundet, wer in dieser Weise trennt, nicht nur sein Unverständnis für die Staatlichkeit der Juden, sondern auch einen mindest diskreten Antizionismus, etwa nach Art der diesjährigen Ostermärsche, die es duldeten, daß palästinensische Nationalwimpel mitgeführt wurden, oder nach Art der famosen Tute bianche, die zum Boykott israelischer Waren aufrufen, oder nach Art der eitel militanten operaistischen Gruppe Wildcat, die wirklich glaubt, Israel einer „Klassenanalyse“ unterwerfen zu können - all dies Gewese verdrängt, daß Ariel Scharon, natürlich ohne es zu wollen, näher dran ist am Kommunismus als seine Kritiker, daß er, auf seine, ihm als General einzig mögliche Weise, den antifaschistischen Kampf führt als eine Art israelische Ausgabe von Buonaventura Durruti. Denn der Kommunismus, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft, verlangt, soll er gelingen, etwas Unmögliches: Rache für die Toten, für die Opfer der Barbarei; zugleich aber auch, daß niemand anders behandelt werde als nach seinem eigenen Maß: Gerechtigkeit für die Lebenden. Nur so ist der Kommunismus möglich als die gesellschaftlich bewahrheitete Maxime „Jedem nach seinem Bedürfnis, jeder nach seinen Fähigkeiten“. In dieser Perspektive ist Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus lebend zu erreichen. Das müßte doch eigentlich gerade von Leuten verstanden werden,

die vor nicht allzu langer Zeit noch von der Diktatur des Proletariats schwärmten, die sich dem Staatskapitalismus in der Sowjetunion, der DDR, Chinas oder gar Albaniens an den Hals warfen oder den national-völkischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Heute scheint es, als ob sich all diese abstrusen Identifikationen auf die bedingungslose Unterstützung des palästinensischen Volkes gegen Israel konzentrierten.

Nach dem Untergang des Marxismus-Leninismus als Systemphilosophie wie Legitimationswissenschaft gibt es keinen „wissenschaftlichen Kommunismus“ mehr. Der ist abgelöst von der nicht mehr wissenschaftlich, sondern so instinktiv wie intuitiv praktizierten Fähigkeit der Linken zur welt-historischen Spökenkiekerei. Es ist dabei die ontologische Setzung, die, wie schon im Marxismus-Leninismus, das problemlose Zusammenspiel von perspektivischer Wertung und empiristischer Deutung erlaubt: Keine der sklavisch verehrten Tatsachen gibt es, die nicht die vollständige Manifestation der Entfaltung des Wesens zu sich selbst wäre. Jeder gute Ideologe ist daher ein schlechter Hegelianer, der das Gefühl fürs Nicht-Identische abschneidet. Daß jede wirklich gute Ideologie aus diesem Ineinandergreifen und fugendicht sich Verzahnen von intuitiv-spontaner Illustration vermittelt von Fakten, Fakten, Fakten einerseits, andererseits aus der Rationalisierung dieser Tatsachen zum logisch widerspruchsfreien System besteht, davon kann sich überzeugen, wer etwa die Stalinschen Statements zum Nazifaschismus studiert oder Claudia Roth auf Grünen Parteitag hat sprechen hören. Weil Ideologie keine Kohärenz hat, ist sie gegen Kritik immun; weil sie jede Erfahrung des je Einzelnen ausschließt, kann sie unmöglich in einen Lernprozeß eintreten. Da die Ideologie das Denken an der Wurzel vernichtet, substituiert sie es durchs Kalkül aufs Interesse. Sie ist das, was Sigmund Freuds Psychoanalyse im paradoxen Bild des „unbewußten Bewußtseins“ zu fassen suchte, eben das, was Karl Marx im Zusammenhang seiner Kritik des Fetischismus über den Zusammenhang von Warenform und Denkform darlegte.

Dies „unbewußte Bewußtsein“ mag man sich vorstellen als den Schlafwandler, der über alle Abgründe hinweg sein Ziel ansteuert. In Europa allerdings ist es in alle Poren hinein antisemitisch. Ob Katholiken und Feudale, ob absolute Monarchen und bür-

gerliche Revolutionäre, ob Sozialdemokraten, Parteikommunisten oder Nazifaschisten, fintenreich trugen sie alle wie in Trance oder in absichtsvoll-männischer Wut das ihre dazu bei, dem gedankenlose Denken zur gnadenlosen Durchschlagskraft zu verhelfen.

Dagegen ist die Geschichtsphilosophie des Zionismus von ganz anderer Statur - und auch darin zeigt sich die historische Sonderrolle, die dem Zionismus zukommt: Die Geschichte konstruiert sich hier nicht als Zu-sich-selbst-Kommen des Wesens, sondern als der historische Zusammenhang der Katastrophen und als Abwehr der kommenden. Die Zionisten handeln, als hätten sie sich der Bewahrheitung der „Geschichtsphilosophischen Thesen“ eines Walter Benjamin verschrieben. In dieser negativen Geschichtsphilosophie ist der Materialismus dem Zionismus verwandt, wenn er auch kontrafaktisch sich weigert, dessen These vom „ewigen Antisemitismus“ sich anzueignen.

Der Haß auf den Zionismus hat viele Gründe, das heißt Vorwände. Sie pe-nibel aufzuzählen, mag interessant sein, ist aber nicht von Interesse. So niederschmetternd es ist, aber es geht nicht darum, was beim Vorstoß der israelischen Armee ins Gebiet der Autonomiebehörde an Grausamkeit und Terror geschieht. Das ist der Krieg, von dem niemand je zu behaupten sich traute, er sei eine Kampagne von Amnesty International. Es geht vielmehr um das Verhältnis der „Fakten“, das heißt von Tränen, Blut und Tod, zu ihrer „Wertung“. Kein vernünftiger Mensch käme auf die Idee, aus dem fraglosen Leid der Bevölkerung von Dresden auf das historische Unrecht von Sir Arthur Harris zu folgern. Es geht auch nicht um Vergleiche, etwa um die Frage, was die Grausamkeit, die die syrischen, irakischen, iranischen Diktaturen gegen ihre eigene Bevölkerung in Szene setzen, angesichts der israelischen Militärstrategie bedeutet. Es geht auch nicht um die „fanatischen“ Siedler, sondern es geht um die historische Legitimität und philosophische Dignität des Zionismus als der israelischen Nationalideologie, die die Staatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft der Juden nach Auschwitz wesentlich motiviert und organisiert. Und da hat noch Ariel Scharon von der Aufklärung und ihrer seit 1933 negativen Dialektik mehr verstanden als jene, die sich über die Menschenrechte eines „palästinensischen Volks“ echauffieren, das sie erst zum Zwecke ihrer Projektionen sich konstruiert haben. Der jüdische Nationalismus ist der Egoismus von Leuten,

die nicht mehr an die unsichtbare Hand glauben können, die den Egoismus ins Gemeinwohl übersetzen würde. Daß die militante Aufklärung die Gestalt Ariel Scharons und der Panzer der israelischen Armee annimmt, das heißt die historisch derzeit einzig mögliche Form, versetzt natürlich diejenigen in basses Erstauen und helle Empörung, die von der Aufklärung nur gerade den „Aufklärer“ (Ernst Bloch) behalten haben, der hinreicht, sich für das desaströse „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ob proletarisch-sozialistisch à la Lenin, bürgerlich-demokratisch à la Wilson oder völkisch-nazifaschistisch à la Hitler zu engagieren. Es mag sein, daß die Juden ein „Volk“ sind; Israel jedenfalls ist eine Gesellschaft.

Kein Nazifaschist hat je wirklich geglaubt, er bezöge die Ermächtigung seiner Ansprüche aus dem Teutoburger Wald; keiner seiner demokratischen Erben hat jemals tatsächlich gedacht, ihnen erwüchse Legitimität im Resultat des „Lernens aus der Geschichte“; niemals war ein Sozialist der Ansicht, es sei die famose „Befreiung der Arbeit“ und nicht vielmehr das Recht auf Beute, was seine Politik im Interesse der Arbeiterklasse motivierte. Und keinesfalls erwächst den Palästinensern irgendein Recht aus der Tatsache, daß sie zuerst da waren. Einer Gesellschaft, der Hunger kein Grund ist zur Produktion, kann auch das Leiden kein Grund sein zur Solidarität. Es ist die Ideologie, die mit der Unmittelbarkeit des Leidens agitiert, die aus dessen fragloser Evidenz Sinn zu schlagen sucht, sei es im Sinne von Caritas oder Amnesty International, sei es im Sinne der Freunde des palästinensischen Volkes für den Israelhaß der Antisemiten wie für den Islamfaschismus dieses Volkes. Ariel Scharon jedenfalls, der Zionist und praktische Antifaschist, ist dem aufgelösten Rätsel der Geschichte näher als die deutsche Linke, deren „Antifaschismus“ sich als Aufstand der Anständigen à la Gerhard Schröder oder als Solidarität mit dem palästinensischen Volk ausagiert.

Initiative Sozialistisches Forum (ISF)

DEUTSCHE VERDAUEN

eine Schlacht

VON JOCHEN FAUN

„Kehre morgen früh nach Stalingrad zurück und führe eine Inspektion durch, ob die Truppen und Kommandostellen zum Losschlagen bereit sind“.

J.W. Stalin am 13. 11. 1942 zu General Schukow.

„Jetzt herrscht in Stalingrad die Stille der Etappe. Die Front wurde Hunderte von Kilometern nach Westen verlegt“.

I. M. Keberow am 12. 2. 1943 an seine Frau.

„Dann haben wir den Kessel rekonstruiert. Und nach der vierten Flasche frag ich ihn: Kannst Du noch robben, Willi, altes Schwein. Und was soll ich dir sagen, du glaubst es nicht: Der konnte noch. So gut war meine Schule.“

Heiner Müller

Die Deutschen haben immer versucht, das Beste aus ihrer Niederlage in Stalingrad zu machen. Meistens gelang es ihnen. Nachdem die bisherigen Ansätze, Stalingrad nutzbar zu machen in den erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen der Berliner Republik dysfunktional geworden sind, ist die Konstellation eingetreten, dass das große 60. Kesseljubiläum da ist, zwar Konsens über das was des Gedenkens besteht (deutsche Opfer), nicht aber darüber, wie das getan werden kann. Die Erinnerungsoffensive von Deutschlandfunk und Hans-Dietrich Genscher, Stalingrad zum „Sechzigsten“ über deutsche Feldpost zu thematisieren, war nur ein bedingter Erfolg; Zwar freute man sich über ein „überwältigendes Echo“ (Deutschlandfunk) was die Zusendung von Feldpostbriefen und Stalingrad-Memoiren betraf, der kalkulierte gesellschaftliche Hype auf diese Steilvorlage blieb bisher verhalten.

Absehbar ist aber trotzdem, dass nun Gedenk-Konzepte, die im Kontext der Erinnerung an die Opfer der Shoah entstanden sind, auf das ‚Opferpanorama‘ von Stalingrad angewendet werden: auf die verratenen Deutschen, die armen Jungs und Männer, die missbrauchten und verheizten Deutschen,

die frierenden Deutschen, hungernden Deutschen, fast wehrlose Deutsche, Deutsche in Unterzahl.

The way they walk

Die „historische Mission“ (Oberkommando der Wehrmacht/OKW) der 6. Armee, der späteren armen Würste aus dem Kessel von Stalingrad, war der Feldzug gegen ‚Bolschewismus und Judentum‘, vor allem im frisch eroberten Hinterland. Zu Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ standen Gerichtsbarkeitserlass und Kommissarbefehl: sofort zu töten waren alle politische Kommissare und Partisanen. Dazu kamen kurze Zeit später „bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“. Verdichtet waren die Bedrohungsszenarien, die das OKW entwarf, im heimtückischen „asiatischen Soldaten“.

Von Anfang an wurde mit den Sonderkommandos von SD und SS, die im Aktionsradius der 6. Armee mordeten, bei der „Behandlung“ der jeweiligen ‚Feinde‘ eng zusammengearbeitet. Dabei waren vor allem „in mit Juden besiedelten Ortschaften“ alle verdächtig: Menschen in Zivilkleidung, Frauen aktiver Soldaten, Menschen mit kurzen Haaren, Alte, bieder oder seriös wirkende. Seit Ende Juni 1941 machte die 6. Armee keine Gefangenen mehr. Im Juli 1941 befahl das Armeekommando (AOK) 6 die „Durchführung von Kollektivmaßnahmen“. Morde ohne Befehl wurden ‚toleriert‘, anfangs bestand die Einschränkung, „dies nicht auf der öffentlichen Straße zu machen“. Das Sonderkommando (SK) 4a lobte mehrfach die Zusammenarbeit und die „tatkräftige Unterstützung“ durch die 6. Armee. Nach dem Massenmord von Shitomir freute sich die Einsatzgruppe C über ‚ihre‘ 6. Armee: „Das Verhältnis zur Wehrmacht ist nach wie vor ohne jede Trübung, vor allem zeigt sich in Wehrmachtskreisen ein ständig wachsendes Interesse für die Aufgaben und Belange sicherheitspolizeilicher Arbeit“.

Die relativ kleinen Einheiten der Sonderkommandos waren auf diese „Unterstützung“ angewiesen. Die umfassende Ermordung aller Juden war Programm der 6. Armee: „Jeder Jude, den wir erwischten, wurde sofort erschossen“, schrieb „Euer Sohn Franzl“ seinen Eltern über das, was seiner Meinung nach mit „Partisanen“ zu tun ist. Den Rest deportierte man in die Lager. Die ‚Opfer von Stalingrad‘ waren mit von der Partie in Kiew, in Babi Jar, in Charkow. Die Hungerleider aus dem Kessel fraßen auf ihrem Weg dorthin gezielt Hunderttausende Sowjets in den Hungertod. Es galt, so fasste das AOK 6 das Tun ihrer Soldaten programmatisch zusammen, „das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr“ zu befreien.

„Mythos Stalingrad“ - Spartaner, Nibelungen, Nazis

Der Mythos und die Elemente mythischen Denkens sind für Georg Lukács Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft und ergeben sich aus den Erklärungsdefiziten, die die bürgerliche Klassenlage mit sich bringt. Für den faschistischen Mythos aber spezifiziert Lukács: „Es ist jedoch ein quantitativer Unterscheid, der ins Qualitative umschlägt, ob diese mythologischen Erklärungen, das Ersetzen der wirklichen Ursachen durch unklare Worte, ein Notbehelf oder eine bewusste Absicht sind“. Der Mythos ist für Georg Lukács konstitutiv bei der Genese und Reproduktion der faschistischen Ideologie. Die Anfälligkeit für Mythen ergibt sich nach Lukács aus spezifischer Klassenlage und Krise. So sei gerade der enge Konnex von Kleinbürgertum und Nationalsozialismus über Mythen geschaffen und stabilisiert worden. Die Vergesellschaftung im Nationalsozialismus suspendierte Klasseninteressen zugunsten der Volksgemeinschaft. Und die hatte nach Stalingrad ein Problem, steckte in der Krise. Die Wirkungsgewalt der Nazi-Mythen ergab sich aus

der Legierung von Mythos und Propaganda auf der einen Seite, und den grunddummen Deutungserwartungen und Verdrängungsbedürfnissen der Volksgemeinschaft auf der anderen Seite. Da ‚Stalingrad‘ ein großes Problem war, versuchten die Nazis es gleich durch zwei Mythenkomplexe zu umstellen: Mit der Schlacht bei den Thermophylen und dem letzten Kampf der Nibelungen. Im ersten Fall wurde Leonidas mit 300 Spartanern von der persischen Armee auf dem Weg nach Athen aufgerieben. Auf diesen Mythos rekurrierte der gerne antikisierende Göring im Völkischen Beobachter. Im zweiten Fall bezog man sich (allen voran Rosenberg und Göring) auf die Nibelungen: „Wie die [...] Burgunder in der fremden Königshalle sich bis zum letzten gegen die Hunnen wehrten, so stand die 6. Armee in Stalingrad vor den anstürmenden Millionenhaufen des Bolschewismus“.

Der nicht unerhebliche Schiefhang der mythologischen Verweise störte die Deutschen nicht. Sie hatten eine (heimliche) Affinität entwickelt zu allem was hinkte: Vergleiche, Regierungssprecher, Frontheimkehrer und die Figuren aus dem Fundus ihrer Propaganda-Freakshow. Die Ahistorizität in der Auswahl ist dabei durchaus nicht zufällig: Rosenberg versuchte im Wesensgefüge des Nationalsozialismus deutlich zu machen, dass es nicht darauf ankäme, geschichtlichen Entwicklungen interpretatorisch gerecht zu werden, sondern um die Kontinuität des Deutschen: „Wichtig ist [...], dass dieses Blut überhaupt noch vorhanden ist, dass der alte Blutwille noch lebt“. Für Rosenberg kämpft das „mythische Prinzip“ für die bedrohten „letzten germanischen-abendländischen Werte der Gesittung und Staatenzucht“.

Der Völkische Beobachter titelte zur Niederlage: „Sie starben damit Deutschland lebe“. Der Stalingrad-Diskurs nationalsozialistischer Prägung hat die Funktion einer (Selbst-) Disziplinierung in ‚härter werdenden Zeiten‘ und der Mobilisierung für den totalen Krieg. Die doppelte Semantik des Schlüsselwortes „Stalingrad“ beinhaltete die Befehle „Platz!“ und „Fass!“.

„Tragödie Stalingrad“ - Die Nachkriegs- deutschen menschn

Die mythologische Deutung hatte sich mit dem Ende des Nationalsozialismus als unbrauchbar erwiesen. Das System, dem der ‚heldenhafte Opfertod‘ zugeeignet war, war den Alliierten glanzlos unterlegen. Der totale Krieg

hatte sich nicht im erwarteten Umfang gelohnt. „Stalingrad“ nicht als Ort deutscher Verbrechen wahrzunehmen - in den Nürnberger Prozessen wurden der Massenmord, die Massaker, die Folterungen an allem was nicht Deutsch, Achse oder „Hilfswilliger“ war, explizit als Punkt drei der Anklageschrift thematisiert - darüber bestand aber von Anfang an Konsens. Statt dessen wurde Stalingrad als Tragödie interpretiert, als ungelöst bleibender tragischer Konflikt, v.a. bezüglich von Wertvorstellungen und dem Unterliegen in einer ausweglosen Situation.

In der DDR wurde dieses Modell mit einem Happy End überformt und insgesamt funktionalistischer gedacht. Stalingrad war in den Kernbestand der nationalen Identität eingelassen, als Gegenfolie zum neuen besseren Deutschland. So wurden die Stationen Stalingrad, sowjetische Gefangenschaft und das ‚Neue Deutschland‘ linearisiert. Den analytischen Rahmen bot die Imperialismustheorie: Der faschistisch-monopolkapitalistische Imperialismus hatte seinen Bezwinger in der Roten Armee gefunden. Den Deutschen kam als Kollektiv dabei die Rolle der Verführten und Missbrauchten zu, die nun aber befreit zum Aufbauwerk und zur Verteidigung des besseren Deutschland schreiten könnten.

In der Bundesrepublik fiel es schwerer in Stalingrad einen Sinn zu finden. Die Veteranenverbände und andere Nazis hielten am Mythos Stalingrad fest, konnten und können sich damit aber immer nur sporadisch durchsetzen. Vielmehr wurde schnell Einigkeit darüber erzielt, dass Stalingrad eigentlich überflüssig oder vermeidbar gewesen wäre, indem man - also Deutschland - die Stadt im Juli 1942 eingenommen hätte oder indem ‚man‘ Ende November oder spätestens im Dezember 1942 aus dem Kessel ausgebrochen wäre. Der Sieg der Roten Armee bekommt in den frühen literarischen Darstellungen und „Tatsachenberichten“ etwas auffällig Zufälliges, zustande gekommen nur unter Ausnutzung von (vermeidbaren) Fehlern. Der große tragische Held ist Paulus, hin und her gerissen zwischen „Gewissen und Gehorsam“; so wollten die Deutschen ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus verstanden wissen. Wahrscheinlich hätte man ihm auch verziehen, wenn man gewusst hätte, dass seine ‚Kapitulation‘ darin bestand, dass ein Offizier der Roten Armee den seit Tagen paralytierten, unrasierten und primär auf das Ende seiner Diarrhöe fixierten Generalmajor informierte, dass es das ja nun wohl gewesen sei.

Auch der ehemalige Führer der Deutschen wurde in einem milden Licht gesehen. Man entdeckte gar seine menschliche Seite, hatten doch alle ein paar Fehler gemacht. Stalingrad, symbolischer Ort kollektiven Leidens, konnte zum Feld der inneren Versöhnung werden, nur gestört durch die lästige Intervention der „Siegerjustiz“. Der Zusammenhalt der Volksgemeinschaft wurde transformiert zum nationalen Betriebsfrieden des Wirtschaftswunderlandes in Zeiten des Kalten Krieges.

„Erinnerungsort Stalingrad“ Die Planie- rung der Geschichte im „Kollektiven Gedächtnis“ der Berli- ner Republik

Nach der Stalingradkommemorativen Flaute der 70er und 80er Jahre, bedingt durch weltweite Thematisierung der deutschen Taten, näherten sich die Deutschen in den 90er Jahren Stalingrad wieder an. Die diskursive Wiederaneignung der Schlacht wurde zunächst erschwert durch die Thematisierung der Wehrmachtverbrechen, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die kathartische Wirkung vor allem der überarbeiteten ‚Wehrmachtsausstellung‘ begann: Die Anklagen der Ausstellung waren verhaltener, der Relativismus größer, der totalitarismustheoretische Anspruch deutlicher. Die Ausstellung war in der Lage zwischen den Tätern und ihren Nachfahren intergenerationell zu vermitteln. Für die dritte Phase der aneignenden Verwertung der Schlacht werden die Konzepte des kollektiven Gedächtnisses, der Erinnerungsorte, der Zeitzeugenschaft und der (sozialen) Traumata in Stellung gebracht.

Nach Maurice Halbwachs rekonstruieren Gruppen die Vergangenheit und konstituieren dabei Erinnerung aus dem sich wiederum gesellschaftliches Bewusstsein ergibt. Die Interpretation der Vergangenheit ist dabei maßgeblich von den Bedürfnissen der Gegenwart bestimmt. An den dekonstruktivistischen Potenzialen dieses ab den 1920er Jahren entwickelten Ansatzes war der deutsche erinnerungspolitische Diskurs nicht interessiert. Attraktiv war das Modell vor allem deshalb, weil man es einerseits überdehnen und kollektives Gedächtnis als Platzhalter für nationales Gedächtnis verwenden konnte, andererseits das Modell so ‚weich‘ und harmonisch ist, dass man meinte den Nationalsozialis-

mus und die Shoah darin sorglos versenken zu können. Zudem erkannten die Deutschen sehr viel genauer als Halbwachs die Möglichkeiten der Identitätsstiftung, die seinem Modell immanent sind.

Maurice Halbwachs wurde in Buchenwald erschlagen. Der doppelte Hohn dabei ist, dass das Halbwachs-Modell, das sich die Deutschen seit den 90er Jahren aneignen, in seiner universellen Gutherzigkeit mit der Erfahrung der Shoah vermutlich so nie entstanden wäre. Eine adäquate Revision des Modells des kollektiven Gedächtnisses lieferte Derrida mit *Mal d'archive*, als eine Art soziales durchmachtes Gedächtnis voller Pathologien.

Im Falle Stalingrad bedeutet die implizite Bezugnahme auf das kollektive

Wer Stalingrad als ein „Symbol für die Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt“ (Deutschlandfunk) interpretiert, missachtet, welche Rolle die Schlacht für die (...) Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager, die

Gedächtnis unter anderem die Rückkehr des „Mythos Stalingrad“. Gelabelt als Zeitzeugenschaft durften sich Täter der 6. Armee ausbreiten. Vergessen war alle Skepsis gegenüber präsentistischen Darstellungen, Verdrehung und Verschweigen der Taten durch die Täter. Was in der internationalen Historiographie als Oral History mit stark sozialkritischen Impetus begann, als eine Geschichte von unten, als eine Geschichte der Marginalisierten, bedeutete im deutschen Stalingrad-Diskurs die Rückkehr der Wehrmachtssopas und Soldatenfrauen und deren Narrativen vom ‚kleinen Mann im Kessel an der Front‘. Die selbstgefälligen Aufbereitungen der eigenen Biographie wurde als Authentizität verstanden, die dabei notwendigen Lügen und Verharmlosungen einfach geglaubt oder als ‚Recht auf eine subjektive Deutung‘ verteidigt. So im „Brennspiegel Stalingrad“ bei historiker.de, einer Seite für Historiker und historisch interessierte

Laien. Dass das Internet zur Erinnerungsplattform für das ‚kollektive Gedächtnis‘ der Deutschen werden könnte, erhofft sich auch das Deutsche Historische Museum Berlin mit einem entsprechenden Online-Projekt zu allen Fragen deutschen Opfertums. Bei der Deutung des Nationalsozialismus durch das Täterkollektiv sind jetzt alle aufgefordert, es öffentlich zu tun. Maurice Halbwachs hat kollektives Gedächtnis und Historiographie analytisch zu trennen versucht. Peter Novick hat in *After the Holocaust* darauf verwiesen, dass diese beiden Arten, Vergangenheit zu konstituieren in offenem Widerspruch zueinander stehen können. Die neueren Ansätze von Kulturgeschichtsschreibung und massenmedialer Vermittlung (letzteres unter Leitung der gedächtnispolitischen Frontsaw Guido Knopp) unter dem Paradigma des kollektiven Gedächtnisses versuchen hier, mittels Ausschaltung und Umkehrung von erinnerungstheoretischen Diskursen von Überlebenden der Shoah, diese Widersprüche einzuebennen. Euphemistisch wurde dies dann als Diversifikation der Erinnerung bezeichnet. Eine hervorragende Analyse der feindlichen Übernahme der Ergebnisse und Methodiken von Oral History und Traumaforschung, die im Rahmen der Holocaust Studies erbracht wurden, durch die deutsche Zeitzeugenforschung lieferte Günther Jacob 1999 mit seiner Serie *Stille Post* in konkret. Die Konstruktion des ‚allgemeinen Leids‘ stellt die akademisch geerdete Form des Revisionismus dar.

Kollektives Gedächtnis verdichtet sich nach Pierre Nora in *lieux de mémoire*. Das Konzept von Nora, nach dem diese Orte durch eine im weitesten Sinne materielle Strukturiertheit, eine symbolische Aufladung und eine gewisse Funktionalität charakterisiert sind, wurde in Deutschland begeistert aufgenommen. Schnell waren drei Bände gefüllt mit „Deutschen Erinnerungsorten“. Joachim Fest durfte in „Führerbunker“ an den Arbeitsplatz seines Lieblingspolitikers und irgendwo zwischen Oberammergau, deutschem Schlager, Faust und Stalingrad wurde dann auch Auschwitz einsortiert.

Wer Stalingrad als ein „Symbol für die Sinnlosigkeit des Krieges überhaupt“ (Deutschlandfunk) interpretiert, missachtet, welche Rolle die Schlacht für die Beendigung der ‚historischen Mission‘ der Deutschen, die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager, die Verhinderung des „Generalplan Ost“ und die Mobilisierung der Alliierten, der Unterdrückten und der

Gegner des Nationalsozialismus spielte. Wer von einer „sinnlosen Schlacht“ spricht, verschweigt, wie gerne die Deutschen ihre Armee gesehen hätten, über den Slawen auf den Juden, siegreich am Strand der Wolga, an den Ölreservoirs der Region und in ihren Kornfeldern. „Stalingrad lag, militärstrategisch gesehen, auf dem Wege dahin“ (Pätzold).

Epilog: Sechs sells

Im Frühjahr 1945 fand sich ein Teil der NS-Elite aus Partei, SS und Wehrmacht mit ihren Getreuen in Tirol ein. Offiziell wollte man hier die Alpenfestung ausbauen und verteidigen. Halboffiziell wurde mit den Westalliierten erfolglos über einen Separatfrieden verhandelt, der es ermöglicht hätte, wieder gen Osten und gegen den Bolschewismus zu ziehen. Inoffiziell schließlich kümmerte man sich um seine Interessen, indem man Fluchtrouten spurte und Raubgut vergrub, und um die Interessen Deutschlands, während man ökonomisches Kapital und Humankapital in Sicherheit brachte. Es war also genau der richtige Ort, um die ‚Kriegskasse‘ der 6. Armee in Empfang zu nehmen: Diese rollte in Form schwer beladener LKWs, gefüllt mit Raubgütern aus dem Krieg gegen „Judentum und Bolschewismus“ in der Alpenfestung ein.

Der eigentliche ‚Gewinn‘ für die Deutschen bestand in ihren faktischen Eliminationserfolgen und der Einheits- und Sinnstiftung, die aus Stalingrad durch die Jahre hinweg gewonnen werden konnte. Wenn die Deutschen jetzt ‚gemeinsam mit den Gegnern von damals gedenken wollen‘ und sich bei dieser Anmaßung auf die totalitarismustheoretische Parallelisierung wie Durchhaltebefehl im Kessel und Stalins Haltebefehl 227 zu berufen können glauben, dann ist auch da mehr dahinter. Konnte die Shoah als Legitimationsgewinn für deutsche militärische Außenpolitik genutzt werden, so ist auch mit dem Falle der den ehemaligen Sowjets aufgedrängten „gemeinsamen Erinnerung“, neben der Entlastung der Täter, ein anderes Ziel verbunden: Der Sieg in Stalingrad durch den Einkauf Wolgograds.

Jochen Faun (BgR Leipzig)

Der Zeitschrift Phase 2.06 entnommen

REVOLUTIONÄRE KARTOFFELDRUCK

Revolutionärer Kartoffeldruck

ANMERKUNGEN ZU EINEM ZEITUNGSPROJEKT DER AG JUNGE GENOSSINNEN SCHWERIN. VON MICHAEL SADEK

Ein neues Periodikum ist dem Uterus der Alternativ- Linken entstiegen und hat sein erstes gut gemeintes Bäuerchen ausgestoßen. Zumindest in den nordöstlichen Gefilden dieser Republik mag das einer Erwähnung wert sein: Das Blatt trägt den störisch-rebellischen Titel „Revoluzzer“, der schon erahnen lässt, was den Leser erwartet.

Niedliche Anti-Rassisten sind es, die mit erhobener Thälmann- Faust in ihrem Blättchen posieren, geschäftig grübeln und sich mal den Frust von der Leber wegschreiben. Sowa kann man brauchen. Zum Kummerkasten des linken Streichelzoos würde sich die Postille der AG Junge GenossInnen auf jeden Fall eignen. Kleine Öko-Freunde könnten Tipps gegen Akne austauschen, man würde die letzte Pur-Platte besprechen und ein wenig die Tofu Rezepte abgleichen. Gibt es Stress mit Mutti? Ärger mit dem lieben Taschengeld? Im „Revoluzzer“ fände sich Rat.

Aber ein „Revoluzzer“ wäre keiner, wenn er sich nicht lieber Sorgen um die Welt machen würde. Da sollen Dinge hinterfragt werden, „aus unserer Perspektive“ (1) und mit „regionalem Bezug“. Als hätten Heranwachsende nicht schon genug am Hacken, die nervige Schule vielleicht, und die netteren Dinge von Alkohol bis Sex sowieso, nun wird Ihnen auch noch ein Jugendmagazin aufgedrängt, mit dem zumindest der Autor nichts rechtes anzufangen weiß.

Aber er möchte auch nicht „Teil einer Jugendbewegung“ sein, wie sie sich die „Cordhosengeneration“, „gefangen hinter dem schweren Hinterhoftor des Jugendhauses in der Dr. Külz Straße“ in Schwerin inständig wünscht. Vielleicht liegt es daran, dass ihm die „Visionen“ fehlen, die den jungen Menschen der „AG“ bei „der guten Musik, der gemütlichen Couch oder der ewig-kritisch blickenden Büste von Karl (Karlchen) Marx“ so kommen. Derlei esoterische Erfahrungen sind es wohl, die Junge GenossInnen, nach vollbrachtem Tantra-Kreis den Nazis auf die Pelle und den Mahnern auf die Wache treibt.

Hat das Onkel Karlchen gemeint,

als er schrieb die deutschen Zustände seien unter aller Kritik und doch deren Gegenstand? Ist das jene Kritik, als Kopf der Leidenschaft? Und wenn ja, wo bleibt dann die Philosophie als Kopf der Emanzipation?

Man scheint kopflos im Revoluzzer. Zwar kommt die Redaktion „um sich zu beschweren“, frühstückt politisch die Euthanasie und workshopped den Nationalsozialismus. Aber was Onkel Karlchen wollte, will man bei den „VideOssis“ und „Knips dir Deine Welt“- Aktivisten der „AG“ scheinbar nicht. Statt dessen gibt's was über Essig und Öl. Leider nichts Genießbares.

Die Damen Mraz und Witte äußern sich nicht etwa über Tomate, Balsamico und Basilikum (sehr zu empfehlen), sondern zum anstehenden Krieg am Golf. Dessen Ursachen liegen klar auf der Hand: „Die USA bezieht rund ein Drittel seines Erdöls aus dem Nahen Osten. Auch deshalb versucht Amerika unter dem Vorwand, den Irak an der Produktion von Massenvernichtungswaffen hindern zu müssen, einen Krieg zu beginnen.“ Diese Fakten trügen nicht. Den scharfsinnigen Analytinnen der „Cordhosengeneration“ werden als Linke nicht etwa skeptisch, wenn selbst der „konsequent, ignorante“ deutsche Mob dasselbe glaubt, was ihnen in den Sinn kommt. Öl wird zum Fetisch, an dem sich der Amerikahass symbolisch in dem selben Maße auflädt, wie es der Antisemitismus am vermeintlichen Spekulantentum der Juden tat. Von Linken sollte man zumindest erwarten können, Ressentiments auch als solche zu erkennen und sich ihrer zu verwehren. Dass Mraz und Witte dies nicht vermochten, ist im besten Falle ihrem Kernproblem geschuldet, nicht synchron schreiben und denken zu können; im schlimmsten Falle aber ihrer Ablehnung allseitiger, menschlicher Emanzipation.

Letztere Vermutung drängt sich auf, wenn man ihrem Bauch ein wenig weiter lauscht: „Was der amerikanische Präsident als Achse des Bösen beschreibt, sind Länder wie Afghanistan, Nordkorea, Iran, etc. die sich bis heute nicht auf eine Umstrukturierung der Weltwirtschaft eingelassen haben.“

Über gut oder böse hat nicht die USA zu bestimmen, sondern- so muss man die Jungen Genossinnen wohl lesen- die Frage ‚Wie hältst Du's mit dem Kapital‘.

Die großen Globalisierungsgegner der Taliban und Mudjahedin, all die tollen Islamisten mit denen man sich über westliche Dekadenz einig ist, stehen nicht etwa für die barbarische Kehrseite des Kapitals sondern bilden ihren rebellischen Kontrapunkt- sie sind eben echte Revoluzzer. Wo es lauter Freunde gegen die „Weltwirtschaft“ gibt, interessiert der feine Unterschied nicht, ob das Kapitalverhältnis als positive Aufhebung der Aufklärung, oder als Wunsch nach Naturverfallenheit, nach Elendsverwaltung, sein historisches Ende finden soll. An diesem wichtigen Punkt entscheiden sich Mraz und Witte für die Burka und nicht für den Minirock. An diesem Punkt geißeln sie die USA als „geofaschistisch“ und sehen nicht, dass ihnen selbst der Faschismus näher steht, als dessen Gegenstück. Sie wollen nicht wahrhaben, dass die US-Administration zur Zeit die einzig existente Macht darstellt, die willens und fähig ist den Islamismus mit dessen signifikantem antisemitischen Wahn zurückzudrängen. „Bush will“, schreiben sie, „eine muslimische Nation schlagen, um den Islam zu schwächen; er will Israel schützen damit es in dieser Region noch dominanter wird.“ Als Linke sollten Mraz und Witte ihm dafür dankbar sein, anstatt den friedensbewegten Aufstand zu proben. Die eingesparte, bewegungslose Zeit ließe sich bei „guter Musik“ auf der „gemütliche(n) Couch“ der AG vorzüglich in der Lektüre von Onkel Karlchens Büchern investieren. Das käme schließlich auch dem Revoluzzer zugute.

Michael Sadek
(Redaktion Red Lines)

Anmerkungen:

(1) alle kursiv gedruckten Passagen sind der ersten Ausgabe des Revoluzzers entnommen